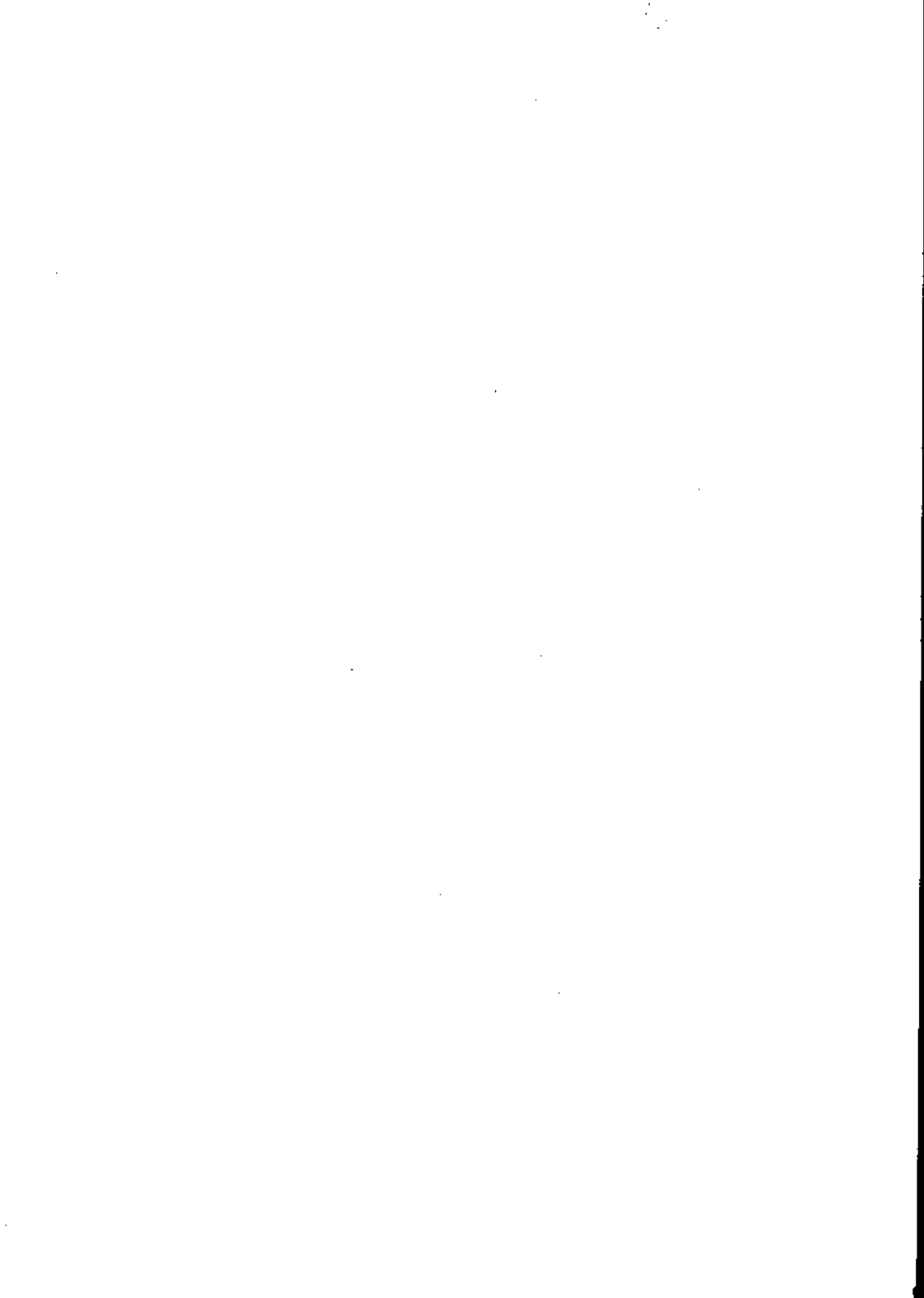


Eine Veröffentlichung des
Niedersächsischen
Innenministers



**Verfassungs-
schutz-
bericht '86**



**Verfassungs-
schutz-
bericht**

1986

ISSN-Nr.: 0930-4347

Herausgeber: Der Niedersächsische Minister des Innern
Postfach 4420
3000 Hannover 1

Herstellung: Schlütersche Verlagsanstalt und Druckerei, Hannover

Zusammenfassung der Lage im Berichtszeitraum

Seite

Linksextremismus

	7
Allgemeine Entwicklung	12
Organisationen und Bestrebungen	12
Orthodoxe Kommunisten	13
„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	13
Ideologisch-politischer Standort	13
Methodik und Inhalte des „Kampfes um eine demokratische Wende“	17
– Manipulation durch Sprache/sprachl. Umdeutung	17
– Bündnispolitik	19
– Aktionseinheitspolitik	20
Entwicklung der Mitgliederzahlen und Finanzen	21
Nebenorganisationen der DKP	23
„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	23
„Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB Spartakus)	25
„Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)	27
DKP-beeinflußte Organisationen	29
„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)	30
„Deutsche Friedens-Union“ (DFU)	31
„Die Friedensliste“	31
Initiative „Weg mit den Berufsverboten“	32
„Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)	32
Sonstige DKP-beeinflußte Organisationen	34
Bundesweite Schwerpunkte der DKP-Aktivitäten 1986	34
„Friedenskampf“	35
Kampf für eine „demokratische Wende“	35
Strategie zur Bundestagswahl 1987	36
Haltung zur Kernenergie nach Tschernobyl	38
Aktionsschwerpunkte des orthodox-kommunistischen Spektrums in Niedersachsen	40
Beteiligung der DKP an den niedersächsischen Landtags- und Kommunalwahlen 1986	40
– Landtagswahl	40
– Kommunalwahlen	40
Gründung einer neuen DKP-Kreisorganisation Hannover-Land	42
Kampagne gegen „Berufsverbote“	42
Veranstaltung der orthodox-kommunistisch beeinflussten „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK)	44

Dogmatisch-extremistische „Neue Linke“	45
Zielsetzung	45
Organisatorische Entwicklung	45
Einzelne Parteien und Gruppierungen	46
„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	46
„Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)	48
„Kommunistischer Bund“ (KB)	48
„Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ – (KPD)	49
„Vereinigte Sozialistische Partei“ (VSP)	50
„Marxistische Gruppe“ (MG)	50
Undogmatischer Linksextremismus	53
Allgemeine Entwicklung	53
Die anarchistische FöGA	54
„Autonome“	55
Besondere Aktionsfelder der Linksextremisten	57
Antimilitarismus-Kampf	57
Linksextremistisch beeinflusste Protestaktionen gegen die „Panzertrasse“ in Garlstadt	57
Aktionen gegen US-Munitionstransporte	58
Bundesweiter „Anti-NATO-Kongreß“ in Köln	58
Großdemonstration der „Friedensbewegung“ im Hunsrück am 11. Oktober	60
Planung von Störaktionen gegen die NATO-Übung Wintex/Cimex 1987	61
„Anti-Atomkraft-Bewegung“	62
Entwicklung der „Anti-AKW-Bewegung“ nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl	62
Widerstand gegen kerntechnische Einrichtungen im Landkreis Lüchow-Dannenberg	63
– „Atommüllkonferenz“ in Trebel	64
– Aktion gegen Rodungsarbeiten in Gorleben	64
– „Endlagerspektakel“ der Kernkraftgegner in Gorleben	65
Niedersächsische Beteiligung an Protestaktionen gegen das Kernkraftwerk Brokdorf	65
Großdemonstration der Antikernkraft-Bewegung in Hanau	66
Sonstige Aktionen	67
„Antifaschistische Aktionen“ gegen Rechtsextremisten	67
Aktionen gegen die US-Intervention in Libyen	69
Gewalttätige Ausschreitungen in Göttingen	71
Vorbereitung eines Volkszählungsboykotts	71

Gewalt und Terror mit linksextremistischem Hintergrund	72
„ROTE-ARMEE-FRAKTION“ (RAF)	72
Entwicklung der RAF seit 1982	72
Die „Offensive 86“	73
Struktur der RAF	75
RAF-Aktivitäten in Niedersachsen	76
„Revolutionäre Zellen“ (RZ)	76
Unterschiede zur RAF	76
Anlässe und Ziele von RZ-Anschlägen	76
RZ-Aktivitäten in Niedersachsen	78
Terroristisch operierende Kleingruppen	79
Anschläge gegen Einrichtungen der Energieversorgung	79
Aktionen gegen Bahnanlagen	81
Beispiele terroristischer Gewalt in Niedersachsen (ohne RAF und RZ)	83

Rechtsextremismus 90

Entwicklung rechtsextremistischer Bestrebungen 90

Neonazistischer Rechtsextremismus 93

Verbote „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) — bisherige „Kühnen-Bewegung“	93
Zur Entwicklung der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP)	94
Aktivitäten der FAP	95
„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)	98
„Bürger- und Bauerninitiative e.V.“ (BBI)	98
„Nationalistische Front“ (NF)	98
Verbindungen des Neonazismus zum ausländischen Rechtsextremismus —	
„NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO)	99
Neonaziblatt ruft zur Gewalt auf	100
Sonstige Aktivitäten von Neonazis und anderen Rechtsextremisten	100

„Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NPD) 102

Allgemeine Entwicklung	102
Zur extremistischen Zielsetzung der NPD	102
Teilnahme an Wahlen	103
NPD-Bundesparteitag	104
Annäherungsversuche zwischen der NPD-Führung und den „national-freiheitlichen“ Rechtsextremisten	104
Gerichtsentscheidungen gegen NPD-Funktionäre	106
„Nationaldemokratischer Unternehmerverband“ gegründet	107
NPD-Landesparteitag	107

NPD-Aktion zum „Tag der deutschen Einheit“	107
NPD-Bauernprotestversammlungen im Raum Lüneburg/Lüchow-Dannenberg	107
„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	108
– Allgemeine Entwicklung	108
– JN-Bundeskongreß	109
– JN-Landeskongreß	109
„National-freiheitliche“ Rechtsextremisten	109
„Sonstige“ rechtsextremistische Organisationen	113
Rechtsextremistische Kultur- und Weltanschauungsvereinigungen	113
Munin-Verlag/HIAG-Bundesführung	113
Schüler- und Studentengruppen	114
„Wiking-Jugend“ (WJ)	114
Wehrsportgruppen/Wehrsportaktivitäten	114
Agitation und Aktionen gegen Ausländer und Asylanten	115
Vorbemerkung	115
Äußerungen von rechtsextremistischen Gruppen zum Asylantenproblem	115
– „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	115
– „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)	118
– „National-Freiheitliche“ Rechtsextremisten	118
– Rechtsextremistische Publikationen und Verlage	118
– Schmier- und Flugblattaktionen anonymer Täter und Verfasser	119
Einzelaktionen in Niedersachsen mit ausländerfeindlichem Hintergrund	120
Rechtsextremistische Reaktionen auf die „Einebnung“ der sog. Hingerichtetengräber in Hameln	122
Andere Straftaten mit Rechtsextremistischem Hintergrund (Auswahl)	124
– Schmierereien an Schulen und öffentlichen Gebäuden	124
– Schändung von Friedhöfen/Gedenkstätten	124
– Schmierereien mit ausländerfeindlicher und antisemitischer Zielrichtung	125
Ausländerextremismus	126
Allgemeine Entwicklung	126
Organisationen und Bestrebungen	126
Türken	126
Linksextremisten	126
Orthodoxe Kommunisten	126

Extremistische „Neue Linke“	127
– Proalbanisch	127
– Sozialrevolutionär	129
Agitation	129
– gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung	129
– gegen die Einladung des türkischen Staatspräsidenten durch Bundespräsident von Weizsäcker	129
Rechtsextremisten	130
Extrem-nationalistische Türken	130
Islamisch-extremistische Türken	130
– MSP-Richtung	132
– Iran-orientierte Richtung	132
Kurden	132
Demonstrationen türkischer und kurdischer Linksextremisten zum 6. Jahrestag der Machtübernahme durch die türkischen Streitkräfte	134
Iraner	135
Araber	136
PLO und Einzelorganisationen	138
Terroristische arabische Aktivitäten	138
Tamilen	139
Sonstige Organisationen extremistischer Ausländer	139
Spionageabwehr	140
Vorbemerkung	140
Lagedarstellung	141
Ausforschung von Sicherheitsbehörden	141
Illegaler Technologietransfer	142
Einzelfälle	143
– Fall Horst M.	143
– Fall Maria S.	143
– Fall Hans J.	145
– Fall Peter M.	146
– Fall Rolf T.	146
Schleusung über die innerdeutsche Grenze	147
Geheimer Melde- und Führungsweg	148

Geheim- und Sabotageschutz	150
Allgemeines	150
Geheimschutz	150
Sabotageschutz	151

Extremisten und öffentlicher Dienst	152
Einstellungen in den öffentlichen Dienst	152
Dienstpflichtverletzungen	153

Verfassungsschutz durch Aufklärung	156
Anhang: Verfassungsschutzgesetz	158

ZUSAMMENFASSUNG

Im Jahr 1986 blieb Niedersachsen weitgehend von politisch motivierten Störungen der inneren Sicherheit mit Schäden für Personen verschont. Die Zahl der Mitglieder und Anhänger rechts- wie linksextremistischer und terroristischer Gruppierungen ist im Vergleich zu den Vorjahren annähernd gleich geblieben.

● Niedersachsen war 1986 von den brutaler gewordenen Attentaten und Anschlügen des Kommandobereichs und der „Militanten“ der RAF nicht betroffen. Politisch motivierte Straftaten und Gewaltakte anderer Gruppen stiegen jedoch erschreckend an. Durch zahlreiche Brand- und Sprengstoffanschläge und schwerwiegende Sachbeschädigungen militanter linksextremistischer Kleingruppen entstanden Sachschäden in Millionenhöhe. Sog. „Autonome Gruppen“ gingen vermehrt zu gewalttätigen Aktionen über und verübten Sabotagehandlungen wie z. B. die Beschädigung von zahlreichen Strommasten und Gefährdungen des Bahnverkehrs.

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) hat bei den Landtags- und Kommunalwahlen in Niedersachsen Verluste hinnehmen müssen. Unabhängig von dieser geringen Resonanz ist sie nach wie vor in ihren bündnispolitischen Bemühungen erfolgreich. Mittels ihrer beeinflussten Organisationen gelang es der DKP, breitere Bevölkerungskreise über aktuelle politische Bezugspunkte für ihre Ziele zu gewinnen und die Akzeptanz gegenüber Kommunisten zu erhöhen.

● Auftreten und Aktionen neonazistischer Gruppen riefen bei der Bevölkerung Empörung und Sorge hervor. Her-

vorgetan hat sich hier vor allem die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP), die zunehmend unter den Einfluß der ehemaligen Mitglieder der verbotenen ANS/NA geriet. Wenn sie auch nicht in der Lage war, ihren Mitgliederbestand wesentlich zu erhöhen, an der Landtagswahl nicht teilnahm und bei den Kommunalwahlen kläglich scheiterte, so hat sie doch durch wirksame propagandistische Aktionen auf sich aufmerksam machen können.

● Die Zahl der extremistischen Ausländer hat zwar leicht abgenommen, jedoch waren Organisationen, die bereit sind, zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele Gewalt anzuwenden, weiterhin gefährlich. Hierzu zählt auch die mittlerweile terroristisch operierende „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), die in Niedersachsen ca. 450 Anhänger hat.

● Im Bereich der Spionageabwehr sind die Folgen des Übertritts TIEDGEs, bis 1985 Regierungsdirektor im Bundesamt für Verfassungsschutz, in die DDR weitgehend überwunden. Die Zahl der 1986 enttarnten Agenten hat sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Zunehmende Bedeutung für die Nachrichtendienste der Ostblockländer gewann der Bereich der neuen Technologien. Durch illegale Beschaffung versucht der Ostblock, eigene Forschungskosten einzusparen und den Vorsprung des Westens zu verringern.

Organisationen	Bundesgebiet einschl. Berlin			
Inländische Extremisten (ohne Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen)				
– Mitglieder linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen	63.000	(61.300)		
– Mitglieder linksextremistisch beeinflusster Organisationen ^{1) 2)}			49.000	(51.000)
– Rechtsextremisten	22.100	(22.100)		
Orthodoxer Kommunismus				
– Kernorganisation ¹⁾ (DKP, SEW)	46.000	(44.500) ³⁾		
– Nebenorganisationen ¹⁾	28.000	(28.000)		
– beeinflusste Organisationen ^{1) 2)}			64.000	(66.500)
„Neue Linke“				
K-Gruppen und Troztkisten				
– Kernorganisationen	2.800	(3.300)		
– Nebenorganisationen	600	(700)		
– beeinflusste Organisationen ^{1) 2)}			1.100	(2.000)
Sonstige revolutionäre Marxisten und Anarchisten sowie terroristisches Umfeld ⁴⁾	6.300	(5.200)		
Rechtsextremisten				
– Neonazistische Gruppen	1.500	(1.400)		
– „Nationaldemokratische“ Organisationen	6.800	(6.700)		
– „National-freiheitliche“ Organisationen	12.100	(12.000)		
– sonstige Rechtsextremisten	3.150	(3.400)		
Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern				
– Rechtsextremisten	116.940	(116.300)		
– Linksextremisten	35.350	(34.750)		
– Linksextremisten	81.590	(81.550)		

(Vergleichszahlen 1985 in Klammern)

Abzüge für Mehrfachmitgliedschaften lassen sich nur auf Bundesebene erfassen und sind deshalb in der Zusammenfassung (oberste Spalte) nur für den Bundesbereich berücksichtigt.

Vergleiche Erläuterungen auf der folgenden Seite.

Niedersachsen		Organisationen		
5.600	(5.800)			Inländische Extremisten (ohne Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen)
		2.460	(2.600)	– Mitglieder linksextremistischer Kern- und Nebenorganisationen
2.170	(2.250)			– Mitglieder linksextremistisch beeinflusster Organisationen ^{1) 2)}
				– Rechtsextremisten
3.000	(2.900)			Orthodoxer Kommunismus
1.400	(1.400)			– Kernorganisation ¹⁾ (DKP, SEW)
		2.400	(2.600)	– Nebenorganisationen ¹⁾
				– beeinflusste Organisationen ^{1) 2)}
330	(380)			„Neue Linke“
		60	(80)	K-Gruppen und Troztkisten
				– Kernorganisationen
				– Nebenorganisationen
				– beeinflusste Organisationen ^{1) 2)}
800	(740)			Sonstige revolutionäre Marxisten und Anarchisten sowie
70	(60)			terroristisches Umfeld ⁴⁾
120	(150)			Rechtsextremisten
860	(920)			– Neonazistische Gruppen
				– „Nationaldemokratische“ Organisationen
1.050 ³⁾	(1.050)			– „National-freiheitliche“ Organisationen
140	(130)			– sonstige Rechtsextremisten
4.590	(4.850)			Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern
2.560	(2.800)			– Rechtsextremisten
2.030	(2.050)			– Linksextremisten

Erläuterungen

Ein Vergleich dieser Gesamtzahlen mit der Bevölkerungsstärke der einzelnen Bundesländer kann nur mit Einschränkungen zu aussagekräftigen Ergebnissen führen. Abgesehen davon, daß in einigen Bundesländern größere Ballungsgebiete mit einem stärkeren Anteil extremistischer Organisationen vorhanden sind, weichen die Gesamtzahlen für Niedersachsen nicht erheblich vom Bundesdurchschnitt ab; sie entsprechen etwa dem Durchschnitt der vergleichbar strukturierten Gebiete in anderen Bundesländern.

Organisationsinterne Entscheidungen, regionale oder geschichtliche Besonderheiten führen dazu, daß extremistische Organisationen in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich vertreten sind.

¹⁾ **Kernorganisationen** sind Parteien und Gruppierungen, die die führende Kraft in dem jeweiligen politisch-extremistischen Lager bilden.

Nebenorganisationen sind Vereinigungen, die sich selbst offen als einer Kernorganisation politisch verbunden bezeichnen, deren führende Rolle anerkennen und in allen maßgeblichen Funktionen von Mitgliedern der Kernorganisation besetzt sind. Sie sind jedoch aufgrund einer eigenen Satzung, eigener Führungsgremien und eines mit dem der Kernorganisation nicht identischen Mitgliederbestandes in organisatorischer Hinsicht selbständig.

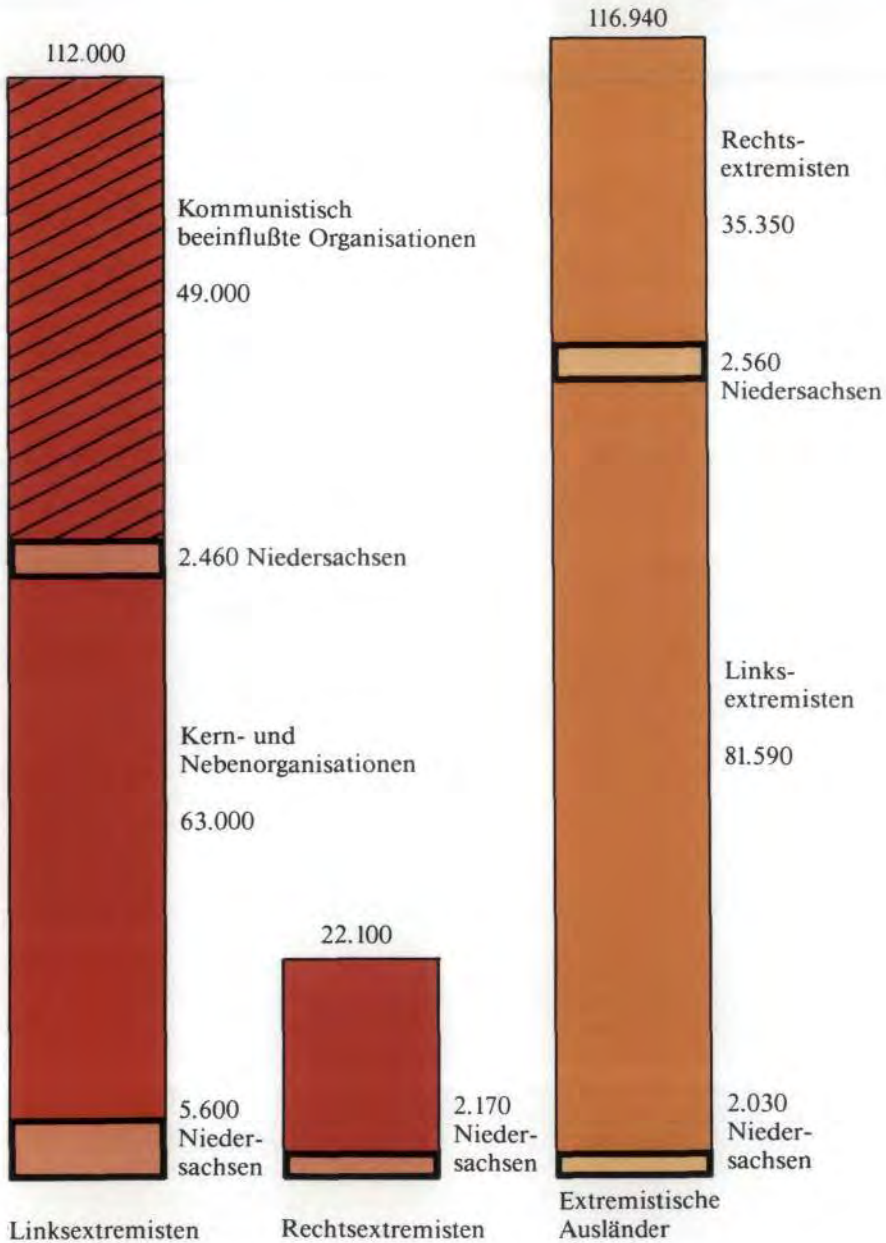
Beeinflußt sind Organisationen und Initiativen, auf die eine Kernorganisation sich in ihrem Bemühen stützt, möglichst viele Bürger für ihre jeweiligen Ziele zu mobilisieren; sie erscheinen nach außen meist unabhängig, sind aber erheblich von der Kernorganisation beeinflusst.

²⁾ Da den beeinflussten Organisationen auch Mitglieder angehören, die keine Kommunisten sind, wurden die Mitgliederzahlen ausgerückt. Mitglieder von Initiativen wurden hier nur dann erfaßt, wenn ein organisatorischer Zusammenhalt und eine Mitgliederstruktur gegeben sind.

³⁾ Nach eigenen Angaben (bekanntgegeben beim 8. Parteitag am 2. Mai 1986 hat die DKP 57 802 Mitglieder.

⁴⁾ Hierunter fallen die sonstigen revolutionären Marxisten, Anarchisten sowie sonstigen Sozialrevolutionäre. Erfasst sind nur Gruppen, die über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Bundesweit hinzuzurechnen sind schätzungsweise etwa 6.000 Personen, die auf lose, statistisch nicht berücksichtigte Zusammenschlüsse entfallen.

Bundesgebiet / Niedersachsen



Allgemeine Entwicklung

Von den etwa 5.600 Linksextremisten in Niedersachsen sind mehr als drei Viertel Mitglieder orthodox-kommunistischer Organisationen.

Die DKP als Kernorganisation dieses Bereiches ist in der Bundesrepublik die Vertreterin des Kommunismus sowjetischer Prägung. Sie selbst konnte auch 1986 weder ihren unmittelbaren Anhang noch ihre Akzeptanz in der Bevölkerung, soweit sie sich in Wahlen niederschlägt, erweitern. Bei der Landtagswahl erhielt sie im Vergleich zu 1982 50 % weniger Stimmen. Auch das Ergebnis der Kommunalwahlen (statt 20 jetzt nur noch 17 Mandate) war für sie unbefriedigend.

Diese zahlenmäßig geringe Bedeutung versucht die DKP durch ein Netz von Neben- und beeinflussten Organisationen auszugleichen, bei denen die orthodox-kommunistische Ausrichtung nicht immer auf den ersten Blick erkennbar ist. Durch die personelle Besetzung der Führungsgremien dieser Organisationen mit DKP-Mitgliedern sichert sie sich hier die gewünschte ideologische und politische Ausrichtung.

Die wichtigsten Themen des orthodox-kommunistischen Lagers 1986 waren zum einen der sog. „Friedenskampf“, die Agitation gegen SDI und NATO-Nachrüstung, orientiert jeweils an der sowjetischen Strategie. Zum anderen wurden alle von der DKP gesteuerten Organisationen auf den „Kampf für eine demokratische Wende“ eingeschworen. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 bedeutete das „Ablösung der Bonner Rechtskoalition“. Wichtigste Instrumente in diesem Kampf waren die „Frie-

densliste“ und die VVN/BdA, die sich um den Nachweis vermeintlich faschistischer Entwicklungen in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik bemühten. Diese bündnispolitische Strategie der DKP hat zum Ziel, möglichst weite Kreise der Bevölkerung anzusprechen und die Berührungsgängste zu Kommunisten abzubauen.

Nach dem Tschernobyl-Unglück mußte die DKP wegen ihrer gespaltenen Haltung zur Kernenergie einen Vertrauensverlust auch in den eigenen Reihen hinnehmen. Es ist ihr seitdem noch weniger als schon zuvor gelungen, in der Antikernkraft-Bewegung Glaubwürdigkeit zu vermitteln.

Der Moskau-unabhängige dogmatische Linksextremismus hat weiterhin an Bedeutung verloren. Zwar wurde versucht, den in verschiedene Splitterparteien zerfallenen Bereich zu vereinheitlichen, indem sich KPD und GIM zur „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP) zusammenschlossen. Diesem Versuch verheißt man jedoch auch in eigenen Reihen nicht viel Erfolg.

Im undogmatischen Linksextremismus, der durch einen geringen Organisationsgrad gekennzeichnet ist, waren ein Wiederaufleben der Friedens- und Antikernkraftbewegung zu beobachten. Nach einer längeren Phase der Inaktivität fand am 10. Oktober in Hasselbach/Hunsrück erstmals seit 1983 wieder eine zentrale Großdemonstration der Friedensbewegung statt, die maßgeblich von orthodoxkommunistischen Gruppierungen vorbereitet und organisiert wurde. Überraschend war die hohe Zahl der Teilnehmer.

Die Antikernkraft-Bewegung erhielt Auftrieb durch die Katastrophe von Tschernobyl. Am Rande der großen Antikernkraftdemonstrationen 1986 traten

gewaltbereite „Autonome Gruppen“ durch Sachbeschädigungen und Angriffe auf Polizeibeamte hervor. Unter diesen militanten Gruppen werden auch die Urheber der zahlreichen Anschläge auf Einrichtungen der Energieversorgungsunternehmen sowie der Eingriffe in den Bahnverkehr vermutet. Anschläge und Sachbeschädigungen konzentrierten sich in Niedersachsen im Raum Lüchow-Dannenberg, in Göttingen und Hannover.

Nach wie vor geht die größte Bedrohung von der terroristischen RAF aus. Die „Offensive 86“ wurde geprägt durch die brutale Ermordung des Industriellen Prof. BECKURTS und des Bonner Spitzenbeamten von BRAUNMÜHL. Sie wurde „umrahmt“ von zahlreichen Brand- und Sprengstoffanschlägen der „Militanten der RAF“.

Orthodoxe Kommunisten

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) Ideologisch-politischer Standort

„Das Zukunftsziel der DKP ist eine sozialistische Bundesrepublik“.

Diese Aussage in der Präambel der „Thesen“ des 8. Parteitages der DKP vom 2. bis 4. Mai in Hamburg umreißt das strategische Ziel dieser mitgliederstärksten linksextremistischen Organisation. Unmißverständlich wird an anderer Stelle (z. B. im „ABC junger Kommunistinnen und Kommunisten“) der Be-

griff des Sozialismus definiert:

„Nur wo es die politische Macht der Arbeiterklasse gibt und ihrer Bundesgenossen, kann von Sozialismus gesprochen werden“.

Maßstab ist der „reale Sozialismus“ sowjetischer Prägung, in dem „... die arbeitenden Menschen unter Führung der kommunistischen Partei die politische Macht ausüben...“

(These 3 des 8. Parteitages)

Den Weg zu diesem Ziel beschreibt diese „revolutionäre, marxistische Partei der Arbeiterklasse“ so:

„Es geht darum, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte zu verändern und eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt herbeizuführen, ... tiefgreifende antimonopolistische Umgestaltung zu erkämpfen und sich im Klassenkampf schließlich den Weg zum Sozialismus zu erkämpfen.“

(These 13 des 8. Parteitages)

Die Bedeutung der DKP läßt sich nicht nur an den Mitgliederzahlen bemessen. Die wesentlichen Faktoren, die den Charakter dieser Partei und ihre in Etappen angelegten und erreichten Erfolge bestimmen, sind in anderen Bereichen zu suchen: Die DKP ist in ihrer internen Struktur keine demokratische Partei, in der sich die Willensbildung „von unten nach oben“ vollzieht. Die Parteiführung ist weder von der Beschlußfassung an der „Basis“ abhängig noch ihr unterworfen.

Das für eine marxistisch-leninistische Partei unverzichtbare Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ beschreibt die DKP wie folgt:

„In der DKP hat jedes Mitglied, wie es im Parteistatut festgelegt

ist, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, an der Erarbeitung und Umsetzung der Politik der Partei aktiv teilzunehmen... Aber für politische Zerrissenheit und Faktionskämpfe existiert in der DKP keine Grundlage, ... die erfolgreiche Umsetzung unserer deomkratisch erarbeiteten Politik (ist) nur durch einheitliches, zentralisiertes Handeln möglich.“
(These 40 des 8. Parteitages)

Die intensiven und zumeist erfolgreichen Bemühungen der Parteiführung, den an der Basis aufkeimenden Unmut an der offiziellen Haltung der Partei zur Kerntechnologie (nach dem Tschernobyl-Unglück) oder zur Frage der eigenständigen Teilnahme der DKP an Wahlen zu beschwichtigen, belegen eindeutig, daß die Partei eine echte Diskussion nicht hinzunehmen bereit ist, sondern strikte Disziplin fordert. Nicht der Wille und die Meinung der Parteibasis, sondern die an den globalen Interessen der Sowjetunion ausgerichteten Entscheidungen der Parteiführung bestimmen das Handeln der DKP.

Ihre Mitgliederstärke ist daher kaum ein taugliches Kriterium für die Beurteilung der politischen Effizienz. Wahlerfolge, d.h. die unmittelbar sicht- und meßbare Akzeptanz bei den Bürgern, sind für die DKP im Gegensatz zu demokratischen Parteien ebenfalls von eher untergeordneter Bedeutung.

Wenngleich sich Basis und allenfalls mittlere Führungsebene „enttäuscht“ über rückläufige oder stagnierende Wählerstimmen zeigen, so ist dies für die maßgeblichen Entscheidungsträger in der Parteispitze allenfalls ein „Schönheitsfehler“ am sorgsam gepflegten „demokratischen“ Image der Partei.



Bericht

des Parteivorstands
der DKP
an den 8. Parteitag
Hamburg, 2.-4. Mai 1986

**Für eine neue Politik
Atomwaffenfreie
Welt und
Arbeit für alle**

Berichtersteller:
Herbert Mies
Vorsitzender der DKP

Die Broschüre „Kommunisten, Wahlen und Wahlbündnisse“ führt hierzu aus, bereits Marx und Engels hätten auf die vielfältigen Kampfformen der Arbeiterklasse (insbesondere im außerparlamentarischen Bereich) hingewiesen und zwischen „bürgerlichem und proletarischem, demokratischem und sozialistischem Parlamentarismus“ differenziert. Die DKP sieht in jeder bürgerlichen Demokratie „... eine Form der politischen Herrschaft des Kapitals, der Herrschaft einer kleinen Minderheit über die Mehrheit“.

Die Bedeutung einer Teilnahme an einem „bürgerlichen, durch die Monopole deformierten Parlamentarismus“ schätzt die DKP-Führung nicht hoch ein. Vielmehr geht sie von der Möglichkeit aus, „im Falle der Entwicklung einer breiten und tiefwirkenden Massenbewegung das parlamentarische System, so wie es heute ist, nicht unwesentlich zu verändern“.



Thesen

des 8. Parteitages
der DKP
Hamburg, 2.–4. Mai 1986

Neue Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit – für eine demokratische Wende

Beschlossen vom
8. Parteitag der DKP

Die Tatsache, daß sich die DKP im Zusammenwirken mit den sowjetisch gesteuerten „Frontorganisationen“ einerseits die dortigen „Friedensbemühungen“ mit großer Intensität zu eigen macht, andererseits mit gleicher Beharrlichkeit den Kampf gegen das „monopolkapitalistische System“ in der Bundesrepublik führt, zeigt den Widerspruch zwischen „Friedenskampf“ und „sozialistischer Revolution“ in der kommunistischen Propaganda.

Die DKP bekennt sich in der These 37 des 8. Parteitages ausdrücklich zu ihrer „Zugehörigkeit zur kommunistischen Weltbewegung“ und bezeichnet die sozialistischen Länder als „mächtigste Kraft der weltweiten Friedensbewegung“. Das Bekenntnis dieser Partei gilt der marxistisch-leninistischen Revolution, ebenso wie die „sozialistische Revolution“ in den Ländern des Westens und der Dritten Welt nach wie vor bestimmender Faktor sowjetischer Politik ist.

In einem am 26.11.86 im „Neuen Deutschland“ zitierten Artikel der „Prawda“ („Der Marxismus-Leninismus und der revolutionäre Geist des 20. Jahrhunderts“) wird dies besonders deutlich.

Der Autor weist zunächst auf die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung in den kapitalistischen Ländern und die daraus für die jeweiligen kommunistischen Parteien resultierende Notwendigkeit hin, hier vor allem den „friedlichen Weg der sozialistischen Revolution“ zu beschreiten, der auf einen grundlegenden Bruch mit dem Kapitalismus ausgerichtet sei.

Hierzu gehöre

- die Schaffung eines breiten politischen und Klassenbündnisses der die Revolution vollbringenden Kräfte unter Führung der revolutionären Avantgarde,
- die Umwandlung der bestehenden Vertretungsorgane der Staatsmacht in Organe der revolutionären Umgestaltung bei Kombination von parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfformen und bei größtmöglicher Flexibilität der die Revolution anführenden Parteien.

Der „friedliche“ Weg der Revolution nutze viele der von der Bourgeoisie geschaffenen politischen Institute; er bedeute nicht den Verzicht auf Klassenkampf, sondern seine Verwirklichung in speziellen Formen.

Der Kampf der gegensätzlichen Klassenkräfte verschwinde auch im nuklearen Zeitalter nicht, aber es gelte, auch von Kompromissen geprägte Formen des Kampfes auszuarbeiten und umfassend anzuwenden; dies sei keinerlei Abkehr vom revolutionären Marxismus.

Die DKP befindet sich – unter zutreffender Einschätzung ihrer gegenwärtigen Möglichkeiten – auf dem „friedli-

chen Weg der sozialistischen Revolution“, der allerdings unter veränderten Bedingungen jederzeit in direktere, militante Kampfformen übergeleitet werden könnte; denn — so der o.g. PRAWDA-Artikel: „Eine absolut „reine,, friedliche Revolution kann es nicht geben.“

In dieser aktuellen Phase sind für die Partei und die hinter ihr stehenden Kräfte des sozialistischen Lagers weder Wahlerfolge noch Mitgliederzahlen von entscheidender Bedeutung.

Maßgeblich sind vielmehr die Erfolge bei der zugleich offen wie verdeckt betriebenen Aktionseinheit mit Gewerkschaften und Sozialdemokratie, bei der Errichtung und späteren Steuerungsmöglichkeit themenorientierter Bündnisse mit anderen demokratisch engagierten Organisationen und Bürgern, wobei die zentralen Begriffe und Inhalte je nach Einflußstand allmählich im Sinne der DKP und damit Moskaus und Ostberlins verändert werden.

Die DKP betont die „Vielfältigkeit der Kampfformen“ und nimmt zumindest verbal Gewaltakte gegen das „System“ billigend in kauf: Von den militanten Ausschreitungen in Wackersdorf, Brokdorf und Göttingen hat sie sich nicht distanziert, sondern Gewalt ursächlich dem „Polizeiterror, Giftgaseinsatz“ angelastet; terroristische Anschläge gegen Personen und Sachen seien „möglicherweise vom Staat selbst begangen“.

Die DKP sieht bestimmte militante Aktionsformen dann als gerechtfertigt an, wenn sie sich thematisch in das Programm ihres eigenen „Kampfes um eine demokratische Wende“ einbinden lassen.

„Wir sind gegen jede Verabsolutierung der einen oder anderen Kampfform... Breite und Radika-

lität sind für uns kein Gegensatz... Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht...“
(These 31 des 8. Parteitages)

Methodik des „Kampfes um eine demokratische Wende“

Manipulation durch Sprache/ sprachliche Umdeutung

These 31 des 8. Parteitages:

„In den letzten Jahren ist es zu einem bedeutenden Aufschwung demokratischer Bewegungen gekommen. Die DKP hat als Vorkämpferin vieler dieser Bewegungen gewirkt und an ihrer Entfaltung keinen geringen Anteil.“

Zur Mitwirkung in Bündnissen gehört nach ihrem Verständnis der Auftrag, bei „unseren Bündnispartnern weitergehende Erkenntnisse über die in der Monopolherrschaft liegenden Ursachen der Kriegsgefahr, der Umweltzerstörung, der Bedrohung sozialer und demokratischer Rechte zu verbreiten.“

Erfolge der DKP und der von ihr gesteuerten „demokratischen“ Organisationen sind nicht zu leugnen. Ihr ist es zumindest teilweise gelungen, allgemein akzeptierte, positiv belegte Begriffe wie z.B. FRIEDEN, DEMOKRATIE und ANTIFASCHISMUS von der Bedeutung her auch im Bewußtsein über die Anhängerschaft der DKP hinausreichender Bevölkerungskreise in den letzten Jahren einem inhaltlichen Wandel zu unterwerfen:

● FRIEDEN soll danach erst dann gewährleistet sein, wenn die „friedliebende Menschheit“ den „friedensbedrohenden Systemen“ SDI, Pershing oder Cruise

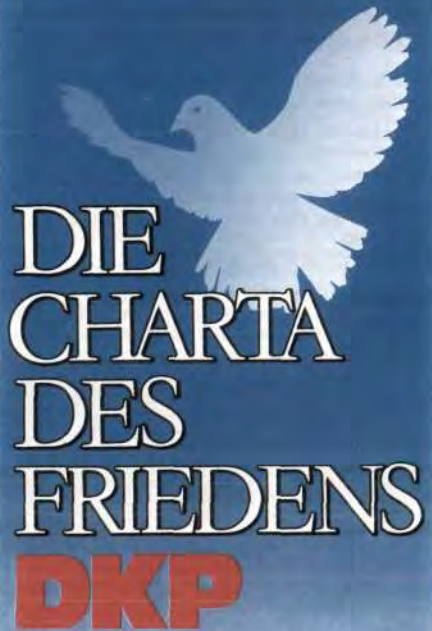
Missiles bzw. „NATO-Erstschlagstrategie“ ein entschiedenes Veto entgegensetzt. Die Sowjetunion verfolgt nach dieser Auffassung ausschließlich auf Frieden ausgerichtete Absichten, während den USA aggressive Politik unterstellt werden. Die ideologische Konzeption des „realen Sozialismus“, wonach FRIEDEN nicht gleich PAZIFISMUS ist, sondern erst mit einem weltweiten Sieg des Sozialismus erreicht werden kann, bleibt dabei weitgehend außer Betracht.

- Wahrhafte DEMOKRATIE sei erst dann erreicht, wenn die „bürgerliche Demokratie“, in der nur für die Interessen Weniger gesorgt sei, durch eine „demokratische Erneuerung“ zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Partei überwunden werden.

- Im Gleichklang mit der Diktion der politischen Philosophie in der DDR benutzt die DKP wohlweislich den Begriff des „Neofaschismus“ bzw. des „antifaschistischen Kampfes“. Dieser Begriff ist nicht deckungsgleich mit „Nationalsozialismus“ oder „Neonazismus“; vielmehr gilt im orthodox-kommunistischen Sprachgebrauch Faschismus als „Erscheinungsform des besonders aggressiven staatsmonopolistischen Kapitalismus, die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, imperialistischen Elemente des Finanzkapitals... Kern des Faschismus ist der Antikommunismus“.

Die Antifaschismus-Kampagne versucht nachzuweisen, daß das System der Bundesrepublik bereits „faschistische“ Tendenzen beinhaltet, ja sogar fördert. Ziel ist, einsehbar zu machen, daß nur „grundlegende demokratische Reformen“, d.h. die Etablierung einer Gesellschaftsordnung nach dem Vorbild des „real-existierenden Sozialismus“, der Gefahr eines neuen Hitler-Regimes effektiv begegnen könnten.

Ein wichtiges Gesetz:



Vom Atomstaat und Raketens Arsenal zu Frieden und Arbeit

Methodisch wird nicht nur die Existenz rechtsextremistischer oder neonazistischer Gruppen in der Bundesrepublik herausgestellt, sondern der „Nachweis“ versucht, daß die Gesellschaftsordnung insgesamt bereits starke faschistoide Entwicklungstendenzen aufweise (z. B. „Berufsverbote“, angeblicher Sozial- und Demokratieabbau, vermeintliche Polizeistaatsmethodik gegen Andersdenkende, Antikommunismus).

Bündnispolitik

Neben der Umdeutung allgemein akzeptierter, positiv belegter Begriffe gehört es zur Taktik der DKP, Berührungspunkten bei Bündnispartnern und Bürgern gegenüber kommunistischen Zielen und Positionen entgegenzuwirken und die Akzeptanz ihrer Ziele somit zu vergrößern. Wichtiger Ansatzpunkt hierfür sind latent vorhandene Befürchtungen und Ängste, z. B.

- vor einer durch andauernde Aufrüstung wachsenden Kriegsgefahr,
- vor einem Wiederaufleben rechtsextremistischer Umtriebe und dem Weg in eine neue Nazi-Diktatur,
- vor einem Abbau demokratischer und sozialer Rechte („Überwachungsstaat, gläserner Mensch“),
- vor einer zunehmenden Arbeitslosigkeit u. a. m.

Insbesondere über die von ihr beeinflussten Organisationen (wie VVN/ BdA, DFU) versucht die DKP den Eindruck zu erwecken, daß nicht etwa moskauorientierte Kommunisten, sondern um den Frieden und die Grundrechte besorgte Demokraten, ihre warnende Stimme erheben, und Problemlösungen aufzuzeigen, die mit den Vorstellungen des „realen Sozialismus“ identisch sind.

Als Beispiel ist hier auf das Wirken der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten“ (VVN/BdA) hinzuweisen. Die DKP hat erklärt:

„Der Entwicklung antifaschistischen Denkens und Handelns, dem gemeinsamen Wirken aller antifaschistischen Kräfte, der Stärkung der VVN/ BdA kommt wachsende Bedeutung zu. Die Angriffe der Rechtskoalition können zum Scheitern gebracht wer-

den — durch ein breites Bündnis aller Kräfte der Demokratie und des Humanismus.“ (These 20 des 8. Parteitag)

Die der Parteiführung für diesen „Kampf gegen die Rechtskräfte“ geeignet erscheinenden Aktionsfelder

- „Notstandsgesetze, Berufsverbote, Sicherheitsgesetze, Ausländerfeindlichkeit/Asylrecht, Neofaschismus, Gesamtvertretungsansprüche“

werden in gesonderten Broschüren wie „Kommunisten und neue Fragen des Kampfes um Demokratie“ in ihrer strategischen Bedeutung und der taktischen Praktikabilität herausgestellt.

Da sich die DKP-Führung keineswegs der Illusion hingibt, daß eine unmittelbar von moskauorientierten Kommunisten geführte Demokratie-Kampagne angesichts der in den sozialistischen Ländern fortbestehenden Unfreiheiten und Menschenrechtsverletzungen ohne weiteres auf Verständnis stößt, setzt sie hierfür die nach außen hin nicht sogleich als kommunistisch erscheinende VVN/BdA ein.

Daß die Führungsgremien dieser bundesweit ca. 13.500 Mitglieder zählenden Organisation auf Bundes- wie Landesebene weitgehend mit DKP-Angehörigen besetzt sind und einflußreiche Funktionen (Organisation, Finanzen, Bildungsarbeit, Publikationen) von DKP-Mitgliedern ausgeübt werden, bleibt der demokratischen Öffentlichkeit weitgehend verborgen.

Die Publikationen und Aktionen dieser Organisation sind ein Beleg dafür, daß es ihr nicht nur um das allen demokratischen Gruppen gemeinsame Anliegen geht, die Erinnerung an die Greuelthaten des Hitler-Regimes, an Massen-

mord, Folter und Zwangsarbeit, im Bewußtsein der Bevölkerung wachzuhalten und vor einem Wiederaufleben rechtsextremistischer Bestrebungen und der Aktivität neonazistischer Organisationen zu warnen. Ihre Aktionen sind nur Mittel zum Zweck der Agitation gegen die Bundesrepublik Deutschland.

So zeigen u.a. die Broschüren der VVN/BdA „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ und „Grundlagen und Ziele antifaschistischer Politik“, daß diese — ihrerseits in vielen „antifaschistischen“ Bündnissen, Initiativen gegen „Berufsverbote“ u.ä. vertretene — Organisation den „Nachweis“ führen will, das gegenwärtige „System“ der Bundesrepublik fördere faschistische Tendenzen, denen letztlich nur durch eine „grundlegende demokratische Reform“, d.h. eine sozialistische Gesellschaftsordnung, begegnet werden könne.

Aufschlußreich ist insoweit auch die Bandbreite der von der VVN/BdA im Jahre 1986 geführten Kampagnen: Appell ehemaliger Widerstandskämpfer gegen Änderung des § 116 AFG; Aufruf zur Verhinderung neuer Geheimdienstgesetze; Solidarität mit den Freiheitskämpfern Spaniens, Nicaraguas und Südafrikas; Appell NS-Verfolgter gegen eine Änderung des Art. 16 GG, Aktionsaufrufe gegen „Berufsverbote“, Raketenstationierung im Hunsrück u. a. m.

Eine - die wahre Intention ihrer „Vergangenheitsbewältigung“ entlarvende - Aussage enthält die „Würdigung“ der Widerstandskämpfer des 20. Juli im DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) vom 23. Juli 1986:

„Im Sinne der Verschwörer des 20. Juli zu wirken heiße heute

- sich gegen die Beteiligung der Bundesrepublik am US-Sternenkriegsprojekt SDI zu wenden,

- sich für den Stopp der Stationierung atomarer Erstschlagwaffen (Pershing II, Marschflugkörper) einzusetzen,
- für eine C-Waffen-freie Zone in Europa und für einen generellen A-Waffen-Teststopp einzutreten.“

Aktionseinheitspolitik

Die Lehre von der Strategie und Taktik der kommunistischen Revolution sieht neben der Bündnispolitik die Schaffung einer Aktionseinheit aller Organisationen der Arbeiterbewegung vor.

Obwohl die DKP in These 37 des 8. Parteitag feststellt, daß die Politik der SPD „wesentlich durch solche Kräfte bestimmt (werde), die auf dem Boden des kapitalistischen Systems stehen und sich für enge Bündnisbeziehungen mit dem USA-Imperialismus einsetzen“, mißt sie dem gemeinsamen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten als den „beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung“ entscheidende Bedeutung bei.

Ziel dieser Zusammenarbeit ist die „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, der Kampf für die Überwindung der Macht der Monopole, die antimonopolistische Demokratie, die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik“.

(These 28 des 8. Parteitag)

Die DKP behauptet, daß sich „in den politischen Positionen der SPD bedeutende Veränderungen ergeben“ hätten und in der Friedensbewegung, in Arbeiterkämpfen und in den gewerkschaftlichen Aktivitäten zur Verteidigung des Streikrechts „verbesserte Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten“ eingetreten seien.

In dieser Entwicklung begreift sich die DKP als „die revolutionäre, marxisti-

sche Partei der Arbeiterklasse“, die „durch keine andere Organisation zu ersetzen ist“.

In einer als Endziel angestrebten sozialistischen Bundesrepublik kann demnach die politische Herrschaft nur durch sie selbst — unter Ausschluß auch anderer Organisationen der Arbeiterbewegung — ausgeübt werden. Gleiches gilt für die von der DKP nach wie vor mit großer Intensität betriebene Gewerkschafts- und Betriebsarbeit. Durch offene wie verdeckte Mitarbeit in Betriebsräten und Gewerkschaften, durch eine Vielzahl aufwendig und redaktionell geschickt gestalteter Betriebszeitungen hat die Partei ihre Bemühungen intensiviert, langfristig und taktisch flexibel darauf hinzuwirken, daß eine „kämpferische Strategie“ die bisherige „sozialpartnerschaftliche Orientierung“ ablöst. Ebenso strebt sie an, die Sorgen von Arbeitnehmern vor einem Arbeitsplatzverlust (u.a. durch Einführung neuer Technologien), vor Lohnstagnation oder -abbau oder vor einer Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte für ihre Zwecke auszunutzen. Diese Probleme sollen angeblich zwangsläufige Bestandteile des „staatsmonopolistischen Systems“ sein, die letztlich nur im Wege des Klassenkampfes und einer daran anschließenden neuen Gesellschaftsordnung — unter Führung der DKP — beseitigt werden könnten.

Entwicklung der Mitgliederzahlen und Finanzen

Im Interesse ihrer Selbstdarstellung als Partei, aber auch zur Stärkung der eigenen Finanzkraft unternahm die DKP auch 1986 große Anstrengungen zur Mitgliederwerbung.

Herbert Mies **DKP und Gewerkschaften**

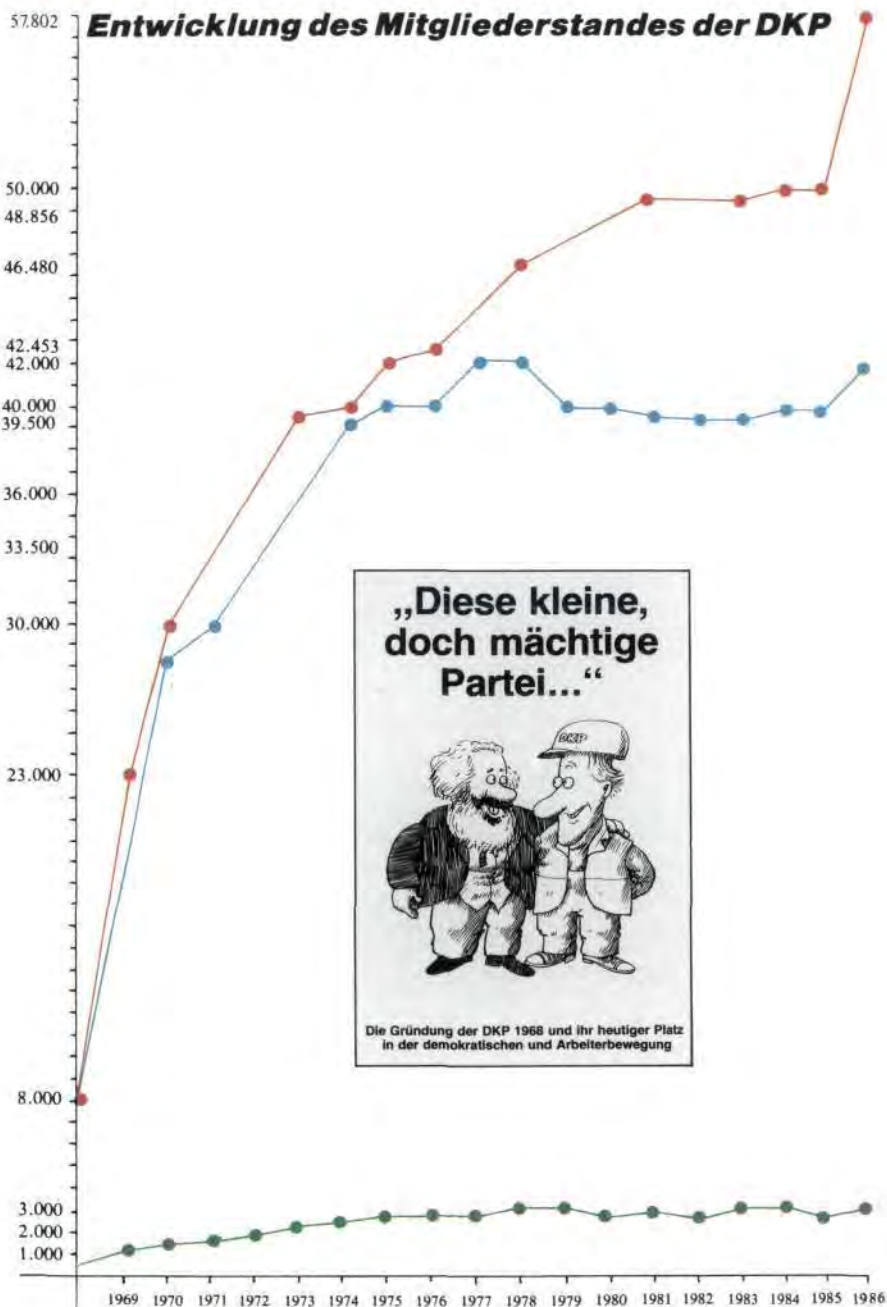


Hierzu diente vor allem das als Wettbewerb angelegte „Ernst-Thälmann-Aufgebot“, das nach Darstellung des DKP-Vorsitzenden MIES eine Steigerung der Mitgliederzahl von 50.482 (1984) auf 57.802 erbracht haben soll.

Die Angaben über den Mitgliederstand dürften nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden erheblich überhöht sein; die Mitgliederzahl liegt tatsächlich bei 42.000.

In Niedersachsen (hier wohnhafte Mitglieder der DKP-Bezirksorganisationen „Niedersachsen“ und „Bremen/Niedersachsen-Nord“) hat sich die Mitgliederzahl geringfügig auf ca. 3.000 (gegenüber 2.900 im Vorjahr) erhöht.

Ein erheblicher Teil der neuen Parteimitglieder dürfte der DKP-Nebenorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) entstammen, deren Gruppenzahl und Aktivitäten in Nieder-



Zeichenerklärung: von den Verfassungsschutzbehörden geschätzt: —
 nach eigenen Angaben der Partei: —
 DKP in Niedersachsen (geschätzt): —

sachsen in letzter Zeit erheblich zurückgingen.

In ihrem Rechenschaftsbericht für 1985 hat die DKP Einnahmen in Höhe von rd. 20,2 Mio. DM gegenüber Ausgaben von rd. 20,3 Mio. DM ausgewiesen.

In Anbetracht der hohen Kosten des umfangreichen Parteiapparats, der zahlreichen aufwendig gestalteten Publikationen und der Finanzierung ihres Umfeldes dürfte die Bilanzsumme tatsächlich ein Vielfaches betragen. Mehr als 65 Mio. DM stammen aus der DDR. Weitere unentgeltliche Leistungen wie Benutzung von Schulungseinrichtungen der SED, Betreuung und Unterbringung bei Delegations-, Urlaubs- und Kuraufenthalten in Staaten des Warschauer Pakts müssen hinzugerechnet werden.

Nebenorganisationen der DKP

Als Kernorganisation des orthodoxen Kommunismus führt die DKP mehrere Nebenorganisationen, die sich offen zur DKP bekennen, organisatorisch aber selbständig sind. Fast alle maßgeblichen Funktionen dieser Organisationen sind mit DKP-Mitgliedern besetzt.

„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Die Jugendorganisation der DKP, die bundesweit noch ca. 15.000, in Niedersachsen ca. 600 Mitglieder zählt, war auch 1986 völlig in das politische Konzept ihrer Mutterpartei integriert.

Insbesondere wegen der gerade unter Jugendlichen kaum vermittelbaren Haltung der orthodoxen Kommunisten zur Kernkraftfrage nach dem Tschernobyl-Unglück, generell vor allem aber wegen

der Vorbehalte staats- und gesellschaftskritisch eingestellter Jugendlicher gegenüber einer auf Parteidisziplin statt Basisdemokratie ausgerichteten Organisation hat die SDAJ zumindest in Niedersachsen einen Mitgliederschwund erlitten, verstärkt durch Übertritt von SDAJ-Aktivisten in die DKP.

Die SDAJ bemühte sich, die von der DKP vorgegebenen Schwerpunkte jugendspezifisch aufzuarbeiten, d.h. vor allem die orthodox-kommunistischen Vorstellungen von „Frieden und Demokratie“ (in ihrer bereits dargelegten begrifflichen Verzerrung und Einseitigkeit) einer breiteren Schicht Jugendlicher nahezubringen. Ansatzpunkt hierfür war und ist vornehmlich die Sorge junger Menschen vor Arbeitslosigkeit und vermeintlichen Einschränkungen persönlicher Freiheitsrechte durch einen „Überwachungsstaat“.

Eine wichtige Funktion nehmen hierbei die SDAJ-Publikationen „elan“ (Auflage ca. 25.000), „Jugendpolitische Blätter“ (ca. 2.500) sowie zahlreiche Kleinzeitungen ein.

Schwerpunkt der — ebenfalls auf Mitwirkung in Bündnissen ausgerichteten — bundesweiten SDAJ-Politik war das „Festival der Jugend“ am 17./18. Mai 1986 in Dortmund gemeinsam mit dem MSB-Spartakus. An dieser Zusammenkunft unter dem Motto „Festival gegen Rechts, für die Rechte der Jugend auf Arbeit, Bildung und Demokratie“ beteiligten sich ca. 100.000 Personen (Eigenangabe: 150.000), darunter zahlreiche Gäste aus den Ländern des Ostblocks.

Als besondere Attraktion für computerinteressierte Jugendliche bot die SDAJ seit April den Anschluß an ein zentrales Informationssystem „Mailbox“ an; mit dem Computer als „Werkzeug des ideologischen Klassenkampfes“

Linksextremismus

April 4/86 1,50 DM

elam

DAS JUGENDMAGAZIN



Jimmy Cliff kommt zum Festival
Südafrika:
Ein Soldat packt aus
elan-Leserinnen bei Ina Deter
Onanieren ist schön

F 2835 E - Postvertriebstitel

elam

DAS JUGENDMAGAZIN

Mail 5/86 1,50 DM

Das andere Festival-
16 Seiten
volles Programm



September 8/86 2 DM

elam

DAS JUGENDMAGAZIN

Stopp der Jugendfeinde

soll diese Technologie als „Kampfgefahrte der demokratischen Jugendverbände“ genutzt werden.

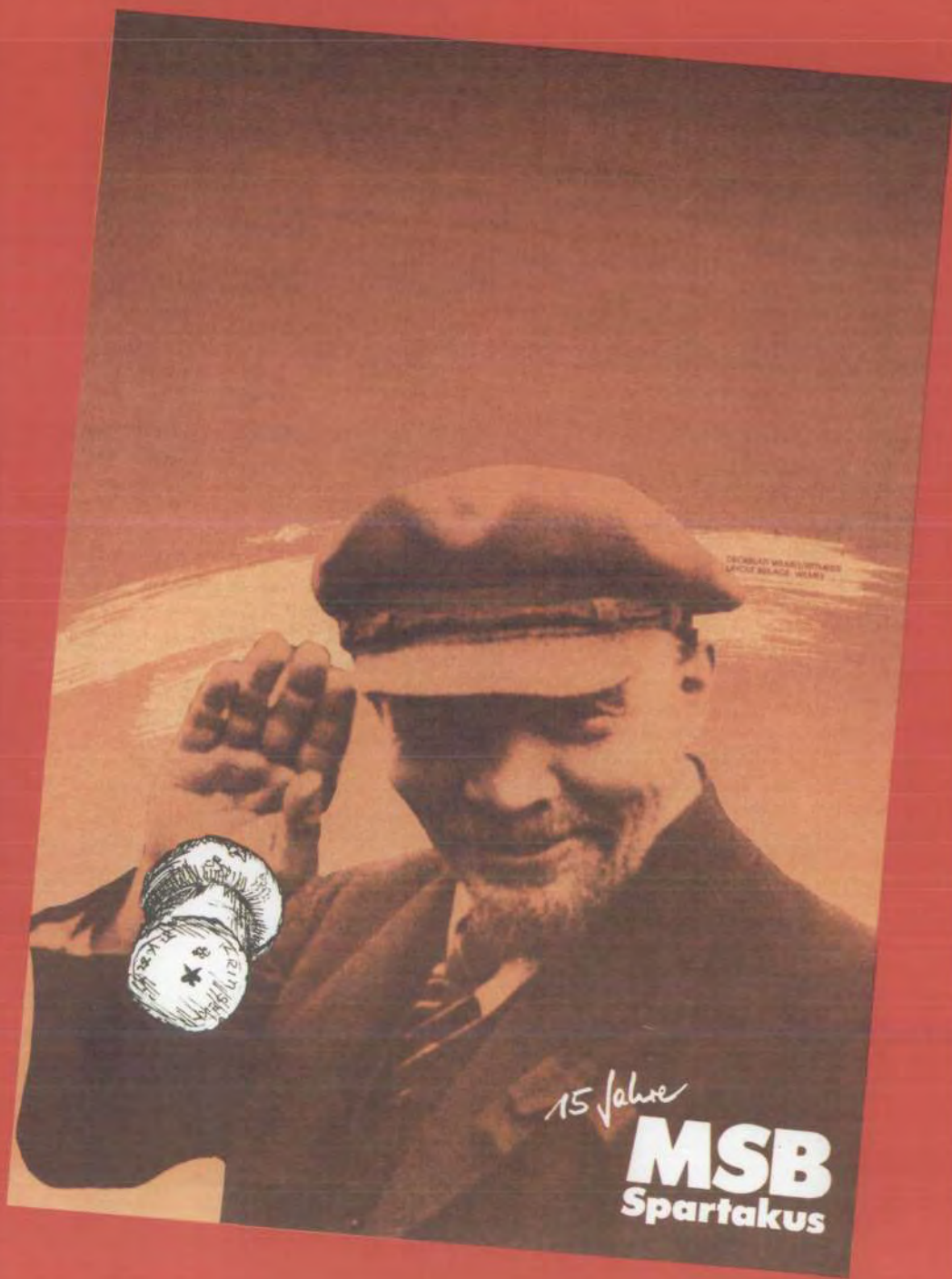
Im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 unterstützte die SDAJ entsprechende Kampagnen der DKP (breites Bündnis gegen Rechts, Wahlaufruf zugunsten „Friedensliste“/Listen der SPD oder Grünen) und untermauerte sie durch Störaktionen gegen CDU-Wahlveranstaltungen unter dem Motto „Stoppt die Jugendfeinde – gemeinsam gegen rechts“. Mit der „Kampagne der 1.000 Aktionen gegen rechts“ wollte die SDAJ erreichen, daß mehr SDAJ-Gruppen für die Interessen Jugendlicher aktiv werden, mit eigenen Beiträgen die Friedensaktionen im Herbst 1986 und die DGB-Jugend-Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit unterstützen.

In Niedersachsen fanden 1986 zahlreiche örtliche Veranstaltungen der SDAJ zu den Themen „Jugendarbeitslosigkeit“, „Internationalismus“ (Nicaragua, Südafrika) statt, die allerdings auf geringe Resonanz stießen. Am 4. September besetzten 11 Mitglieder der SDAJ symbolisch die Lehrwerkstatt der Deutschen Bundesbahn in Oldenburg, um auf die mangelhafte Lehrstellensituation aufmerksam zu machen. Zwei Jugendliche ketteten sich an unbesetzte Werkbänke. Bündnispolitische Kampagnen der DKP wurden regelmäßig von der SDAJ mitgetragen.

„Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB Spartakus)

Der MSB Spartakus ist der größte und einflußreichste linksextremistische Studentenverband. Er verfügt in Niedersachsen über etwa 650, auf Bundesebene über 6.000 Mitglieder. Ständig betont er seine enge Verbundenheit mit der DKP. Der MSB Spartakus, nach eigenem Verständnis ein „revolutionärer Studentenverband“, orientiert sich wie die DKP an den Ideen von MARX, ENGELS und LENIN. Auch er will die bestehende gesellschaftliche Ordnung grundlegend umgestalten, um zu einer „sozialistischen Demokratie“ unter Führung der „marxistisch-leninistischen Partei“ zu kommen. Dabei bemüht er sich nach wie vor intensiv darum, Einfluß auf studentische Selbstverwaltungsorgane der Hochschulen zu gewinnen. Wo es zweckmäßig erscheint, verbündet er sich mit anderen Hochschulgruppen, bevorzugt mit dem ebenfalls orthodox-kommunistisch ausgerichteten „Sozialistischen Hochschulbund“ (SHB). Die Zusammenarbeit mit dem SHB (Niedersachsen ca. 180, Bundesgebiet 2.000 Mitglieder) wird als „entscheidendes Kraftzentrum und Motor“ studentischer Politik verstanden. MSB Spartakus und SHB haben sich auf ein „Aktions- und Widerstandskonzept“ verständigt, um die „drohende“ Novellierung des Hochschulrahmengesetzes abzuwenden. Als Möglichkeiten des Protests werden Warnstreiks, Institutsbesetzungen und Blockaden empfohlen. Das Papier gipfelt in der Aufforderung zur „Lahmlegung der Hochschulen“. Mit dem „Aktions- und Widerstandskonzept“ soll einmal mehr das Ziel verfolgt werden, durch geschickte Agitationen auch ge-

Linksextremismus



DANKBAR WARD/STANLEY L'ARCHE ALLAGE WILBY

15 Jahre

MSB
Spartakus



mäßigte und demokratische Hochschulgruppen als Vehikel für orthodox-kommunistische Politik einzuspinnen.

In diesem Sinne sucht der MSB Spartakus weiterhin die „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS) als „demokratische Plattform“ für seine orthodox-kommunistisch orientierte Politik zu gebrauchen. Im Rahmen der 11. ordentlichen Mitgliederversammlung der VDS vom 18. bis 23. März wurde ein dreiköpfiger Vorstand gewählt, in dem je ein Mitglied des MSB Spartakus und des SHB sitzen.

Die VDS veranstalteten mit insgesamt 2.000 Studenten und fast 200 Wissenschaftlern vom 20. bis 22. Juni 1986 in Bochum einen hochschulpolitischen Kongreß, an dem u.a. auch Vertreter der DKP sowie Vertreter des DKP-beeinflußten „Bundes demokratischer Wissenschaftler“ teilnahmen. Dieser Kongreß zu dem Thema „Alternativen für eine Hochschule mit Zukunft — Bildung und Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“ wurde von den VDS als Höhepunkt herausgestellt.

Im Mai 1986 feierte der MSB Spartakus auf dem „5. Festival der Jugend“ sein 15jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß berichtete er in seinem Organ „rote blätter“ über seine bisherige Entwicklung und Ziele. Der MSB Spartakus sieht sich als entscheidenden Faktor für die „Kontinuität der Studentenbewegung“. Wegen der „Aktionseinheit“, vor allem mit dem SHB, sei die Studentenbewegung zu einem „Motor der außerparlamentarischen Bewegung“ geworden. Das „nach links verschobene Kräfteverhältnis an den Hochschulen“ wäre ohne diese „Aktionseinheit“ nicht möglich gewesen.

Der DKP-Vorsitzende MIES dankte dem MSB für die „Gewinnung junger

Marxistinnen und Marxisten aus der Intelligenz“. Nicht wenige hätten ihr politisches Wissen und Können inzwischen als DKP-Mitglieder zum Nutzen der kommunistischen Partei eingesetzt.

Die Aktivität linksextremistischer alternativer oder undogmatischer Gruppen an niedersächsischen Hochschulen nahm zu. Damit ist dem MSB Spartakus eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen.

„Junge Pioniere — Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)

Es ist eine Devise der DKP, mit ihren Jugendorganisationen die insbesondere in der jüngeren Generation vorhandenen Ansätze „antiimperialistischen, antifaschistischen und antikapitalistischen Denkens“ durch Stärkung marxistischer Positionen auszubauen. Deshalb bemüht sie sich intensiv, um politische Arbeit unter Kindern zu betreiben. Das DKPPräsidium forderte dazu in seinem Beschluß vom 27. August:

„Die politische Aufmerksamkeit für die Arbeit der „Jungen Pioniere“ muß erhöht werden. Der Schwerpunkt in der Unterstützung liegt in der abrechenbaren Gewinnung und Stabilisierung von Pionierleitern ... aus den Reihen der DKP.“

Der JP-Bundesvorsitzende HERTEL ist zugleich Mitglied des DKP-Parteivorstandes und des SDAJ-Bundesvorstandes.

Die DKP will über die Aktivitäten der Jungen Pioniere den Kindern vermitteln, „wie sie sich wehren und für ihre eigenen Interessen eintreten können“ —

im Jahre 1986 vorrangig gegen die „Sternkriegspläne“ der USA.

Dementsprechend veranstaltete die bundesweit knapp 4.000 Mitglieder umfassende Organisation ihre diesjährigen 30 „Pfungstamps“ unter dem Motto: „Keinen Krieg der Sterne — den Frieden haben wir gerne“.

Den teilnehmenden Kindern im Alter von 6 bis 14 Jahren sollte „spielerisch“ vor Augen geführt werden, welche Gefahren von den westlichen „Weltraumkriegsplänen“ ausgingen und welche Bedeutung der internationalistischen Solidarität zukomme.

Wie in den Vorjahren führten DKP und Junge Pioniere auch 1986 ihre „Kinderferienaktion“ durch. Angeboten wurde unter dem Motto „Wir fahren in ein kinderfreundliches Land“ ein 17tägiger Aufenthalt in verschiedenen Ferienlagern in der DDR zum Preis von 100,—

DM bzw. 110,— DM. Rund 500 Kinder aus Niedersachsen im Alter von 10 bis 14 Jahren verbrachten die Zeit vom 6. bis 22. Juli 1986 in Stolberg, Waren/Müritz, Sebnitz, Cramonshagen, Arendsee und Frauensee.

Die ideologische Begründung für die Kinderferienaktion gab ein DKPFunktionär aus Nordrhein-Westfalen in der DKP-Zeitschrift „Praxis“:

„Wir dürfen die Kinder, die die Soldaten von morgen sein werden, nicht den Befürwortern der Neutronenwaffen überlassen. Wie sich diese Soldaten verhalten werden, wie hoch ihre Bereitschaft sein wird, sich für die Absichten der USA oder die revan-chistischen Ziele des deutschen Militarismus zu opfern, das alles können wir bereits heute durch unsere Arbeit mit den Kindern für die Kinder, durch die Hilfe, die wir der sozialistischen Kinderorganisation Junge Pioniere ange-deihen lassen, wesentlich mit be-influssen. Wir können den Kin-dern, in einem Alter, wo sie am aufnahmefähigsten sind, wo sie noch in der Lage sind, Eindrücke zu speichern, die auf ihr ganzes Leben nachhaltig wirken können, und zwar im positiven Sinne, sol-che Eindrücke vermitteln. Abbau von Vorbehalten, die sich beson-ders gegen den realen Sozialis-mus in der DDR richten.

Masseneinfluß unserer Partei und Masseneinfluß der Kinderorgani-sation, das sind also zwei Seiten ein und derselben Sache; das ist unserer Meinung nach Kampf um Erhaltung des Friedens auf lange Sicht. Die Jungen Pioniere von heute können die SDAJler

bärenstark

Kinderferien in der DDR

Wir fahren in ein kinderfreundliches Land!

100,-

Kinderferienlager in der DDR 1986 vom 6.7. bis 22.7.

Kinder von 10 bis 14 J. können mit-fahren

Die Ferienpreiszeit kostet nur 20,- 40,-
Nicht inbegriffen sind Anmelde-
DKP-Brannschickung, Hausnummer 50-235
Telefon 92 44 43 oder:
Julia Happe, Ilse Thiem
Bürostr. 48, Buchvorstr. 44
3700 Braunschweig, 3700 Braunschweig
Telefon 892 2 55, Telefon 292 2 55

Anmeldung:

Name, Vorname:

Strasse/Num. :

PLZ/Wohnort :

Geb. Datum : Geb. Ort:

Kinderkennz./Weisepf.-Nr. :

Staatsangehörigkeit :

(Ausländische Kinder bedürfen eines eigenen Pat.
Ein Foto (Format 1x1 nicht abgeben.)

Ort/Datum: (Unterschrift der Eltern)

„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimens — Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)

Die 1949 gegründete VVN-BdA ist mit bundesweit 13.500 Mitgliedern eine der größten Vorfeldorganisationen der DKP. In Niedersachsen hat sie etwa 1.500 Mitglieder. Der Einfluß der DKP auf diese Vereinigung läßt sich zum einen an der Tatsache ablesen, daß fast alle wichtigen Funktionen mit Kommunisten besetzt sind. Neben dem Generalsekretär Kurt ERLEBACH, der auch Mitglied des DKP-Parteivorstandes ist, sind zahlreiche weitere Mitglieder der Landes- und Kreisverbände zugleich Mitglieder der DKP, so auch u.a. der nieder-

sächsische Landessekretär Dirk AD-DICKS, der auch als Kandidat der „Friedensliste“ zur Bundestagswahl auftrat.

Darüber hinaus zeigen die Aktionsschwerpunkte der VVN-BdA, daß eine enge inhaltliche Abstimmung mit der DKP besteht. Dieser Organisation geht es nicht nur um die Wachhaltung der Erinnerung an die Greuelthaten des Nationalsozialismus. Sie greift Themen auf wie z.B. SDI, § 116 AFG, sog. „Berufsverbote“ und versucht nachzuweisen, daß sich in diesen und anderen Brennpunkten politischer und gesellschaftlicher Entwicklung „Neofaschismus“ manifestiere. Deshalb wirkte sie 1986 auch — konform mit der DKP — auf eine „Ablösung der Bonner Rechtskoalition“ hin, weil diese „neofaschistischen“ Tendenzen in der Bundesrepublik Vorschub leiste.



„Deutsche Friedens-Union“ (DFU)

Auf Betreiben von Anhängern der verbotenen KPD wurde die DFU 1960 als „Volksfrontpartei“ gegründet. Sie gab 1984 ihren Status als Partei auf und hatte in den letzten Jahren bundesweit kaum mehr als 1.000 Mitglieder, in Niedersachsen etwa 280. Die kommunistische Einflußnahme ist ablesbar an der Besetzung der Funktionärsebenen.

Im Rahmen kommunistischer Bündnispolitik tritt sie vor allem dann auf, wenn die DKP es für ratsam hält, sich aus taktischen Erwägungen zurückzuhalten. In enger Abstimmung mit der DKP beteiligte sie sich am kommunistischen „Friedenskampf“ und warb für die sowjetische Außenpolitik. Sie nahm maßgeblichen Einfluß auf Entwicklung und Politik der „Krefelder Initiative“ und der „Friedensliste“. Eine der wichtigsten Aufgaben der DFU ist nach wie vor die Initiierung von Bündnissen mit bürgerlichen, vor allem mit christlichen Kreisen.

„Die Friedensliste“

„Die Friedensliste“ wurde 1984 auf Betreiben der DKP und der DFU als politische Vereinigung gegründet. Die Führungsgremien sind zur Hälfte mit Funktionären des DKP-Umfeldes besetzt.

Während die „Friedensliste“ bei der Europawahl 1984 1,3 % der abgegebenen Stimmen erhielt, erreichte sie 1985 bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nur noch 0,7 %. Nachdem ihre Bemühungen in Niedersachsen, die Kandidatur eines ihrer Mitglieder auf einem Landeslistenplatz der Grünen zur Landtagswahl 1986 zu sichern, gescheitert waren, verzichtete sie auch auf eine eigen-

Abrüsten – das Programm für die Zukunft





4. Im Ergebnis des Aufschwungs außerparlamentarischer Bewegungen, insbesondere der Friedensbewegung, hat sich bei den Europawahlen von 1984 mit der FRIEDENSLISTE in Form eines Personenbündnisses erstmals seit langer Zeit ein demokratisches Wahlbündnis unter Einschluß von DKP-Mitgliedern an Wahlen auf Bundesebene beteiligt.

Die DKP und die FRIEDENSLISTE

ständige Teilnahme. Auch zur Landtagswahl in Bayern trat die „Friedensliste“ nicht selbst an. Hier gelang es ihr jedoch, zwei Mitglieder über die Listen der Grünen in den bayerischen Landtag zu bringen.

Bei den Vorbereitungen zur Bundestagswahl 1987 weigerten sich die Grünen, Kandidaten der „Friedensliste“ aufzunehmen. Deshalb bewarb sich die „Friedensliste“ direkt. Die DKP und ihre Vorfeldorganisationen riefen ihre Klientel allerdings dazu auf, nur die Erststimme der „Friedensliste“, die Zweitstimme aber der SPD oder den Grünen zu geben, um so auf eine „Ablösung der Bonner Rechtskoalition“ hinzuwirken.

Bei der Wahl am 25. Januar 1987 entfielen auf die Direktkandidaten der „Friedensliste“ bundesweit 186.888 Erststimmen (0,5 %), in Niedersachsen 17.961 Stimmen (0,3 %). Die „Friedensliste“ zeigte sich „relativ zufrieden“.

Initiative „Weg mit den Berufsverboten“

Diese Initiative steht unter maßgeblichem Einfluß orthodoxer Kommunisten. Zwei Drittel der Mitglieder des zentralen „Arbeitsausschusses“ sind Funktionäre der DKP oder anderer von ihr beeinflusster Organisationen.

Auch 1986 erhob die DKP in Abstimmung mit der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, der VVN-BdA sowie der DFU massive Proteste gegen die sogenannten „Berufsverbote“. Anlaß bildete die vorläufige Amtsenthebung niedersächsischer Lehrer, die der DKP angehören und zu den Kommunalwahlen kandidiert hatten.

Obwohl auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden hatte, daß die Verfassungstreue beim Zugang zum öffentlichen Dienst nicht in die Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung eingreift, setzten die DKP und die von ihr beeinflussten örtlichen Initiativen gegen „Berufsverbote“ die Reihe der Protestaktionen fort.

Unter anderem wurde zur materiellen Unterstützung von „Berufsverbotsopfern“ aufgerufen. Die Spenden gingen an den „Heinrich-Heine-Fonds“, der 1979 auf Betreiben des DKP-beeinflußten „Bundes demokratischer Wissenschaftler“ (BdWi) gegründet wurde, und belaufen sich seit der Gründung nach eigenen Angaben auf insges. 950.000 DM.

„Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)

Die 1974 mit Unterstützung der DKP gegründete DFG-VK war jahrelang die

FRIEDENSBLÄTTER

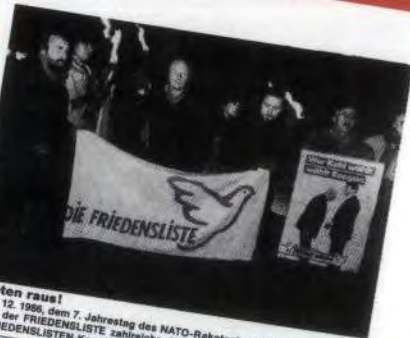


DIE FRIEDENSLISTE

Nr. 4
Januar 1987

Am 25. 1. : Mit dem Stimmzettel für Abrüstung demonstrieren

FRIEDEN wählen!



Raketen raus!
Am 12. 12. 1986, dem 7. Jahrestag des NATO-Raketenbeschlusses, führten Mitglieder der FRIEDENSLISTE zahlreiche Aktionen durch: In Bielefeld Blockade von FRIEDENSLISTEN-Kandidaten am Pershing-Stationierungsort Mutlangen.

Die in Reykjavik sichtbar gewordenen Möglichkeiten zur weitgehenden atomaren Abrüstung machen der Regierung Kohl offenbar rüsten von der Null-Lösung ab und be-
regierung stützt die SDI-Pläne des US-Präsidenten Reagan und schweigt zu sei-

Der erklärte SDI-Freund Strauß will Außenminister werden. Und Bundeskanzler Kohl behält mit seinem unseligenen Goebbels immer noch nicht entschuldigt hat - nicht weitergehen - dagegen gilt es auch

Unter dem Kennwort "FRIEDEN" handliert 1987 zu den Bundestagswahlen die FRIEDENSBLÄTTER - mit Di-
kandidaten für die Erststimme. (Über die Stimmverhältnisse im Bundestag und damit erstreckt allein die zwei-
stimme! So kann bei dieser Wahl die Erststimme pezo-
tiert werden, alle Cos-
monstration und Druckmittel
Stimme für Frieden vor allem als
Dafür sprechen fünf Gründe:

Erststimme „FRIEDEN“ - eine Demonstration gegen Auf- und Nachrüstung, gegen neuen kalten Krieg.

Kohl schürt alte und neue Feindbilder, verschlechtert statt endlich Verbesserung Gang zu bringen Millionen Menschen erwarten eine andere Politik, sing für den Frieden aktiv. Damit die Chancen von Reykjavik nicht verspielt werden, muss Reagan und Kohl auf SDI verzichten und die Mi-

Erststimme „FRIEDEN“ - ein Signal für Abrüstung und ein menschenwürdiges Leben

In jedem Jahr werden 500 Millionen Dollar für Rüstung ausgegeben. Zur gleichen Zeit verhungern 4 Millionen Kinder in unserem Land sind mehr als 3 Millionen Menschen arbeitslos. Die Rüstungsgelder müssen keine Probleme zu lösen. Erststimme "FRIEDEN" - das werbt am deutlichsten für Abrüstung.

Erststimme „FRIEDEN“ - das wirkt für Gemeinsamkeit und auf SPD und GRÜNE

Konsequente Friedenspoli-

leisetreckenkräften abbaut. Die Erststimme für das konsequente Abgabe an "Stahlinnen"-Politik und neuen kalten Krieg, ist Druckpunkt für armistische Friedenspolitik.

Erststimme „FRIEDEN“ - Stimme für die außerparlamentarischen Bewegungen

Damit am Wahltag auch oben etwas von „unten“ ankommt, von allen, die zwischen den Wahlen aktiv sind: für Frieden, für mehr soziale Gerechtigkeit, für saubere Umwelt und mehr Demokratie.

Erststimme "FRIEDEN" steht für das Engagement des Volkes gegen die Macht der Wenigen. Vor

Für Abrüstung

1. Stimme: FRIEDEN wählen

2. Stimme: Kohl abwählen GRÜNE oder SPD



und nach dem Wahltag

Stimmabgabe mit doppelter Wirkung

"FRIEDEN" wählen - heißt mehr aus den Stimmen raus-
chen. Denn was bedeuten zwei Stimmen für die SPD? Eine für den Frau-Kurs, eine für Laibnane? Oder zwei

Stimmen für GRÜNE? Steht da Frieden und Zusammen-
arbeit aller demokratischen Kräfte immer im Zentrum?

Die Erststimme für die FRIEDENSBLÄTTER gibt den Zwei-
stimme eine deutliche Rich-
tung für die wichtige Rich-
tung Frieden und Abrüstung. Für
das Unverschiebbar - ge-
meinsames Handeln

mitgliederstärkste Vorfeldorganisation der DKP. Während der Mitgliederstand 1985 auf etwa 13.000 gesunken war, konnte sie auch 1986 keine Mitgliedersteigerung erreichen.

Die DFG-VK hat unter allen Einflußorganisationen der DKP den größten Anteil an Nichtkommunisten. Während die zentralen Funktionen von Kommunisten wahrgenommen werden, ist ihr Einfluß in den regionalen Gliederungen unterschiedlich.

Die DFG-VK ist thematisch in den „Friedenskampf“ der DKP eingebunden. Finanzielle Schwierigkeiten beeinträchtigten jedoch auch 1986 ihre Aktivitäten.

Sonstige DKP-beeinflußte Organisationen

Neben den genannten ist der Einfluß der DKP in einer Reihe weiterer Organisationen erkennbar, die jedoch im Berichtszeitraum in Niedersachsen nicht oder nicht nennenswert hervorgetreten sind. Dazu gehören u.a.

- das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)
- die „Demokratische Fraueninitiative“ (DFI)
- der „Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“

Bundesweite Schwerpunkte der DKP-Aktivitäten 1986

Getreu dem Motto des diesjährigen 8. Parteitagess vom 2. — 4. Mai in Hamburg

„Für eine neue Politik — atomwaffenfreie Welt und Arbeit für alle“

und der zu diesem Anlaß verabschiedeten Thesen

„Neue Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit - für eine demokratische Wende“

legte die DKP die wesentlichen Schwerpunkte ihrer politischen Aktivitäten auf folgende Themenkomplexe:

- „Friedenskampf“, ausgerichtet an der aktuellen sowjetischen „Friedensstrategie“, mit dem Ziel, in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik breiten Widerstand gegen das SDI-Projekt und die Verteidigungskonzeption der NATO zu schaffen,
- „Kampf für eine demokratische Wende“,
- Ablösung der „Bonner Rechtskoalition“ durch eine Regierung aus SPD/Grünen,
- breitgefächerte Kampagnen gegen „Demokratie- und Sozialabbau“, Monopole und Rüstungskonzerne sowie den „Polizei- und Überwachungsstaat“ zum Zwecke seiner inneren Destabilisierung.

Da — wie die Führungskader der Partei es selbst zutreffend einschätzen — ein eigenständiger Kampf der Partei unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen auf den genannten Aktionsfeldern kaum Erfolge bringen würde, mußte der methodische Schwerpunkt zwangsläufig auf die taktische Ebene der Aktionseinheits- und Bündnispolitik verlagert werden.

Zahlreiche Publikationen der DKP zum Thema „Bündnispolitik“ verdeutlichen, daß diese nunmehr im Vordergrund stehende taktische Variante bei engagierten Parteimitgliedern an der Basis keinesfalls auf vorbehaltlose Zustimmung stößt; insofern bedurfte und bedarf es noch eingehender „Überzeugungsarbeit“ durch die Kader höherer

Ebenen, gelegentlich auch der strikten Ermahnung zur Einhaltung der Parteidisziplin.

Ein weiteres Thema wurde der DKP durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl aufgezungen:

Während sich die Partei bisher weitestgehend — auch in Anbetracht eines Verzichts auf hervorragende bündnispolitische Einwirkungsmöglichkeiten — von einem Engagement in der „Anti-AKW-Bewegung“ zurückgehalten hatte, da ihre sozialistischen Vorbild-Länder nach wie vor einen Ausbau der Kerntechnologie betreiben, mußte sie diese Zurückhaltung nunmehr aufgeben.

„Friedenskampf“

Wegen ihrer engen Einbindung in die kommunistische Weltbewegung und der besonderen strategischen Bedeutung der Bundesrepublik für die Verteidigungskonzeption der NATO konzentrierte die DKP einen wesentlichen Teil ihres Potentials auf den Kampf für Frieden und Abrüstung — im Sinne der globalen sowjetischen Interessen.

Die DKP selbst, die von ihr ins Leben gerufene „Friedensliste“, alle Neben- und beeinflussten Organisationen sowie verschiedene regionale und berufsspezifisch angelegte „Friedensinitiativen“ waren und sind im Zusammenwirken mit den entsprechenden internationalen kommunistischen „Frontorganisationen“ wie „Weltfriedensrat“ oder „Christlicher Friedenskonferenz“ bemüht, die Öffentlichkeit für die sozialistische Friedenspolitik zu gewinnen.

Die Bevölkerung soll davon überzeugt werden, ausschließlich durch die „von den Rüstungskonzernen gestützten Kriegsvorbereitungen der imperialistischsten Kreise der USA und der

frieden • kommunisten & frieden • kommunisten & frieden

Rüstung im All verhindern — auf der Erde abrüsten



BRD“ — namentlich durch das SDI-Projekt, die Nachrüstung der NATO mit Mittelstreckenwaffen sowie das „flexible-response“-Konzept — sei eine akute Kriegsgefahr geschaffen worden, aus der nur die sowjetischen Abrüstungsvorschläge herausführen könnten.

Kampf für eine „demokratische Wende“

Unter diesem Sammelbegriff kämpft die DKP weiterhin mit großer Intensität nicht nur gegen die Bundesregierung, sondern gegen das gesamte „staatsmonopolkapitalistische System“ der Bundesrepublik, die langfristig in einen sozialistischen Staat umgewandelt werden soll. Da sie dieses Ziel in Ermangelung einer

revolutionsbereiten Arbeiterklasse nicht mit den klassischen marxistisch-leninistischen Kampfmitteln erreichen kann, hat sie zunächst den sog. friedlichen Weg der Revolution eingeschlagen, mit dem das bestehende Gesellschaftssystem grundlegend destabilisiert werden soll.

Diese Form des politischen Kampfes erfordert es zunächst, angeblich faschistische Züge und Entwicklungen des „Systems“ herauszustellen und diese agitatorisch umzusetzen.

Damit versucht die DKP dann bei jedem Konflikt zwischen Staat und Bürgern, zwischen Arbeitnehmern und -gebern die „Demokratiefeindlichkeit des Systems“ an sich zu belegen.

Entsprechende Aktionsfelder waren 1986

- die Novellierung des § 116 AFG, Konflikte zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften;
- die Sicherheits- und Antiterrorgesetze;
- das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Parteienfinanzierung (BVerfG als „Büttel der Rechtsregierung“);
- Solidaritätserklärungen für von „polizeistaatlicher Willkür und Giftgas-einsatz“ betroffene Demonstranten (Wackersdorf, Brokdorf, Hamburg, Göttingen);
- durch angebliche „Hochrüstung“ bedingte Arbeitslosigkeit und Sozialabbau u.a.m..

Die neue Kampagne des DKP-Spektrums gegen die 1987 vorgesehene Volkszählung wurde vorbereitet.

Zu einem zentralen Thema wird weiterhin der Kampf gegen die „Berufsverbote“ aufgebauscht, der sich durch die Zustimmung auch demokratischer Kreise zum Ausbau der Bündnispolitik

eignet. Dieses Thema wird vom orthodox-kommunistischen Spektrum geschickt mit der Antifaschismus-Kampagne verflochten, die sich nicht nur gegen rechtsextremistische Gruppen in der Bundesrepublik, sondern gegen die Verfassungswirklichkeit selbst richtet.

Methodisch geht die DKP hier nach gleichem Schema wie im „Friedenskampf“ vor. Sie rückt diese Themen in einer aufwendigen publizistischen Kampagne in das Bewußtsein der Bevölkerung und baut sie zugleich in ihre Bündnis- und Aktionseinheitspolitik ein, um sie so als „breites Anliegen aller Demokraten“ darstellen zu können.

Strategie zur Bundestagswahl 1987

Wichtigstes Etappenziel der DKP und der sie steuernden kommunistischen Staatsparteien KPdSU und SED war die Ablösung der Bundesregierung („Bonner Rechtsregierung“) durch eine Koalition von SPD/Grünen, von der sie sich eine den Interessen der Sowjetunion eher entgegenkommende Veränderung innerhalb des westlichen Bündnisses erhofften.

Da eine Eigenkandidatur der DKP zu den Bundestagswahlen keinerlei Erfolge versprach, beschloß der Parteivorstand bereits auf seiner 9. Tagung Ende März 1986 eine Kandidatur der DKP-gesteuerten „Friedensliste“:

„Die Wahlstrategie und -taktik der Kommunisten in diesem Land war immer darauf gerichtet, die Rechtskräfte zu schwächen und die Linkskräfte zu stärken. Aufbauend auf der Bedeutung des Friedensthemas und der Schlüsselrolle der Forderung nach Abrüstung, auf die Zusammenarbeit von Friedens- und Ar-

WEITER SO?



**Kohl beleidigt Gorbatschow
Der Rhein stirbt
Arbeitslosenzahl steigt
U-Boote für Rassisten**

**Jetzt reicht's!
Kohl
abwählen**



**Mit der Erststimme
FRIEDENSLISTE
wählen**

DKP

beiterbewegung orientierend aufgrund der Rolle der Kommunisten in ihm ist die Friedensliste für uns ein Wahlbündnis von strategischer Bedeutung. Die DKP wird mit ihrer ganzen Kraft die Friedensliste unterstützen."

Seither war die DKP intensiv mit dem Auf- und Ausbau dieses im März 1984 gegründeten Wahlbündnisses beschäftigt.

Strategisches Ziel dieser Maßnahme ist es (trotz bisher unzureichender Erfolge), von den Wahlerfolgen der Grünen in der Weise zu profitieren, daß Kandidaten der „Friedensliste“ aussichtsreiche Plätze auf den Landeslisten der Grünen eingeräumt werden sollten. Hierzu waren sog. „autoritative Persönlichkeiten“ aussersehen, die nicht Mitglied der DKP sind, aber ihr Vertrauen genießen.

Mit diesem Konzept konnten die DKP und die „Friedensliste“ bisher nur bei den bayerischen Landtagswahlen am 12. Oktober einen Erfolg verbuchen; zwei der fünf Vertreter der „Friedensliste“, die auf offenen Listen der Grünen kandidiert hatten, haben dort Mandate errungen.

Ganz überwiegend zeigten die Grünen - zum Ärger der DKP - wenig Neigung, sich mit dem orthodox-kommunistischen Spektrum zu verbinden, dessen Position vor allem in der Frage der Kerntechnologie als unannehmbar gilt.

In einer umfangreichen publizistischen Kampagne und auf vielen Veranstaltungen rief die DKP dann dazu auf, die Erststimme den Kandidaten der „Friedensliste“, die entscheidende Zweitstimme aber den Kandidaten von „SPD oder Grünen“ zu geben, um so dem politischen Ziel der Ablösung der

Bonner „Rechtskoalition“ näherzukommen.

Der Verzicht auf eine Eigenkandidatur der DKP und die dargelegte „Wahlempfehlung“ rief allerdings bei zahlreichen Mitgliedern an der Parteibasis Unmut hervor.

Das Ergebnis der Wahl für die Friedensliste wurde von der DKP zurückhaltend kommentiert. Zwar sei es nur unzureichend gelungen, den eigenen Standpunkt „massenhaft zu verbreiten“; die „Friedensliste“ habe jedoch dazu beigetragen, die Frage des Friedens zu einem „wichtigen Prüfstein“ im Wahlkampf zu machen.

Haltung zur Kernenergie nach Tschernobyl

Unfreiwillig und mit Widerstreben mußte sich die DKP einem Thema widmen, das sie bisher weitgehend - mit Rücksicht auf die sozialistischen „Bruderländer“ - aus ihrer Agitation ausgeklammert hatte: der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl war die marxistische Betrachtungsweise unglaublich und nicht mehr vermittelbar geworden:

Hiernach sind die Gesetze der Natur prinzipiell erkennbar und demzufolge Technologien, die auf der Erkenntnis und Anwendung der Naturgesetze beruhen, prinzipiell beherrschbar. Die Gefahr liege im kapitalistischen Mißbrauch der Technologie.

Die Tatsache, daß ein Unglück von solcher Tragweite ausgerechnet in der Sowjetunion, dem Vorbild- und Mutterland des Sozialismus, stattgefunden hatte, verursachte in der DKP fundamenta-

le Erschütterung und Verwirrung, die bis heute fortwirken.

Nachdem die DKP-Publikationen zunächst mit offensichtlicher Verlegenheit reagiert und auf frühere Störfälle in westlichen Kernkraftwerken verwiesen bzw. eine „maßlose antisowjetische Hetze“ festgestellt hatten, folgte eine ideologisch aufbereitete „Erklärung“ erst mit erheblicher Verzögerung.

In ihren offiziellen Stellungnahmen unter dem Motto „Weg mit dem Bonner Atomprogramm!“ verflocht die Partei die friedliche Nutzung der Kernenergie mit der „atomaren Hochrüstung“ des Westens und forderte für die Bundesrepublik einen schnellen Ausstieg aus der Kernenergie, weil hier „eine demokratische Kontrolle nicht gewährleistet ist und die Gefahr eines militärischen Mißbrauchs“ bestehe. Ein Verzicht der sozialistischen Länder auf die Kernenergie könne demgegenüber nicht in Betracht kommen, weil deren Rohstoffressourcen weitaus geringer seien und ein Verzicht für den weltweiten Friedens- und Klassenkampf verhängnisvoll wäre.

Der Leiter der „Umweltschutzkommission“ des Parteivorstandes, HEIMBRECHT, stellte fest:

„...ich meine, wir müssen froh darüber sein, denn hätte es militärisch nutzbare Plutoniumreaktoren nicht gegeben, dann gäbe es keine sowjetischen Atomwaffen, und dann gäbe es auch keine Atomstreitmacht, die den US-Imperialismus daran gehindert hätte, einen Atomkrieg zu beginnen.“



Aktionsschwerpunkte des orthodox-kommunistischen Spektrums in Niedersachsen

Beteiligung der DKP an den niedersächsischen Landtags- und Kommunalwahlen 1986

Landtagswahl

Die DKP bereitete sich frühzeitig auf die niedersächsische Landtagswahl am 15. Juni vor, die nur eine Etappe auf dem Wege zu den Kommunalwahlen am 5. Oktober sein sollte. Bereits am 23. März 1985 stellte die gemeinsame Landesmitgliederversammlung der Bezirksorganisation Niedersachsen und der niedersächsischen Kreisorganisationen der Bezirksorganisation Bremen-Niedersachsen/Nord die 30 Namen umfassende Landesliste auf. Spitzenkandidatin war Barbara WILLE aus Göttingen. Darüber hinaus präsentierte die DKP in 84 der 100 Wahlkreise Kandidaten. Nachdem sich Hoffnungen auf ein Wahlbündnis oder auf die Plazierung eines Mitgliedes oder einer ihr nahestehenden Person auf einen sicheren Listenplatz auf der Landesliste der Grünen zerschlagen hatten, führte sie unter dem Motto „Gemeinsam gegen Rechts Stoppt Albrecht und Kohl“ einen wenig engagierten Wahlkampf. Der Materialeinsatz blieb hinter frühere Landtagswahlkämpfen zurück.

Zur Unterstützung des Wahlkampfes wurden auch Bündnispartner eingebunden. So erschien bereits im Februar ein von DKP-Mitgliedern, zahlreichen Gewerkschaftsmitgliedern und Betriebsräten unterzeichneter „Aufruf“

*„Landtagswahlen 1986
Gemeinsam gegen rechts!“*

*Arbeitsplätze schaffen, Umwelt
schützen,
Frieden sichern.
Gewerkschafter gegen Albrecht!“*

Der Text zeigt orthodox-kommunistische Handschrift; etwa 50 der 180 Unterzeichner sind DKP-Mitglieder.

In mehreren Erklärungen vor der Landtagswahl, zuletzt in der Parteizeitung „unsere zeit“ (UZ) vom 13. Juni, bekundete die DKP „Verständnis für die bedeutende Zahl von Mitbürgern, die unsere Politik für richtig halten und dennoch erklären, daß sie diesmal für Kandidaten der SPD oder Grünen stimmen“. Die Ablösung der CDU-Regierung und die Verhinderung einer CDU/F.D.P.-Koalition sei das Hauptziel, dem die DKP alles andere untergeordnet habe.

Bei dieser Ausgangslage nahmen die führenden Funktionäre die erheblichen Stimmenverluste mit Gleichmut hin. Die DKP erhielt nur noch 5.690 Stimmen (0,1 %) gegenüber 11.552 Stimmen (0,3 %) bei der Landtagswahl 1982. Dies bedeutet einen Verlust von 49,2 %. Ihre besten Ergebnisse erzielte sie in den Wahlkreisen

- 74 (Oldenburg-Süd)
= 268 Stimmen = 0,7 %
- 87 (Nordhorn)
= 218 Stimmen = 0,4 %
- 75 (Oldenburg-Nord)
= 194 Stimmen = 0,5 %
- 38 (Hann.-Linden)
= 172 Stimmen = 0,5 %.

Kommunalwahlen

Die DKP setzte sich bei den Kommunalwahlen eine klare Orientierung. Die

Zielvorgabe hieß „Eigenkandidatur und Halten der bei der Kommunalwahl 1981 errungenen parlamentarischen Positionen“. Zu Schwerpunktkreisen wurden Hannover, Göttingen, Nordhorn und Oldenburg erklärt. Diese Kreisorganisationen wurden im Kommunalwahlkampf durch auswärtige Genossen unterstützt.

Die DKP startete ihren Kommunalwahlkampf mit Bürgeranträgen zu den verschiedensten lokalen Themen bereits 1985. In Hannover forderte sie in der Aktion Bürgerhilfe/Selbsthilfe populär die Rücknahme der Tariferhöhungen bei Gas und Fernwärme sowie das Einfrieren der Energiepreise. Ferner umfaßte die Aktion „Preisstopverkäufe“ von Eiern, Kartoffeln und Tannenbäumen. Eine Broschüre mit praktischen Tips zu sozialen Fragen unterstützte die Aktion ebenso wie die Propagandakampagne „Hannover-Paß“. In Oldenburg führte die DKP einen Bürgerantrag „Tempo 30 in Wohnstraßen“ durch.

Alle diese „Sympathieaktionen“ dienten dem Zweck, Berührungsängste in der Bevölkerung gegenüber Kommunisten abzubauen. Zentrales Anliegen der DKP war, Kommunen und Landkreise zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären und sich gegen SDI auszusprechen.

Die DKP führte ihren Wahlkampf mit großem personellen und materiellen Aufwand. Es wurde stark plakatiert. Zahlreiche Kandidaten- und Nachbarschaftsbriefe wurden verteilt, die Auflagenhöhe der Kleinzeitungen drastisch gesteigert.

Die Taktik im Landtagswahlkampf und das schlechte Wahlergebnis hatten indessen demotivierend auf Mitglieder und potentielle Wähler gewirkt. Die DKP hatte Mühe deutlich zu machen,

Kommunalprogramm der DKP – Garbsen

WIR TUN WAS



Gemeinsam mit den
Garbsener Bürgern



warum diesmal unbedingt mit allen 3 Stimmen DKP gewählt werden müsse, während bei der Landtagswahl SPD oder Grüne unterstützt worden waren.

Insgesamt trat die DKP mit 855 Kandidaten zur Wahl an, darunter 140 für den Rat der Landeshauptstadt Hannover, 64 für den Rat in Oldenburg. Sie erhielt 63.822 Stimmen = 17 Mandate (1981: 63.479 Stimmen = 20 Mandate). Trotz dieser Kontinuität ergaben sich erhebliche Mandatsverschiebungen. So verlor die DKP ihre Mandate in Hannover, Emden und Göttingen sowie zwei ihrer vier Mandate in Oldenburg. Auch das Kreistagsmandat im Landkreis Göttingen vermochte sie nicht zu behaupten. Sie behielt ihren Sitz in den Gemeinderäten von Lunestedt, Nordenham, Rotenburg, Westoverledingen und Wremen. In Nordhorn verdoppelte die DKP ihre Stimmenzahl, sie ist dort mit 5 Ratsmitgliedern (bisher 3) im Stadtrat vertreten.

Zusätzliche Mandate errang sie in Weener, Westoverledingen und im Ortsrat Ihrhove. Auch im Kreistag des Landkreises Grafschaft Bentheim gewann sie aufgrund ihrer hohen Stimmenzahl in Nordhorn ein Mandat hinzu.

Der Ausgang der Kommunalwahlen bedeutete für die DKP besonders in Hannover und Oldenburg eine schwere Niederlage. Im Gegensatz zu früheren Wahlen veröffentlichte die UZ keine Erklärung der Bezirksvorstände, sondern lediglich Interviews mit einzelnen Funktionären. Diese sprachen von völlig unbefriedigenden Ergebnissen. Zur Erklärung führten sie das geänderte Auszählungsverfahren (dHondt statt Hare-Niemeyer) und den „Eingriff der niedersächsischen Landesregierung durch die Verhängung neuer Berufsverbote“ an.

Gründung einer neuen DKP-Kreisorganisation Hannover-Land

Am 18. Januar gründete die DKP-Bezirksorganisation Niedersachsen eine neue „Kreisorganisation Hannover-Land“, der die Ortsgruppen Burgdorf, Garbsen, Seelze, Springe und Wunstorf (vorher KO Hannover) angehören. Die neue Organisationseinheit umfaßt ca. 150 Mitglieder. Gegen ihren Vorsitzenden, den Lehrer ECKARTSBERG, ist später aufgrund dieser Funktionsübernahme und seiner Auszeichnung mit der für besondere Verdienste um die Partei verliehenen Ernst-Thälmann-Medaille ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

ECKARTSBERG war 1985 in einem vorangegangenen Disziplinarverfahren vom Niedersächsischen Disziplinarhof freigesprochen worden, da die ihm zur Last gelegte Kandidatur für die DKP

zwar objektiv eine Verletzung seiner beamtenrechtlichen Dienstpflicht darstelle, er sich insoweit jedoch in einem ihn entschuldigenden Verbotsirrtum befunden habe.

Zur Bundestagswahl trat ECKARTSBERG als Kandidat der „Friedensliste“ auf.

Kampagne gegen „Berufsverbote“

Zu Beginn des Schuljahres wurden die der DKP angehörenden Lehrer Irmelin SCHACHTSCHNEIDER (Oldenburg), Dorothea VOGT (Jever), Helga LANGE (Nordenham) und Karl-Otto ECKARTSBERG (Garbsen) vorläufig vom Dienst suspendiert. Die DKP organisierte sofort Proteste. Mit den von ihr beeinflussten Initiativen beschuldigte sie die Landesregierung, unmittelbar in den Kommunalwahlkampf der DKP einzugreifen, indem sie einerseits Kommunisten an der Wahrnehmung des passiven Wahlrechts hindere, andererseits potentielle Wähler verunsichere und Kandidaten einschüchtere.

Am 28. August entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, daß durch die geforderte Verfassungstreue beim Zugang zum öffentlichen Dienst keine Menschenrechte verletzt werden. Angesichts dieses Urteils könnte es für die DKP schwieriger werden, ihre Position zu dieser Frage der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Die Kampagne der DKP wird von ihrem gesamten Einflußbereich massiv unterstützt.

In der ihr eigenen — bereits dargelegten — Methodik stellte die VVN-BdA im Verbund mit DKP, DFG-VK und demokratischen Gruppen den Bezug zu nationalsozialistischem Unrecht her, erinnerte an die berüchtigte „Reichskri-



Informationsdienst der niedersächsischen Initiativen gegen die Berufsverbote

Herausgeber: Niedersächsische Landesinitiative gegen die Berufsverbote, für die Verteidigung der demokratischen Rechte, Heinz Jürgen Furlan, Sonnenweg 7, 3000 Hannover 1 (V.i.S.d.P.)

Dezember 1986

Keine Stimme den Bundestagskandidaten, die Berufsverbote befürworten! 7 dringende Forderungen

Der Arbeitsausschuß der bundesweiten Initiative "Weg mit den Berufsverboten", in dem seit Jahren Juristen, Wissenschaftler, Vertreter von Organisationen, Initiativen, Jugendverbänden und verschiedenen Parteien zusammenarbeiten, fordert von neuem Bundestag, der fast auf den Tag genau 15 Jahre nach dem "Ministerpräsidentenbeschluss" gewählt wird, einschneidende Schritte zur Beendigung der Berufsverbotspolitik. Wir drücken den Aufruf als eine Anregung für den Wahlkampf ab, wobei wir den letzten Abschnitt unter dem Gesichtspunkt einer verschleierten Berufsverbotspropaganda gerade in CDU-FDP-regierten Lande Niedersachsen erweitert und konkretisiert haben.

Der Bundestagswahlkampf geht in die letzte Runde. Die Bundestagswahlen 1987 finden fast auf den Tag genau 15 Jahre nach dem schiefen "Ministerpräsidentenbeschluss" statt. Jetzt finden trotzdem viele Wahlveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Ausschusshörkungen statt. Wir fordern alle engagierten Demokraten auf, die gerade jetzt etwas mehr gegen den Altlast demokratischer und sozialer Rechte tun wollen, drückt in den Diskussionen oder schriftlich allen Bundestags-Kandidaten unsere Forderungen vorzutragen.

Seit 1972 gibt es den sogenannten "Ministerpräsidentenbeschluss" oder "Radikalerwerb". Seidem sind rund 10.000 Berufsvorbereitenden aller Art eingetragt worden. Einige Verfahren dauern bis schon 15 Jahre. Die Berufsverbote verstoßen gegen die Grundgesetz und verletzen Grundrechte. So ist z.B. die Würde des Menschen anerkennen, niemand darf wegen seiner Meinung benachteiligt werden. Die freie Berufswahl und die freie politische Betätigung werden ebenso eingeschränkt wie die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit.

1. Forderung

Schließen Sie sich einer Kritik an und setzen die Ansicht von Gewerkschaften, Kirchen, Initiativen, Organisationen und in- und ausländischen Parlamentariern, daß hier Menschenrechte verletzt werden!

2.

Das Landparlament des Saarlands hat die Berufsverbotspolitik prinzipiell aufgehoben, indem sie den Ministerpräsidentenbeschluss ("Radikalerwerb") vom 28.1.1972 offiziell aufkündigt hat. Die Bundestagsregierung hat im 1979 somit durch Verleumdungen, so nach wie vor Berufsverbote anzusetzen.

Forderung

Wenden Sie sich im kommenden Bundestag dafür einsetzen, daß die heutige Bundestagsregierung diese Berufsverbotspolitik sofort beendet!

stallnacht" und ließ „ehemalige Verfolgte und antifaschistische Widerstandskämpfer“ gegen die „gegen Frieden, Abrüstung, antifaschistische Demokratie gerichtete Berufsverbote“ Stellung beziehen.

Warum die DKP auch in diesem Fall auf eine Klärung durch das Bundesverfassungsgericht verzichtet, hat das Präsidiumsmitglied ANGENFORT ausführlich erläutert. Seine Erklärungen bestätigen die Befürchtungen der DKP, im Rahmen einer Verfassungsbeschwerde ihre Verfassungsfeindlichkeit bestätigt zu erhalten. Die DKP verspricht sich offenbar mehr davon, die öffentliche „Berufsverbotskampagne“ zu intensivieren.

Am 24. und 25. Mai fand in Mainz eine „Internationale Konferenz gegen Berufsverbote“ statt, an der sich nahezu 400 Personen beteiligten. Sie stand unter der Losung

„Für die Einhaltung der sozialen und politischen Rechte in der Bundesrepublik! Grundrechte verteidigen! Die Berufsverbote ersatzlos beenden!“

Auferufen zu dieser Veranstaltung hatten u.a. der Arbeitsausschuß der bundesweiten Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ sowie eine Reihe von Mitgliedern der DKP und ihres Umfeldes.

Auf der Abschlußveranstaltung forderte der disziplinarrechtlich betroffene

Matthias SCHACHTSCHNEIDER aus Oldenburg dazu auf, sich „mit den verfassungswidrigen Berufsverboten niemals abzufinden“.

In der am 28. Mai veröffentlichten „Erklärung der Internationalen Konferenz“ wurden die „Aufhebung der Sicherheitsgesetze“, die „Einstellung sämtlicher Blockadeprozesse“ und die Beendigung der „verfassungswidrigen Bespitzelung und Überwachung demokratischer, verfassungskonformer Aktivitäten, Organisationen, Parteien und Abgeordneter“ gefordert.

Veranstaltung der orthodox-kommunistisch beeinflussten „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK)

Am 24. Oktober fand in Hannover eine Tagung der CFK statt.

Die CFK wurde im Jahre 1958 in Prag als Instrument der kommunistischen Frontorganisation „Weltfriedensrat“ (WFR) von moskautreuen protestantischen und orthodoxen Kirchenführern, meist Mitgliedern des tschechoslowakischen Friedensrates, gegründet. Sie ist heute ein auf zahlreichen Veranstaltungen nationaler und internationaler Gremien weltweit agierender Interpret sowjetischer Friedens- und Abrüstungsverstellungen.

Die CFK ist ein wichtiges Instrument zur Beeinflussung christlicher Kreise im Sinne der außenpolitischen Vorstellungen der Sowjetunion. Der Präsident der CFK, der ungarische Bischoff Karoli TOTH, ist gleichzeitig Präsidiumsmitglied des WFR. Die CFK will zur Überwindung der „Identifikation des Christentums mit bürgerlicher Weltanschauung“ beitragen. Während die CFK in zahlreichen Verlautbarungen den „kon-

struktiven Kurs der Sowjetunion“ lobt, werden die USA mit einer „apokalyptischen Bestie“ verglichen, die eine „sündhafte anti-kommunistische Kampagne“ entfessele.

Die DKP-gesteuerte „Progress-Pressagentur“ (PPA) berichtete in ihrem „Tagesdienst“ vom 25./27. Oktober ausführlich über den Verlauf dieser Veranstaltung. Im Mittelpunkt der Diskussion seien die „friedensbedrohenden SDI-Pläne der USA“ den „hilfreichen und wichtigen Friedensvorschlägen aus Moskau“ gegenübergestellt worden.

Auch in zentralen kommunistischen Presseorganen stieß die Konferenz erwartungsgemäß auf positive Resonanz:

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ berichtete in seiner Ausgabe vom 25./26. Oktober, Repräsentanten der CFK hätten auf der betreffenden Tagung „das SDI-Programm der USA mit aller Entschiedenheit verurteilt; die Chance zu weitreichenden Abmachungen in allen Bereichen der Abrüstung werde durch das Festhalten der USA an SDI vertan“.

Die UZ vom 27. Oktober zitierte die gemeinsame Erklärung der Tagung:

„Als Christen sehen wir in den SDI-Plänen eine Form von Gotteslästerung ...“

Die hannoversche CFK-Veranstaltung ist ein weiterer Beleg für die unablässigen Bemühungen orthodoxer Kommunisten, ihre „friedens“-politischen Vorstellungen („Frieden = Sozialismus“) in breitangelegte Bündnisse — auch und insbesondere unter Beteiligung von Christen — einzubringen und damit auf eine verstärkte Akzeptanz hinzuwirken.

Dogmatisch-extremistische „Neue Linke“

Zielsetzung

Die Organisationen der dogmatisch-extremistischen „Neuen Linken“ sind überwiegend Kaderparteien leninistischen Typs, die in ihrer Mehrzahl aus der Studentenbewegung der 60er Jahre hervorgingen.

In programmatischer Anlehnung an die von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-Tung entwickelten Lehren lehnen sie den „real existierenden Sozialismus“ Moskauer Prägung als revisionistisch, bürokratisch und sozialimperialistisch entartet ab.

Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten bestehen über Strategie, Taktik und Vorbildcharakter herrschender Systeme. Daß der Weg zu einer „besseren Gesellschaft“ nur über die sozialistische Revolution unter Führung der „Partei der Arbeiterklasse“ und eine „Diktatur des Proletariats“ führen könne, glauben mit den orthodoxen Kommunisten auch alle dogmatischen Gruppen.

Zu den in Niedersachsen noch aktiven Gruppierungen zählen zur Zeit

- die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD),
- der „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK),
- der „Kommunistische Bund“ (KB),
- die „Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ (KPD),
- die „Gruppe Internationaler Marxisten“ (GIM)

mit ihren Neben- und beeinflussten Organisationen.

Am 4./5. Oktober vereinigten sich KPD und GIM zur „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP).

Eine Sonderstellung nimmt die „Marxistische Gruppe“ (MG) ein, die sich zwar ebenfalls auf Elemente des von Marx und Engels entwickelten historischen und dialektischen Materialismus beruft, jedoch ohne Anlehnung an die Thesen von Lenin, Stalin, Trotzki oder Mao Tse-Tung eine eigene elitär formulierte Philosophie des „wissenschaftlichen Sozialismus“ mit z.T. anarchistischen Tendenzen vertritt.

Organisatorische Entwicklung

Die schon seit längerer Zeit anhaltende Krise innerhalb großer Teile der extremistischen „Neuen Linken“ hatte besondere Auswirkungen auf den Mitgliederbestand der einzelnen Gruppen.

Während in den letzten Jahren bei der MLPD und der MG in Niedersachsen ein geringfügiger personeller Zuwachs zu verzeichnen war, entwickelten sich die Mitgliederzahlen der anderen Gruppierungen rückläufig.

Auch die Vielzahl aufbereiteter aktueller Themen, wie

- „Computer- und Polizei-Überwachungsstaat“,
- „neofaschistische Tendenzen“,
- „Kriegspolitik der NATO-Staaten“,
- „Ausbau der Kernenergie“,
- „Imperialismus bzw. Dritte-Welt-Probleme“,
- „Ausländerfeindlichkeit“,

erbrachte keine Mitgliederzunahme. Lediglich die „Marxistische Gruppe“ (MG) verstand es, durch die Selbstdarstellung als „kritische geistige Elite der

Nation“ ihre in sogenannten Sympathisantenplenen zusammengefaßte, überwiegend akademische Anhängerschaft zu erweitern.

In Niedersachsen beläuft sich der Mitgliederstand der dogmatisch-extremistischen „Neuen Linken“ auf insgesamt etwa 410 Personen.

Einzelne Parteien und Gruppierungen

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Die MLPD ist weiterhin die mitgliederstärkste Organisation der dogmatisch-extremistischen „Neuen Linken“.

Sie bekannte sich auch 1986 erneut zu den Lehren Mao Tse-Tungs. Die „Idee der Großen Proletarischen Kulturrevolution“ habe sie als wesentliche Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie in ihre Linie aufgenommen. In Stalin sieht sie weiterhin einen „Klassiker des Marxismus-Leninismus“, während sie dessen Nachfolger als Revisionisten kritisiert.

Einer Abrechnung mit den „Revisionisten“ diene ein zum 15. März nach Hamburg einberufenes „Internationales Tribunal gegen Sozialimperialismus und modernen Revisionismus“ mit etwa 1.000 Teilnehmern.

Der Sowjetunion wurde hier vorgeworfen, um die Weltherrschaft zu kämpfen und dafür die internationale Friedensbewegung einzuspannen. Für die „imperialistische Unterjochung und brutale Ausplünderung fremder Völker wie in Afghanistan und Äthiopien“ durch die UdSSR wurden in einer „Beweisaufnahme“ etwa 100 Zeugenaussagen aus 18 Ländern präsentiert. Kritisch wurde

auch das auf „Klassenbewußtsein der Arbeiter zersetzend wirkende“ Verhalten der „Revisionisten“, vor allem der DKP, gewürdigt.

1986 ergaben sich einige organisatorische Veränderungen, da die MLPD durch Neugründungen und regionale Umstrukturierungen die Anzahl ihrer Parteibezirke von 11 auf 16 erweiterte. So entstand in Niedersachsen der neue Bezirk Weser-Ems neben dem bereits bestehenden Bezirk Hannover.

Schwerpunktmäßig befaßte die Partei sich mit den Vorbereitungen auf die Bundestagswahl 1987. Sie bemühte sich, zugelassen zu werden. Der Bundeswahlleiter hatte wegen gegen demokratische Grundsätze verstößender Mängel im Statut die Aufnahme der Parteiunterlagen in die gemäß § 6 Abs. 3 Parteiengesetz zu führende Sammlung verweigert. Mit einer Klage gegen den Bundeswahlleiter vor dem hessischen Verwaltungsgerichtshof war die Partei zunächst gescheitert. Im Dezember ließ der Bundeswahlausschuß die MLPD zur Bundestagswahl zu.

Auch in Niedersachsen richteten sich die Aktivitäten der Partei (Versammlungen, Info-Stände, Flugblattverteilungen, Unterschriftensammlungen) überwiegend auf den „Kampf um die Wahlzulassung“.

Dagegen hat sich die MLPD an der Landtagswahl in Niedersachsen am 15. Juni nicht beteiligt. Stattdessen forderte sie die Wähler auf: „Stimmt ungültig!“

Die Werbung neuer Mitglieder bildete einen weiteren Schwerpunkt der Partearbeit. Der behauptete Erfolg dieser Bemühungen muß allerdings angezweifelt werden.

Durch ihr weitgehend konspiratives Verhalten verdeckt die MLPD innerorganisatorische Zusammenhänge.

Nr. 8/Nov. 1988 15. Jahrg. DM 1,- - F 8091 E

Rebell



„Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK)

Der BWK trat in Niedersachsen wie bundesweit öffentlich nahezu ausschließlich als Partner verschiedener Bündnisse auf.

Eines der beherrschenden Themen im ersten Halbjahr war die Landtagswahl am 15. Juni. Hier war der BWK an unterschiedlichsten Veranstaltungen der extremistischen Linken beteiligt.

Bemerkenswerte eigenständige Aktivitäten hat der BWK in Niedersachsen nicht entfaltet. Parteiveranstaltungen wie Landesdelegiertenkonferenz, Mitgliederversammlungen usw. hatten keine erkennbare Außenwirkung. Die regelmäßig erscheinende zentrale Publikation „Politische Berichte“ sowie die „Branchen-Nachrichten“ dürften keinen größeren Interessentenkreis erreicht haben.

Mangels Resonanz in der Öffentlichkeit ist die Partei auf das Zusammenwirken mit anderen Organisationen angewiesen.

„Kommunistischer Bund“ (KB)

Der KB setzte seine Mitarbeit in einer Vielzahl von alternativen Bündnissen fort. Dabei gelang dieser bundesweit nur etwa 400 Mitglieder zählenden Organisation eine teilweise überproportionale Einflußnahme, die nicht zuletzt auf die anspruchsvolle Gestaltung seines Organs „Arbeiterkampf“ zurückzuführen ist.

Einen der Schwerpunkte der KB-Agitation bildete die Anti-NATO-Kampagne. Der Kongreß „Frieden mit der NATO?“ am 12./13. April in Köln wurde vom KB mit vorbereitet. Auch auf Landesebene waren Aktivisten des KB teilweise führend in örtlichen „Anti-NATO-Bündnissen“ tätig.

Darüber hinaus versuchte der KB, auf die „Anti-AKW-Bewegung“ Einfluß zu nehmen. Bereits im März befürwortete er eine Bundeskonferenz dieser Bewegung, „um diese kleine Chance zu nutzen und um den Versuch zu unternehmen, die unabhängige außerparlamentarische Widerstandsbewegung zu reorganisieren als Kontrapunkt zu sozialdemokratischer Sch.... und als Neuformierungsansatz angesichts des Anpassungskurses der Grünen“.

Die Universitätsstadt Göttingen war wiederum Hauptschwerpunkt der KB-Aktivitäten in Niedersachsen. Am 15. Januar waren KB-Anhänger an massiven Störaktionen gegen eine RCDS-Veranstaltung mit dem CDU-Generalsekretär Geißler beteiligt.

Mißerfolge mußte der KB allerdings innerhalb der grün-alternativen Bewe-

gung in Göttingen hinnehmen. Nachdem er sich bereits im Vorjahr aus der an der örtlichen Universität agierenden „Grün-Alternativen Liste“ (GAL) zurückgezogen hatte, erlangte die von KB-Angehörigen gegründete Hochschulliste „Vereinigung zur Förderung des realen politischen Diskurses angesichts der herrschenden Verwirrung“ nicht die angestrebte Bedeutung. Hinzu kam, daß sich die seit ihrer Gründung von KB-Anhängern beeinflusste kommunale „Alternative-Grüne-Initiativen-Liste“ (AGIL) als eigenständige Organisation auflöste.

Die Ausschreitungen während einer Demonstration am 7. Oktober in Hamburg nahm der KB zum Anlaß, im „Arbeiterkampf“ scharfe Kritik am Verhalten der „Militanten“ bei Demonstrationen zu üben. In seiner Anprangerung beklagt der KB die Beziehungslosigkeit der Gewaltaktionisten zur Bevölkerung. Militanz bei Großaktionen könne nur dann sinnvoll sein, „wenn diese entweder von den Teilnehmern der Aktion selbst getragen (sozusagen der Idealfall) oder zumindest mit klammheimlicher Sympathie“ begleitet werde. Militante Aktionen werden vom KB immer dann verworfen, soweit sie dem taktischen und politischen Kalkül (in diesem Falle Beeinflussung der Öffentlichkeit durch eine Massendemonstration) zuwiderlaufen. Dagegen unterliegen sie keiner kritischen Wertung, sobald sie gerade „in“ sind („Scherbengerichte“, Bauzäune, Strommasten usw.).

Zu direkter Intervention in aktuelle Demonstrationsabläufe ist der KB personell außerstande.

„Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ — (KPD)

Die 1984/85 in heftige ideologische Richtungskämpfe geratene, zuvor streng maoistisch-stalinistisch orientierte KPD bot zu Beginn des Jahres das Bild einer unübersichtlichen, in drei Gruppierungen zersplitterten Organisation. Parteiinterne Auseinandersetzungen über beabsichtigte Reformen von Programm und Statut (Abkehr vom Marxismus-Leninismus) und die sich abzeichnende Fusion mit der GIM beschleunigten den Spaltungsprozeß innerhalb der bereits von Mitgliederaustritten geschwächten KPD.

Parallel zu den Fusionsvorbereitungen beteiligten sich KPD und die 1979 als „überparteiliche Massenorganisation“ gegründete „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ an Aktionsbündnissen gegen

- die Kandidatur rechtsextremistischer Parteien zu Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen und gegen
- die Asyl- und Ausländerpolitik der Bundes- und Landesregierung.

Eine Eigenkandidatur zur niedersächsischen Landtagswahl wurde angesichts der Zersplitterung innerhalb der „Neuen Linken“ gar nicht erst in Erwägung gezogen.

Dagegen beteiligte sich die „Volksfront“ — in der zunehmend auch Mitglieder des BWK mitwirken — an den niedersächsischen Kommunalwahlen mit einer Kandidatur zum Rat der Stadt Lüneburg. Die in zwei der vier Wahlkreise aufgestellten Kandidaten konnten erwartungsgemäß nur wenige Stimmen auf sich vereinigen.

„Vereinigte Sozialistische Partei“ (VSP)

Nach einem rund zwei Jahre währenden, von internen Auseinandersetzungen, Abspaltungen und Mitgliederaustritten geprägten Fusionsprozeß schlossen sich am 4./5. Oktober in Dortmund die KPD und die trotzkistische „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM) zur VSP zusammen. Im Rahmen des Vereinigungskongresses wurden die zuvor erarbeiteten „Programmatischen Papiere“ gebilligt sowie neue leitende Gremien (Zentralkomitee, Zentrale Schiedskommission) gewählt.

Die neue Organisation bezeichnet sich als „kleine sozialistische, revolutionäre Partei“ mit der Zielsetzung, „die Arbeitervorhut für die Umwälzung der Gesellschaft zu gewinnen“. Sie will mit der Zusammenfassung beider Organisationen einen Beitrag „zur Schaffung einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei“ leisten. Sitz der neuen Parteizentrale ist Köln. Für ein neues, vierzehntägig erscheinendes Zentralorgan einigten sich die Delegierten auf die Bezeichnung „Sozialistische Zeitung“ (SOZ). Die erste Nummer der SOZ erschien am 6. November.

Insgesamt bleiben Zweifel, ob die aus zwei Gruppierungen mit derart unterschiedlichen politischen Traditionen neugebildete VSP die noch nicht geklärten Differenzen in Theorie und Praxis — insbesondere über den künftigen politischen Standort — bewältigen wird.

Aufgrund der ablehnenden Haltung der übrigen marxistisch-leninistisch orientierten Parteien und Bünde gegen eine Vereinigung ist eine Fortsetzung der Bemühungen um die Zusammenführung der zersplitterten Kräfte der extremistischen „Neuen Linken“ zweifelhaft.

„Marxistische Gruppe“ (MG)

Im Gegensatz zum desolaten Zustand der marxistisch-leninistisch orientierten Parteien und Bünde verzeichnete die MG weiteren Zulauf und nimmt damit — als derzeit mitgliederstärkste Gruppierung mit bundesweit rund 1.700 Mitgliedern und einer weitaus größeren Zahl von Sympathisanten — eine hervorgehobene Stellung innerhalb der „Neuen Linken“ ein.

Die MG bezeichnete sich in der im September 1974 veröffentlichten „Programmatischen Erklärung“ als kommunistische Organisation. Hierarchischer Aufbau, gründliche Schulung der Anhänger sowie strenge Disziplin und ein ausgeprägt konspiratives Verhalten lassen auf eine marxistisch-leninistische Kaderorganisation schließen. Gleichwohl beruft sich die MG nicht auf den Marxismus-Leninismus, sondern beschränkt sich auf eine intensive Auseinandersetzung mit den Schriften von Karl MARX („Das Kapital“).

Obwohl die MG kein klares Konzept hat, strebt sie die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft — als „Staatsform der bürgerlichen Ausbeutung“ — an.

Die MG versucht permanent nachzuweisen, daß alle Bereiche des wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen, gesellschaftlichen und politischen Lebens so offensichtlich vom Kapitalismus durchdrungen seien, daß nur seine völlige Zerschlagung (in Form einer „sozialistischen Revolution“) eine grundlegende Änderung herbeiführen könne.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist die MG bestrebt, Intellektuelle und Studenten zu gewinnen und sie im sog. „Wissenschaftlichen Sozialismus“ zu schulen.

Gipfeldiplomatie



VORTRAG & DISKUSSION

Dienstag, 28. Oktober, 19 Uhr

Freizeitheim Lister Turm,

Hannover, Walderseestr. 100 (Gr. Saal)

Marxistische Gruppe (MG)

Mit Hilfe der so qualifizierten Anhänger soll das Proletariat — als „revolutionäres Subjekt“ — über seine Ausbeutung aufgeklärt („Bewußtseinsorientierung“) und ihm das für die Entwicklung des Klassenkampfes notwendige Wissen vermittelt werden.

Hauptrekrutierungsfelder der MG sind nach wie vor die Universitäten. Die MG wendet sich primär an Studienanfänger, die sich selbst als „kritisch“ und „intellektuell“ einschätzen und nach einer theoretischen Vertiefung suchen.

Auch in Niedersachsen bemühte sich die MG im vergangenen Jahr erfolgreich, insbesondere an den Hochschulen Anhänger zu gewinnen. Zu diesem Zweck verteilte sie eine Reihe von Publikationen — mit z.T. beachtlicher Auflagenhöhe — in Hochschulen, Studententreffpunkten, vor Schulen und Betrieben und veranstaltete regelmäßig, vorwiegend aus politisch, wirtschaftlich oder gesellschaftlich begründeten Anlässen, öffentliche Diskussions- und Vortragsveranstaltungen.

In ihren Publikationen sowie in den Vortragsveranstaltungen verurteilt und diffamiert die MG fortgesetzt die gegenwärtige politische Ordnung der Bundesrepublik und anderer westlicher Demokratien sowie die bürgerliche Gesellschaft schlechthin. Neben der ständigen Kritik am bestehenden Gesellschaftssystem bietet sie jedoch keine Alternativen an, sondern verharrt in der von ihr propagierten Negation jeglicher Herrschaftssysteme.

Im Mai störte die MG jeweils eine von der SPD und eine von den Grünen initiierte Wahlkampfveranstaltung in Hannover. Im Juni stellte sie in einer „Hannoverschen Hochschulzeitung“ anläßlich der niedersächsischen Landtagswahl die Spitzenkandidaten verschiede-

ner Parteien in polemischer Weise vor und verunglimpfte die Wahl als „Bestellung von Herrschaft“.

Mit wiederholten Anzeigen in ihren Publikationen warb die MG für die im MHB-Buchladen in Hannover erhältliche Literatur und bot Plätze für verschiedene, in Hannover zentralisierte Schulkreise an (Sympathisantenplenum, Arbeitskreise und Diskussionsrunden).

Marxistische Hochschulzeitung
Sonderausgabe MARXISTISCHE GRUPPE (MG)

Die 10 beliebtesten Dogmen der Kritischen Theorie

1. Objektive Erkenntnis ist eine Unmöglichkeit
Viele der 10 am besten bekannten und populärsten Dogmen der Kritischen Theorie sind in diesem Sonderausgabe der Marxistischen Hochschulzeitung (MG) zusammengestellt. Die 10 am besten bekannten und populärsten Dogmen der Kritischen Theorie sind in diesem Sonderausgabe der Marxistischen Hochschulzeitung (MG) zusammengestellt.

2. Wissen ist per se Ideologie

3. Studien in Genese

4. Kritische Theorie und Theorie der Gesellschaft

5. Die objektive Wahrheit ist ein bloßes Illusion

6. Wissen — nicht Handeln, sondern Handeln — ist die Basis der Gesellschaft

7. Gesellschaft ist ein Produkt der menschlichen Handlung

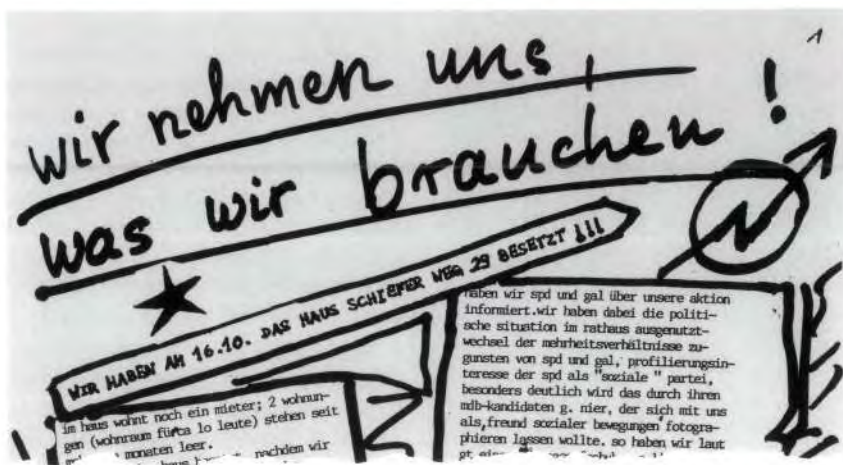
8. Wahrheit ist ein bloßes Illusion

9. Gesellschaft ist ein Produkt der menschlichen Handlung

10. Gesellschaft ist ein Produkt der menschlichen Handlung

Objektive Erkenntnis ist eine Unmöglichkeit
Viele der 10 am besten bekannten und populärsten Dogmen der Kritischen Theorie sind in diesem Sonderausgabe der Marxistischen Hochschulzeitung (MG) zusammengestellt.

Wissen ist per se Ideologie
Viele der 10 am besten bekannten und populärsten Dogmen der Kritischen Theorie sind in diesem Sonderausgabe der Marxistischen Hochschulzeitung (MG) zusammengestellt.



Undogmatischer Linksextremismus

Allgemeine Entwicklung

Im Gegensatz zu den orthodox-kommunistischen Gruppen und den Parteien und Organisationen des dogmatischen Linksextremismus sind im undogmatischen Bereich kaum Strukturen zu erkennen. Wenn auch Teile der marxistisch-leninistischen und anarchistischen Ideologie hier Eingang finden, so dienen diese jedoch nicht dazu, organisiertes, kollektives Handeln zu gestalten. Im Unterschied zu den dogmatischen Gruppen steht hier nicht die Partei, das Kollektiv, im Vordergrund, sondern der Einzelne.

Von daher tragen die Aktionen, die von Kreisen des undogmatischen Linksextremismus geplant und durchgeführt

werden, einen stark spontaneistischen Charakter. Sie nehmen daher oft einen unberechenbaren, der momentanen Gefühlslage der Teilnehmer entsprechenden Verlauf.

Kennzeichnend für diesen Bereich ist die nur rudimentär vorhandene Struktur. Man bemüht sich zwar mehr oder weniger intensiv um stärkere Kommunikationsszusammenhänge. Diese Bemühungen waren jedoch bislang, vor allem bei den „Autonomen“, ergebnislos. Klare Trennungslinie zwischen den verschiedenen Lagern ist die Frage der Gewalt. In den dogmatischen Gruppen wird Gewalt als taktisches Mittel den strategischen Zielen untergeordnet. Das Handeln dieser Gruppen verläuft diszipliniert, Gewalt wird nicht spontan verübt. Während beispielsweise Aktionen unter orthodox-kommunistischer Federführung auf Gewaltanwendung aus bündnispolitischen Erwägungen heraus verzichten, gilt dieses planvolle Abwägen zwischen Ziel und Methode, Strategie und Taktik nicht für den undogmatischen Bereich.

Propagiert wird der sogenannte gewaltfreie Widerstand, während vor allem „Autonome“ in militanter Weise ihren Protest zum Ausdruck bringen. „Ein tolles Gefühl, wenn der Strommast fällt“, ist Ausdruck für ihren individuellen Haß auf das „System“, der sich ein Ventil verschafft und in Zerstörungswut umschlägt.

FöGA

Im undogmatischen Linksextremismus lassen sich drei größere Strömungen ausmachen, die von unterschiedlicher Bedeutung sind. Während der traditionellen Anarchismus, vertreten durch die anarchosyndikalistische „Freie Arbeiter-Union“ (FAU), in Niedersachsen nahezu unbedeutend ist, gruppiert sich ein anderer Teil um die Zeitschrift „Graswurzelrevolution“. Herausgeber dieses Blattes ist die „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen“ (FöGA), die auf der Grundlage anarchistischer Weltanschauung als

Handlungsform die „gewaltfreie (direkte) Aktion“ propagiert. Koordinations- und Anlaufstelle für die verschiedenen „gewaltfreien“ Gruppen in der Bundesrepublik ist die „Graswurzelwerkstatt“ in Göttingen. Die FöGA ist die derzeit größte anarchistische Gruppierung. Sie vertritt und koordiniert etwa 80 Gruppen mit insgesamt 900 Anhängern. In Niedersachsen sind ihr etwa 50 Anhänger zuzurechnen.

Die ideologische Konzeption der FöGA sieht eine „tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltung“ vor. Durch Macht von der Basis her sollen alle Formen vermeintlicher Ausbeutung, Herrschaft und Unterdrückung beseitigt werden. Ziel ist eine herrschaftslose, dezentralisierte Gesellschaftsordnung, die auf Selbstregierung oder Anarchie beruht. Das Mittel zur Umwandlung der Gesellschaft ist die „Gewaltfreie Aktion“, die freilich Gewalt gegen Sachen zuläßt. Denn Sachbeschädigungen gelten nicht als Gewalt, da „ein Zaun, der zerschnitten wird, ... keine Gewalt (empfindet)“.

Strategie und Methoden der „Gewaltfreien Aktion“ sehen drei Eskalationsstufen vor: 1. den „Protest“ (Flugblätter, Demonstration, Mahnwachen etc.), 2. die „legale Nichtzusammenarbeit“ (Streik, Boykott, Verweigerung jeder Art), 3. den „zivilen Ungehorsam“ (gezielte Mißachtung von Gesetzen, Generalstreik, Blockaden, Besetzungen, Sabotage etc.).

In speziellen Seminaren und Trainingsveranstaltungen wird seit Jahren der „gewaltfreie Widerstand“ eingeübt. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die „Bildungs- und Begegnungsstätte für Gewaltfreie Aktionsgruppen“ (BuBGA) Wustrow im Landkreis Lüchow-Dannenberg.



„Autonome“

Nach den Großdemonstrationen des Jahres 1986 in Wackersdorf und Brokdorf, an deren Rande es zu schweren Ausschreitungen kam, sind als Urheber der Gewalttätigkeiten die „Autonomen“ in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt.

Anzahl und Stärke der Gruppen einschließlich ihrer Sympathisanten sind kaum zu überblicken, da aufgrund der hohen Fluktuation die Gruppenzusammensetzung ständig variiert und man sich gegenüber Fremden abschottet.

„Autonome“ sind in lockeren örtlichen Kleingruppen zusammengeschlossen, die kaum Organisationsstrukturen aufweisen. Hierarchien und Befehlsstrukturen werden überwiegend abgelehnt. Die Verbindung innerhalb der Zusammenschlüsse erfolgt gewöhnlich über bekannte Treffpunkte der „Szene“: z.B. besetzte Häuser, Wohngemeinschaften, Jugendzentren, Kneipen, Info- und Buchläden. In „Autonomen-Gruppen“ existiert keine einheitliche Ideologie, jedoch spiegelt sich in Flugblättern und Statements anarchistisches Gedankengut in unterschiedlicher Ausprägung wider.

Einige Gruppierungen beklagen, daß sich ihre Gemeinsamkeiten auf eine „diffuse militante Antistaatlichkeit und auf die Bereitschaft zum Widerstand“ beschränken. Seit Jahren versuchen sie, übergreifende Strukturen, langfristige Perspektiven und Strategien zu entwickeln — bislang jedoch ohne konkretes Ergebnis.

In Niedersachsen sind in verschiedenen Orten „Autonome Gruppen“ durch Aktionen und Flugblätter sowie Selbst-

beziehungsschreiben zu Anschlägen bekanntgeworden:

- Achim/Osterholz-Scharmbeck: „Autonome Zellen“
- Braunschweig: „Autonome“
- Braunschweig/Wolfenbüttel: „Autonome revolutionäre Gruppe“
- Delmenhorst: „Autonome Antimilitaristen“
- Göttingen: „Göttinger Autonome“
- „Autonome Sanis“
- „Autonome Tierschützer“
- „Autonome Umweltschützer“
- Hannover: „Autonome Hannover“
- Hildesheim: „Autonome“
- Osnabrück: „Autonome“
- Sachsenhagen, LK Schaumburg: „Autonome“
- Vollersude/LK Osterholz: „Autonome Zellen“
- Wilhelmshaven: „Autonome“

Um die einzelnen Gruppen zusammenzuführen, grundsätzliche Fragen zu erörtern und Aktionen vorzubereiten, wurden mehrere örtliche und überregionale „Autonomen-Treffen“ veranstaltet, so z.B. in Hannover, Braunschweig, Göttingen, Osnabrück und Oldenburg. Diese Treffen blieben aber ohne Ergebnisse.

Die Beseitigung des „Systems“ steht an erster Stelle, der Kampf gegen Startbahnen, Kernkraftwerke und Wiederaufarbeitungsanlagen dient der Aktion. In der Frage des Vorgehens konkurrieren zwei Positionen:

Auf der einen Seite soll durch Infiltration friedlicher Protestbewegungen die Bevölkerung gegen den Staat radikalisiert werden. Auf der anderen Seite werden sogenannte selbstbestimmte Kämpfe befürwortet. Für den Großteil der „Autonomen“ ist dabei die Anwendung von Gewalt unbedenklich, gerechtfertigt durch die „Gewalt des Systems“.



AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN



REGIONALTEILE: FRANKFURT, DARMSTADT
WACKERSDORF - TISCHERNOBYL
GRÜNE - LYBIEN

Nr.22 3-86
2.50

Da die Vermittelbarkeit oberstes Kriterium für Gewaltanwendung sein soll, werden RAF-Attentate von „Autonomen“ z.T. abgelehnt. An diesem Punkt entzündete sich auch die Kontroverse zwischen RAF und „Autonomen“ beim „Antiimperialistischen Kongreß“ in Frankfurt im Februar 1986. Die Ermordung des amerikanischen Soldaten PIMENTAL im August 1985 wurde von den „Autonomen“ abgelehnt. Auch den Mord an BECKURTS halten sie wie frühere Attentate für „politisch unklug“, weil diese Aktionen auf allgemeines Unverständnis stoßen und die Opfer „austauschbar“ seien.

Dagegen sympathisieren „Autonome“ mit Aktionen der „Revolutionären Zellen“ zu vermeintlichen gesellschaftlichen Mißständen, weil ein gewisses Verständnis in der Bevölkerung erreicht werde und keine Menschenleben gefährdet würden.

Mit Militanz von seiten dieser Gruppen wird auch weiterhin zu rechnen sein. Um der Festnahme bei Großdemonstrationen zu entgehen, sollen andere Aktionsformen gewählt werden:

„Was jetzt von staatlicher Seite betrieben wird, also die ständige weitere Aufrüstung des Polizeiapparates, wird auf unserer Seite dazu führen, daß wir uns überlegen werden, ob wir nicht auf anderer Ebene weiterkämpfen müssen. ... Das kann mehr in Richtung Anschläge gehen. Das Risiko ist einfach zu groß, in Wackersdorf an Zäunen rumzusäbeln... Deshalb werden wir uns auch weiterhin an Demonstrationen beteiligen. Die andere Seite — Stoßrichtung Anschläge — wird aber jetzt immer mehr diskutiert.“

BESONDERE AKTIONS- FELDER

Antimilitarismus-Kampf

Linksextremistisch beeinflusste Protest- aktionen gegen die „Panzertrasse“ in Garlstedt

Seit Jahren protestieren verschiedene Gruppierungen aus dem Großraum Bremen gegen die Planung des Bundesbahnanschlußgleises zur Lucius-D.-Clay-Kaserne, das in ein Landschaftsschutzgebiet eingreift. 1984 bildete sich ein Aktionsbündnis, auf das Teile des gesamten linksextremistischen Spektrums Einfluß zu nehmen versuchten. Zunächst wurden rege Aktivitäten und Aktionen im betroffenen Waldgebiet entwickelt. Auf mehreren der regelmäßig durchgeführten „Spaziergänge“ entlang der Trasse wurden große Nägel in Bäume geschlagen, die beim Fällen die Ketten der Motorsägen zerstören sollten.

Da sich der Baubeginn wegen einer Klage gegen das Planfeststellungsverfahren verzögerte, erlahmte das Interesse. Als dann im Februar 1986 mit den Rodungsarbeiten begonnen wurde, beteiligten sich ca. 1.000 Personen an einer insgesamt friedlichen Demonstration.

An den seitdem regelmäßig an Sonntagen stattfindenden „Trassenspaziergängen“ nahmen auch gewaltgeneigte Linksextremisten aus Bremen und Per-

sonen des terroristischen Umfeldes teil. Mehrfach wurden während dieser „Spaziergänge“ Baumaterial und Baufahrzeuge beschädigt. Auch „Autonome Zellen“ sind in einer Tatbekennung zu einem Brandanschlag in Bremen auf den Bau der Panzertrasse und den Ausbau der US-Kaserne Garlstedt eingegangen.

Aktionen gegen US-Munitionstransporte

An der seit 1982 laufenden Kampagne gegen Munitionstransporte für die US-Streitkräfte beteiligten sich auch 1986 wieder verschiedene Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums aus dem Großraum Bremen, Oldenburg und der Wesermarsch. Seit 1985 ist jedoch ein schwindendes Interesse an diesem Aktionsfeld feststellbar.

Insbesondere nach der Auflösung des Bremer „Komitees gegen Bombenzüge“, das Hauptinitiator verschiedener Protestaktionen war, stößt die Mobilisierung eines größeren Protest- und Demonstrationspotentials auf Schwierigkeiten. An der letzten groß angekündigten „Bombenzugblockade“ im Juli beteiligten sich nur noch 40 Personen, während es auf dem Höhepunkt der Kampagne bis zu 1.000 Personen waren.

Auch die folgenden Protestaktionen fanden nur noch eine geringe Resonanz. Die bei Munitionstransporten durchgeführten „antimilitaristischen Spaziergänge“ in der Wesermarsch blieben fast unbeachtet.

Bundesweiter „Anti-NATO-Kongreß“ in Köln

Auf dem „Anti-NATO-Kongreß“ am 12. und 13. April in Köln, der einen

ersten Höhepunkt der überwiegend von der undogmatischen „Neuen Linken“ getragenen „Anti-NATO-Kampagne“ darstellen sollte, nahmen etwa 400 Personen aus dem undogmatischen und orthodox-kommunistischen Spektrum teil. Der Kongreß stand unter dem Motto „Frieden mit der NATO?“ und wurde von einem Koordinationskreis vorbereitet, in dem Mitglieder verschiedener Gruppen der dogmatisch-extremistischen „Neuen Linken“, der DKP-beeinflußten „Friedensliste“, der „Bundeskongferenz unabhängiger Friedensgruppen“ und mehrerer demokratischer Organisationen zusammenarbeiteten. Aus Niedersachsen gehörte dem Koordinationskreis der linksextremistisch ausgerichtete „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“ an.

Auf dem Kongreß konnte man sich nicht auf eine gemeinsame Strategie verständigen. Einig waren sich die Teilnehmer jedoch darin, daß die NATO „wirklicher“ Friedenspolitik im Wege stehe. Der Großteil sah die NATO als „offensives Kriegs Bündnis“. Die Schlußresolution forderte sowohl den „einseitigen Austritt der Bundesrepublik aus der NATO“ (Linie des „Kommunistischen Bundes“) als auch eine „kritische Infragestellung“ und damit Verminderung des politischen Einflusses der NATO.

Der „Anti-NATO-Kongreß“ fand, wohl auch wegen mangelnder Übereinstimmung in der NATO-Frage, kaum Resonanz in den linksextremistischen Gruppierungen. Anschließend Diskussionen blieben aus.

FRIEDEN MIT DER NATO ?

**DISKUSSIONSKONGRESS
AM 12./13. APRIL
IN KÖLN**



Ort:
Gesamtschule Rodenkirchen
Sürther Straße 191

Beginn:
Samstag, 12.4./10 Uhr
Unkostenbeitrag 10 DM

Koordinationskreis:

Bündnikskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF) · Bundesverband Bürger-
militärischen Umweltschutz (BBU) · Cominternist/DTAK Madrid · Demokratische
Studenten (DS) · DIG v.a. Offenbach · Friedensliste · Göttinger AK gegen
Atomwaffen · Gruppe Alternative Liste Hamburg · Gruppe Internationale
Marxisten (GIM) · Initiative · Keine Frieden mit der NATO · Nein zur der
NATO · Kommunistischer Bund (KB) · Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD)
(als Beobachter: Bundes AG Frieden der GRÜNEN)

Kongressbüro Tel. 0221/73 66 48

Bilderkreis:

AG Berlin · Anti-NATO-Initiative Wittenberg · Arbeitsgruppe Oberbürger Lehmann · BAG Frieden der Grünen · 30 Gewerkschafter gegen Atomwaffen · Neues Friedensplenum · BuPa der Grünen · Bürger für den Frieden, Braunschweig · Die Grü-
nen im Kölner Rat · GBL / DL - Grüne Aktion · GBL Bonn · Grüne, 3V Bonn · 3V Grün, Bonn · Liste unabhängiger Friedensgruppen an der TH Karlsruhe · Radikale „Lebender Felsen“ · UBA der PB Bielefeld

© 1982 v. Westfälischer Jugendrat, Dortmund 1. 1982/83

Großdemonstration der „Friedensbewegung“ im Hunsrück am 11. Oktober

Als Vorbereitung auf die Großdemonstration rief im Juni die anarchistische FöGA in ihrem Organ „Graswurzelrevolution“ zu einem „Antimilitaristischen Sommercamp“ vom 24. August bis 6. September im Hunsrück auf. Motto: „Krieg verhindern — seine Vorbereitung stören“.

Die FöGA setzte sich in diesem Artikel kritisch mit der derzeitigen Demonstrationshaltung der außerparlamentarischen Bewegung auseinander, die sich allzu spontan verhalte und eine langfristige Widerstandsperspektive vermissen lasse. Effektiver „Ziviler Ungehorsam“ müsse Aktionen vor Ort und in Zusammenarbeit mit dort lebenden Menschen entwickeln, „weil nur sie beurteilen können, wie unsere Aktionen in der Bevölkerung aufgenommen werden und nur sie die langfristige Verankerung von Widerstand in der Region gewährleisten können“. Demzufolge sollte das Sommercamp über die Großdemonstration hinaus einem langfristig angelegten, in der Bevölkerung verankerten Widerstand dienen. „Ziviler Ungehorsam“ versteht die FöGA als die bewußte Mißachtung staatlicher Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen.

Die Mobilisierung zur Großdemonstration am 11. Oktober im Hunsrück war in ganz Niedersachsen zu beobachten. Unter dem Motto: „Frieden braucht Bewegung...“ wurde mit Plakaten, Flugblättern und Zeitschriften extremistischer Organisationen zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Dabei hatte das DKP-Spektrum die Federfüh-

rung. Es war die erste bundesweite Großdemonstration der „Friedensbewegung“ seit 1983. Ihr vorrangiges Ziel war, im Hinblick auf die Bundestagswahl im Januar 1987 politischen Druck auf die Bundestagsparteien auszuüben. Leitthema war:

*„Frieden braucht Bewegung
Für eine andere Politik
Abrüstung jetzt
Friedenskampagne 86“.*

Bei der Herstellung zentraler „Mobilisierungsmaterialien“ des Koordinationsausschusses („Massenzeitung“, „Rundbriefe“) stellten DKP und Umfeld mindestens die Hälfte der Redaktionsmitarbeiter. Der Koordinationsausschuß beschloß zwar, von verschiedenen Gruppen eigenständig durchgeführte Aktionen des „Zivilen Ungehorsams“ politisch zu unterstützen, lehnte jedoch eine Großblockade ab.

An der insgesamt friedlichen Demonstration am Stationierungsort von 96 Cruise Missiles in Hasselbach/Hunsrück nahmen über 100.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Dabei war die weit überwiegende Mehrzahl der Demonstrationsteilnehmer dem demokratischen Bereich zuzuordnen. Auffällig war die hohe Anzahl der Teilnehmer, da sich die „Friedensbewegung“ seit 1984 in einer Phase ohne nennenswerte Aktionen befunden hatte. Zeitweise wurde sie selbst in den eigenen Reihen totgesagt. Das unerwartete Wiederaufleben und die erhöhte Demonstrationsbereitschaft hatten mehrere Gründe:

Ein wesentlicher Faktor war das Tschernobyl-Unglück, das es gerade auch extremistischen Organisationen leicht gemacht hatte, auf Diskussionen im demokratischen Bereich Einfluß zu nehmen und für diese Demonstration zu werben. Außerdem war es gelungen, vie-

le Menschen glauben zu machen, daß in der Frage der Abrüstung, gerade vor den Bundestagswahlen 1987, mit einer Großdemonstration Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden könnte.

Ein weiterer Faktor waren die schweren Auseinandersetzungen an der Baustelle für die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, die die Gegnerschaft zur Atomenergie in der öffentlichen Meinung diskreditiert hatten. Im Hunsrück sollte deshalb auch gezeigt werden, daß „Chaoten“ nicht repräsentativ für das Demonstrationsverhalten der Atomkraftgegner seien. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß gewaltgeneigte Gruppen nicht zur Teilnahme aufgerufen hatten.

Planung von Störaktionen gegen die NATO-Übung Wintex/Cimex 1987

Seit der Bundeskonferenz „Großer Ratschlag“ am 16./17. Juni 1985 in Köln gibt es im unabhängigen Flügel der „Friedensbewegung“ Diskussionen, wie die NATO-Übung Wintex/Cimex 1987 zu stören sei. Bereits durch die „Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen“ (BUF) wurde ein Diskussionspapier eingebracht, in dem u. a. die Wintex/Cimex-Übungen als ein weiterer Orientierungspunkt für bundesweit koordinierte Aktivitäten bezeichnet werden. An der Diskussion über „tatkraftige Störmanöver“ beteiligte sich auch die anarchistische FöGA. Aus ihren Reihen wurde vorgeschlagen, die „Störmanöver“ sollten sich im wesentlichen auf der Ebene Informationsbeschaffung, Öffentlichkeitsarbeit und

Durchführung symbolischer und/oder spektakulärer Aktionen bewegen.

Empfohlen wurde zunächst, durch Anfragen „alternativer Parlamentarier“ oder eigene Erkundungen bei amtlichen Stellen festzustellen, wie sich Kommunen und Landkreise an der Übung beteiligen.

Danach sollten vor Ort Aktionen (z.B. „Besuche bei Ämtern, Bunkern usw., Besetzungen, Präsenz vor beteiligten Behörden“) durchgeführt werden. Überlegenswert sei auch, Beteiligte zum „Verrat von Dienstgeheimnissen“ aufzurufen.

Die FöGA gab zusammen mit der „Kontaktstelle für gewaltfreie Aktion“, Stuttgart, im Oktober eine Broschüre heraus mit dem Titel: „Wintex/ Cimex - VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH — Die geheimen Kriegsspiele der NATO“. Die Broschüre führt u.a. in das Konzept der Gesamtverteidigung ein und gibt fragmentarische Informationen über die „Drehbücher“ der letzten Wintex/Cimex-Übungen. Sie will Gegenaktivitäten anregen, zeigt Schritte für den Versuch eines Ausstiegs aus der Zivilverteidigung und will Widerstand gegen diese provozieren.

Trotz bundesweiter Aktionsaufrufe gegen die NATO-Übung blieb die Resonanz gering. In Niedersachsen kam es zu keinen nennenswerten Protestaktionen.

„Anti-Atomkraft-Bewegung“

Entwicklung der „Anti-AKW-Bewegung“ nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl

Aktionsschwerpunkte für die von Linksextremisten beeinflusste „Anti-AKW-Bewegung“ waren wie im Vorjahr der Landkreis Lüchow-Dannenberg (Gorleben) sowie das bayerische Wackersdorf. Nach dem Wegfall des Alternativ-Standortes für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Dragahn im LK Lüchow-Dannenberg zugunsten des bayerischen Standortes ist das Interesse an Gorleben merklich gesunken. Hiervon unberührt blieb die nach wie vor relativ hohe Zahl an Anschlägen und Sabotagehandlungen gegen Einrichtungen der Deutschen Bundesbahn und Firmen, die am Bau von kerntechnischen Einrichtungen mitwirken.

Nur wenige Tage nach Bekanntwerden der Reaktorkatastrophe in der Sowjetunion, als Ursachen und Auswirkungen des Unglückes noch völlig im Dunkeln lagen, setzte eine breite Kampagne gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland ein. Die Auswirkungen reichten dabei weit über das linksextremistische Potential hinaus. Dieses sah eine Chance für eine breite Bewegung gegen den „Atomstaat“ und das gesellschaftliche System in der Bundesrepublik schlechthin. In nahezu allen größeren niedersächsischen Städten kam es zu

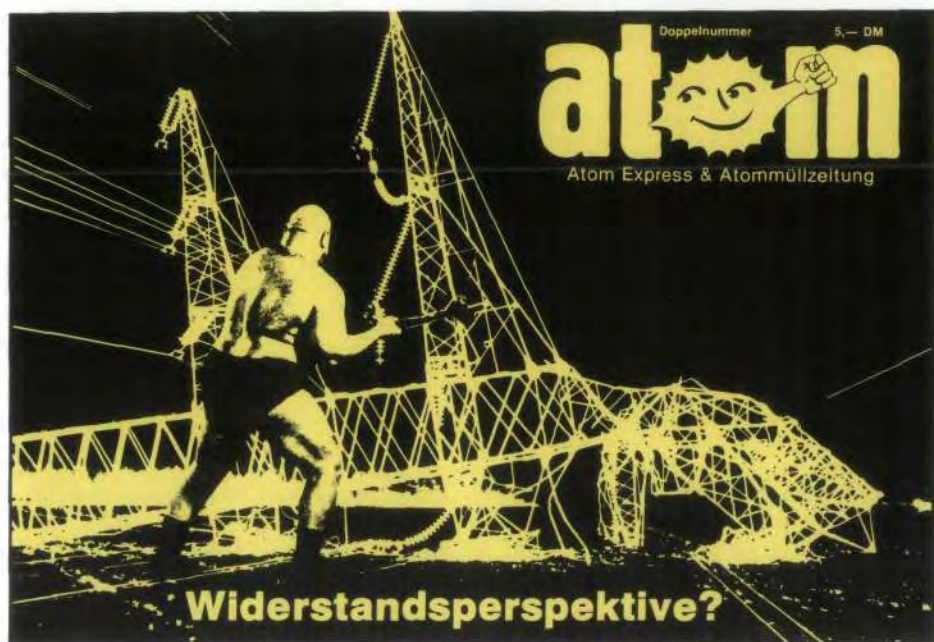
kurzfristig anberaumten Protestveranstaltungen unter Beteiligung von Linksextremisten mit der Forderung nach sofortiger Abschaltung sämtlicher Atomkraftwerke. Die Teilnehmerzahlen waren relativ hoch, wie sich auch beim sog. Endlagerspektakel im LK Lüchow-Dannenberg, bei den Pfingstaktionen in Wackersdorf sowie am 7. Juni am Kernkraftwerk Brokdorf und erneut in Wackersdorf bestätigte.

Bei den letztgenannten Veranstaltungen kam es zu erheblichen Ausschreitungen gegen Einrichtungen an den Baustellen und gegen Polizeikräfte.

Es war zunächst eine weitgehende Solidarität vieler Tausender von Kernkraftgegnern auch über das extremistische Lager hinaus, selbst gegenüber dem Vorgehen militanter Linksextremisten, zu beobachten. Fragen nach der Tolerierung von Gewalt bzw. in welchem Umfang welche Widerstandsformen akzeptiert werden können, wurden kontrovers erörtert. „Der Widerstand muß militant, entschlossen und grenzenlos sein“, hieß es in einer Sonderausgabe der Zeitschriften „Atom“ und „Radi Aktiv“. „Jeder muß jetzt seine Vorstellungen von Widerstand einbringen und umsetzen können — eine Distanzierung von unterschiedlichen Aktionen kann es im Hinblick der hautnahen Gefahr nicht mehr geben.“

Ungeachtet der sehr emotional bestimmten Anfangssolidarität auch mit Gewalttätern schien ein geschlossenes Handeln des gesamten Spektrums indessen auch künftig nicht erreichbar zu sein.

Die letzten Großveranstaltungen der Antikernkraft-Bewegung mit extremistischer Beteiligung haben jedoch gezeigt, daß insbesondere das militante Potential in hohem Maße mobilisierbar ist. Für das Jahr 1987 sind sowohl Protestaktio-

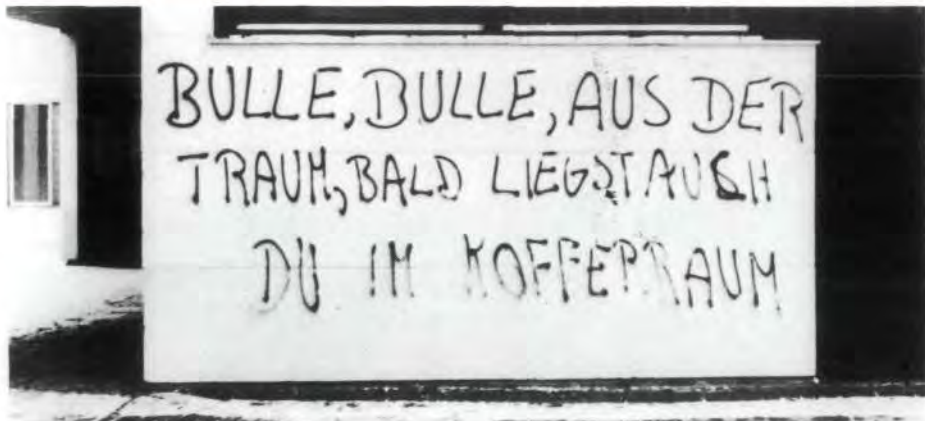


nen in Brokdorf und Wackersdorf als auch an anderen kerntechnischen Anlagen im norddeutschen Raum zu erwarten. So formulierte der „Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen“ im Juli 86 in einem Leserbrief:

„... machen wir lieber gemeinsame Aktionen im Herbst 86 in Wackersdorf und München, in Hanau und zum Tag X in Brokdorf, zum Frühjahr in Stade und immer im Wendland.“

„Widerstand“ gegen kerntechnische Einrichtungen im Landkreis Lüchow-Dannenberg

Auch im Jahre 1986 wurden von Kernkraftgegnern aus dem gesamten norddeutschen Raum eine Vielzahl von Aktivitäten gegen die kerntechnischen Einrichtungen im LK Lüchow-Dannenberg entwickelt. Abgesehen vom „Endlager-Spektakel“ im Mai war hier jedoch festzustellen, daß das mobilisierbare Potential stagnierte und auch die Häufigkeit von Aktionen bzw. Aktionstagen rückläufig war. Nach wie vor hoch war die Zahl der Anschläge gegen Einrichtungen der Bundesbahn und Firmen, die am Bau von Kernenergieeinrichtungen beteiligt sind. Im einzelnen fanden fol-



gende Veranstaltungen mit Beteiligung von Linksextremisten statt:

„Atommüllkonferenz“ in Trebel

Am 18. und 19. Januar hatten sich ca. 150 Kernkraftgegner, unter ihnen zahlreiche Anhänger der undogmatisch-extremistischen „Neuen Linken“, in Trebel versammelt und über die Themen

- Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf
- Endlager Gorleben
- Konditionierungsanlage
- Atommülltransporte

in Arbeitsgruppen beraten. Unter den Teilnehmern befanden sich Gruppen aus Hamburg, Berlin, Bremen, Hannover, Braunschweig, Göttingen, Kiel, Stade, Frankfurt, Nürnberg, Hanau, Wackersdorf sowie die örtlichen Kernkraftgegner aus Lüneburg und dem LK Lüchow-Dannenberg. Als Ergebnisse der Beratungen wurden festgehalten:

- Bundesweite Unterstützung der bayrischen Kernkraftgegner;
- Aktionen bei Rodungsbeginn auf dem Gelände der zukünftigen Salz-/Abraumhalde bei Gorleben. Bedeutendste Ver-

anstaltung sollte das sogen. Endlager-spektakel im Mai werden;

- Proteste gegen den Bau einer Konditionierungsanlage durch die DWK in Gorleben;
- Planung eines neuen Konzepts, um den Kernkraftgegnern ein möglichst schnelles Reagieren auf Atommülltransporte zu ermöglichen.

Aktion gegen Rodungsarbeiten in Gorleben

Wie auf der Atommüllkonferenz in Trebel beschlossen, hatte die „Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg“ für den 16. Februar zu einem „Waldspaziergang“ aufgerufen. Er richtete sich gegen den Beginn der Rodungsarbeiten für das Gelände der Salzhalde, die durch die Erkundungsarbeiten für das Endlager Gorleben entstehen wird. Insgesamt versammelten sich ca. 400 Personen am Waldgelände bei Gorleben, überwiegend gemäßigte Kernkraftgegner. Die zunächst störungsfrei verlaufende Veranstaltung endete mit einer angekündigten Bauplatzbesetzung, an der lediglich 25 Personen teilnahmen.



Nach Beginn der Rodungsarbeiten kam es gelegentlich zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Polizeibeamten und Platzbesetzern. Es waren zahlreiche Sachbeschädigungen insbesondere gegen die Arbeitsmittel für die Rodungsarbeiten zu verzeichnen. Von den eingesetzten Polizeikräften wurden Krähenfüße, Stacheldraht, Äxte, Hämmer, Nägel und Sägen sichergestellt. An den weiteren Arbeitstagen kam es lediglich zu geringfügigen Störungen der Rodungsarbeiten.

„Endlagerspektakel“ der Kernkraftgegner in Gorleben

Die Aktivitäten der vorwiegend aus dem norddeutschen Raum kommenden Kernkraftgegner richteten sich am 8. Mai vorrangig gegen das im Bau befindliche Endlager in Gorleben. Die Beteiligung am „Endlagerspektakel“ war erheblich größer als zu ähnlichen Aktionen im Jahre 1985. Die Ursachen hierfür waren zum einen in den Folgen des Reaktorunglücks in Tschernobyl zu sehen, zum anderen in der Tatsache, daß die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) am 6. Mai den Bauantrag für eine Konditionierungsanlage im LK Lüchow-Dannenberg gestellt hatte.

Insgesamt versammelten sich im Raum Gorleben etwa 3.000 Personen, unter ihnen Angehörige militanter Gruppen. Der überwiegende Teil beschränkte sich auf friedliche Kundgebungen. Dagegen richteten 100 bis 200 Gewalttäter erhebliche Sachschäden an und bedrängten die eingesetzten Polizeikräfte. Sie versuchten, das Gelände der Endlagerbaustelle zu stürmen, beschädigten den Bauzaun, errichteten auf den Straßen im Umfeld Straßensperren und zündeten sie zum Teil an. Diese Aktionen wurden vorwiegend von Gruppen aus Hamburg getragen. Die örtliche Bevölkerung war — wie schon bei früheren Veranstaltungen — hieran nicht beteiligt. Einige Anwohner waren selbst von nicht unerheblichen Sachbeschädigungen betroffen.

Niedersächsische Beteiligung an Protestaktionen gegen das Kernkraftwerk Brokdorf

Gegen eine Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes in Brokdorf am 7. Juni demonstrierten aus Niedersachsen etwa

2.000 Kernkraftgegner, darunter Gruppierungen der extremistischen „Neuen Linken“. Besondere Resonanz fanden die Teilnahmeaufrufe in Göttingen, Hannover, Oldenburg, Osnabrück, Lüchow, Uelzen, Emden und Delmenhorst. Militante Autonome hatten ihre Anhänger mit Parolen wie „Kampf dem Staat“, „Kampf der Atommafia“, „Radikal gegen Staat und Kapital“, „Den Stein in der Hand, die Faust geballt — gegen die Schweine hilft nur Gewalt“ zum Widerstand aufgerufen. In ihren Erklärungen machten sie deutlich, daß es ihnen nicht darum gehe, irgendwelche Bäume zu retten, sondern konkrete Ansatzpunkte zu finden zum „Kampf gegen das kapitalistische System in seiner Gesamtheit“. Die Konfrontation mit der Polizei wurde intensiv geplant und vorbereitet. Zahlreiche, z.T. vorher versteckte Messer, Katapulte, Stahlkugeln, Radmuttern u.ä. wurden sichergestellt. Neu war die Taktik, Polizeikräfte bereits weit vor dem eigentlichen Demonstrationsziel anzugreifen. Am Kernkraftwerk Brokdorf und auf den Anfahrtswegen kam es zu erheblichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Dabei wurden auch 31 Personen aus Niedersachsen vorläufig festgenommen.

Ein vergleichbares Ausmaß an Gewalt wie bei den Geschehnissen vom 7. Juni war bei Antikernkraft-Demonstrationen in Norddeutschland letztmalig im September 1982 („Tanz auf dem Vulkan“ in Gorleben) zu verzeichnen. Die Zahl von über 1.000 Gewalttättern war überraschend hoch, denn gleichzeitig demonstrierten militante Gruppen in Wackersdorf und beim FAP-Parteitag in Stuttgart. Ähnlich gewaltsame Aktionen schlossen sich am 8. Juni in Hamburg und am 10. Juni in Berlin an.

Großdemonstration der Antikernkraft-Bewegung in Hanau

Auf die Großdemonstration der „Friedensbewegung“ am 11. Oktober in Hasselbach/Hunsrück folgte eine weitere am 8. November in Hanau.

Protestobjekte waren vor allem die Brennelementefabriken RBU Nukem und Alkem. Diese Demonstration sollte ein Prüfstein sein für die Möglichkeiten eines gemeinsamen politischen Handelns von „Friedensbewegung“, „Anti-AKW-Bewegung“ und „3.-Welt-Solidaritätsbewegung“. Unter der Losung, daß es keine friedliche Nutzung der Kernenergie geben könne und werde, sollten sich alle drei Bewegungen zu einer „machtvollen Großdemonstration“ vereinigen und „mit fantasievollen und entschlossenen Aktionen einen anhaltenden Druck der Straße ... schaffen, der allein das Atomprogramm kippen kann“.

Hierzu lag ein Aufruf vor, der eine eindeutige Stellungnahme zur Gewaltfrage vermied, um einer Spaltung der Bewegung vorzubeugen. Ähnlich äußerte sich auch der „Arbeiterkampf“, Zentralorgan des KB:

„Nicht in der Aktionsform, sondern in den Inhalten soll für dieses Mal Radikalität und Durchschlagskraft der Demo liegen. Weder mit den Polizeikräften, noch am frisch umzäunten Gelände sollen irgendwelche militanten Auseinandersetzungen gesucht werden.“

Absagen an aktionistische Gewaltformen sind in dieser Form ungewöhnlich und dadurch zu erklären, daß man die Bündnisfähigkeit des radikalen Teils der Antikernkraft-Bewegung prüfen und Spaltungsversuche von außen sowie

Meinungsverschiedenheiten in der Gewaltfrage entgegenwirken sollte.

Im Gegensatz zur Großdemonstration in Hasselbach fehlten direkte Mobilisierungsaufrufe aus dem DKP-orientierten Spektrum zur Teilnahme an der Hanauer Demonstration.

In Niedersachsen riefen in verschiedenen Städten Gruppen des dogmatischen und undogmatischen Linksextremismus zur Teilnahme an der Demonstration auf. Im „Trägerkreis“ für die Veranstaltung arbeiteten neben Vertretern örtlicher, regionaler, landes- und bundesweiter Zusammenschlüsse der „Anti-AKW-Bewegung“ auch Mitglieder der „Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen“ (BUF), des KB und verschiedener Gruppen des undogmatischen Linksextremismus zusammen. Die Unterzeichner des Aufrufs gehörten zu 50 % linksextremistischen und von ihnen beeinflussten Organisationen an. Militante „Autonome“ in Nordrhein-Westfalen und Hessen hatten ihre Anhängerschaft wenige Tage vor der Demonstration mit Flugblättern mobilisiert.

An der Demonstration am 8. November beteiligten sich dann etwa 12.000 Personen, darunter mehr als 2.000 Militante. Die Teilnehmer zogen von der Hanauer Innenstadt zu einer Kundgebung vor das Gelände der Brennelementfabriken in einem Vorort der Stadt. Dabei warfen „Militante“ Scheiben an mehreren Bürogebäuden ein; auf das Gelände einer Kaserne flogen Steine und Brandflaschen.

Nach der Kundgebung zerstörten etwa 200 Militante in der Hanauer Innenstadt Schaufensterscheiben, beschädigten Fahrzeuge und plünderten ein Geschäft. Zwei Polizeibeamte wurden leicht verletzt. Die Polizei stellte mehr

als 100 waffenähnliche Gegenstände sicher, nahm 15 Personen fest und erstattete 35 Strafanzeigen. Der Schaden belief sich auf mehrere Hunderttausend DM.

Sonstige Aktionen

„Antifaschistische Aktionen“ gegen Rechtsextremisten

„Antifaschistische Aktionen“ des linksextremistischen Spektrums in Niedersachsen richteten sich nicht ausschließlich gegen rechtsextremistische Organisationen und deren Mitglieder, sondern auch gegen eher konservativ eingestellte Gruppen, wie Burschen-



schaften, Landsmannschaften, Kameradschaftsverbände, und gesellschaftliche Randgruppen.

Wegen der niedersächsischen Landtags- und Kommunalwahlen konzentrierten die „Antifaschisten“ ihr Interesse überwiegend auf die FAP:

- In Bad Bevensen fand am 8. Februar aus Anlaß des geplanten FAP-Landesparteitages eine Gegendemonstration statt, an der bis zu 700 Personen teilnahmen. Die Demonstranten kamen aus dem gesamten norddeutschen Raum. Zu gewalttätigen Ausschreitungen kam es nicht.
- Am 8. März demonstrierten in Hameln etwa 700 Personen gegen das FAP-Bundestreffen. Unter ihnen befanden sich ca. 300 „Autonome“ und Punks. Im Verlaufe der Demonstration kam es zu Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen.
- In Hannover protestierten am 27. September bis zu 200 Personen gegen

die Teilnahme der FAP an den Kommunalwahlen. Ein weiterer Anlaß für diese Demonstration war ein Flugblatt der FAP, auf dem Bilder von politischen Gegnern abgedruckt waren.

- Am Volkstrauertag (16. November) demonstrierten ca. 600 Personen aus dem gesamten norddeutschen Raum am Soldatenfriedhof in Essel gegen den angeblich in der Bundesrepublik verbreiteten Faschismus. Zu der Kundgebung hatten Gruppierungen der orthodoxen und der extremistischen „Neuen Linken“ aufgerufen. Es kam zu Ausschreitungen durch etwa 100 Militante, in deren Verlauf drei Polizeibeamte zum Teil erheblich verletzt wurden. Eine große Anzahl von Waffen und waffenähnlichen Gegenständen wurde sichergestellt.

Kritische Positionen gegenüber dem ungehinderten Zustrom von Ausländern und Asylanten wurden von den „Antifa-

...azis erst heute ... gemas
demokratischen Anschein gegeben.
Wir müssen also besonders wachsam sein und daher er
recht den Nazis auf den Straßen keinen Fußbreit lassen.
Deshalb auch in diesem Jahr: **Auf nach Essel!**

**Keinen Fußbreit den Nazis!
Kampf dem Rassismus und der
Ausländerfeindlichkeit!
Für Arbeiterdemokratie und in
ternationalen Sozialismus!**

Demonstration
gegen die SS-Heldenfeier am
So, 16.11., 12 Uhr, Hademstorf
Gasthof „Zum Herzog“

schisten“ pauschal als faschistisch, die von der Regierung aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten als Beweis für den in der Bundesrepublik Deutschland angeblich vorhandenen „Staatsfaschismus“ gewertet.

Die „antifaschistische Bewegung“ stellt sich widersprüchlich und strategielos dar. „Antifaschisten“, die sich als unabhängig autonom bezeichnen, vertreten eine andere Position zum Staat und der Bedeutung „faschistischer“ Gruppen als VVN/BdA, die „Volksfront“ und die GIM (VSP). Daraus folgen unterschiedliche Vorstellungen über Aktionsformen. Die „unabhängigen Antifaschisten“ befürworten zum Teil Aktionen, die Gewalthandlungen gegen Personen und Sachen einschließen. Die Vertreter der anderen Gruppen lehnen Gewalt ab und bemühen sich um mehr Vermittelbarkeit. Sie beschränken sich auf Flugblätter, Publikationen und Kundgebungen, in denen sie ihre Standpunkte zu „faschistischen“ Geschehnissen darlegen.

Die unterschiedliche Vorgehensweise führte jedoch nicht zu einem getrennten Auftreten bei entsprechenden Reizthemen, wie z.B. der Teilnahme der FAP an den Kommunalwahlen. Bei solchen Themen fanden sich alle Gruppen, auch die des orthodox-kommunistischen Bereichs, in Aktionsbündnissen zusammen, denen jedoch oft mangelnde Aktionsbereitschaft vorgeworfen wird.

Aktionen gegen die US-Intervention in Libyen

Als Reaktion auf den Luftangriff der USA auf Libyen am 15. April fanden im gesamten Bundesgebiet in mehr als 100 Städten Protestkundgebungen mit zu-

sammen etwa 100.000 Teilnehmern statt.

In Niedersachsen gab es bis zum 20. April in 29 Städten insgesamt 34 Demonstrationen, die mehrheitlich friedlich verliefen. Maßgeblicher Initiator war das DKP-Umfeld. In Hannover, Göttingen und Garlstedt kam es zu größeren Sachbeschädigungen. Bei einer Protestaktion vor der amerikanischen Kaserne in Garlstedt am 19. April mit ca. 1.100 Teilnehmern wurden 14 Polizeibeamte durch Steinwürfe und Stahlkugeln verletzt.

In den Universitätsstädten beteiligten sich insbesondere die Allgemeinen Studentenausschüsse sowie Hochschulgruppen und Gruppen der extremistisch-dogmatischen „Neuen Linken“ an Demonstrationen. Die vom DKP-Spektrum angemeldeten Demonstrationen nahmen einen friedlichen Verlauf. Bei Kundgebungen anderer Gruppen kam es durch das militante Auftreten von „Autonomen“ zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. In Hannover errichteten am 16. April etwa 40 verummumte Personen auf einer Schnellstraße eine Sperre aus brennenden Autoreifen und Ästen.

In ihren Zentralorganen nahmen die linksextremistischen Gruppierungen die US-Intervention in Libyen zum willkommenen Anlaß, gegen die USA zu polemisieren und gleichzeitig alte Forderungen zu wiederholen. So stellte die DKP in der UZ eine Verbindung zu ihrer Anti-SDI-Kampagne her und forderte: „Jetzt erst recht: Hände weg von SDI!“; die KPD griff in ihrem Zentralorgan „Roter Morgen“ unter der Überschrift „Bonn mordet mit!“ ihre alte Anti-NATO-Forderung wieder auf und verlangte u.a. „Raus aus der NATO!“

Sturm durch die Innenstadt

Kommentar

am samstag den 22.11.86 fand abends in göttingen eine militante demonstration statt, bei der erheblicher sachschaden in der konsumzone entstanden ist. das war ein ausdruck entschlossener praktischer solidarität mit allen denjenigen, die gerade in den letzten wochen der verschärften staatlichen repressio n ausgesetzt sind.

- die räumung und zerstörung des heusnerviertels in bochum
- die mehrmaligen räumungen, durchsuchungen und mutwilligen zerstörungen in der hafenstr. hamburg
- die räumung eines besetzten hauses in köln, in dem auch ein infoladen war
- die durchsuchung mit spezialeinheiten und mehreren hundertschaften in der kiefernstr. dusseldorf
- kündigung von verträgen ehemals besetzter häuser in duisburg und westberlin
- die gewaltsame auflösung einer veranstaltung zu politischen gefangenen durch die polizei
- die beiden harten urteile gegen jugendliche in wackersdorf, die den gesamten widerstand gegen die waa einschüchtern sollen
- die massenhaften durchsuchungen in westberlin und dem gesamten bundesgebiet wegen des beschlagnahmebeschlusses der bundesanwaltschaft gegen die zeitschriften radikal und blättele
- die vorbereitung der neuen sogenannten antiterrorgesetzes

all diese massiven angriffe des staates richten sich gegen die sich entwickelnden strukturen des antiimperialistischen und sozialen widerstands in seiner gesamten vielfältigkeit. die demonstration vom samstag war nur ein ausdruck von vielen möglichen widerstandsformen. sie hatte ihren sinn auch darin, der massiven staatsschutzpräsenz in göttingen etwas entgegenzusetzen, die ein selbstständiges handeln der radikalen linken lange zeit hemmte. auch deshalb gab es eine breite beteiligung an der demo, und eine solidarische unterstützung der studentinnen und studenten auf dem campusfest.

zu keiner zeit waren unbeteiligte oder passanten gefährdet oder gar bedroht worden, dies sind zwecklügen der staatlich kontrollierten presse, egal ob göttinger tagesblatt oder taz. es sollte allen klar sein: aktionen der militanten linken richten sich nie gegen unbeteiligte, wenn sich aber passanten an den schaufensterauslagen selber bedienen, ist das ein erwünschter nebeneffekt.

avanti militanti

831 Anschläge - und es macht immer noch Spaß

Gewalttätige Ausschreitungen in Göttingen

Im Jahre 1986 war die Stadt Göttingen regionaler Schwerpunkt gewalttätiger Ausschreitungen in Niedersachsen. Die Urheber sind unter Anhängern des undogmatischen Linksextremismus zu suchen. Bombendrohungen, Sachbeschädigungen und Brandanschläge mit Schäden in Millionenhöhe kennzeichneten die Eskalation der Gewalt.

Zu schweren Auseinandersetzungen kam es u.a. am 3. April in der Göttinger Innenstadt. 200 Personen, zum größten Teil Anhänger des undogmatischen Linksextremismus, griffen Polizeikräfte tötlich an und verübten Sachbeschädigungen in Höhe von 150.000 DM. Anlaß für die Ausschreitungen war eine geplante, dann aber abgesagte Veranstaltung des „Ringes Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS) mit einem Referenten des Niedersächsischen Innenministeriums.

In der ersten Maiwoche kam es zu weiteren Ausschreitungen mit Sachbeschädigungen in Höhe von 50.000 DM.

Allein im Juni wurden in Göttingen 13 Brandanschläge registriert, die einen Gesamtschaden von ca. 3 Mio. DM verursachten. Die Mehrzahl dieser Anschläge richtete sich gegen Firmen und Einrichtungen, die mit der Kernenergiewirtschaft in Beziehung stehen. Hierzu gehörte auch der Anschlag auf einen Eisenbahntunnel im Landkreis Göttingen am 8. Juni, bei dem ein Schaden von über 1 Mio. DM entstand. „Revolutionäre Pyrotechniker“ bezichtigten sich dieser Tat. Ihr Ziel war es, „Staat und Kapital anzugreifen“.

Ein Höhepunkt wurde am Abend des 22. November erreicht, als ca. 100 ver-

mummte, mit Holzknüppeln und Steinen bewaffnete Personen in der Innenstadt überfallartig Sachschäden in Höhe von 150.000 DM anrichteten. Nachdem die Polizeibeamten mit einer bisher nicht gekannten Brutalität und Militanz angegriffen worden waren, konnten die Gewalttäter auf den Campus der Universität flüchten und sich unter die Besucher der traditionellen „Campusfete“ mischen. In einem Selbstbeichtigungsschreiben übernahm eine Gruppe „Avanti Militanti“ die Verantwortung für die Aktionen.

Vorbereitung eines Volkszählungs- boykotts

Seit Ende 1986 planen linksextremistische Gruppen Protestaktionen gegen die Volkszählung 1987. Die DKP mobilisierte ihre Neben- und beeinflusste Organisationen, wie MSB, SDAJ, VVN/BdA und DFU, und versuchte, in den entstandenen Volkszählungsboykott-Initiativen Einfluß zu gewinnen. Auch Gruppierungen der extremistischen „Neuen Linken“ (KB, BWK, MLPD, VSP) riefen zum Protest auf. Dabei sah das orthodox-kommunistische Spektrum die zumeist aus mangelnder Kenntnis resultierende Sorge von Bürgern vor Datenmißbrauch als ideales Forum für eigene bündnispolitische Aktivitäten.

Für die genannten Gruppen kommen zwei mögliche Formen des Protests in Betracht: der „weiche“ Boykott, wobei u.a. falsche Angaben gemacht und Fragebögen beschädigt werden sollten, sowie der „harte“ Boykott, bei dem die Fragebögen nicht ausgefüllt werden sollten.

GEWALT UND TERROR MIT LINKSEXTREMISTISCHEM HINTERGRUND

„Rote-Armee-Fraktion“ (RAF)

Entwicklung der RAF seit 1982

Die Fahndungserfolge der Sicherheitsbehörden mündeten Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre in die Festnahme des harten Kerns der sogenannten zweiten Terroristengeneration. Dies führte zu einer massiven Verunsicherung, zu einer personellen und logistischen Schwächung der terroristischen Kreise.



1982 schien sich ein neues Selbstbewußtsein herauszubilden, ausgedrückt in dem Grundsatzpapier „Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front“. Ziel war, die neu entstandene „Autonomen-Bewegung“ in das Konzept der RAF einzubinden. Daraufhin organisierten RAF-Anhänger „Städtetreffen“ mit „Autonomen“. Diese sollten ihre formale Selbständigkeit behalten, sich jedoch eingliedern lassen in eine „antiimperialistische Front“ mit arbeitsteiligen Anschlüssen. Seit dem Herbst 1982 liefen diese Diskussionsprozesse im Sinne der RAF erfolgreich, bis es im Herbst 1985 zu einem Einbruch kam. Der Mord an dem amerikanischen Soldaten PIMENTAL im August 1985, dessen Identitätskarte die RAF für den Anschlag auf die Rhein-Main-Airbase der amerikanischen Streitkräfte benötigte, wurde in „Autonomen“-Kreisen nicht gebilligt. Offen ausgetragen wurde diese Diskussion auf dem „Antiimperialistischen Kongreß“ in Frankfurt vom 31. Januar bis 4. Februar 1986, der nach großen Vorbereitungsschwierigkeiten und trotz eines Verbots der Stadt schließlich doch stattfand: Das Verwaltungsgericht hatte das Verbot aufgehoben. Im Ergebnis führte der Kongreß nicht zu der angestrebten engen Einbindung der „Autonomen“ in die Planungen der RAF. Auf der anderen Seite vermittelte gerade dieser Kongreß, der ganz offen und ausdrücklich der Erörterung von Gewaltstrategien diente, allen Teilnehmern ein neues Zusammengehörigkeitsgefühl und ein noch nicht gekanntes Bewußtsein autonomer Stär-

Gewehr



gegen Gewehr

die revolutionäre front in westeuropa organisieren !
kommando mara cagol
rote armee fraktion

ke. Polizei und Verfassungsschutz mußten zusehen, wie über das „Wie“ von Gewalt und Terror diskutiert und beraten wurde. Das „Ob“ brauchte gar nicht diskutiert zu werden. Der Rechtsstaat erlitt hier eine schwere Niederlage.

Die „Offensive 86“

Nach einer fast einjährigen Phase der Inaktivität, nicht zuletzt bedingt durch die kontroverse Diskussion im terroristischen Umfeld über die Ermordung des Soldaten PIMENTAL, ermordete die RAF am 9. Juli das Siemens-Vorstandsmitglied Prof. BECKURTS und dessen Fahrer Eckard GROPLER. Dieses Sprengstoffattentat stieß im terroristischen Umfeld und in „Autonomen“-Kreisen auf Beifall.

Die Kommandobezeichnung „Mara Cagol“ — der Name einer Terroristin der italienischen „Roten Brigaden“ — unter dem Selbstbezeichnungsschreiben ist kein Beleg für eine Zusammenarbeit zwischen RAF und „Roten Brigaden“, signalisiert jedoch die Bereitschaft der RAF zu internationaler Kooperation.

Die „Offensive 86“ wurde von den „Militanten der RAF“ fortgesetzt mit sechs Sprengstoffanschlägen:

- am 24. Juli auf das Fraunhofer-Institut für Lasertechnik in Aachen,
- am 25. Juli auf die Firma Dornier in Immenstaad/Bodensee,
- am 11. August auf eine Sendeanlage des Bundesgrenzschutzes in Swisttal-Heimerzheim,
- am 13. August auf die Firma Westinghouse-Fanal in Wuppertal,
- am 8. September auf das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln und
- am 15. September auf die Firma Panavia in München.

Ab Mitte 1984 fühlte sich die RAF in der Lage, eine neue Offensive einzuleiten. Die Logistik war bereitgestellt durch den Banküberfall im März 1984 in Würzburg und den Überfall auf ein Wafengeschäft in Maxdorf bei Ludwigsburg im November 1984. Der 9. Hungerstreik der Inhaftierten im Dezember 1984 und Januar 1985 sollte die Offensive einleiten und das terroristische Umfeld mobilisieren. Dieser Hungerstreik wurde durch 39 Anschläge begleitet, wobei sich eine neue Aktionsebene der RAF herauskristallisierte, die „Militanten der RAF“. Die RAF agiert seitdem auf vier Ebenen.

Nach dem Hungerstreik setzte die RAF ihre Offensive fort: Der MTU-Chef Dr. Zimmermann wurde am 01.02.1985

RAF-Kommando Ingrid Schubert zum Attentat auf Braunmühl

DIE IMPERIALISTISCHE STAATENKETTE WIRD IN IHREM VERSUCH, DEN REVOLUTIONÄREN PROZESS ZU BLOCKIEREN UND IHRE HEGEMONIE AUF NEUER STUFE GEWALTSAM WIEDERHERZUSTELLEN, NICHT DURCHKOMMEN.

heute haben wir mit dem kommando ingrid schubert den geheimdiplomaten braunmühl, politischer direktor im außenministerium und eine der zentralen figuren in der formierung westeuropäischer politik im imperialistischen gesamtssystem, erschossen.

unser angriff zielt auf den aggressiven brd-staatsapparat in seiner funktion als kernstaat der politischen formierung westeuropas in der imperialistischen kriegsstrategie.

braunmühl traf sich zur permanenten lagebesprechung und politischen abstimmung mit französischen regierungsvertretern im rahmen der jetz-

durch westeuropäische politische, ökonomische und militärische initiativen in koordinierung mit den usa will die bourgeoisie jetzt die sozialen explosionen, die weitere eskalation der kämpfe in allen kontinenten verhindern und die politische entwicklung, in der die us-hegemonie immer mehr zerbricht, als gesamtssystem aufzufangen.

DIE NACH VORN GESCHOBENE WESTEUROPÄISCHE LINIE IN DER POLITIK DES GESAMTSYSTEMS UND DER EINSATZ DER ÖKONOMISCHEN MITTEL DER WESTEUROPÄISCHEN STAATEN UND KONZERNE SOLL DEN REVOLUTIONÄREN PROZESS BLOCKIEREN UND WEITERE EINBRÜCHE IHRER MACHT VERHINDERN; BIS SIE DIE FÄHIGKEIT ZUR GLOBALEN MILITÄRISCHEN OFFENSIVE HABEN.

die pentagon- und nato-strategen

ermordet. Fast zur gleichen Zeit verübte die französische Terrororganisation „Action Directe“ einen Anschlag auf den General AUDRAN. Beiden Attentaten folgten gleichlautende Selbstbezeichnungen, die erkennen ließen, daß es nähere Kontakte zwischen RAF und AD gibt. Es folgte im August 1985 der Anschlag auf die amerikanische Rhein-Main-Airbase in Frankfurt, bei dem drei Menschen getötet wurden.

Der zweite Mordanschlag des Kommandobereichs im Jahre 1986 wurde am 10. Oktober verübt. Der Ministerialdirektor Dr. von BRAUNMÜHL aus dem Auswärtigen Amt wurde vor seinem Haus in Bonn erschossen. Mit diesem Anschlag hat die RAF ihren bisherigen Weg verlassen, nur Repräsentanten und sogenannte Symbolfiguren dieser Gesellschaft zu töten. Sie hat erstmalig ein Opfer aus der „zweiten Reihe“ gewählt. Bis dahin wurden zweit- und dritrangige Funktionsträger nur „notwendigerwei-

se“ getötet, wie z.B. Fahrer und Angehörige des Begleitschutzes von Zielpersonen.

Die RAF hat hiermit auch erstmals den „politischen Bereich“ angegriffen. Bisherige Ziele waren der „militärisch-industrielle Komplex“ (MIK) und der „Repressionsapparat“ in der Bundesrepublik. Sie versuchte offenbar, mit diesem Mord die politische Zusammenarbeit in Westeuropa und den westlichen Nationen zu stören.

Daß zwischen den Aktivitäten des Kommandobereichs und der „Militanten“ der RAF eine gewisse Koordination besteht, zeigte sich bei der Festnahme der mutmaßlichen Terroristin Eva-Sybille HAULE-FRIMPONG und ihrer Begleiter Christian KLUTH und Luitgard HORNSTEIN am 2. August in Rüsselsheim. Beide werden dem engeren RAF-Umfeld zugerechnet. Die bei der Festnahme gefundene Skizze deutet darauf hin, daß ein Anschlag auf das Bun-

desministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geplant war.

Struktur der RAF

Im Unterschied zu den Terroristen der ersten und zweiten Generation der siebziger Jahre, die zwar einen großen Sympathisantenkreis hatten, jedoch relativ isoliert im Untergrund lebten und ihre Aktionen weitgehend allein planten, vorbereiteten und durchführten, können die heutigen Terroristen auf ein größeres Unterstützerfeld rechnen. Die Abfolge der Anschläge und die Auswahl der Anschlagobjekte zeigen ein arbeitsteiliges Verfahren. Es sind zwei verschiedene Anschlagstrategien zu beobachten, die sich gegenseitig bedingen und stützen sollen: Die brutaler werdenden Attentate des Kommandos werden begleitet von Sprengstoff- und Brandanschlägen der „Militanten“. Dieses System hat die Destabilisierung unserer Gesellschaft zum Ziel, indem versucht wird, durch die hohe Zahl der Anschläge über das Bundesgebiet verteilt die Abwehrkräfte des Staates aufzusplittern und sie an verschiedenen Orten zu binden, um dann an unerwarteter Stelle wieder zuzuschlagen.

Auf vier verschiedene Ebenen verfolgt die RAF ihre Ziele:

- Der Kommandobereich, die „militärische Ebene“ (ca. 20 Personen), gebildet durch den harten Kern der im Untergrund lebenden Terroristen, plant die Anschläge auf Personen und führt sie durch.
- Die „Militanten der RAF“ stellen die zweite, teilweise in der Legalität lebende, „kämpfende Ebene“ der RAF dar. Sie begleiten die brutalen Attentate der „militärischen Ebene“ mit

Brand- und Sprengstoffanschlägen auf Gebäude und Einrichtungen des Staates und des privaten Bereiches. Sie sind Angehörige des „engeren“ RAF-Umfeldes, das rund 200 Personen umfaßt, und besorgen darüber hinaus die Anschlaglogistik des Kommandos, beteiligen sich an der Ausspähung von Anschlagobjekten, übernehmen Kurierdienste und versuchen Kontakte zu ausländischen Terrororganisationen herzustellen. Nicht zuletzt bilden sie das Rekrutierungspotential für den Kommandobereich.

- Das weitere terroristische Umfeld, dem etwa 2.000 Personen zuzurechnen sind, betreibt Sympathiewerbung für die Ziele der RAF und betreut inhaftierte Terroristen. Es organisiert Veranstaltungen zu entsprechenden Themen und begleitet Hungerstreiks mit öffentlichkeitswirksamen Propagandaaktionen (Schmier- und Sprühaktionen). Personen dieses Bereichs bemühen sich um Sympathie der „Autonomen“.
- Die inhaftierten Terroristen arbeiten die Aktionen theoretisch auf und entwickeln ideologische Konzepte des „Guerillakampfes“. Durch diese Impulse mobilisieren sie aus den Zellen heraus die terroristischen Kreise. Vor allem aber sind sie „Sympathie-Objekte“ für naiv-idealistische Jugendliche und erfüllen insoweit eine wichtige Funktion bei der Nachwuchswerbung.

Die heutigen Terroristen hinterlassen weniger Spuren als die der 70er Jahre. Sie mieten nicht mehr selbst konspirative Wohnungen an, sondern übernehmen sie von Unterstützern, wie die Entdeckung einer konspirativen Wohnung in Offenbach im Juli 1985 gezeigt hat.

Diese Unterstützung der durch ein bürgerliches Dasein getarnten zahlreichen Helfer und Helfershelfer erschwert die Suche nach den Terroristen und macht sie dadurch gefährlicher.

RAF-Aktivitäten in Niedersachsen

Terroristische Anschläge der RAF konnten auch 1986 in Niedersachsen nicht festgestellt werden. Allerdings leben hier ca. 25 Personen des terroristischen Umfeldes, die u.a. RAF-Häftlinge betreuen und die Infrastruktur der RAF mit aufbauen.

„Revolutionäre Zellen“ (RZ)

Unterschiede zur RAF

Entgegen dem internationalistischen Anspruch der RAF wollen die RZ und ihre Frauengruppe „Rote Zora“ zur „Rückgewinnung eines konkreten Antiimperialismus in der BRD“ beitragen. Sie sehen sich zwar auch „im Krieg mit den Herrschenden“; nach eigenem Bekunden sind sie aber „Sozialrevolutionäre, keine Soldaten, wollen es auch nie sein“. Entsprechend diesem Selbstverständnis als sozialrevolutionäre Bewegung wollen die RZ die Rückkoppelung zu den „Massen“. Deshalb knüpften ihre auch 1986 durchgeführten Aktionen an konkrete gesellschaftliche Konflikte an. Die RZ bemühen sich in Selbstbeziehungsschreiben, ihre Aktionen zu begründen und der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Anlässe und Ziele von RZ-Anschlägen

Anders als die RAF richteten die RZ bei ihren ca. 200 Anschlägen vornehmlich Sachschaden an. Sie orientierten sich bei ihrer Zielauswahl an aktuellen tagespolitischen Geschehnissen und Entwicklungen, in erster Linie an der

- Ausländer und Asylantenfrage sowie der
- Bio- und Genforschungsproblematik.

Nach Ansicht der RZ soll mit der Diskussion um die Verschärfung des Asylrechts die „Abschottung der Grenzen zur Aufrechterhaltung der inneren Stabilität“ sowie „eine Arbeitsmarktregulation und eine soziale Kontrolle“ erreicht werden. Der dagegen gerichtete Beitrag der RZ sei der Angriff auf die polizeiliche und behördliche Kontrolle. In der Zeitschrift „Revolutionärer Zorn — Extra“ vom Oktober 1986, dem Sprachrohr der RZ, werden einige Anschläge mit dieser Zielrichtung folgendermaßen begründet:

- 17. August gegen ein Gebäude der Hamburger Polizei (Spezialdienststelle für Verstöße gegen das Ausländerrecht), weil sie „Razzien und Ermittlungen gegen Illegale durchführen und Abschiebungen vorbereiten“,
- 31. August gegen das Bundesverwaltungsamt — Ausländerzentralregister — in Köln, in dem „die Daten sämtlicher in der BRD erfaßter Ausländer bearbeitet werden“,



SUBVERSION

Nr 13/14

Ergebnisse und Perspektiven
für die moderne revolutionäre Bewegung

5 DM



ommt nicht darauf an, festzustellen, daß die Leute mehr oder weniger ärmlich leben - sondern immer auf eine Art und Weise, die ihnen entgeht.

31. August versuchter Anschlag gegen das OVG Lüneburg, das „sich dabei hervorgetan hat, die administrativen Maßnahmen der Flüchtlingsschikanierung durch Urteile ideologisch zu untermauern“,
- 4./5. September gegen das DRK in Berlin (Anschläge auf Privatfahrzeug und Garage zweier Bediensteter) weil „es dem Senat das schmutzige Geschäft der Lagerhaltung von Flüchtlingen abnimmt und hinter dessen Renommee als internationale Hilfsorganisation sich eindeutige Parteinahme für die imperialistische Flüchtlingspolitik verbirgt“,
25. September gegen die Ausländerbehörden der Städte Hagen und Hamm, weil sie „Orte alltäglicher Schikanen“ seien.

Die RZ haben es zwar bisher abgelehnt, Menschen zu töten. Die Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers KARRY 1981 wurde von den RZ als „Versehen“ dargestellt. In den Selbstbeichtigungen zu den Anschlägen auf das Ausländerzentralregister in Köln und das Deutsche Rote Kreuz in Berlin brachten sie zum Ausdruck, daß die Anschläge so kalkuliert seien, daß kein Menschenleben gefährdet werden sollte. Der Anschlag auf den Leiter der Ausländerbehörde in Berlin HOLLENBERG am 28. Oktober zeigte jedoch, daß sie

auch bereit sind, „Bestrafungsaktionen“ mit Körperverletzungen durchzuführen, bei denen auch Menschenleben bedroht sein können. Der gegen HOLLENBERG gerichtete Anschlag läßt zwar vermuten, daß keine Tötungsabsicht bestand, bestätigt aber die Brutalität und Skrupellosigkeit der Täter.

Die Gentechnologie ist nach Ansicht der Frauengruppe „Rote Zora“ der Versuch des Kapitals, Profit und Herrschaft zu sichern. Zwei von der „Roten Zora“ verübte Brand- und Sprengstoffanschläge zeigen die Aktionsfelder dieser Gruppe:

- am 5. August auf das „Humangenetische Institut“ der Universität Münster und
- am 20. September auf das Gebäude der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH (GBF) in Braunschweig.

Die angegriffenen Institutionen wurden als Einrichtungen dargestellt, die helfen würden, „die partriarchalische Klassenherrschaft erneut zu festigen“.

RZ-Aktivitäten in Niedersachsen

In der Nacht zum 31. August brachten unbekannte Täter am Gebäude des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg eine zündfähige Sprengvorrichtung mit hoher Sprengkraft an. Der Sprengsatz wurde zufällig rechtzeitig entdeckt und von Mitarbeitern der Polizei entschärft. In einem Selbstbeichtigungsschreiben der RZ an die dpa in Hamburg wurde der Anschlag u. a. mit der Spruchpraxis des „Horrosenats“ begründet, „der bis heute noch jeden Asylantrag mit Erfolg und gleichgültig gegen jeden Inhalt abgeschmettert“ habe.

Bei den Anschlägen auf das OVG Lüneburg und das Gebäude der GBF in Braunschweig kann nicht ausgeschlossen werden, daß diese beiden Anschläge von „reisenden“ Tätern verübt wurden.

Terroristisch operierende Kleingruppen

Anschläge gegen Einrichtungen der Energieversorgung

Seit dem Kernkraftwerksunfall in Tschernobyl im April 1986 stieg die Zahl der Aktionen gegen Anlagen und Einrichtungen der Energieversorgungsunternehmen. Die Anschläge richteten sich besonders häufig gegen Hochspannungsmasten in der Nähe von Kernkraftwerken.

Bei den Tätern handelte es sich um gut vorbereitete und getarnte Kleingruppen militanter, anarchistisch orientierter Kernkraftgegner ohne festen ideologischen Hintergrund, deren Zielsetzung die „Abschaffung der Kernenergie mit allen Mitteln und die Beseitigung des Staates“ ist.

Der militante Flügel der Kernkraftgegner ist von den „nutzlosen Schlachten am Bauzaun mit den Bullen“ dazu übergegangen, „die Infrastruktur der AKWs in Form von Anschlägen und anderen Sachbeschädigungen“ anzugreifen. Den Tätern geht es darum, mit minimalen Mitteln die politischen und materiellen Kosten in die Höhe zu treiben. Zugleich beabsichtigen sie, die Energieversorgungsunternehmen als „Repräsentanten

des Großkapitals“ der Bundesrepublik Deutschland herauszustellen und „als Zeichen des imperialistischen Systems“ anzugreifen, d.h. als Symbol des „Systems“, dessen Beseitigung letztlich gefordert wird.

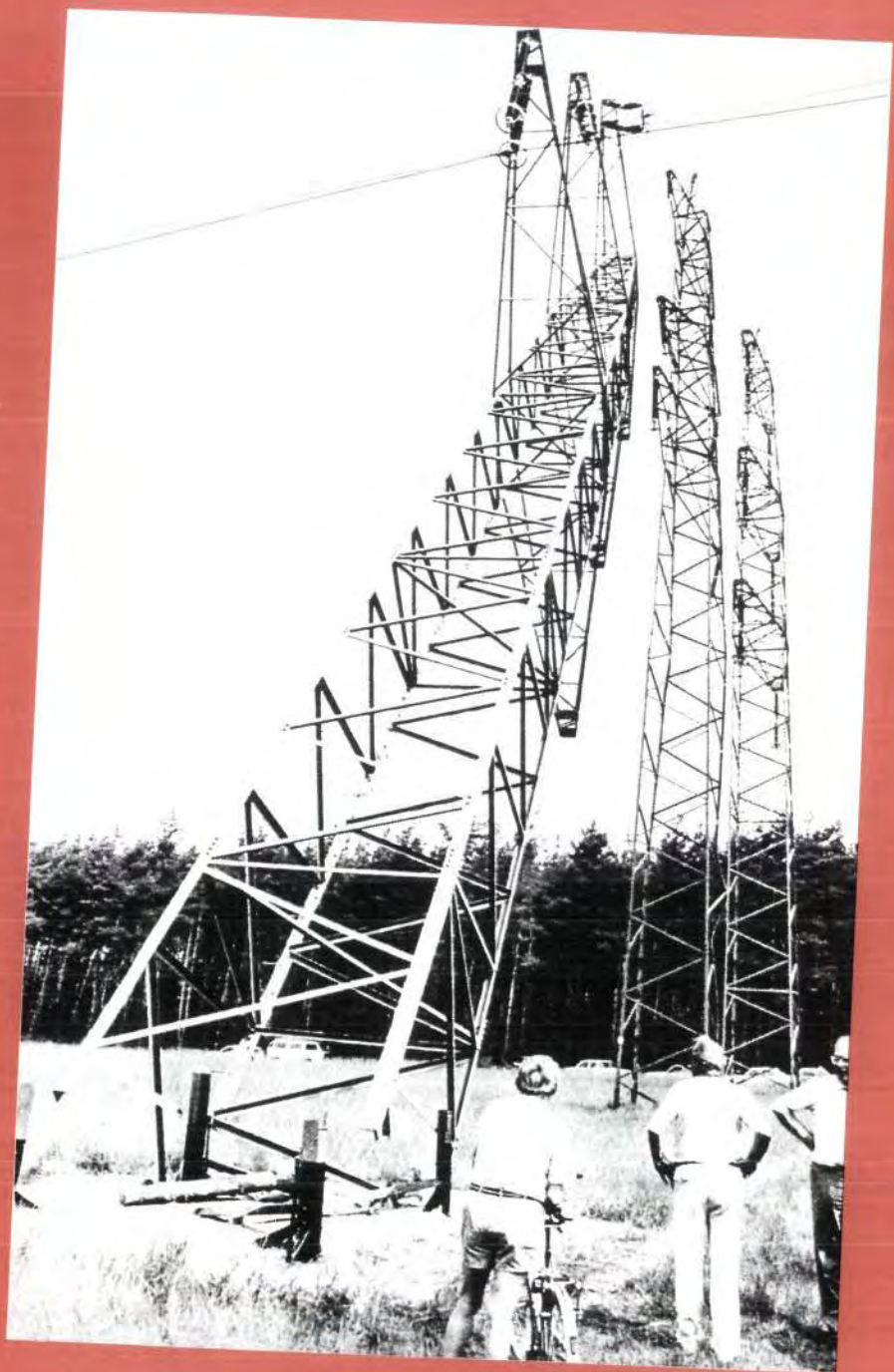
Aus einem Selbstbeziehungsschreiben zu einem Anschlag auf zwei Hochspannungsmasten in Göttingen-Diemarden am 21. Juni:

... Die Notwendigkeit, das Atomprogramm sofort und vollständig abzuschalten, ist mit Tschernobyl ein weiteres Mal deutlich geworden. Gleichzeitig versucht der Staat, mit militärischer Aufrüstung jeden Widerstand gegen das Atomprogramm unmöglich zu machen (Hamburg, Brokdorf). In dieser Situation sehen wir uns gezwungen, zu anderen Widerstandsformen zu greifen. Eine ist der Anschlag auf die beiden Strommasten. Solange das Atomprogramm nicht stillgelegt wird und die staatliche Aggression gegen den Anti-AKW-Kampf nicht beendet ist, wird es keine sicheren Installationen von Staat, Energieunternehmen und Zulieferbetrieben mehr geben. Es gibt kein ruhiges Hinterland! Gruppe GUT und BILLIG.“

Aus einem Selbstbeziehungsschreiben zu einem Anschlag auf einen Hochspannungsmast in Oldenbrok-Niederort/Ovelgönne am 25. Juni:

„Wir haben . . . einen Mast ange-sägt. Diese Aktion ist Teil unseres Kampfes gegen diesen Staat, der nur durch die Ausbeutung von Menschen und Natur existieren kann. Den Herrschenden sind Menschen und deren Lebensbedingungen scheißegal, Hauptsache sie kommen ihren Wahnvor-

Linksextremismus



stellungen näher, alles durch Technologie beherrschen zu können. Ein Ausdruck der menschenverachtenden Politik des Staates ist die herrschende Atompolitik... Heute hier und morgen dort: Wir müssen das System abschaffen, bevor es uns abschafft.“

Die Angriffe gegen Energieversorgungseinrichtungen in Niedersachsen konzentrieren sich auf die Räume Weser-Ems-Elbe (KKW Stade, Brokdorf, Krümmel, Lingen), Gorleben (geplantes Endlager) und Südniedersachsen/ Nordhessen (KKW Würgassen). Ähnlichkeiten bei Tauschführungen und Bekenntnissen lassen den Schluß zu, daß es sich jeweils um regionale Tätergruppen handeln dürfte, die aus dem Gebiet Wesermarsch, der Umgebung von Stade, aus Hamburg sowie aus dem Bereich Göttingen stammen.

Eine Täterermittlung — insbesondere im Hinblick auf Anschläge gegen Hochspannungsmasten — war 1986 erfolglos. Detaillierte Anleitungen für derartige Anschläge sind durch Flugblätter und alternative Zeitungen in der linksextremistischen Szene weit verbreitet. Die Angriffsobjekte stehen ohne jeglichen Schutz in der Landschaft und bieten daher den gut vorbereiteten Tätern Schutz vor Entdeckung am Tatort.

Aktionen gegen Bahnanlagen

Die Aktionen gegen Bahnanlagen werden im wesentlichen von militanten „Autonomen“ der „Anti-AKW-Bewegung“ und der „Militär- bzw. Munitionstransportgegner“ getragen, wobei teilweise personelle Identität besteht. Bahnanlagen werden als Angriffspunkte gewählt, sofern sie als Transportrouten für

nuklearen Abfall und militärische Güter dienen.

Die Aktionen gegen Bahnanlagen setzten sich insbesondere auch nach dem Kraftwerksunfall in Tschernobyl fort. Wie im Vorjahr waren die Bahngleise im Raum Gorleben wieder Ziel zahlreicher Anschläge. Mit einem versuchten Sprengstoffanschlag im April sollte auf das bevorstehende „Endlagerspektakel“ Anfang Mai hingewiesen werden. Außerdem wurden Schwellenschrauben gelockert, technische Einrichtungen (Signalanlagen) außer Funktion gesetzt und entwendet sowie Bäume gefällt und über die Schienen gelegt. Sachbeschädigungen gegen Unternehmen, die ihren Sitz im Wendland haben, traten hinzu.

In der Nacht zum 8. Juni wurde ein Brandanschlag auf einen Tunnel der Neubaustrecke der DB Hannover-Würzburg mit einem Sachschaden von etwa 1,5 Mio. DM verübt. Hierzu ging ein Selbstbeichtigungsschreiben einer Gruppe „Die Revolutionären Pyrotechniker“ ein. Hierin wurden Bezüge der am Bau beteiligten Firmen zu Brokdorf, Wackersdorf und zur Startbahn West herausgestellt. Die Firmen wurden als „Vertreter des Großkapitals“ der Bundesrepublik Deutschland dargestellt, die als „Zeichen des imperialistischen Systems“ angegriffen werden müßten:

„Mit der Aktion haben wir wieder eine Stelle mehr gezeigt, wo die Schweine sitzen, und daß es mit unseren Mitteln jetzt möglich ist, Staat und Kapital anzugreifen. ... Daraus ziehen wir die Kraft, weiter für das Leben hier zu kämpfen — was wir wollen — unsere Lebensbedingungen selber zu bestimmen und zu organisieren, miteinander und nicht gegeneinander, ohne jegliche Herrschaftsverhältnisse!“

In der Nacht zum 18. Juni wurden an der DB-Strecke Hannover-Hamburg im Bereich Winsen/Luhe Stromverteilerkästen in Brand gesetzt, so daß ein Kurzschluß zu vorübergehender Beeinträchtigung des Bahnverkehrs führte. In der gleichen Nacht wurden im Bereich Flensburg an der Kabelzuführung eines Gleismagnetens zwei Brandsätze entzündet. Neben den Tatorten wurde in beiden Fällen eine textidentische Bezeichnung abgelegt:

„— Brokdorf — Es kann keinen ungestörten Übergang zum schrecklich friedlichen Normalalltag mehr geben. Deshalb schlugen wir viele Male eine Schneise der Stille in das alltägliche zerstörerische Gewalt-

monopol und rückten die Begriffe der Realität (von zu-recht und zu-pseudolink) wieder nach links, dorthin, wo das Herz schlägt. DB Die Blockierer.“

Diese Äußerungen zeigen Parallelen zu den Anschlägen auf Hochspannungsmasten. Eine Identität der möglichen Tätergruppen aus dem Raum Göttingen und dem Umkreis von Hamburg kann nicht ausgeschlossen werden.

Die Aktionen gegen Bahnanlagen mit Bezügen zu Militär- und Munitionstransporten, die sich wie bisher auf den Bereich Weser-Ems konzentrierten, erfolgten fast ausschließlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1986, da sich die „Antimilitaristen“ im ersten Halbjahr überwiegend mit „Anti-AKW-Aktionen“ befaßten.



Beispiele terroristischer Gewalt in Niedersachsen (ohne RAF und RZ)

Zeit	Ort/Region	Ereignis
12. 2. 1986	Burgdorf-Lehrte	Gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr 12 Betonplatten auf die Gleise gelegt. Lok des Güterzuges beschädigt. Die Strecke wird von Munitionstransportzügen sowie Zügen aus dem Bereich Lüchow-Dannenberg befahren.
17./18. 2. 1986	Gorleben	Eingriff in den Straßenverkehr Errichten von Straßensperren aus Bäumen im Rahmen von demonstrativen Aktionen gegen das geplante atomare Endlager.
19. 3. 1986	Buchholz	Gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr Auf dem Gleiskörper im Bahnhof Buchholz wurde eine Brandvorrichtung gefunden.
9. 4. 1986	Bernsen LK Schaumburg	Anschlag auf Hochspannungsmast Unbekannte Täter schraubten aus der Gitterkonstruktion des Mastes vier Winkelprofile von je 3,80 m Länge heraus. Dadurch wurde die Standsicherheit des Mastes erheblich beeinträchtigt, so daß in bestimmten Belastungsfällen ein Umknicken nicht auszuschließen gewesen wäre.
16. 4. 1986	Hannover	Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr 40 verummte Personen errichteten auf dem Messeschnellweg Sperren aus Autoreifen und Ästen und setzten sie in Brand.

Zeit	Ort/Region	Ereignis
19. 4. 1986	Göttingen	Gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr Unbekannte Täter legten in der Nacht zum 19. 4. 1986 im Bereich des Bhf Göttingen — zwei hölzerne Einschaltstreben, — ein vier Meter langes Blechrohr und — einen Plastikkanister auf die Gleise. Ein dieses Hindernis überfahrender Zug wurde nicht beschädigt.
26. 4. 1986	DB-Strecke Uelzen— Dannenberg zwischen Hohenzethen und Sellien	Versuchter Sprengstoffanschlag Unbekannte Täter hatten einen unkonventionellen Sprengkörper unter dem Gleiskörper abgelegt, der aufgrund eines anonymen Anrufs aufgefunden wurde. Vorrichtung: 6 kg Feuerlöscher mit Selbstlaborat. Zündung: Ruhestromanlage. Wirkungsweise: Explosion erfolgt bei Durchtrennen einer Kabel- bzw. Steckverbindung. Deshalb kann nicht ausgeschlossen werden, daß Personenschäden beim Auffinden des Sprengkörpers bzw. bei dessen Delaborierung bewußt in Kauf genommen wurden. Selbstbezeichnung (Eingang bei dpa und EJZ am 30.04.1986): „... Konkreter Anlaß sind die Aktionstage im Wendland und Schacht Konrad vom 08./11.05. ... Teil des revolutionären Kampfes gegen Atomlobby und imperialistische Interessen. Die Bahnstrecke ist ein Teil ihrer Infrastruktur, wie u.a. die WAA, Panzertrasse, Startbahn West und Bombenzüge. Sie dient auch der NATO zur Unterdrückung der Menschen und zur Zerschlagung des Widerstandes weltweit, wie z.B. aktuell in Libyen. Zusammenlegung der revolutionären Gefangenen. Freiheit für G. Sonnenberg. Gegenmacht organisieren. Den BRD-Imperialismus zerschlagen.“

Zeit	Ort/Region	Ereignis
15. 5. 1986	Stade	Anschlag auf Hochspannungsmasten Stromleitungsmast der 380 KV-Leitung KKW Unterweser — Umspannwerk Dollern abgesägt und umgestürzt. Dadurch wurde ein weiterer Mast mitumgerissen. Selbstbeichtigungsschreiben an TAZ seitens „Hau weg die Scheiße“, „Power in the darkness“, Schneidbrennende Zellen,.. Schadenshöhe: ca. 1 Mill. DM.
7. 6. 1986	Dahlenburg	Brandanschlag Unbekannte Täter verübten einen Brandanschlag auf das Umspannwerk Dahlenburg und beschädigten die Schaltanlage. Sachschaden ca. 500.000 DM.
8. 6. 1986	Jakobsberg/ Höxter/Gronde	Selbstbeichtigung zu Anschlag auf Strommasten des KKW Würgassen Textauszug: „Wir haben ... Hochspannungsmast angesägt ... Wir sehen diese Sabotage als Beitrag des Widerstandes, der sich auch ausgedrückt hat in Brokdorf und Wackersdorf. Tschernobyl droht immer und überall, wo lebensfeindliche Technik profitorientiert eingesetzt wird. Es gibt keinen Frieden im Kapitalismus! Die revolutionären Handwerker,..“
8. 6. 1986	DB-Strecke Hannover—Würzburg LK Göttingen	Brandanschlag In der Nacht zum 08.06.1986 erfolgte ein Brandanschlag auf einen Tunnel der Neubaustrecke der DB Hannover-Würzburg mit einem Sachschaden von etwa 1,5 Mio. DM. Hierzu ging am 10.06.86 ein Selbstbeichtigungsschreiben einer Gruppe „Die Revolutionären Pyrotechniker,..“ ein. Darin werden Bezüge der am Bau beteiligten Firmen zu Brokdorf, Wackersdorf und zur Startbahn West hergestellt. Die Firmen werden als Ausdruck des Großkapitals der Bundesrepublik herausgestellt, die als Zeichen des imperialistischen Systems angegriffen werden müßten.

Zeit	Ort/Region	Ereignis
21. 6. 1986	Göttingen — Diemarden	Anschlag auf Strommasten Von zwei Strommasten der 20-KV-Leitung Umspannwerk Grone — Schaltstation Benniehausen wurden jeweils zwei der senkrecht stehenden Eisenträger angesägt.
7. 7. 1986	Marleben — Gedelitz	 Sprengstoffanschlag Eine 20-KV-Erdleitung wurde freigelegt und durch einen Sprengsatz durchtrennt. Gehwegplatten wurden durch die Explosion etwa 40 m in den Wald geschleudert. Sachschaden ca. 20.000 DM.
24. 7. 1986	Wittingen — Hafen	Gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr Sachbeschädigungen durch Verstellen einer Weiche auf dem Gelände Wittinger-Hafen. Hier werden höchstexplosive Flüssigkeiten transportiert. Kein Schaden, da vor Inbetriebnahme durch Rangierer entdeckt.
2. 8. 1986	Göttingen	Sachbeschädigungen an einem Hochspannungsmasten durch Herausdrehen von 34 Schrauben. Sachschaden ca. 1.000 DM.
28. 8. 1986	Osterholz	Sachbeschädigung/gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr Der Tank eines am Bau des Anschlußgleises zur US-Kaserne eingesetzten Baggers wurde mit Sand gefüllt.
10. 10. 1986	Amelith/Lauenförde	Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr Unbekannte Täter errichteten zwischen den Ortschaften Amelith und Lauenförde eine Straßensperre aus Buchenstämmen und entzündeten Autoreifen-Transparente mit Brokdorf-Bezug.
17. 10. 1986	Bahnstrecke Uelzen — Dannenberg	Gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr Es wurden Schwellenschrauben entfernt und drei Stellen des Schienenstrangs angesägt.

Zeit	Ort/Region	Ereignis
21. 10. 1986	Hamburg—Lüneburg	Brandanschlag/Gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr Ein Signalschalterhaus wurde angezündet und brannte total aus. Sachschaden ca. 200.000 DM.
24.10.1986	BS-Riddagshausen	Gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr auf der Bahnstrecke BS-Riddagshausen. Zwei Wurfanker mit Nylon-Seilen wurden über die Oberleitung geworfen. Gegenstände wurden entdeckt, kein Schaden.
9. 11. 1986	Freißenbüttel/ Osterholz	Sachbeschädigung durch das Zerstören von Eternit-Röhren, die beim Bau des Anschlußgleises zur US-Kaserne eingesetzt werden sollten. Sachschaden ca. 5.200 DM.



Entwicklung rechtsextremistischer Bestrebungen

Im Gegensatz zum dogmatischen Linksextremismus lassen sich die ideologischen Struktur des organisierten Rechtsextremismus und seiner gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen immer nur annähernd bestimmen. Der Grund hierfür liegt in dem Fehlen einer allgemein verbindlichen und systematisch faßbaren Ideologie. Die ideologischen Versatzstücke des Rechtsextremismus sind verschiedenen geistigen und politischen Bewegungen (z.B. dem Nationalismus, dem Militarismus, dem Sozialdarwinismus sowie idealistischen Mythen von der „Volksgemeinschaft“) entnommen. Folgende Merkmale kennzeichnen den organisierten Rechtsextremismus in der Bundesrepublik:

- ein aggressiver, übersteigerter Nationalismus, dessen Militanz sich gegen Minderheiten, Ausländer, fremde Völker und Völkerverständigung richtet;
- ein völkischer Kollektivismus, dessen Ziel (durch Aufhebung der Rechte und Interessen des Individuums) die „Wiederherstellung“ einer überbewerteten „Volksgemeinschaft“ ist;
- die Verherrlichung des totalitären NS-Staates als Vorbild für die Ersetzung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung; die NS-Verbrechen werden geleugnet und/oder verharmlost;
- militaristisch-autoritäres Denken, das Streben nach einem System von „Führertum“ und bedingungsloser

Unterordnung, der Glaube an ein Recht durch Stärke, die Unfähigkeit zum Kompromiß in der politischen Auseinandersetzung;

- Neigung zu Verschwörungstheorien, insbesondere zur Annahme, bösartige Andersdenkende und Minderheiten konspirierten gegen „Volk und Staat“. Als geistig-politische Orientierung vermitteln Rechtsextremisten seit jeher die Ideologien des Rassismus und des Antisemitismus;
- eine latente Bereitschaft zur gewaltsamen Propagierung und Durchsetzung der angestrebten Ziele in Verbindung mit einem elitären, intoleranten Sendungsbewußtsein.

Die Kriterien dieses Kataloges stellen Anhaltspunkte für eine Analyse und Standortbestimmung rechtsextremistischer Organisationen dar. Sie sind nicht bei allen rechtsextremistischen Gruppen, teilweise auch nur in unterschiedlicher Ausprägung festzustellen. Die einzelnen Merkmale dürfen außerdem nicht isoliert betrachtet werden. Sie charakterisieren insgesamt den gegenwärtigen organisierten Rechtsextremismus in seiner typischen Erscheinungsform. Bestimmte Abweichungen hiervon erfordern deshalb auch eine differenzierte Betrachtung und Darstellung des organisierten Rechtsextremismus, um die unterschiedlichen Ausprägungen der Merkmale bei den verschiedenen Richtungen im rechtsextremistischen Lager kenntlich zu machen.

Die nachstehende Darstellung des rechtsextremistischen Lagers zeigt dementsprechend folgende vier Bereiche:

- Neonazistische Gruppen, die den Merkmalen am stärksten entsprechen;
- „Nationaldemokratischer“ Rechtsextremismus;
- „National-freiheitlicher“ Rechtsextremismus;
- „Sonstige“ rechtsextremistische Organisationen (d.h. die „politischen Kultur- und Weltanschauungsvereinigungen“, die selbständigen rechtsextremistischen Jugendorganisationen und andere eigenständige Gruppierungen).

Obleich im organisierten Rechtsextremismus die Zahl der Organisationen zurückgegangen und die Zahl der Mitglieder annähernd gleichgeblieben ist, geht weiterhin von Gruppen und Einzelpersonen, die bereit sind, zur Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt anzuwenden, eine Bedrohung für die innere Sicherheit aus. Von den Gewalttaten gegen Asylbewerber und Asylantenunterkünfte in Niedersachsen dürfte die Mehrzahl durch rassistisch begründete Ausländerfeindlichkeit motiviert sein.

Aus der Beobachtung des organisierten Rechtsextremismus lassen sich für das Jahr 1986 folgende Feststellungen treffen:

Der Neonazismus hat erhebliche Anstrengungen unternommen, den Bereich der FAP durch organisatorische und propagandistische Aktivitäten, insbesondere im Zusammenhang mit Wahlbeteiligungen, zu stabilisieren.

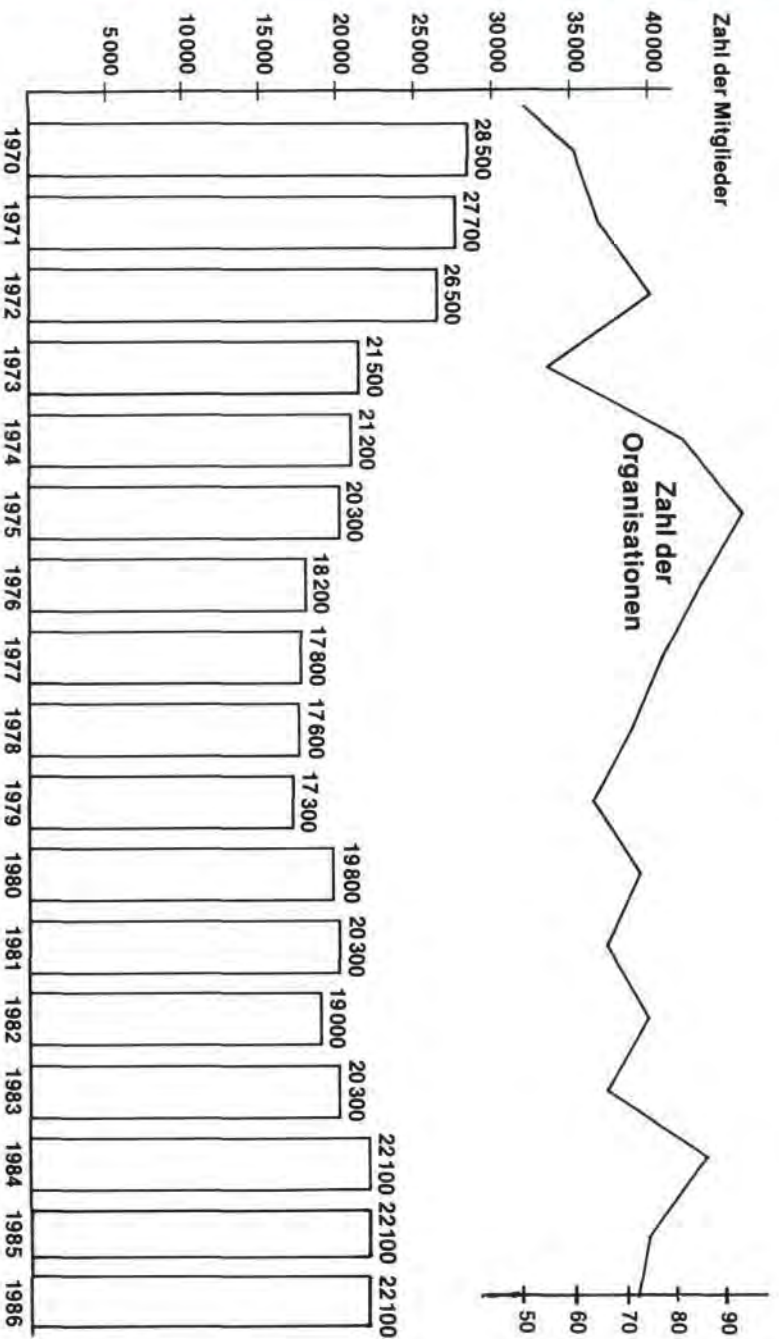
Trotz aller Bemühungen sank die Zahl der FAP-Mitglieder von 60 auf 45. Unabhängig davon bedarf die latente Gewaltbereitschaft und Unberechenbarkeit von unorganisierten Neonazis und organisatorisch nicht eingebundenen Rechts-

extremisten andauernder Aufmerksamkeit.

Nach erheblichen Mißerfolgen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen und der Landtagswahl in Bayern schien sich die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) 1986 im anhaltenden Abwärtstrend zu befinden. Die Ergebnisse der Bundestagswahl Anfang 1987 zeigten einen verhältnismäßig erheblichen Stimmenzuwachs: Hier werden die weiteren Wahlen des Jahres 1987 die Festigkeit dieses Zuwachses erweisen. Bei der Auseinandersetzung um das neue Parteiprogramm sind Spannungen deutlich geworden zwischen der „gemäßigten“ Parteiführung auf der einen Seite und den Kräften in der NPD auf der anderen Seite, die mehr „Klarheit“ und „Eindeutigkeit“ bei der Formulierung von NPD-Politik wollen. Der Mitgliederbestand der NPD stagniert mit abnehmender Tendenz.

Der Einfluß und die Bedeutung des „national-freiheitlichen“ Rechtsextremismus des Dr. FREY mit seinen sechs Aktionsgemeinschaften, drei Zeitungen und der neugegründeten „Deutschen Volksliste“ auf das rechtsextremistische Lager hat erheblich zugenommen. Dieser ideologisch-politische Einfluß von FREY steht in direktem Zusammenhang mit dem — gemessen an der Mitgliederzahl des organisierten Rechtsextremismus — hohen Verbreitungsgrad seiner „national-freiheitlichen“ Zeitungen, durch die der Medienunternehmer den rechtsextremistischen Meinungsmarkt weitgehend beherrscht. Gestützt auf sein wirtschaftlich erfolgreiches Medienunternehmen kann FREY politischen Einfluß auf Parteien und Gruppierungen im rechtsextremistischen Lager ausüben, weil er mit seinen Erzeugnissen nicht nur den Bereich des organisierten Rechtsextremismus erreicht.

Mitglieder-Entwicklung der rechtsextremistischen Organisationen*
von 1970—1986



* ohne Verlage und Vertriebsdienste

Neo- nazistischer Rechts- extremismus

Unter dem Begriff Neonazismus (neuer Nationalsozialismus) werden alle rechtsextremistischen Bestrebungen und Aktivitäten erfaßt, die ein offenes Bekenntnis zu den Ideologien des Nationalsozialismus ablegen und die auf die „Wiederherstellung“ eines den nationalsozialistischen Systemvorstellungen vergleichbaren politischen Regimes in Deutschland abzielen. Neonazis betrachten Juden und die überwiegende Mehrheit der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer, denen eine „rassische Überfremdung“ des deutschen Volkes vorgeworfen wird, sowie die Alliierten, die „Besatzungsmächte“, als ihre Hauptfeinde.

Seit 1982 werden im neonazistischen Bereich „nationalrevolutionäre“ Splittergruppen beobachtet, für die Hitler nicht das uneingeschränkte Idol deutscher Neonazis darstellt. Erstmals breiteten sie ihre Ideologie 1982 im Papier „Abschied vom Hitlerismus“ aus, deren Verfasser die beiden Rechtsterroristen Odfried HEPP und Walter KEXEL waren.

„Nationalrevolutionäre“ Neonazis, die Führerkult und Uniformfetischismus ablehnend gegenüberstehen, orientieren sich an der Gedankenwelt des „historischen sozialrevolutionären Nationalsozialismus“, der in den 20er Jahren von den Gebrüdern Strasser sowie dem SA-Stabschef Röhm personifiziert wurde.

Bei den neonazistisch ausgerichteten Gruppen und Organisationen handelt es sich teilweise um „Männerbündnisse“ mit schwach entwickelter Organisationsstruktur, teilweise um „Kampf- und Gesinnungskader“, die ihre Anhängerschaft als kleine „Führer“ befehligen und von denen der jeweilige Gruppenbestand abhängt. Abgeschreckt durch diese stark personenbezogenen Gruppenstrukturen gibt es bundesweit „Einzelgänger“, die durch neonazistische Aktivitäten in Erscheinung treten, ohne sich an eine bestimmte Organisation zu binden.

Auch 1986 haben neonazistische Gruppen versucht, durch öffentlichkeits- und pressewirksame Aktionen Aufsehen zu erregen und mit der „Propaganda der Tat“ eine größere Bedeutung vorzuspiegeln, als sie angesichts ihrer zahlenmäßig geringen Stärke und allgemeiner Ablehnung durch die Bevölkerung besitzen. Wegen ihrer permanenten Gewaltbereitschaft stellen Neonazis bundesweit die große Mehrzahl der „militanten Rechtsextremisten“.

Verbotene „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) — bisherige „Kühnen-Bewegung“

Der Organisationsleiter der ANS/NA, Michael KÜHNEN, hatte nach dem Verbot der Organisation Ende 1983 durch den Bundesminister des Innern seine Anhängerschaft aufgerufen, die „Bewegung“ als eine „Gesinnungsgemeinschaft“ um die Zeitschrift „Die Neue Front“ im neonazistischen Sinne fortzuführen. Wegen des behördlichen Einschreitens gegen Bemühungen, die

verbotene ANS/NA in „Leserkreisen“ fortzusetzen, sammelte sich ein Teil der ANS/NA-Anhängerschaft in bereits bestehenden Organisationen wie der FAP. Anhänger der bisherigen „Kühnen-Bewegung“ haben ihren personellen und ideologischen Zusammenhalt als „Bewegung“ oder „Gemeinschaft“ mit losen Führungs- und Organisationsstrukturen, aber ohne eine neue Bezeichnung, auch nach dem Verbot der ANS/NA 1983 bewahren können. Sie sehen sich als die Träger der „NS-Ideologie“ und gründen hierauf ihren Führungsanspruch in der neonazistischen Szene.

Ab Juli riefen neonazistische Aktivisten innerhalb der „Kühnen-Bewegung“ zum Kampf gegen die Dekadenz, die Homosexualität, auf und forderten den Ausschluß aller Homosexuellen. In einem Flugblatt mit dem Titel „Der Kampf geht weiter“ wurde Homosexua-

lität u.a. „als Krankheit und als Verrat am Volk“ bezeichnet und abgelehnt.

Unter dem Druck dieser Entwicklung erklärten die bisher führenden Funktionäre der „Bewegung“ Michael KÜHNEN und Thomas BREHL im August formell ihren Austritt, der in der Schrift „Die Neue Front“ 8/86 öffentlich bekanntgegeben wurde. Dieser Schritt löste unter den Anhängern zunächst Überraschung und Verständnislosigkeit aus. Es setzte sich aber vorübergehend die Auffassung durch, daß diese Entscheidung akzeptiert werden müsse. Zwischenzeitlich haben zwei Neonazis aus Duisburg und Hannover die Führung (Organisationsleitung) der „Bewegung“ übernommen. Im Impressum der bisher von Michael KÜHNEN herausgegebenen „Neuen Front“ erscheint als Herausgeber ein „braunes Autorenkollektiv“. In der „Neuen Front“ vom Januar 1987 widerrief KÜHNEN in seinem „17. Brief aus der Haft“ seinen Austritt aus der „Bewegung“.

Die bisherige „Bewegung“ um KÜHNEN, der gegenwärtig eine Freiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten verbüßt und seinen Einfluß nicht völlig verloren hat, repräsentiert jedoch weiterhin den deutschen Neonazismus innerhalb der „Europäischen Bewegung“, einem Ende 1985 auf einem „Führerthing“ in Paris gegründeten Zusammenschluß neonazistischer Organisationen in Westeuropa.

Zur Entwicklung der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP)

Seit Anfang 1984 begannen Mitglieder und Anhänger der verbotenen ANS/NA



damit, der 1979 von Martin PAPE gegründeten, bis dahin unbedeutenden und ursprünglich nicht eindeutig rechts-extremistischen Partei beizutreten und diese zu nutzen, um mit ihr „politisch legal zu arbeiten“.

Am 7. Juni fand in Stuttgart der erste Bundesparteitag der FAP statt, an dem ca. 120 Personen teilnahmen. Der bisherige Bundesvorsitzende Martin PAPE aus Stuttgart wurde mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Die übrigen neu gewählten Vorstandsmitglieder sind zumindest als Sympathisanten der verbotenen ANS/NA bekannt. Der Parteitag beschloß die Teilnahme an der Bundestagswahl 1987.

Nach Anfangserfolgen bei der Gründung von FAP-Kreisverbänden in Niedersachsen entglitt die Organisation zunehmend der Landesführung der FAP. Immer größer wurden die finanziellen Schwierigkeiten der Partei. Durch eine übertrieben positive Darstellung der Entwicklung wird in den Schriften des FAP-Gau-Niedersachsen „Informationen zur Lage im Gau“ und „Rundschreiben“ von den tatsächlichen Schwierigkeiten abgelenkt. 1986 verfügte die FAP über Kreisverbände in Hannover, Göttingen, Hameln-Pyrmont, Uelzen, Wolfsburg und Harburg-Land (Seevetal). Der Kreisverband Osnabrück wurde aufgelöst, der in Delmenhorst war inaktiv.

Die von der FAP beeinflusste „Deutsche Frauenfront“ (DFF) und die „Freie Betriebszellenorganisation“ (FBO) traten im Berichtszeitraum kaum in Erscheinung.

Aktivitäten der FAP

Am 8. Februar führte der FAP-Landesverband Niedersachsen in Aerzen bei Hameln seinen Landesparteitag durch.

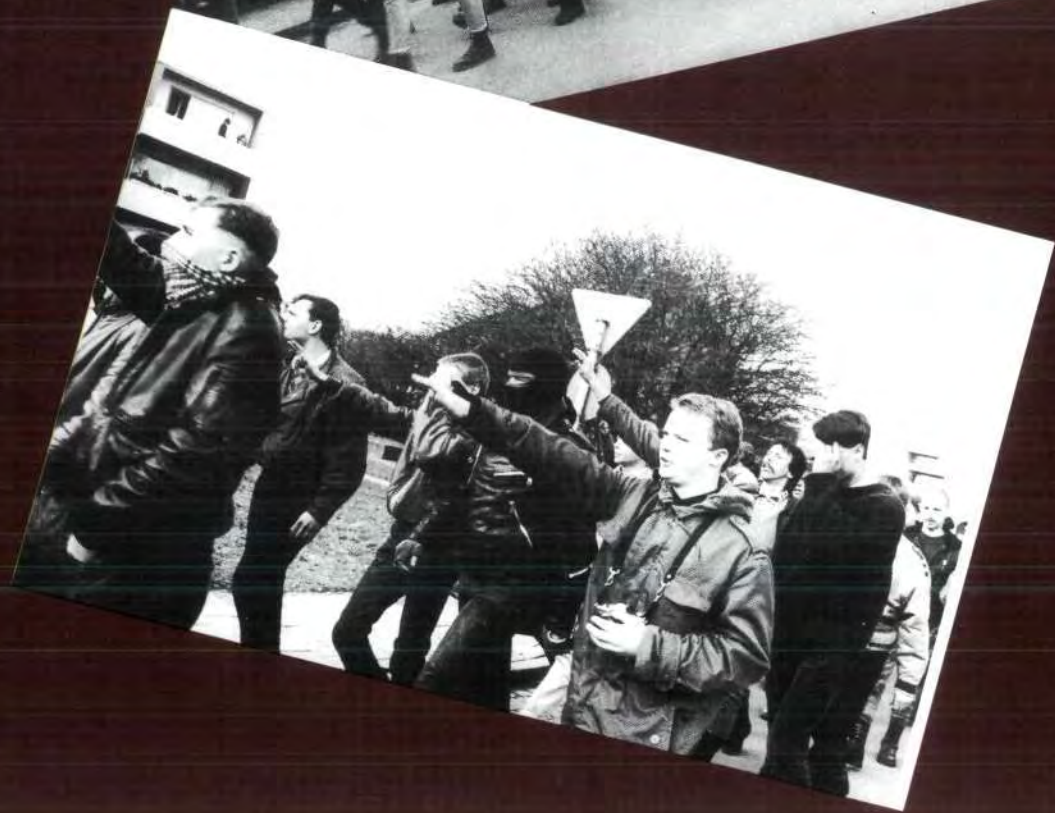
Zunächst war der Landesparteitag in Bad Bevensen geplant, entsprechende Einladungen waren bereits versandt worden. Um Störaktionen zu umgehen, wurde der Parteitag kurzfristig verlegt.

Bei der Wahl des Landesvorstandes wurden Volker HEIDEL aus Hannover und Oskar HINZMANN aus Hameln in ihren Ämtern als Landesvorsitzender bzw. stellv. Landesvorsitzender bestätigt. Außerdem wurde beschlossen, an der Landtagswahl und den Kommunalwahlen in Niedersachsen teilzunehmen.

Am 8. März hatte die FAP kurzfristig eine überregionale Protestaktion gegen die Einebnung der sogenannten Hingegräber in Hameln, Friedhof am Wehl, organisiert. Aufgrund starker Polizeipräsenz und eigener organisatorischer Fehlplanung gelang es den Anhängern der FAP nicht, das Friedhofsgelände zu betreten. Stattdessen marschierten die ca. 130 – 150 Rechtsextremisten durch ein Hamelner Wohnviertel, riefen Parolen wie „Ausländer raus“, „Rotfront verrecke“ und sangen Lieder wie „Einst kommt der Tag der Rache“. Presseberichte, nach denen in strafrechtlich relevanter Weise der „Hitlergruß“ entboten und das „Horst-Wessel-Lied“ gesungen wurden, konnten nicht bestätigt werden. Die Teilnehmer provozierten vielmehr mit dem „Widerstandsgruß“, der nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs nicht den Straftatbestand des § 86 a StGB erfüllt.

Im April zeigte der FAP-Landesvorsitzende HEIDEL gegenüber dem Landeswahlleiter an, daß die FAP sich an der niedersächsischen Landtagswahl beteiligen werde. Am 7. Mai tagte in den Räumen des Landwirtschaftsministeriums in Hannover der Landeswahlausschuß. Zu der öffentlichen Anhörung waren auch Vertreter der FAP schriftlich geladen worden. Nach kurzer Befragung

Rechtsextremismus



verließen sie die Sitzung. Im Foyer des Ministeriums kam es anschließend unter Einsatz von Schreckschußwaffen zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen FAP-Anhängern und Gegnern.

Nach der wahlrechtlichen Anerkennung der FAP als Partei am 7. Mai durch den Landeswahlausschuß war der Landesverband der FAP nicht imstande, die notwendigen 100 Unterschriften für einen Kreiswahlvorschlag zu sammeln. Damit war eine Beteiligung der FAP an der Landtagswahl gescheitert.

Am 30. August trafen sich ca. 150 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet zum „3. Gautreffen“ der FAP-Landesverbände Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen in Soltau. Um den Parteistatus der FAP zu sichern, diente das Treffen gleichzeitig als außerordentlicher Parteitag des Landesverbandes Niedersachsen. Im Anschluß an die Saalveranstaltung formierten sich ca. 80 Teilnehmer zu einer Spontandemonstration durch Soltau. Aus dem Zug heraus wurde wiederholt mit dem „Widerstandsgruß“ provoziert.

Im Vorfeld der niedersächsischen Kommunalwahlen kam es vornehmlich in Hannover zu Auseinandersetzungen zwischen FAP-Anhängern und Gegnern, die mehrere Polizeieinsätze erforderlich machten. Ausgangspunkt war dabei die Wohnung eines FAP-Funktionärs in der Südstadt von Hannover, aus der heraus neonazistische Provokationen (wie z.B. am 27. September Sprechchöre „Heil Hitler“ und „Wir schei... auf die Judenrepublik“) und Plakataktionen betrieben wurden.

Am 4. Oktober beteiligten sich in Hannover ca. 35 FAP-Anhänger an einer Werbeaktion zu den Kommunalwahlen, bei der Flugblätter verteilt und Plakate geklebt wurden. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern und der Polizei, in deren Verlauf insgesamt 30 FAP-Anhänger festgenommen und acht Personen verletzt wurden. 17 Festnahmen erfolgten nach einem Angriff von FAP-Anhängern auf politische Gegner, als diese FAP-Aufkleber abrisen. Im Verlauf eines erneuten Polizeieinsatzes in dieser Wohnung des FAP-Aktivisten wurden mehrere FAP-Anhänger wegen nächtlicher Ruhestörung festgenommen.

Bei den Kommunalwahlen kandidierte die FAP in zwei Wahlkreisen für den Kreistag. In Hameln-Pyrmont erhielt sie 101 Stimmen (0,0 %), in Uelzen 92 Stimmen (0,1 %). Bei der Wahl zum Bezirksrat im Wahlbezirk Hannover-Süd erhielt der FAP-Kandidat MÜLLER 229 Stimmen. Nach den Kommunalwahlen haben die Propaganda-Aktivitäten der FAP landesweit deutlich nachgelassen.

Neben diesen Aktivitäten kam es wie im Vorjahr in zahlreichen weiteren Städten Niedersachsens zu Schmier- und Plakataktionen. Schwerpunkte bildeten dabei Hannover, Hameln, Oldenburg, Uelzen und die Gemeinde Seevetal.

„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)

Die HNG ist eine der mitgliederstärksten neonazistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie unterstützt inhaftierte Gesinnungsgenossen durch finanzielle Zuwendungen oder „moralischen“ Zuspruch. Die HNG ist aber auch ein Sammelbecken und Forum deutscher Neonazis. In ihrer Publikation „Nachrichten der HNG“ werden regelmäßig „Leserbriefe“ von bekannten Neonazis wie z.B. von Christian WORCH veröffentlicht.

Schriftleiter der „Nachrichten der HNG“ ist der Neonazi und niedersächsische FAP-Landesvorsitzende HEIDEL aus Hannover. Etwa ein Drittel der Mitglieder der HNG sind Mitglieder oder Sympathisanten anderer neonazistischer Organisationen. Die Jahreshauptversammlung 1986 fand am 12. April in Schwarzenborn in Nordhessen (Schwelm-Eder-Kreis) statt.

„Bürger- und Bauerninitiative e.V.“ (BBI)

Die BBI wurde 1972 von dem Neonazi Thies CHRISTOPHERSEN gegründet und ist insbesondere durch Leugnung bzw. Verharmlosung der Judenvernichtung im Dritten Reich in Erscheinung getreten.

Die Aktivitäten der BBI werden vornehmlich von ihrem Vorsitzenden CHRISTOPHERSEN getragen und erstrecken sich im wesentlichen auf die Herausgabe und den Versand der Schrift

„Die Bauernschaft“ sowie der Schriftenreihe „Kritik — Die Stimme des Volkes“. Darüber hinaus werden im gesamten Bundesgebiet sogenannte „Freundestreffen“ organisiert.

1986 verlegte die BBI ihren Sitz von Mohrkirch (Schleswig-Holstein) nach Hannover.

1986 wurde gegen CHRISTOPHERSEN Klage erhoben. Er wurde u.a. beschuldigt, fortgesetzt die Bundesrepublik Deutschland verunglimpft und sich absichtlich für Bestrebungen gegen Verfassungsgrundsätze eingesetzt zu haben (§ 90a StGB). Wegen der zu erwartenden empfindlichen Strafe erschien CHRISTOPHERSEN nicht zu dem Hauptverhandlungstermin vor dem Landgericht Flensburg am 8. Dezember. Gegen ihn wurde deshalb wegen des dringenden Verdachts der Fluchtgefahr Haftbefehl erlassen. Nach kriminalpolizeilichen Ermittlungen hielt sich CHRISTOPHERSEN Anfang 1987 in Kollund/Dänemark auf.

„Nationalistische Front“ (NF)

Die NF, die im November 1985 in Steinhagen bei Bielefeld als Zusammenschluß neonazistischer Gruppen, darunter die „Nationale Front/Bund Sozialrevolutionärer Nationalisten“ (NF/BSN), entstand, versteht sich als politische Partei. Diese neonazistische Organisation hatte bisher ihren Schwerpunkt in Süddeutschland. Sie begreift sich als „Teil der weltweiten Bewegung der Befreiungsnationalisten zur Zerschlagung des internationalen Imperialismus“ und orientiert sich am „sozialrevolutionären Nationalsozialismus“ der Brüder Strasser.

Die NF kämpft politisch für eine „vereinte souveräne deutsche Nation auf

der Grundlage des modernen Nationalismus“ frei von „ausländischer Bevormundung“ durch den „US- und Sowjetimperialismus“. Sie agitiert insbesondere gegen eine „Überfremdung“ durch Gastarbeiter und Scheinasylanten:

„Die Umwandlung der deutschen Teilstaaten (gemeint sind Bundesrepublik Deutschland und Österreich) in Vielvölkerstaaten nach dem Muster der USA ist genauso ein Verbrechen an unserem Volk wie die Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten nach 1945.“

Nach heftigen Auseinandersetzungen um Führungs- und Grundsatzfragen wurden 1986 Auflösungserscheinungen im süddeutschen Bereich erkennbar. Gegenwärtig stützt sich die „Nationalistische Front“ auf Gruppen in Norddeutschland und Berlin. Mitglieder und Anhänger wurden in Niedersachsen bei einem „Sommerlager“ in der Lüneburger Heide beobachtet.

Verbindungen des Neonazismus zum ausländischen Rechtsextremismus — „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO) —

Nach über einjähriger Pause erschien 1986 eine Doppelausgabe der von dem amerikanischen Neonazi Gary Rex LAUCK herausgegebenen Schrift „NS-Kampfruf“ (Nr. 62) der NSDAP/AO. LAUCK begründete die Verspätung mit drucktechnischen Schwierigkeiten.

Unter der Überschrift „Mein Verhältnis zur NSDAP/AO“ ist ein Artikel des

Neonazis KÜHNEN abgedruckt, der bereits früher in einer neonazistischen Publikation als „6. Brief aus der Haft“ veröffentlicht worden war. Darin bezeichnet sich KÜHNEN als „AO-Mitglied“ und führt aus: „Eindeutig nationalsozialistische Propaganda kann nur noch eine illegale Propaganda sein. Niemand hat darin so viel Erfahrung ... wie die NSDAP/AO“.

Die NSDAP/AO versorgt seit Jahren ihre Anhänger im Bundesgebiet mit neonazistischem Propagandamaterial.

Der „Kampfruf“ setzt den Ende 1983 begonnenen Abdruck des von KÜHNEN in der Haft verfaßten Buchmanuskripts „Die zweite Revolution“ fort. Außerdem veröffentlicht er eine „Gefangenliste“, die identisch ist mit der von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) regelmäßig herausgebrachten Aufstellung in Haft befindlicher in- und ausländischer Rechtsextremisten. In der jüngsten Ausgabe des „NS-Kampfrufs“ wird im Leitartikel zur Zellenbildung, zum „Widerstand“ im Untergrund und zum Kampf „mit allen illegalen Mitteln“ aufgefordert. Die Demokratie sei am Ende; sie versage auf allen Gebieten. Den „aufgeblasenen Unrechtsstaat“ müsse man „aufstechen wie einen Abzeß“, denn er führe zu „totaler Vergiftung“. An anderer Stelle heißt es:

„Endziel unseres Strebens ist die Schaffung eines nationalsozialistischen Staates in einem freien, souveränen und neuvereinigten Großdeutschen Reich und die Errichtung einer Neuen Ordnung auf einer rassistischen Grundlage in der gesamten arischen Welt.“

Neonaziblatt ruft zur Gewalt auf

Die in Kreisen deutscher Neonazis zirkulierende Mai-Ausgabe der von der verbotenen „ANS/NA-Ausland“ (ANS-AO) in Frankreich herausgegebene Schrift „Die Neue Zeit“ kündigt für den Fall, daß Rudolf HESS im Spandauer Gefängnis sterben sollte, Racheakte an all denen an, die für die „45 Jahre hinter Gefängnismauern, 20 Jahre davon in Isolationshaft“, verantwortlich seien. Es werde „einen Feuersturm über Deutschland“ geben. Unter Bezugnahme auf Störungen von „nationalen Versammlungen“ heißt es, es gelte auch Rache an denen zu üben, die „uns heute das Leben schwer machen“. Die „Nationalisten“ müßten alle politischen Differenzen untereinander vergessen und gemeinsam gegen die „jüdische Meinungsdictatur“ kämpfen und die „Zentren unserer Feinde zerschlagen“.

Sonstige Aktivitäten von Neonazis und anderen Rechtsextremisten

Seit Anfang 1986 wurden in Hannover und zahlreichen anderen Orten Niedersachsens Flugblätter einer „Bürgeraktion: Für unsere deutsche Zukunft“ in großer Anzahl verteilt. Die Verantwortlichen mit Sitz in Kassel agitierten u.a. für folgende ausländerfeindliche Forderungen:

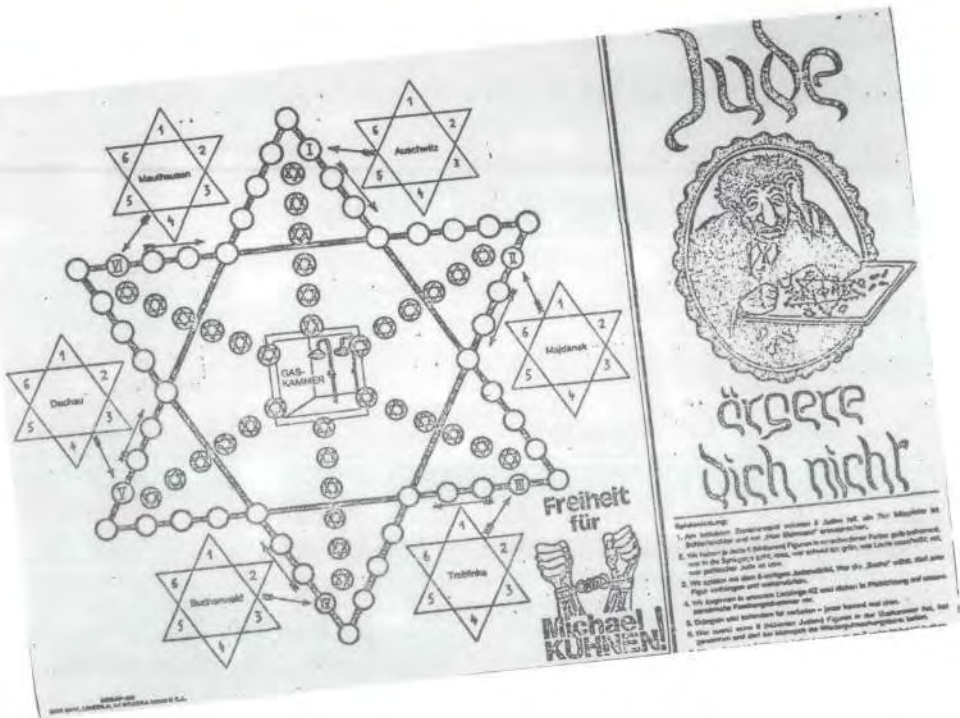
- „Keine Aufnahme mehr von Nichtdeutschen in der Bundesrepublik ... Sofortiger Stopp der Flut von Scheinasyllanten aus aller Welt. Aussonderungskontrollen an den Grenzen ...
- Stufenweise Rückführung bis zum Jahresende 1986 aller in der Bundesre-

publik lebenden Gastarbeiter und ihrer Familien in ihre Herkunftsländer.

- Abschiebung aller Ausländer samt ihrer Familien, soweit sie Kriminelle, Illegale sind, abgelehnte Asylbewerber und andere, die ausschließlich aus materiellen Gründen in die BRD kamen und kommen ... Wir Deutschen haben keine rechtliche und moralische Verpflichtung gegenüber unseren Ausländern.
- Kein Kindergeld mehr für alle ausländischen Familien ... Kindergeld war und ist bestimmt für den Aufbau deutscher Familien mit einer gesunden Jugend.
- Keine Ausländer-Integration in unsern Lande ...
- Eintragung in den Personalausweis der BRD außer der Staatsbürgerschaft auch noch die Volkszugehörigkeit des Bürgers ...“

Nach Auffassung der Verantwortlichen der „Bürgeraktion“ hätten die Forderungen nichts mit Rassismus oder Ausländerfeindlichkeit zu tun. Sie seien erwachsen aus Achtung und Liebe zum eigenen Volk sowie aus Respekt vor der Andersartigkeit fremder Völker. Schuld an der „Ausländerüberflutung“ seien nicht einzelne Ausländer, „sondern unsere Politiker, die eine planmäßige Überfremdungspolitik betreiben“. Deshalb werde die schweigende Mehrheit aufgerufen, aus dem Schlaf zu erwachen und zu handeln, „bevor es für uns alle zu spät ist“.

Aufgrund bestimmter inhaltlicher Übereinstimmungen läßt sich die „Bürgeraktion“ als eine Initiative einordnen, die radikaleren Teilen der NPD nahestehen dürfte. Sie geht jedoch in ihren Forderungen weit über die von der Bundesführung der NPD offiziell verkündeten Aussagen zur Ausländerpolitik hinaus, die durch gemäßigttere Formulierungen wie „Stopp der Einwanderungswelle“



und „Förderung der Rückkehrwilligkeit“ gekennzeichnet sind.

Wegen seiner nationalistischen Tendenzen wurde das Flugblatt der „Bürgeraktion“ in großer Auflage insbesondere von der FAP Niedersachsen mit entsprechendem Stempelabdruck verwendet und verteilt. Es handelt sich somit um eine Zusammenarbeit von Rechtsextremisten aus organisatorisch getrennten Bereichen unter ihrem gemeinsamen Ziel der Agitation gegen Ausländer und Asylanten.

Auch in Niedersachsen sind Briefsendungen mit dem „Spiel“ „Jude ärgere Dich nicht“ u.a. in Hannover, Großburgwedel, Northeim und Herzberg bei Schülerzeitungen eingegangen. „Gewinner“ bei diesem makabren „Spiel“ ist,

wer „möglichst viele Juden in die Gaskammern“ gebracht hat.

Bereits Ende 1982 war dieses „Spiel“ an jüdische Einrichtungen, Redaktionen und öffentliche Stellen versandt worden. Die zwei Verantwortlichen für die damals verbreitete Fassung wurden ermittelt. Eine Person erhielt wegen Volksverhetzung eine Freiheitsstrafe von 9 Monaten auf Bewährung, die andere wurde freigesprochen, weil eine Verbreitung des „Spiels“ nicht nachzuweisen war.

Im Unterschied zu der ursprünglich verbreiteten Fassung enthielt das „Spiel“ jetzt als Absender die Anschrift der Propagandazentrale der NSDAP/AO in den USA. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt hat ein Sammelermittlungsverfahren eingeleitet.

„National-demokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Allgemeine Entwicklung

Nach einem leichten Aufwärtstrend durch den Wahlerfolg bei der Europawahl 1984 und einer Phase der Konsolidierung im Jahre 1985 sah sich die NPD 1986 schweren Belastungsproben ausgesetzt, die auch für die nähere Zukunft die politische Arbeit der Partei beeinflussen werden.

Die Beteiligung an den niedersächsischen Kommunalwahlen und der bayerischen Landtagswahl brachte der Partei nicht die Fortsetzung des selbst erklärten Aufschwungs. In dieser Situation fehlte es der NPD an innerer Geschlossenheit. Deshalb wurde 1986 bis auf die turnusmäßig anstehenden Parteitage auf sonst übliche Großveranstaltungen verzichtet.

Für den Parteivorstand gestaltete es sich immer schwieriger, geeignete Veranstaltungsräume zu bekommen. Die Zahl ihrer politischen Gegner, die sich für ein Verbot aussprechen, wächst.

Im Zeichen der 1986 durchgeführten Wahlkämpfe hat sich die Agitation der NPD gegen die Ausländer- und Asylantenpolitik der Bundesrepublik verschärft.

Das tatsächliche, verhältnismäßig gute Abschneiden der NPD bei der Bundestagswahl überraschte die Partei selbst.

Die von der NPD behauptete positive Mitgliederentwicklung muß bezweifelt werden. Der Mitgliederbestand stagniert. Bundesweit hat die NPD ca. 6.000 Mitglieder, in Niedersachsen rund 770.

Zur extremistischen Zielsetzung der NPD

In einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 12. März 1986 wurde die Entlassung eines Beamten aus Niedersachsen bestätigt, der sich u.a. als Mitglied des Parteipräsidiums der NPD betätigt hatte. Dabei stellte das Gericht heraus, daß es für die verfassungsfeindliche Zielsetzung einer extremistischen Partei nicht erforderlich sei, daß diese ihre „Ziele mit aktiv kämpferischer, aggressiver Haltung gegenüber der bestehenden Verfassungsordnung und mit der Absicht planvoller Beeinträchtigung und Beseitigung dieser Ordnung verfolgt, daß sie mithin die materiellen Verbotsvorsatzungen des Artikel 21 Abs. 2 GG erfüllt. Es genügt vielmehr, wenn ihre Ziele mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind“.

Beweisträchtig seien nicht nur Satzungen und oft bewußt „vorsichtig“ gehalten

tene offizielle Parteierklärungen. Die wahren Ziele und der hintergründige Sinn der Programmatik einer Partei erschließen sich nach Auffassung des BVerwG aus anderen Quellen, z.B. aus zurechenbaren Funktionärsäußerungen sowie parteiamtlichen und parteioffiziellen Aufsätzen. Bei der Bestimmung der eigentlichen Zielsetzung führt das BVerwG u.a. an, daß die NPD die Interessen der Volksgemeinschaft überbetone. Dies sei mit den Freiheitsgedanken des Art. 2 Abs. 1 GG nicht vereinbar. Die NPD lehne darüber hinaus den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 GG ab und verbinde damit eine verschleierte Rassendiskriminierung, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausländerfrage, die weniger unter sozialen als vielmehr unter „Überfremdungs-Aspekten“ mit der Gefahr des Untergangs des deutschen Volkes durch Vermischung gesehen werde. Die Auffassung einer auf Art-erhaltung und -abgrenzung zielenden Volksgemeinschaft sei mit dem grundgesetzlichen Verbot der Rassendiskriminierung unvereinbar.

Mit ihrem Anspruch, alleine die richtige Weltanschauung zu haben und die einzige Partei zu sein, die sich bewußt einer auf Zerstörung des Volkes gerichteten Politik der „Systemparteien“ entgegenstellt, verstoße die NPD schließlich gegen das Mehrparteienprinzip.

Die Ausführungen des BVerwG zur NPD gelten für andere extremistischen Gruppierungen entsprechend.

Teilnahme an Wahlen

Für die NPD waren die niedersächsischen Kommunalwahlen und die bayerische Landtagswahl willkommene Gelegenheiten, ihre Chancen für die Bundestagswahl zu testen. Auf eine Teilnahme an der nds. Landtagswahl hatte die NPD

**ZEIG AUCH
DU**



**W
Ä
H
L**

NPD

NPD-Parteivorstand · Rötestr. 4
7000 Stuttgart 1 · ☎ (0711) 610605

V.i.S.d.P.: Udo Holtmann

Druck: Eigendruck

schon frühzeitig verzichtet, da nach Ansicht des Landesvorstandes die Landespolitik gegenwärtig nur nachrangige Bedeutung besitze.

An den niedersächsischen Kommunalwahlen nahm die NPD nur in ausgesuchten Wahlkreisen teil. Trotz eines von vielen NPD-Kreisverbänden unterstützten Wahlkampfes mußte die Partei eine schwere Wahlniederlage hinnehmen. Sie verlor die bisherigen 2 Kreistagssitze und die 3 Sitze in Gemeinderäten. Lediglich 3 NPD-Mitgliedern gelang über Listen freier Wählergemeinschaften der Einzug in Ortsräte. Im einzelnen erhielt die NPD bei den Kreistagswahlen 10.602 Stimmen (= 0,1 %, Kreistagswahlen 1981: 10.939 Stimmen = 0,1 %). Auf Gemeindewahlebene verbuchte die NPD 4.669 Stimmen (= 0,0 %, 1981: 2.210 Stimmen = 0,0 %).

Bei den Wahlen zum bayerischen Landtag am 12. Oktober errang die NPD 58.163 Stimmen (= 0,5 %). Damit mußte sie gegenüber 1982 (69.656 Stimmen = 0,6 %) deutliche Verluste hinnehmen.

Nach den selbstgesteckten Zielen der Partei ist der Ausgang der Wahlen in Niedersachsen und Bayern als Niederlage anzusehen.

NPD-Bundesparteitag

Am 8./9. November führte der NPD-Parteivorstand in Willingen/Nordhessen den 20. ordentlichen Bundesparteitag durch. Beinahe überraschend war es gelungen, das kommunale „Haus des Gastes“ ohne Einschaltung der Gerichte anzumieten. Der Parteitag verlief weitgehend störungsfrei. Ca. 500 NPD-Gegner demonstrierten gegen seine Durchführung.

Im Mittelpunkt standen die Beratungen über das neue Parteiprogramm und

die Mobilisierung der Mitglieder für die Bundestagswahl 1987.

Trotz energischer Fürsprache durch maßgebliche Funktionäre des Parteivorstandes lehnten die Delegierten eine Verabschiedung des Programms ab und forderten einen gesonderten Parteiparteitag nach der Bundestagswahl. Damit erreichte die schon seit längerer Zeit andauernde Diskussion um das Parteiprogramm einen neuen Höhepunkt. Offensichtlich wird das Programm von Teilen der Mitgliederschaft wegen zu „gemäßigter“ Formulierungen abgelehnt. Mit dem Programmwurf hatte die NPD-Führung versucht, dem Vorwurf der verfassungsfeindlichen Zielsetzung zu entgehen.

Der Parteivorsitzende MUBGNUG steckte in seiner Rede die Richtung des Wahlkampfes zur Bundestagswahl ab. Er bekräftigte den Widerstand seiner Partei gegen jedwede „Überfremdungspolitik“ und forderte die unverzügliche Ausweisung aller abgelehnten Asylbewerber. MUBGNUG griff den Bundespräsidenten mit dem Vorwurf an, er weise vor fremden Völkern ständig auf die moralische und kollektive Schuld des deutschen Volkes an den Auswüchsen des Dritten Reiches hin und verweise es damit auf einen moralischen und politischen Ausnahmezustand.

Annäherungsversuche zwischen der NPD-Führung und den „national-freiheitlichen“ Rechtsextremisten

Gegen Ende der siebziger Jahre war es noch zu Auseinandersetzungen zwischen der NPD und den „national-freiheitli-

**Dein Herz
für**

**Deutschlands
Zukunft**

NPD

Nationaldemokraten

Hrsg.: NPD - PV. - Rote Str. 4 · 7000 Stuttgart 1 · verantwortlich: Udo Holtmann · E.i.S.

chen“ Rechtsextremisten des Verlegers FREY gekommen. 1986 gab es im Vorfeld der Bundestagswahl eindeutige Anzeichen für eine Annäherung der beiden Führungen der mitgliederstärksten rechtsextremistischen Organisationen.

Mit einem Interview des NPD-Generalsekretärs Walter SEETZEN im „Deutschen Anzeiger“ vom 1. August leitete FREY diese Annäherung zur NPD ein. Es folgte in der „Deutschen National-Zeitung“ ein Porträt des NPD-Parteivor-sitzenden MUBGNUG.

Im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl gab FREY eindeutige Wahlkampfempfehlungen für die NPD ab. So hieß es in der „Deutschen Wochen-Zeitung“:

„...Hier bietet sich in Bayern die NPD aus mehreren Gründen an: Was immer sich gegen den einen oder anderen Programmpunkt der Nationaldemokraten vorbringen läßt, außer Zweifel steht der geradlinige Weg des NPD-Chefs MUBGNUG, der seit den Anfängen seiner politischen Aktivitäten, also mehr als drei Jahrzehnte hindurch, noch nie den Verlockungen des Zeitgeistes erlegen ist...“

Angesichts unterschiedlicher Aussagen u.a. zur Verankerung der Bundesrepublik im NATO-Bündnis scheint die „plötzliche“ Annäherung zwischen NPD und den „national-freiheitlichen“ Rechtsextremisten im Jahre 1986 nur ein Zweckbündnis zu sein.

Gerichts- entscheidungen gegen NPD-Funktionäre

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat im September die Beschwerde eines ehemaligen NPD-Funktionärs gegen dessen Entlassung aus dem öffentlichen Dienst abgewiesen. Der Gerichtshof befand, daß die Entlassung als Dozent an einer Fachhochschule im Jahre 1975 nicht gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung nach Art. 10 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten verstoßen habe.

In gleicher Sache hatte das Bundesverwaltungsgericht bereits 1980 entschieden, daß die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolge und infolgedessen Mitgliedschaft und Aktivitäten eines Beamten in dieser Partei Zweifel an seiner Verfassungstreue begründeten.

In einem gleichgelagerten Verfahren hat das Bundesverwaltungsgericht 1986 die Entlassung eines führenden nds. NPD-Funktionärs aus dem öffentlichen Dienst bestätigt. In den Leitsätzen des Urteils wird ausgeführt, daß ein Beamter, der als Mitglied des Parteivorstandes der NPD maßgebend die politische Position dieser Partei mitbestimme, sich zwangsläufig mit deren verfassungsfeindlicher Zielsetzung identifiziere, auch wenn er selbst innerhalb der Partei verfassungskonforme Ziele verfolge. Weiter heißt es in den Leitsätzen:

„Solange eine Partei keine Abkehr von ihrer mit der Verfassung nicht zu vereinbarenden Zielsetzung vollzieht, verbietet die politische Treuepflicht einem Beamten, sich in einer solchen Partei aktiv zu betätigen.“

„Nationaldemokratischer Unternehmerverband“ gegründet

Auf Initiative des NPD-Parteivorstandes wurde in München der „Nationaldemokratische Unternehmerverband“ gegründet. Der Verein hat das Ziel, mittelständisches Engagement bundesweit zu fördern. Der Vorsitzende des neuen Verbandes warf der Bundesregierung vor, daß die vielbeschworene Wende in Bonn für den Mittelstand nur eine Wende zum Schlechteren geworden sei.

Der „Nationaldemokratische Unternehmerverband“ will bundesweit aktiv werden. In Niedersachsen sind entsprechende Aktivitäten noch nicht festgestellt worden. Mit der Gründung des „Unternehmerverbandes“ hofft die NPD, neue Wählerschichten zu erschließen.

NPD-Landesparteitag

Der NPD-Landesverband Niedersachsen beabsichtigte ursprünglich, den 22. ordentlichen Landesparteitag am 16. März in Cloppenburg durchzuführen. Die Vorbereitungen verliefen — wie schon bei anderen NPD-Veranstaltungen — unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Durch das Bekanntwerden des Veranstaltungsortes Cloppenburg in der Regionalpresse kam es zu zahlreichen öffentlichen Protesten. Daraufhin folgten gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen dem Inhaber des Veranstaltungsortes und der NPD um die Wirksamkeit des gekündigten Mietvertrages. Obgleich das Landgericht Oldenburg dessen Gültigkeit bestätigte, verlegte die NPD die Delegiertenkonferenz unter dem Druck der angekündigten Demon-

strationen nach Döttingen, Landkreis Oldenburg.

NPD-Aktion zum „Tag der deutschen Einheit“

Als Auftakt zu den bevorstehenden Wahlkämpfen führte die NPD am 17. Juni dezentrale Propaganda-Aktionen im Bundesgebiet durch. Für die norddeutschen NPD-Landesverbände hatte der LV Niedersachsen eine Sternfahrt organisiert, nach deren Abschluß sich die Teilnehmer in Munster zu einer geschlossenen Veranstaltung trafen.

Neben dem Gedenken an die Opfer des Aufstandes vom 17. Juni 1953 stand die Verkündung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl im Mittelpunkt der Veranstaltung.

NPD-Bauernprotestversammlungen im Raum Lüneburg/Lüchow-Dannenberg

Der NPD-Unterbezirk Nordheide/Elbe führte unter dem Motto „NPD antwortet Kiechle“ vom 18. bis 21. März eine Veranstaltungsreihe durch, die als „Bauernprotestversammlung“ für die ländliche Bevölkerung konzipiert war. Die NPD versuchte damit, wie schon bei der Europawahl 1984, im Bereich der Landwirtschaft neue Wähler für sich zu gewinnen.

Der Agrarreferent des NPD-Parteivorstandes, Karl FEITENHANSL, München, agitierte gegen die EG, die für den Niedergang vieler bäuerlicher Kleinbetriebe verantwortlich sei. Er forderte einen Stopp der Milliardenzahlungen an die Gemeinschaftskasse.

Die Veranstaltungen verliefen ohne erkennbare Resonanz in der Bevölkerung.



„Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Allgemeine Entwicklung

Die Jugendorganisation der NPD setzte ihren durch enge Anbindung an die Mutterpartei gekennzeichneten politischen Kurs fort. Dabei stand die Unterstützung der NPD in den Wahlkämpfen zu Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen im Mittelpunkt.

Die übrigen Aktivitäten beschränkten sich im wesentlichen auf die satzungsgemäß vorgegebenen Kongresse (Bund und Länder).

Trotz geringer Zunahme der Mitgliederzahl bleibt die weiter anhaltende Fluktuation innerhalb der JN-Verbände kennzeichnend für die mangelnde Geschlossenheit innerhalb der NPD-Jugendorganisation.

Eine bundesweite Schülerzeitung herauszugeben ist den JN nicht gelungen.

Dagegen erscheint nahezu regelmäßig im Parteiorgan der NPD „Deutsche Stimme“ ein von den „Jungen Nationaldemokraten“ verfaßter „Kommentar für die Jugend“. In der Ausgabe 11/86 wurde den im Bundestag vertretenen Parteien vorgeworfen, bei wichtigen Fragen stets



über die Köpfe der Bürger hinweg und gegen die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes zu entscheiden.

Weiter hieß es:

„Scheinasylantenflut, Neue-Heimat-Skandal, Parteispenden-Skandal, mörderische Abtreibung auf Krankenschein, Verbrechensflut, steigende Ausländerzahlen, über 2 Millionen Arbeitslose (darunter über 500.000 Jugendliche), hohe Staatsverschuldung, Fremdbestimmung und atomares Gefechtsfeld mitten in Deutschland.“

JN-Bundeskongreß

Der 15. ordentliche JN-Bundeskongreß fand am 6./7. September in Harsefeld/LK Stade statt. Die Delegiertenkonferenz, die zur Verwirrung der politischen Gegner unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorbereitet wurde und an der ca. 120 Personen teilnahmen, verlief störungsfrei.

Zur Unterstützung des NPD-Wahlkampfes zu den niedersächsischen Kommunalwahlen führten Angehörige der JN vor Beginn des Bundeskongresses in Stade und Umgebung verschiedene Propagandaaktionen durch, die jedoch in der Öffentlichkeit unbeachtet blieben.

Von den Delegierten wurde einstimmig ein Antrag verabschiedet, der die Aufnahme der „Grünen“ in den Verfassungsschutzbericht des Innenministers fordert.

Während des Bundeskongresses referierte der Vorsitzende der flämischen Schwesterorganisation „Voorpost“ zum Thema „Dem Nationalismus gehört die Zukunft“.

JN-Landeskongreß

Der JN-Landesverband Niedersachsen veranstaltete am 23./24. August in Wilhelmshaven seinen 17. ordentlichen Landeskongreß.

Ähnlich wie bei anderen NPD/JN-Veranstaltungen wurden die ca. 40 Teilnehmer erst kurz vor Beginn der Delegiertenkonferenz über den tatsächlichen Veranstaltungsort unterrichtet. Auf diese Weise wollte der JN Landesverband Niedersachsen den angekündigten Aktionen eines „antifaschistischen Bündnisses“ aus Wilhelmshaven begegnen, das zum Widerstand gegen das JN-Treffen aufgerufen hatte.

In einem Grußwort des niedersächsischen NPD-Landesvorsitzenden Dr. SCHIMMEROHN kam die Erwartung zum Ausdruck, daß die Mitgliedschaft bei den JN, die die Kampfbereitschaft für die „große nationaldemokratische Bewegung“ einschließe, eine Aufgabe sei, zu der neben unbedingter Einsatzbereitschaft auch die „bedingungslose Treue für das große Ziel einer nationalen Erneuerung des deutschen Volkes und des Vaterlandes“ gehöre.

„National-Freiheitliche“ Rechts- extremisten

Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und ihre sechs Aktionsgemeinschaften „Aktion deutsche Einheit — AKON e.V.“,

„Aktion deutsches Radio und Fernsehen“ (ARF),

„Ehrenbund Rudel“ (ER),

„Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.f.A.),

„Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA),

„Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur“

(früher „Schutz für Leben und Umwelt“) waren auch 1986 unvermindert politisch aktiv.

Um einen noch größeren Leserkreis zu erreichen, übernahm FREY mit Wirkung vom 1. Januar 1986 den Verlag „Deutsche Verlagsgesellschaft mbH, Rosenheim“, in dem die „Deutsche Wo-



chenzeitung“ (DWZ) erscheint. Damit beherrscht FREY den rechtsextremistischen Zeitungsmarkt fast vollständig. Seine Publikationen DWZ, „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) und „Deutscher Anzeiger“ (DA) erreichen eine wöchentliche Auflage von weit über 100.000 Exemplaren.

Mit der Umbenennung der Aktionsgemeinschaft „Schutz für Leben und Umwelt“ in „Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur“ wurde auch das Programm geändert. Die frühere Zielsetzung „verstärkter Umweltschutz“ wurde durch die Programmpunkte „Schutz des deutschen Volkes“, „Schutz der deutschen Sprache“ und „Schutz der deutschen Kultur“ ersetzt. Mit der Namensänderung wurde auch eine „Meinungsumfrage“ zu dem Thema „Soll das deutsche Volk rechtlos bleiben?“ in den Publikationen von FREY veröffentlicht. Sie befaßt sich u.a. mit den Asylanten-

problemen und der angeblichen Kollektivschuld des deutschen Volkes für das im Dritten Reich begangene Unrecht.

In dieses Bild passen auch die Schlagzeilen vom Frühjahr 1986 wie „Büßen und zahlen für immer?“, „Kein Ende der Wiedergutmachung?“, „Muß Deutschland ewig zahlen?“ und „Wiedergutmachung — Faß ohne Boden?“. In polemischer Weise wird hier zu den Wiedergutmachungsleistungen für nationalsozialistisches Unrecht Stellung bezogen. Während die Blätter auf die Gründe für Entschädigungszahlungen kaum eingehen, behandeln sie in ausführlicher Weise „die an den Besiegten des zweiten Weltkrieges begangenen Untaten der Sieger“:

„Mehr als vier Jahrzehnte nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ist kein Ende der Demütigung der Besiegten abzusehen, die für ihre eigenen Toten all der zum Himmel schreiender Untaten an



Für Deutschlands Rechte DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)

die führende überparteiliche Bewegung der verfassungstreuen Rechten und
freiheitlichen Mitte (Vorsitzender Dr. Gerhard Frey)

Ehrenbund Rudel

Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten

Aktion deutsche Einheit (AKON)

setzt sich für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands ein

Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)

arbeitet für ein Ende der Kriegsverbrecherprozesse gegen Besiegte des
II. Weltkriegs

Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)

will die Interessen des deutschen Volkes bei diesen Medien durchsetzen

Initiative für Ausländerbegrenzung (I. f. A.)

verteidigt den deutschen Charakter Deutschlands

Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur

kämpft für den Erhalt des Lebens und der Heimat

Stärken Sie die DVU und ihre Aktionsgemeinschaften durch Beitritt!



Bitte einsenden an: DEUTSCHE VOLKSUNION, Postfach 45, 8033 Planegg

- Beitrittsantrag für DVU
- Ehrenbund Rudel
- VOGA ARF AKON
- I.f.A.
- Schutzbund

Monatlicher Beitrag:
 DVU + AKON je DM 3,-
 Ehrenbund Rudel, VOGA, ARF,
 I.f.A., Schutzbund je DM 1,50

Hiermit bestelle ich
 die angekreuzte Zeitung:

- NATIONAL-ZEITUNG
 - DEUTSCHER ANZEIGER
 - DEUTSCHE
WOCHEN-ZEITUNG
- monatl. jeweils DM 8,25

DVU-Konten: Postgiroamt München Nr. 256624-808; Münchner Bank, BLZ 701 901 00, Konto-Nr. 060 555,
 Österr. Postsparkasse, Wien, 7125,919

Sie können die Zeitungsbestellung binnen einer Woche schriftlich widerrufen. Es genügt
 die Absendung in dieser Frist an DSZ-Verlag, Paasostr. 2, 8000 München 80.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Name _____ Vorname _____

Geburtsdatum _____ Geburtsort _____

Adresse mit Postleitzahl _____

Beruf _____

Welcher Partei oder Vereinigung gehören Sie in welcher Form an? _____

Welcher gehörten Sie in den letzten 10 Jahren in welcher Form an? _____

Datum _____ Unterschrift _____

Unterstützen Sie unsere Aktionen durch Spenden

Deutschen von 1939 bis etwa 1955 nicht einmal die Andeutung einer Entschuldigung, geschweige denn Sühne und Wiedergutmachung erfahren haben.“

Des weiteren rief FREY in der DWZ vom 28. November zum Beitritt zu einer neugegründeten „Deutschen Liste“ auf. Diese „Formation neuer Art“, die auch an Wahlen teilnehmen soll, sei „jedoch keine Partei im herkömmlichen Sinne“. Sie stelle „die rechte Alternative“ dar, „auf die Deutschland wartet“; die von Helmut Kohl versprochene Wende sei nicht eingetreten. „Brandts verräterische Ostpolitik“ würde fortgesetzt. Der „Hetze gegen das deutsche Volk“ würde nicht entgegengetreten. Führende Unionspolitiker wie von Weizsäcker und Kohl trieben diese Hetze vielmehr auf den Höhepunkt. Die „Überfremdung“ habe sich weiter verstärkt. Deshalb werde mit der „Deutschen Liste“ eine „Sammlung aller nationalbewußten Deutschen“ ins Leben gerufen.

Die von FREY initiierte „Deutsche Volksliste“ wurde im März 1987 als Partei gegründet und in „Deutsche Volksunion/Liste D“ umbenannt. Bundesvorsitzender wurde FREY, der die Absicht der Partei bekundete, mit Unterstützung der NPD an der Bürgerschaftswahl in Bremen teilzunehmen.

Wie in den Vorjahren führte die DVU auch 1986 Vortragsreihen mit dem britischen rechtsextremistischen Publizisten David IRVING in verschiedenen Städten durch. Zum Thema „Entrechtung des deutschen Volkes“ fanden in Niedersachsen drei Veranstaltungen statt:

- Am 2. September in Soltau mit ca. 70 Zuhörern,
- am 29. September in Osnabrück,
- In Wolfsburg wurde der DVU zunächst der Mietvertrag gekündigt, sie



und lese darum jede Woche die

Deutsche

National-Zeitung

das Gewissen der Nation

DSZ-VERLAG, Paasstr. 2, 8000 München 60

Verantwortlich für den Inhalt: Bruno Witzel, Paasstraße 2, 8000 München 60

erzwang aber gerichtlich die Bereitstellung der Räume zum 30. September. Etwa 80 Gegendemonstranten gelang der Zutritt zur Veranstaltung. Nach massiven verbalen Störungen wurde die Veranstaltung abgebrochen, ohne daß IRVING zu Wort kam.

Bundesweite Hauptveranstaltung der DVU war wiederum die „Großkundgebung“ in der Nibelungen-Halle in Passau mit ca. 2.500 Teilnehmern.

Während des Treffens wurde der Bürgerinitiative, die sich gegen die Einebnung der „Hingerichtetengräber“ auf dem Friedhof „Am Wehl“ in Hameln wendete, finanzielle Unterstützung zugesprochen. Das Geld ist für die Klage zur „Rückgängigmachung der Grabschändung“ bestimmt.

Ca. 400 Demonstranten protestierten gegen die Veranstaltung in Passau. Zu Ausschreitungen kam es nicht.

Sonstige rechtsextremistische Organisationen

Rechtsextremistische Kultur- und Weltanschauungsvereinigungen

Die Bedeutung dieser Gruppierungen, wie z.B. die „Deutsche Kulturgemeinschaft“ (DKG), das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG), die „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) und die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (GfbAEV), nimmt wegen des hohen Alters der Mitglieder ab.

In Niedersachsen waren 1986 folgende Vortragsveranstaltungen festzustellen:

- Vom 4. bis 6. April führte der aus der DKG hervorgegangene „Arbeitskreis für Kultur und Politik“ das „2. Norddeutsche Forum“ durch. Das als „kulturpolitische Veranstaltung“ bezeichnete Treffen löste Protestaktionen aus.
- Vom 25. bis 27. April fanden in Rotenburg die „18. Norddeutschen Kulturtag“ der DKG statt.
- Vom 3. bis 6. Oktober organisierte das DKEG in Bad Bevensen seine „Norddeutschen Kulturtag“.

Trotz eines beachtlichen Interesses innerhalb des rechtsextremistischen Lagers an den Vortragsveranstaltungen ist es den Gruppen nicht gelungen, ihren

Mitgliederschwund durch Neuaufnahmen zu stoppen.



Munin-Verlag/ HIAG-Bundesführung

1985 wurde von der Bezirksregierung Weser-Ems ein Antrag auf Genehmigung einer „Munin-Stiftung“, die der Sicherung des rechtsextremistischen „Munin-Verlages“, Osnabrück, dienen soll, abgelehnt. Der „Munin-Verlag“ ist mit dem „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit)“ (HIAG) eng verflochten. Gegen den Widerspruchsbescheid wurde zunächst Klage beim Verwaltungsgericht Oldenburg eingereicht, später aber zurückgenommen.

Die Versagung der Genehmigung wurde u.a. damit begründet, daß in Publikationen des „Munin-Verlages“ ein einseitiges und lückenhaftes Bild des 2. Weltkrieges wiedergegeben, die natio-

nalsozialistische Ideologie verteidigt und eine Verherrlichung unreflektierten fanatischen Soldatentums betrieben werde. Bestimmte Publikationen trügen zu einer Heroisierung des von den Nationalsozialisten ausgelösten und bis zum Exzeß getriebenen Krieges und so zumindest zu einer Verharmlosung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems bei.

Schüler- und Studentengruppen

Wie in den vergangenen Jahren betätigten sich auch 1986 im Raum Göttingen rechtsextremistische Zirkel, deren Anhängerschaft sich aus Schülern, Studenten und Jungakademikern rekrutiert. Die Veranstaltungen, bei denen auch bekannte Rechtsextremisten als Redner auftraten, blieben jedoch ohne nennenswerte Resonanz in der Öffentlichkeit. Das Mitglied des niedersächsischen NPD-Landesvorstandes Hans-Michael FIEDLER hat auf diese Aktivitäten seit Jahren maßgeblichen Einfluß.

„Wiking-Jugend“ (WJ)

Die einer völkisch-mythologischen Nordland-Ideologie huldigende „Wiking-Jugend“ hat in Niedersachsen rd. 40 Mitglieder, die im Gau Niedersachsen/Bremen organisiert sind.

Die 1984 und 1985 beobachtete Bereitschaft von Teilen der WJ zur Zusammenarbeit mit neonazistischen Kreisen führte 1986 zu noch andauernden Auseinandersetzungen, da traditionelle Kräfte der WJ diesen Kurs nicht mittragen.

In der Zeit vom 16. bis 19. Mai führte die WJ in Hetendorf, LK Celle, ein Pfingstlager mit ca. 200 Personen durch.

An dem in der Zeit vom 24. Juli bis 8. August ebenfalls in Hetendorf durchgeführten Sommerlager der WJ nahmen ca. 40 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil.

Wehrsportgruppen/ Wehrsportaktivitäten

Nachdem die „Nothilfe-technische Übungs- und Bereitschaftsstaffel Bergen e.V.“ (NÜB) schon 1985 keine nennenswerten Aktionen durchgeführt hatte, trat sie auch 1986 nicht in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Die NÜB wird jedoch weiterhin intensiv beobachtet, weil Ansätze für eine Reaktivierung der Organisation bekannt wurden.

Trotz der Inaktivität der NÜB wurden auch 1986 in Niedersachsen — vornehmlich im Bereich der Lüneburger Heide — Wehrsportübungen veranstaltet. So wurde bekannt, daß in der Zeit vom 17. bis 19. Mai in Lüder, LK Uelzen, ein „Wehrsport-Camp“ mit 18 Teilnehmern u.a. aus Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin durchgeführt worden war. Die Teilnehmer übten das Überwinden einer Cross-Strecke, Handgranatenweitwurf (mit Steinen) und machten Schießübungen mit Deko-Waffen.

Bei ihren Übungen waren sie zum Teil mit Tarn- und Kampfanzügen bekleidet.

Agitation und Aktionen gegen Ausländer und Asylanten

Vorbemerkung

1986 wurde vor dem Hintergrund der vorübergehend gestiegenen Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik eine intensive Asylrechtsdiskussion geführt. Diese teilweise emotional geprägte politische Auseinandersetzung hat mit dazu beigetragen, die Hemmschwelle bei der ausländerfeindlichen Agitation und Anwendung von Gewalt gegen Ausländer und Asylanten zu senken. So wurden als Täter bei ausländerfeindlichen Aktionen auch Personen festgestellt, die bisher nicht oder nicht eindeutig der rechts-extremistischen Szene zuzuordnen waren.

Rechtsextremisten nutzten die Auseinandersetzungen um das Asylrecht nach Kräften als willkommene Gelegenheit, um ihre seit Jahren betriebene Agitation gegen Ausländer zu verstärken und auch die Asylanten einzubeziehen.

Insbesondere die neonazistische FAP verstärkte ihre Propaganda gegen Ausländer.

Äußerungen rechtsextremistischer Gruppen zum Asylantenproblem

NPD:

Die NPD hat seit Beginn des Jahres 1986 den Schwerpunkt ihrer Ausländeragitation auf das Asylantenproblem verlagert.

Im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ erschienen regelmäßig Artikel zu diesem Thema. Unter Überschriften wie „Asylanten-Unwesen“ und „Asylanten-Springflut“ wurde behauptet, daß „alle Grenzen des unserem Volk Zumutbaren längst überschritten sind“. Die NPD forderte, daß die „Überschwemmung“ und die „Ausbeutung“ der Steuerzahler durch „Schein- und Wirtschaftsasylanten“ mit einer Grundgesetzänderung und durch entsprechende Gesetze unverzüglich beendet werden müsse.

Die NPD betonte, die Asylantenfrage könne nur mit politischen Mitteln gelöst werden, Gewalt lehne sie ab. Sollten einzelne Mitglieder bei „spektakulären Aktionen“ anderer Gruppen mitmachen, bestehe die Absicht, sie kompromißlos aus der Partei auszuschließen.

Die NPD stellte insbesondere die Asylantenfrage als Schwerpunktthema ihres Bundestagswahlkampfes heraus. Sie verbreitete in großer Auflage ein Flugblatt mit dem Titel „Platz für Asylanten!“, in dem es u.a. hieß: „Seit die CDU/CSU/F.D.P. unter Wende-Kanzler Kohl die Regierung stellt, hat sich beispielsweise die Zahl der Asylanten um immerhin gute 500 % erhöht ... Was? Sie finden, man muß härter kontrollieren, schneller urteilen und dann die über 70 % rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber unverzüglich nach Hause schicken??? — Dann wählen sie NPD!“

INFORMATIONSBLATT DER
JUNGEN NATIONAL-
DEMOKRATEN

JN INTERN

Ausgabe 5/8€
LANDESVERB. NIEDERSACHSEN

01.12.86: TÜRKEI, TEILSTAAT DER EG.



STOP!

STOPPT DIE AUSLÄNDERFLUT!

NATIONALDEMOKRATEN JUNGE

**Gebot der Stunde
Ausländerstopp!**

Erbar die Türk kommen

FAP-Nie
Postfach
3000 H



Freiheitliche
Deutsche P

FAP, Postfach 100

Wiefordern

FAP-Niedersachsen
Postfach 51 03 72
3000 Hannover 51
Deutschland den Deutschen

Ausländer raus



FAP

nen



12.-86

ichsen
03 72
er 51



**Für
Rasse
und
Nation**

terpartei
4152 Kempen 1



**Deutsches Geld
für
Deutsche
Aufgaben**

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
Postfach 51 03 72
3000 Hannover 51

National-Demokraten

**Arbeitsplätze
für Deutsche**

**Ausländer-
stopp**



die Krise meistern...



SO NICHT!

V.i.S.d.P.: Ursula Worch
Postlegerkarte
Nr. A 018 763
2050 Hamburg 80

FAP:

Für die neonazistische FAP hatte die Asylantenfrage in der Öffentlichkeit 1986 die Bedeutung gewonnen, die sie schon lange erwartet hatte. Wie im niedersächsischen Kommunalwahlkampf wandte sich die FAP auch im Bundestagswahlkampf mit Nachdruck gegen die von ihr behauptete Überfremdung durch Türken und Asylanten aus Asien und Afrika. Zu diesem Thema führte sie in Niedersachsen mehrfach Flugblatt- und Klebeaktionen durch.

Anfang September wurde in Braunschweig ein Flugblatt einer bisher unbekannteren „Gruppe 33 Braunschweig“ als Briefkastenwurfsendung verteilt. Diese Gruppe, die eine ausländerfeindliche Zielsetzung verfolgt und deren Flugblätter auch Bundeswehrsoldaten in Clausthal-Zellerfeld erreichten, ist der FAP zuzuordnen.

„National-Freiheitliche“ Rechtsextremisten:

Die Zeitungen des Medienunternehmers FREY brachten seit Mitte des Jahres im Sensationsstil Schlagzeilen zum Thema „Einwanderungsland Bundesrepublik“. Die Polemik der Überschriften wurde jedoch von der Substanz der jeweiligen Artikel nicht gestützt.

Seit Anfang Oktober 1986 veröffentlichten die „National-Freiheitlichen Wochenblätter“ eine als „Meinungsumfrage“ kaschierte Werbeanzeige der „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.f.A.) mit der Überschrift „Deutschland den Deutschen — oder den Scheinasylanten?“. Die mit „ja“ oder „nein“ zu beantwortenden Sätze der „Umfrage“ lauteten z.B.: „Nach meiner Überzeugung soll verhindert werden, daß Wirtschaftsflüchtlinge das Asylrecht unseres Staates länger mißbrauchen“ oder „Der unbe-

schränkte Zuzug von Türken, wie er ab 1. Dezember vorgesehen ist, muß verhindert werden“.

Rechtsextremistische Publikationen und Verlage:

Rechtsextremistische Publikationen und Verlage, deren Erzeugnisse auch in Niedersachsen verbreitet werden, widmen sich seit Anfang 1986 ebenfalls verstärkt dem Asylantenproblem.

Die in Coburg erscheinende Monatschrift „Nation Europa“ befürchtet einen Bürgerkrieg: „Wer einem modernen Liberalismus zuliebe die Leidensfähigkeit des eigenen Volkes als Pfand ansieht, das eingesetzt werden müsse, um durch die Duldung von Anwesenheit oder gar Zuzug nicht assimilierbarer Völker einen Beweis zur Humanität zu liefern, ... stellt eindeutig die Weichen auf zukünftige Bürgerkriegssituationen“.

Die „Vereinigung für gesamtdeutsche Politik“ sieht in ihrem Mitteilungsblatt „Deutschland“ die Gefahr, daß durch Asylanten vom Bundesbürger „möglicherweise eine Art Vireenträger“ finanziert werde, „die seiner Gesundheit, seinem Leben zum Verhängnis werden können... Daß es so viel Aids-kranke Menschen geben wird ... wird zuletzt vielleicht auch darauf zurückzuführen sein, daß eben eine große Zahl von afrikanischen Asylanten als Seuchenbomben explosiv infiziert“.

Der Bochumer „Freundeskreis Unabhängige Nachrichten“ ruft in seiner Publikation „Unabhängige Nachrichten“ zum Bekennermut beim Protest gegen Asylanten auf: „Wer jetzt noch aus Angst vor möglichen Nachteilen zögert, sich zu bekennen, möge bedenken: Der Unwille begriffsstutziger oder ideologisch verblendeter Nachbarn oder Vorgesetzter



ist ungefährlicher als das Messer eines asylsuchenden Schwerverbrechers!“.

Der „Deutsche Rechtsschutzkreis“ behauptete, daß in der Bundesrepublik Deutschland unschuldige Asylantengegenner verfolgt würden. In seiner Publikation „Recht und Justiz“ heißt es: „... ist in den letzten Monaten von höheren Instanzen an Behörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte offenbar die Weisung ergangen, verstärkt alle Kräfte zu verfolgen, die sich der Ausländer- und Asylantenschwemme entgegenstellen ... Unter Mißbrauch des Verwaltungs- und Strafrechts werden aber zunehmend untadelige Deutsche verfolgt, die sich völlig im Rahmen der Gesetze gegen eine Politik wehren, die zur Überfremdung und zur Auslöschung unseres Volkes führen muß“.

Schmier- und Flugblattaktionen anonymer Täter und Verfasser:

Schmierereien mit ausländer-/asylantenfeindlichem Inhalt, z.T. verbunden mit Hakenkreuzschmierereien und antisemitischen Parolen, wurden 1986 gegenüber den Vorjahren immer häufiger festgestellt. Wie verschiedene Ereignisse in Niedersachsen gezeigt haben, sind die Täter nicht immer in neonazistischen Kreisen zu suchen. So wurden für einige Straftaten arbeitslose Jugendliche als Täter ermittelt, bei denen als Motiv eine Ausländerfeindlichkeit festgestellt wurde, die sich aus der Arbeitslosensituation entwickelt hatte.

In einem Ende September in Verden und Achim verteilten Flugblatt einer „Anti-Ausländer-Front Achim“ wurde zu Gewalttätigkeiten gegen Ausländer

und Asylanten aufgerufen. In dem Flugblatt hieß es u.a.:

„Machen wir es doch genauso: Vergewaltigung ihrer Frauen und Töchter, Kastration der Männer und Söhne, Brandschatzen und Plünderungen der Ausländerwohnungen und Asylantenheime, Ausmerzung des nichtdeutschen Ausländertums, Wiedereinführung des ur-deutschen Denkens und Handelns, Ausmerzung allen nichtdeutschen Lebens auf deutschem Grund und Boden.

Die Anti-Ausländer-Front ruft hiermit zum Kampf gegen alles Nichtdeutsche auf, und beginnt mit Verteilung dieses Flugblattes mit dem Kampf gegen alles, was weder arisch oder gleichgesinnt ist. ... Ab sofort werden alle Ausländer und Asylanten mit allen uns zur Verfügung stehenden Waffen ausradiert. Wir kennen keinen Unterschied zwischen Alt und Jung. Je jünger, desto besser, denn unsere eigenen Kinder sollen wieder in deutschen Sandkisten, auf deutschem Grund und Boden spielen können ...“

Einzelaktionen in Niedersachsen mit ausländerfeindlichem Hintergrund

Die wachsende Ausländerfeindlichkeit läßt sich neben der Zunahme ausländerfeindlicher Propaganda auch an dem Anstieg der Gewaltakte ablesen. Während im Jahre 1985 keine Übergriffe gegen Ausländer festgestellt werden konnten, kam es 1986 auch in Niedersachsen zu einer Reihe entsprechender Straftaten, in deren Folge die Polizei Er-

mittlungsverfahren eingeleitet hat. Hervorzuheben sind die seit Mitte des Jahres vermehrt festgestellten Aktionen gegen Asylantenheime. Folgende ausländerfeindlichen Aktionen, die 1986 festgestellt wurden, sind hier hervorzuheben:

- Am 31. Mai wurde in Dötlingen in den Flur eines Hauses, in dem auch Asylanten wohnen, ein Nebelwurfkörper geworfen.
- Am 12. Juni schlugen in Goslar Unbekannte mit einem Pflasterstein die Haustür eines Asylantenwohnheims ein und warfen einen styroporummüllten Reizgaswurfkörper durch die Öffnung in den Flurraum.
- In der Zeit zwischen dem 20. und 23. Juli gingen in einem Asylantenheim in Goslar mehrere Drohanrufe ein. Hierbei wurde mitgeteilt, daß man in Goslar einen „Verein zur Bekämpfung des Asylantenunwesens“ gegründet habe, und daß man die Asylanten bis aufs Messer bekämpfen werde.
- Ende Juli kam es in Seevetal-Hitfeld zu erheblichen Farbschmierereien mit neonazistischen und volksverhetzenden Parolen, u.a. wurde das Asylantenheim erheblich beschmiert.
- In der Zeit zwischen dem 25. und 28. Juli wurde in Wolfsburg von unbekanntem Tätern eine Scheibe des Asylantenwohnheimes eingeworfen.
- Am 1. August wurde eine Fensterscheibe eines Asylantenheimes in Hameln eingeschlagen. Gleichzeitig wurden ausländerfeindliche Parolen gerufen.
- Am 8. August warfen Jugendliche an einer Asylantenunterkunft in Lüchow Fensterscheiben ein.
- Am 16. August wurde festgestellt, daß während des Urlaubs eines türki-

- schen Staatsangehörigen dessen Wohnung in Elsfleth erheblich verwüstet und mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert worden war.
- Am 17. August warfen in Meckelfeld drei Personen bei einem von Ausländern bewohnten Haus Fensterscheiben ein und hinterließen Aufkleber der FAP mit der Parole „Ausländer raus“.
 - Am 10. September klebten unbekannte Täter im Stadtgebiet von Rinteln Aufkleber der NSDAP/AO mit neonazistischem und ausländerfeindlichem Inhalt.
 - Am 13. September wurde in ein Wohnheim der Arbeiterwohlfahrt in Hannover durch einen Kippspalt eines geöffneten Fensters im Erdgeschoss ein Brandsatz geworfen, durch den der Fußboden teilweise verbrannte. In dem Haus waren auch Asylbewerber untergebracht.
 - Am 18. September wurde am Bahnhof Laatzen eine Person festgestellt, die mehrfach ausländerfeindliche Parolen schmierte.
 - Am 25. September wurde in Elsfleth ein Farbiger aus Togo wegen seiner Rassenzugehörigkeit beschimpft und anschließend tätlich angegriffen. Er erlitt eine tiefe Platzwunde am Kopf.
 - In der Nacht zum 29. September wurde an die Garage eines von einem Asylbewerber bewohnten Hauses in Lohne ein Hakenkreuz geschmiert.
 - Am 29. September wurde an ein Fenster der Wohnung eines italienischen Staatsangehörigen in Goslar ein Hakenkreuz geschmiert.
 - Am 5. Oktober wurde ein gambischer Staatsangehöriger in der Umgebung des Hauptbahnhofs in Hannover von mehreren Personen tätlich angegriffen. Erhebliche Verletzungen machten eine stationäre Behandlung erforderlich.
 - Am Abend des 12. Oktober kam es in einer Gaststätte in Edemissen, Landkreis Peine, zu einer Schlägerei zwischen libanesischen Asylbewerbern und Einheimischen. Dabei wurde ein 19-jähriger Deutscher von einem noch unbekanntem Libanesen durch drei Messerstiche getötet. Ein weiterer 19-jähriger Deutscher mußte mit einem Schädelbruch in ein Krankenhaus eingeliefert werden; zwei weitere Jugendliche wurden leicht verletzt. In der Nacht zum 14. Oktober sprühten noch unbekannte Täter in der Nähe des Tatortes die Parolen „Rache für Andree“, „Kanaken raus“ sowie ein Hakenkreuz. Bei einer Propagandaaktion, mit der die tödlich verlaufenen Auseinandersetzungen aufgegriffen werden sollten, wurden am 17. Oktober in der Ortschaft Abbensen von mehreren Mitgliedern der „Jungen Nationaldemokraten“ aus Hannover Aufkleber wie „Asylanten nein Danke“ sowie Aufkleber der neonazistischen NSDAP/AO mit Hakenkreuz und der Umschrift „Wir sind wieder da“ geklebt. Bei den JN-Mitgliedern wurden auch Waffen festgestellt, die sie nach eigenen Angaben zum eigenen Schutz mitgeführt hätten.
 - Am 21. Oktober löste sich am Lkw eines griechischen Staatsangehörigen aus Seevetal-Meckelfeld während einer Autobahnfahrt das linke Vorderrad. Das Fahrzeug konnte rechtzeitig zum Stehen gebracht werden. Bereits Ende August waren an einem anderen Fahrzeug Radmuttern des linken Hinterrades gelöst worden. Am 18. Oktober fand er an seiner Wohnungstür einen Aufkleber „Ausländer raus, wählt FAP“.

- Am 9. November wurde in eine Unterkunft für Asylbewerber in Gronau eine Nebelwurfkerze geworfen.
- Am 15. November wurde das Haus von zwei türkischen Staatsangehörigen in Melle-Barkhausen durchwühlt und anschließend Feuer gelegt. Es entstand ein Sachschaden von 100.000 DM.
- Am 18. November wurde in Asendorf ein Nebelwurfkörper durch die Scheibe eines Wohnheimes geworfen, das von Libanesen bewohnt wird.
- In der Zeit zwischen dem 22. und 28. November wurden in Cuxhaven mehrfach Asylbewerber mit Eiern und Farbbeuteln beworfen.
- In der Zeit zwischen dem 30. November und dem 5. Dezember ritzen Unbekannte in den Firmenwagen einer italienischen Firma u.a. Hakenkreuze und Judensterne.
- In Gronau wurden am 10. Dezember zwei Steine und am 16. Dezember ein Molotow-Cocktail in eine Unterkunft für Asylbewerber geworfen.
- Ende Dezember wurde einer türkischen Familie in Leer ein handbeschriebener Zettel zugeleitet, auf dem der Familie angedroht wurde, sie zu „vernichten“. Der Zettel enthielt auch drei Hakenkreuze.

Vorfälle in Hameln

Am Volkstrauertag 1985 war es in Hameln zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen neonazistischen FAP-Anhängern und Gegnern gekommen. Der Protest richtete sich gegen die Gedenkfeier der FAP an den Gräbern der von Rechtsextremisten als „Hinge-

richtete“ bezeichneten Toten, die nach 1945 von der britischen Besatzungsmacht in Hameln gehängt worden waren. Unter ihnen befanden sich der Kommandant des KZ Bergen-Belsen, Josef KRAMER, sowie die KZ-Aufseherin Irma GRESE.

Mit Einverständnis der Stadt Hameln hatte eine 1976 von einem damaligen NPD-Funktionär gegründete „Bürgerinitiative zur Erhaltung der Hingerichtetengräber Friedhof Am Wehl, Hameln“ die Pflege der Gräber und „Betreuung“ der Toten durch Gedenkfeiern am Volkstrauertag übernommen. Das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ berichtete seinerzeit über die Gründung der Bürgerinitiative unter der Überschrift „Nationaldemokraten verlangen würdige Ruhestätte“. Die Initiative bestehe aus Mitgliedern, „die nicht alle der NPD angehören, aber doch noch nationales Selbstbewußtsein haben und zeigen“.

Als Redner traten in den Folgejahren Rechtsextremisten wie 1980 Udo WALENDY und 1985 Alfred MANKE auf. Nachdem auch die neonazistische FAP 1985 eine selbständige „Gedenkfeier“ veranstaltet hatte, vergrößerte sich 1986 die Gefahr, daß die Grabstätte „Wallfahrtsort“ für Neonazis werden könnte. In dieser Situation kündigte die Stadt Hameln am 5. März die Pflegeabsprache mit der BI und ebnete die Gräber ein. Die von der BI aufgestellten Kreuze wurden entfernt.

Die Bürgerinitiative klagt zur Zeit gegen die Stadt Hameln auf Wiederherrichtung des Gräberfeldes.

Die Einebnung der Gräber führte zu zahlreichen Reaktionen von Rechtsextremisten. So polemisierte die FREY-Zeitung „Deutsche Wochen-Zeitung“ am 4. April, mit Hilfe „vertragsbrüchiger Kommunalpolitiker“ seien „gewalttätige Kommunisten“ am Ziel ihrer Wünsche

angelangt. In „dringenden Bitten“ an seine Leser rief FREY zu Geldspenden für die Bürgerinitiative auf, die „gegen die Schandtat der Kreuzbeseitigung mit juristischen Mitteln kämpfen wolle“.

Die FAP bezeichnete die Einebnung in einem als Sondernummer herausgegebenen Flugblatt als „Anschlag gegen das deutsche Volk“.

Der Spendenaufruf der FREYschen Zeitungen verfehlte seine Wirkung nicht. Im Rechenschaftsbericht der DVU, der

anlässlich der Großkundgebung in Passau bekanntgegeben wurde, heißt es:

„Heute wird Herr Manfred BUCHMEIER von der Hamelner Bürgerinitiative 20.000 DM aus dem Freiheitlichen Sozialwerk in Empfang nehmen können, damit auf dem Rechtswege die Grabmale der Kriegsverurteilten wiederhergestellt werden können.“

deckel Notizen
Was halten Sie
wir mal in 4
part besuchen

kam in riegs- haft

den Horror-
Weltkon-
m, wonach der
ante, daß Tito-
lich nach ihrer
urch die deutsche
en wurden, steht
in der „Frank-
tung“ vom 20.
ue jugoslawi-

de 1922 in der
südlichen Teil
en. Er stieß im
anen, wurde 1944
und blieb bis
n in einem deut-
dem Krieg war er
im Kosovo, 1965
r der dortigen offi-
albanischer Spra-
n Parlamentsab-
ad und 1971 jugo-
ber in Kopenha-

...möchten wir doch mit Leuten darüber unterhalten, wie man draußen über Jugoslawien und seinen Aufbau denkt. Wie wäre es also mit einem Besuch in 4 bis 5 Monaten?“

Ich: „Unter diesen Umständen sind Sie selbstverständlich mein Gast. Ich werde Sie gerne in Stuttgart in den besseren Lokalen herumführen.“

Er: „Na, ob Sie in 4 bis 5 Monaten nicht anders denken? Nun, Sie schwitzen ja so, Sie haben wohl Angst, daß Sie nicht nach Hause kommen?“

Ich: „Eigentlich nicht, es ist so heiß heute und das schwere Gepäcktragen.“

Er: „Nein, nein, Sie regen sich schon auf. Wie lange waren Sie nicht mehr zu Hause? 7 Jahre? Und zu 20 Jahren verurteilt sind Sie? Da müssen Sie noch bis 1968 hierbleiben. Das ist doch ein beängstigendes Gefühl. Aber nun will ich eine wichtige Frage an Sie richten und davon hängt es ab, ob ich Sie nach Hause lassen kann. In welche Partei werden Sie eintreten?“

Ich antwortete, daß er ja wisse, daß ich Beamter sei und daß bei Beamten eine parteipolitische Betätigung unerwünscht sei.

Er: „Das lasse ich nicht gelten. In Deutschland muß sich jeder politisch betätigen.“

Ich erklärte ihm dann, daß ich mir von hier aus keine klare Vorstellung über die politischen Probleme in Deutschland machen könne, da ich ja seit Jahren keine deutsche Zeitung mehr bekommen hätte und auf die spärlichen Nachrichten in den

...den 9...
ten / Das Urten des Völkern.
Die Blutschuld der Geschichte
NATIONAL-ZEITUNG ist an vielen
Kiosken und im Bahnhofsbuchhan-
del erhältlich; bedienen Sie sich bit-
le des Abonnementbestellscheins
auf Seite 3 unten!

DRINGENDE BITTE AN ALLE LESER:

IHRE ANTWORT AUF DIE SCHANDTAT VON HAMELN

Die schlichten Kreuze auf dem Hamelner Friedhof am Wehl sind aufgrund eines Ratsbeschlusses beseitigt worden. Jetzt erinnert nichts mehr an die 200 Frauen und Männer, die zwischen 1945 und 1949 im Hamelner Zuchthaus der britischen Besatzungs-„Justiz“ zum Opfer fielen und umgebracht wurden. Jene Bürgerinitiative, die sich seit Jahren um Erhalt und Pflege des Gräberfeldes bemühte, will gegen die Schandtat der Kreuz-Beseitigung juristisch kämpfen. Sie hat die Unterstützung aller anständigen Deutschen verdient. Deshalb bitten wir auch Sie um eine Spende im Kampf gegen die Schandtat von Hameln. Für Ihren Beweis nationaler Solidarität im voraus unseren Dank.

IHR FREIHEITLICHES SOZIALWERK

Postgirokonto: Sonderkonto S des
DSZ-Verlags Nr. 1729 89-802.
Postgiroamt München,
Bankkonto: Sonderkonto S des DSZ-
Verlags Nr. 252 01929 91, Hypo-Bank,
Zweigstelle München-Laim,
Österreich: Sonderkonto S des
DSZ-Verlags Nr. 1720 695.
Öster. Postsparkasse, A-1018 Wien.

Andere Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund (Auswahl)

Schmierereien an Schulen und öffentlichen Gebäuden

- Am 5. Mai wurden an die Außenwände der Hauptschule Heese-Süd in Celle zwei Hakenkreuze geschmiert.
- Am 16. Mai wurde in Lüneburg das Schulgebäude der Christiani-Schule mit einem Judenstern, einem Hakenkreuz und SS-Runen besprüht.
- In den Monaten Juli und August kam es an der Pius-Schule in Osnabrück mehrfach zu Schmieraktionen, bei denen teilweise auch Hakenkreuze und SS-Runen verwandt wurden.
- In der Nacht zum 1. August wurde die Vorderfront der St.-Pius-Kirche in Osnabrück mit SS-Runen und Hakenkreuzen in verschiedenen Größen besmiert.
- Am 20. Juli wurde in Schüttorf die Grundschule mit Hakenkreuzen und der Parole „Türken raus“ besprüht.
- Am 30. September wurden im Schulzentrum in Bramsche Wände und Fußböden mit Hakenkreuzen besmiert.
- Am 19. Oktober wurde die Turnhalle der Lessingschule in Delmenhorst mit Hakenkreuzen besprüht.
- Am 2. November wurden u.a. an die Anne-Frank-Schule in Hildesheim Hakenkreuze gesprüht.
- Am 10. November wurden in Wilhelmshaven das Sportforum und das Amt für Schulen u.a. mit Hakenkreuzen besmiert.

Schändung von Friedhöfen/ Gedenkstätten

- In der Nacht des 17. Mai wurden auf der Gedenkstätte Bergen-Belsen an mehreren Stellen Parolen wie „Juda verrecke“, „Deutschland erwache“, Hakenkreuze und ein Davidstern geschmiert.
- In der Zeit vom 17. – 19. Juni wurden auf dem jüdischen Friedhof in Celle Hakenkreuze und SS-Runen geschmiert und fünf Grabsteine umgeworfen.
- Am 8. und 15. August wurden auf dem jüdischen Teil des Johannes-Friedhofs in Osnabrück 18 Grabsteine umgestürzt.
- In der Nacht zum 25. September wurden auf dem Gelände des jüdischen Friedhofs in Celle 25 Grabsteine umgestoßen.
- Am 19. Oktober wurde vom Kirchendach der jüdischen Kapelle auf dem Nordfriedhof in Hildesheim ein Davidstern entwendet.



Schmierereien mit ausländerfeindlicher und antisemitischer Zielrichtung

- Am 19. April wurden im Bereich der Bundesautobahn zwischen Göttingen und Hann.-Münden/Lutterberg Hakenkreuze und Sprüche wie „Juda raus“ und „Juda verrecke“ gesprüht.
- Am 14. Mai wurden an einem Bahndamm in Hannover volksverhetzende Parolen festgestellt. U.a. wurde gesprüht: „Toter Jud das ist gut“, „Deutscher Ort Jud bleib fort“, „Sch... Judenpack“.
- Am 10. September wurden im Stadtgebiet von Rinteln Telefonzellen und Ruhebänke mit Aufklebern der NSDAP/AO beklebt. Auf den Aufklebern sind neben Hakenkreuzen die Parolen „NS-Verbot aufheben“, „Kauft nicht bei Juden“ und „Ausländer raus“ abgedruckt.
- Am 11. Oktober wurde in Hannover, Sudwiesenstraße, der Gehweg mit „FAP, Sieg Heil“, einem Hakenkreuz und „Ich hasse Türken“ besprüht.

Allgemeine Entwicklung

Auch im Berichtsjahr hielt sich die weitaus überwiegende Zahl der hier lebenden Ausländer an die geltenden Gesetze. Nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz ist als Mitglied extremistischer Ausländerorganisationen zu betrachten. Darunter sind solche Organisationen zu verstehen, deren Bestrebungen sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen aus politischer Motivation auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Der in den letzten Jahren rückläufige Trend bei den Mitgliederzahlen setzte sich etwas abgeschwächt fort:

1984: 6.400

1985: 4.850

1986: 4.590.

Diese Zahlen sind weiterhin unter dem Vorbehalt zu betrachten, daß sich viele Ausländer solchen Organisationen nur anschließen, um Kontakt mit ihren Landsleuten zu halten und im Bedarfsfall Hilfe und Unterstützung zu erlangen. Nicht alle stehen voll hinter der jeweiligen extremistischen Zielsetzung. Andererseits halten sich viele Ausländer aus Sorge um ihren Arbeitsplatz oder auch aus Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung nach ihrer Rückkehr in die Heimat politisch zurück. Nach wie vor werden die Aktivitäten der Organisationen von den Konflikt- und Krisensituationen in den jeweiligen Heimatländern bestimmt. Gelegentlich wird aber auch zu

aktuellen Fragen in Deutschland Stellung genommen. Türken stellen weiterhin die größte Ausländergruppe in Niedersachsen und die größte Zahl der ausländischen Extremisten. Während gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen türkischen Links- und Rechtsextremisten nicht mehr zu verzeichnen waren, ist die orthodox-kommunistische „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) hier zur größten Gefahr geworden. Sie kann inzwischen als terroristisch bezeichnet werden. Türkische, kurdische und deutsche Linksextremisten haben sie wegen ihrer Gewalttaten gegen „Abtrünnige“ und Andersdenkende isoliert. Neu ins Blickfeld gerückt sind aufgrund der politisch bedingten Auseinandersetzungen in Sri Lanka (Ceylon) extremistische Tamilen.

Türken

In Niedersachsen gibt es links- und rechtsextremistische Bestrebungen von Türken. Linksextreme Gruppen haben eine orthodox-kommunistische, proalbansische oder sozialrevolutionäre Zielsetzung. Rechtsextreme Gruppen sind extrem-nationalistisch oder islamisch-extremistisch ausgerichtet.

Obwohl es zwischen beiden Lagern weder ideologische noch politische Gemeinsamkeiten gibt, verfolgen sie jedoch alle insoweit das gleiche Ziel, als sie die jetzige türkische Regierung stürzen wollen.

Linksextremisten

Orthodoxe Kommunisten

Die „Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (FIDEF) mit je drei Mitgliedsvereinen und Stützpunkten

und etwa 200 Mitgliedern in Niedersachsen ist weiterhin die mitgliederstärkste und wichtigste Dachorganisation.

Aktivitäten der FIDEF wurden 1986 nur in Hannover festgestellt. Hier wurden ein vorwiegend von deutschen Linksextremisten herausgegebener Aufruf zum „Ostermarsch Hannover 1986“ durch Unterschriften unterstützt und an Info-Ständen und Mahnwachen Flugblätter mit Protesten gegen die „faschistische Diktatur“ in der Türkei verteilt.

Die Anwesenheit von Vertretern des DKP-Parteivorstandes, der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ), der DKP-beeinflußten „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK) sowie mehrerer kommunistischer Parteien aus dem Ausland beim Jahreskongreß im April in Essen bewies erneut die moskautreue Haltung der FIDEF. Der Kongreß beschloß, die deutsche „Friedensbewegung“ zu unterstützen: Jedes Mitglied sollte einen Landsmann und dessen Familie für die Bewegung gewinnen. In Diskussionsbeiträgen wurden die Ausländerpolitik der Bundesregierung verurteilt und das aktive und passive Kommunalwahlrecht für Ausländer gefordert.

Die übrigen in Niedersachsen mit wenigen Vereinen und Stützpunkten vertretenen moskautreuen Parteien traten kaum in Erscheinung. Bekannt wurde nur die Grußansprache eines Vertreters der in der Türkei verbotenen „Kommunistischen Partei der Türkei“ (TKP) zum 8. Parteitag der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP). Darin wurde die „Kriegshetze der Reagan-Administration“ verurteilt, die auf den „Friedensvorschlag, den der Generalsekretär der KPdSU, Genosse Gorbatschow, auf dem 11. Parteitag der SED unterbreitet“ habe,

keine positive Antwort gegeben habe. „Die zur Tradition gewordenen brüderlichen kommunistischen Bande der TKP und der DKP werden sich noch weiter verstärken.“

Extremistische „Neue Linke“

Proalbanisch

Die proalbanische „Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e.V.“ (DIDF), die die Politik der in der Türkei verbotenen „Revolutionären kommunistischen Partei der Türkei“ (TDKP) vertritt, befaßte sich vor allem mit sozialpolitischen Problemen der türkischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie forderte ein Verbot „aller faschistischen Organisationen wegen der Übergriffe Rechtsradikaler auf Ausländer“. Am Tag vor der Landtagswahl in Niedersachsen demonstrierten in Hannover Anhänger der DIDF zusammen mit deutschen Linksextremisten und anderen unter dem Motto „Ausländerfeindlichkeit ist Arbeiterfeindlichkeit“. In gemeinsam unterzeichneten Flugblättern unterstellten sie der Bundesregierung die Förderung des Rassismus und forderten das kommunale und allgemeine Wahlrecht für Ausländer sowie eine automatische Einbürgerung und doppelte Staatsbürgerschaft.

Von der TDKP bzw. der DIDF gesteuert oder beeinflußt sind in Niedersachsen vier Vereine und ein Stützpunkt mit etwa 80 Mitgliedern.

Die „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.“ (ATIF) umfaßt in Niedersachsen einen Mitgliedsverein und vier Stützpunkte mit etwa 80 Mitgliedern. Diese Organisation wird von der in der Türkei verbotenen „Türkischen Kommunistischen Par-

TÜRK VE KÜRT HALKILARININ DAYANIŞMA GEÇESİ

Solidaritätsabend mit den Türkischen und Kurdischen Völkern



- Yetki Halka
- İktidar Halka

- Söz Halka
- Karar Halka

DEMOKRATIE



Yer-Ort: Raschplatz Pavillon
Hannover Hbf, an Arkasi
15 Mart-März 1986
Saal-Uhr: 18.00
Gün-Tag: Cumartesi-Samstag

DEVRİMİ İSİ



PROGRAM

Ozanlar-Sänger:
Ali Asker
Mettuni
Elyan
Sängerin:
Sittet ile:
Can Yoksul
Gedichte von:
Tiyatro
(Theater)
Folklor
(Folklore)

tei/MarxistenLeninisten“ (TKP/ML) gesteuert. In einem Aufruf behauptete die ATIF, der „westdeutsche Imperialismus“ bereite sich intensiv auf einen „dritten Weltverteilungskrieg“ vor. Um von diesem Ziel abzulenken, beschneide er die Rechte der Werktätigen und hetze Ausländer gegeneinander auf. Er fördere und unterstütze die rechtsextremistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) und spanne die „Massen für seine verbrecherischen Absichten“ ein. Er greife „das Thema der Überlegenheit der deutschen Rasse in vielfältiger Weise“ auf.

Sozialrevolutionär

Durch die Spaltung der Gruppe „Devrimci Isci/Devrimci Yol“ (Revolutionäre Arbeiter/Revolutionärer Weg) gingen die Aktivitäten dieser Vereine erheblich zurück. Das führte auch zu erheblichen Mitgliederverlusten. In Niedersachsen bestehen nur noch zwei Vereine und einige Stützpunkte mit etwa 100 Mitgliedern und Anhängern. Während sich die gemäßigte Gruppe in Braunschweig verstärkt mit den Problemen ihrer Landsleute in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen will, strebt die radikalere Richtung weiterhin die Revolution in der Türkei an. Zu dieser Richtung gehört der Verein in Hannover.

Agitation

gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung:

Im Hinblick auf den Mitte des Jahres in die Bundesrepublik einsetzenden Asylanstrom warf die Gruppe „Devrimci Isci“ (Revolutionäre Arbeiter) in ihrem Publikationsorgan „Göçmen“ (Emigrant) der Bundesregierung vor, eine „Kriegsgewinn- und Hungerpolitik zu betreiben, Kriege zu schüren“ und für

die 12 Mio. Flüchtlinge in der Welt „weitgehend mitverantwortlich“ zu sein. Sie (die Bundesregierung) gebe Militärhilfen an die Türkei, mit denen der türkische Staat Bomben auf türkische Dörfer werfe. Wenn einige diesem Massennord entkommen könnten und in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl bäten, würden ihnen die Türen zugemacht. Der „offene Angriff gegen Ausländer“ sei „offizielle Staatspolitik“. In „dieser Gesellschaft“ komme an die Regierung, wer die Menschen gegeneinander aufhetze und die Ausländerfeindlichkeit schüre. Die Regierungsparteien machten die Ausländer zum Tagesthema, weil dies „Stimmenfang“ bedeute. Die „staatlichen Angriffe“ gegen Ausländer verstärkten die rassistischen und faschistischen Tendenzen in der Gesellschaft. Deshalb dürften die Ausländer nicht untätig zusehen, wie „Zimmermänner, Skins usw.“ eine „Menschenjagd auf Flüchtlinge“ veranstalteten.

gegen die Einladung des türkischen Staatspräsidenten durch Bundespräsident von Weizsäcker:

Das in Hannover ansässige „Informationsbüro Türkei“, das überwiegend von Anhängern der türkischen Gruppe „Devrimci Yol“ (Revolutionärer Weg) geleitet wird, rief in einer bundesweit verbreiteten Schrift alle „linken und demokratischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, alle fortschrittlichen türkischen und kurdischen Zielorganisationen“ auf, eine gemeinsame Kampagne gegen den bevorstehenden Besuch des türkischen Staatspräsidenten Evren zu führen. Für alle „Nicht-Türkei-Spezialisten“ hat das Büro Schriftmaterial für Informationsveranstaltungen, Pressemappen und Plakate vorbereitet.

In einem Flugblatt hieß es: „Die Einladung an Evren, die internationale Aufwertung dieses Menschenschlächters, ist ein Schlag ins Gesicht aller demokratischen Menschen in der Türkei und eine Verhöhnung der Menschenrechte.“

Auch die proalbanische „Föderation der türkischen demokratischen Arbeitervereine in Deutschland e.V.“ (DIDF) protestierte in einem deutschsprachigen Flugblatt gegen die Einladung und forderte im Rahmen einer Unterschriftenkampagne alle „Antifaschisten und Demokraten“ auf, sich an den Bundespräsidenten zu wenden, damit dieser Staatsbesuch gestoppt werde.

Die DIDF verglich den 12. September 1980 (Tag der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei) mit dem 30. Januar 1933 und erklärte, die Generäle in der Türkei seien für den „gesellschaftlich-politischen Einschnitt“ ebenso verantwortlich, wie es Hitler gegenüber dem deutschen Volk gewesen sei.

Rechtsextremisten

Die rechtsextremistischen Türken gliedern sich in Organisationen mit extrem-nationalistischer Zielsetzung und mit islamisch-extremistischer Zielsetzung mit zum Teil fanatischen Tendenzen.

Extrem-nationalistische Türken

Die Mitgliederzahlen und auch die politischen Aktionen im extrem-nationalistischen Bereich waren weiterhin rückläufig.

Die „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.“ (ADÜTDF) hat in Niedersachsen

noch fünf Mitgliedsvereine mit etwa 150 Mitgliedern. Davon sind allerdings nur noch die Vereine in Hannover, Salzgitter und Osnabrück aktiv. Der Grund für die weiter zurückgehenden Mitgliederzahlen und die politische Inaktivität waren verbandsinterne Streitigkeiten. Der von dem ehemaligen Vorsitzenden der in der Türkei verbotenen und aufgelösten „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP), TÜRKES, bestimmte Verbandsvorsitzende TUNCAY wird von vielen Mitgliedern aufgrund seines autoritären Führungsstils abgelehnt. Die ehemaligen Funktionäre CELEBI und BATMAN bemühten sich, den Niedergang durch eine Neugründung zu beenden. Von den Mitgliedsvereinen in Niedersachsen waren im Berichtsjahr keine herausragenden öffentlichen Aktionen zu verzeichnen.

Islamisch-extremistische Türken

Dieser Bereich ist in Organisationen gegliedert, die

- a) das theokratische Gedankengut der in der Türkei verbotenen und aufgelösten „Nationalen Heilspartei“ (MSP) sowie ihres ehemaligen Vorsitzenden ERBAKAN vertreten. Dachorganisation ist die „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa“ (AMGT) mit Sitz in Köln;
- b) den Ideen des Ayatollah Khomeini und seiner „islamischen Revolution“ anhängen. Dazu gehört der vom ehemaligen AMGT-Vorbeter KAPLAN geführte „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln“.

Die Bemühungen ERBAKANs, eine Vereinigung der Organisationen zu erreichen, blieben erfolglos. Aufgrund ideologischer und religiöser Differenzen, die durch die persönlichen Auffassungen der von Zeit zu Zeit wechselnden Vorbeter

Fiyatı: 4.00 DM

Yeni

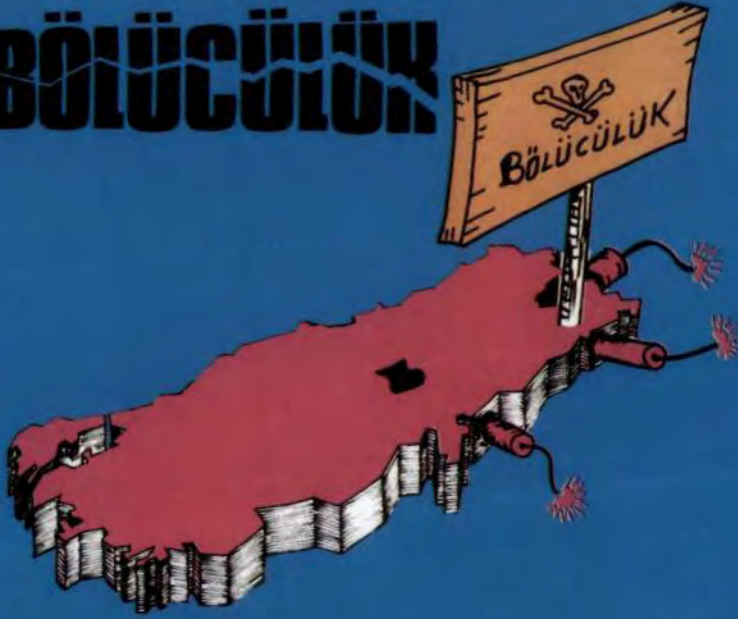


Ufuk

İki aylık dergi YIL: 1 SAYI: 1 OCAK/ŞUBAT 1987

DOĞUNUN BİTMİYEN ÇİLESİ

BÖLÜCÜLÜK



der örtlichen Vereine geprägt sind, wechseln die Vereine häufig ihre Orientierung. Eine Zuordnung zu einer der Dachorganisationen ist daher nicht ohne weiteres möglich.

In Niedersachsen leben etwa 1.950 islamisch-extremistische Türken, die u.a. in Achim, Braunschweig, Celle, Delmenhorst, Garbsen, Hannover, Königslutter, Nordenham, Osnabrück und Salzgitter organisiert sind.

MSP-Richtung

Die islamisch-extremistischen Türken halten sich mit spektakulären politischen Aktivitäten in der Öffentlichkeit bewußt zurück. Für sie war der Besuch ERBAKANs in der Bundesrepublik Deutschland, der ihn auch nach Hannover führte, das herausragende Ereignis. Neben der religiösen Schulung entwickelte die AMGT verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten. Sie versorgte religiöse Türken mit nach islamischem Brauch geschlachteten Tieren und war auch im Bankgewerbe tätig.

IRAN-orientierte Richtung

Der 1983 von KAPLAN gegründete „Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. Köln“ hat sich gefestigt und weitere Mitglieder gewonnen. Nach wie vor lehnt er die jetzige Staats- und Gesellschaftsform der Türkei ab. Durch eine „islamische Revolution“ soll sie nach iranischem Beispiel in einen theokratischen Staat umgewandelt werden. Der Verband setzte seine Agitation gegen Andersgläubige konsequent fort. So hieß es in seinem Presseorgan:

„Auch Jerusalem wird wie die übrigen islamischen Staaten und Städte, die sich unter der Fremdherrschaft des Unglaubens und des Kulturimperialismus befin-

den, selbstverständlich zurückeroberet werden! ... die Grundprinzipien der demokratischen Ordnung basieren auf der liberalen Weltanschauung. Sie sind die Verteidiger der grenzenlosen Freiheiten des Westens. Es ist eine nicht zu widerlegende Tatsache, daß diese Freiheiten eine von Alkohol und Rauschgiftsucht geprägte und an Aids erkrankte Gesellschaft geschaffen haben...“

Zur Bombardierung Libyens durch die USA hieß es „... der Vorfall ist in keiner Weise gerechtfertigt. Er beweist nur erneut, daß die Muslime, die Amerika als den ‚Großen Teufel‘ bezeichnen, recht haben.“

Zu diesem Artikel gehörte ein Foto, auf dem Mitterand, Thatcher, Kohl, Reagan und der japanische Ministerpräsident zu sehen sind. Die Bildunterschrift lautete: „Einige der Großen Teufel zusammen.“

Kurden

In Niedersachsen sind mehrere orthodox-kommunistische Kurdenorganisationen mit Mitgliedsvereinen und Stützpunkten vertreten. Aktivitäten gingen jedoch fast nur von der gewaltorientierten „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) aus. Die Mitgliederzahl der PKK-Vereine und -Stützpunkte beträgt etwa 450, die Anhängerschaft der übrigen Organisationen der Kurden wird auf etwa 90 geschätzt.

Seit dem Jahre 1985 werden von der PKK nicht nur Abtrünnige aus den eigenen Reihen, sondern auch Kritiker aus anderen linksextremistischen Türken- und Kurdenorganisationen angegriffen.

Das letzte Opfer war im Februar 1986 der Türke TIMUROGLU aus Hamburg, ein Funktionär der türkischen Gruppe der „Neuen Linken“, „DEVIRIMCI IS-CI“ (Revolutionäre Arbeiter). In der Bundesrepublik Deutschland sowie in Dänemark, Frankreich, Schweden und in der Schweiz wurden seit Mai 1984 20 Gewaltakte bis hin zum Mord festgestellt, die der PKK zugerechnet werden müssen. Es ist zu befürchten, daß die PKK künftig auch gegen türkische Repräsentanten und Einrichtungen vorgehen wird. Durch einen anonymen Brief war der Polizei im August in Hamburg bekanntgeworden, daß Mitglieder der PKK einen Sprengstoffanschlag auf das türkische Generalkonsulat planten. Sprengstoff und andere Tatmittel sollten von einem auswärtigen Türken in einem Schließfach des Hamburger Hauptbahnhofes deponiert und von einem Mitglied des örtlichen PKK-Vereins abgeholt werden. Als ein Mitglied des Hamburger PKK-Vereins das Schließfach leeren wollte, wurde es verhaftet. Den Tatwerkzeugen lag ein Selbstbeziehungsschreiben bei, das die PKK als Urheber ausweist und die Fortsetzung solcher Aktionen ankündigt. Inzwischen ist der Verdächtige allerdings aus der Haft entlassen worden, weil der Tatverdacht nicht aufrechterhalten werden konnte.

In einer erstmals Mitte des Jahres in deutscher Sprache erschienenen Schrift „Der Weg der Revolution Kurdistans — Manifest“ warb die PKK in der Bundesrepublik Deutschland für ihre Ziele. Darin bekannte sie sich zum Marxismus-Leninismus und propagierte den „bewaffneten revolutionären Kampf“. In anderen Flugblättern und Schriften wurde deutlich, daß sie nicht nur zur revolutionären Gewaltanwendung auffordert, sondern selbst Gewalt anwendet. So hieß es z.B. in ihrer Schrift „SERXWER-



BUN“ (Unabhängigkeit): „Wir werden die erbarmungslos liquidieren, die für den Kolonialismus, seine indirekten Verbündeten, für den Imperialismus als Agenten, als Kollaborateure arbeiten...“

Während einer „Newroz“- (Neujahrs-) Veranstaltung im März in Köln rief einer der Redner dazu auf, den „Guerillakrieg“ in einen „Volkskrieg“ umzuwandeln. Den türkischen Staat und dessen „Helfershelfer“ bezeichnete er als „Terroristen, Anarchisten, Monster, Barbaren und Banditen.“

Neben Gewaltpropagierung und -ausübung versuchten PKK-Anhänger im gesamten Bundesgebiet durch Besetzungsaktionen, Demonstrationen, Kundgebungen und Verteilen vieler Schriften Aufmerksamkeit zu erregen. So wurden im Januar und Februar das NDR-Funkhaus in Hannover, die Redaktion der

„Neuen Osnabrücker Zeitung“ und die SPD-Geschäftsstelle in Hannover besetzt. Am 23. März fand in Hannover das alljährliche „Newroz“-Fest statt. Bei Demonstrationen des DGB zum 1. Mai verteilten PKK-Angehörige aus Celle und Hannover verschiedene Schriften, um auf die Lage des kurdischen Volkes in der Türkei aufmerksam zu machen. Mit 300 bis 400 Teilnehmern waren PKK-Mitglieder und -Sympathisanten aus Celle und Hannover an einer Demonstration am 31. Mai in Bonn beteiligt.

Der 2. Jahrestag der Gründung der „Befreiungseinheiten Kurdistans“ (HRK) wurde am 9. August in der Niedersachsenhalle in Hannover bundesweit gefeiert. Drei Tage nach der Bombardierung kurdischer Dörfer durch die türkische Luftwaffe am 15. August besetzten 33 kurdische Männer und Frauen das Oldenburger Rathaus und leisteten der Polizei bei der Räumung heftigen Widerstand. Am 23. August demonstrierten in der Innenstadt von Hannover etwa 200 Kurden gegen die Luftangriffe. Am 25. August besetzten 30 Kurden aus demselben Grund erneut die SPD-Geschäftsstelle in Hannover, am 27. August trat in Göttingen etwa die gleiche Anzahl in einen Hungerstreik. Gegen die Verhaftung ihres Landsmannes in Hamburg im Zusammenhang mit dem geplanten Sprengstoffanschlag gegen das dortige türkische Generalkonsulat demonstrierten am 16. September etwa 60 PKK-Anhänger in Hannover und blockierten später zeitweise den Eingang zum Funkhaus des NDR. Auf Flugblättern und Transparenten forderten sie die Freilassung des Inhaftierten und den Rücktritt des Hamburger Innensenators.

Demonstrationen

türkei
information

ZUM 6. JAHRESTAG
DES MILITARPUTSCHES
IN DER TÜRKEI:

UNTERSTÜTZEN WIR DEN KAMPF UNSERER
VÖLKER GEGEN DEN FASCHISMUS

Am 12. September 1980 hat die Türkei die Kontrolle über die gesamte Herrschaft übernommen. „Militäre und Arbeiter der Türkei“ und „Die Arbeiterbewegung der Türkei“ sind die wichtigsten Organisationen der Arbeiterbewegung in der Türkei. Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft. Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft. Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft.



Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft. Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft. Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft. Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft. Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft.

Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft. Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft. Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft. Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft. Die Arbeiterbewegung der Türkei ist die wichtigste Kraft für die Befreiung des kurdischen Volkes von der faschistischen Herrschaft.

Anlässlich des 6. Jahrestages der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei (12. September 1980) fanden am 6. und 13. September bundesweit organisierte Veranstaltungen türkischer und kurdischer Linksextremisten mit zusammen etwa 8.000 Teilnehmern statt.

Aus Celle und Hannover waren am 6. September ungefähr 400 Kurden zu einer von der „Föderation der Patriotischen Arbeiter- und Kulturvereine Kurdistans in der BRD e.V.“ (FEYKA-Kurdistan) – Basisorganisation der PKK – veranstalteten Demonstration nach Köln gefahren. In dort verteilten Flugblättern wurden alle „fortschrittlichen, demokratischen und antifaschistischen Menschen“ aufgefordert, die „elenden,

menschenverachtenden Praktiken des faschistischen türkischen Kolonialismus“ und der „tollwütigen türkischen Armee“ zu „entlarven“. Das deutsche Volk, das eine „zwölfjährige faschistische Herrschaft am eigenen Leib erlebt“ habe, müsse sich mit dem Kampf des kurdischen Volkes solidarisieren.

Angehörige der beiden türkischen Gruppen der „Neuen Linken“ „DEV-RIMCI YOL/DEV-RIMCI ISCI“ (Revolutionärer Weg/Revolutionäre Arbeiter) aus Braunschweig und Hannover beteiligten sich am 13. September an Demonstrationen und Kundgebungen in Duisburg und Hamburg.

An der Duisburger Veranstaltung, zu der zahlreiche türkische Organisationen — orthodox-kommunistische sowie solche der „Neuen Linken“ und kurdische Gruppen — aufgerufen hatten, nahmen auch deutsche Linksextremisten teil.

Auf Transparenten forderten die Demonstranten:

„Tod dem Faschismus in der Türkei“,
„Stoppt die militärische und wirtschaftliche Hilfe an die Türkei!“
„Gemeinsam gegen Atomraketen“.

Iraner

In Niedersachsen sind etwa 350 Iraner in folgenden extremistischen Vereinigungen organisiert:

„Neue Linke“

- „Iranische Studentenvereinigung — Sympathisanten der Volksfedayin Iran — Minderheit“ (AKALIAT),
- „Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin“ (O.I.P.F.G.)
— Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran,

Orthodox-kommunistisch

- „Organisation Iranischer Studenten — Sympathisanten der Volksfedayin des Iran — Mehrheit“ (O.I.S.),
- „TUDEH-Partei“,

Islamisch-fundamentalistisch mit marxistischer Prägung

- „Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland“ (MSV),

Monarchistisch

- „Rat der Konstitutionellen Monarchie des Iran in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin“ (R.K.M.I.),

Islamisch-fundamentalistisch

- „UNITED ISLAMIC STUDENTS ASSOCIATION in EUROPE“ (U.I.S.A.).

Bis auf die U.I.S.A., deren Mitglieder fanatische Khomeini-Anhänger sind, stehen alle übrigen Organisationen in Opposition zum derzeitigen iranischen Regime. Zum „Tag der Revolution“ (Sturz des Schah am 11. Februar 1979) fanden Veranstaltungen der MSV in Bonn und der O.I.S. in Bochum statt, an denen Anhänger aus Niedersachsen beteiligt waren.

Anhänger der MSV demonstrierten am 20. Juni in Bonn aus Anlaß des „5. Jahrestages des Widerstandes“. Am 20. Juni 1981 war in Teheran während einer Kundgebung der Volksmujahedin mit 500.000 Teilnehmern von regierungstreuen Sicherheitskräften in die Menge geschossen worden, wobei 80 Demonstranten getötet worden sein sollen. Seitdem ist der 20. Juni von den Volksmujahedin zum „Tag der Märtyrer und der politischen Gefangenen“ erklärt worden.

Anfang Mai kam es an der Universität in Göttingen zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der MSV und anderen linksextremistischen Iranern, insbesondere den „Sympathisanten der Volksfedayin Iran — Minderheit“, die zum Teil in Tätlichkeiten ausarteten. Anlaß dafür war ein Vorfall, der sich am 8. April in Paris ereignet hatte.

Dort hatten Anhänger der Volksfedayin (Minderheit) in der Nähe des Exilsitzes des Generalsekretärs der Volksmojahedin, RADJAVI, Flugblätter verteilt, in denen gegen ein Geheimgespräch zwischen diesem und dem jordanischen König HUSSEIN protestiert wurde. Anhänger RADJAVIs hatten die Flugblattverteiler fotografiert und deren Fotos und Personalien in ihrer Zeitung veröffentlicht, so daß dadurch — nach Meinung aller iranischer Exilorganisationen — dem Khomeini-Regime Namen iranischer Oppositioneller zugänglich gemacht wurden.

Während einer von etwa 3.000 Personen besuchten Veranstaltung der MSV am 9. November in Köln wurde mit besonderem Nachdruck an die Mitglieder appelliert, sich freiwillig für den „Kampf an der Front“ gegen das Khomeini-Regime zu melden. Mehrere Veranstaltungsteilnehmer kamen dieser Aufforderung spontan nach.

Im August setzte sich ein Funktionär der Volksmojahedin aus dem Bereich Hannover mit etwa 20 Anhängern in den Irak ab. Weitere Anhänger sollten bis zum Ende des Jahres folgen, um von Bagdad aus „Aktionen gegen Khomeini“ zu unternehmen.

Zum Asylantenproblem in der Bundesrepublik Deutschland warf die O.I.S. in ihrem deutschsprachigen Organ „Iran-Informationsblatt“ den „Rechtskräften“ und vor allem der Bundesregierung vor, eine „Kampagne gegen die

Flüchtlinge und Asylrecht“ zu führen. Dahinter stehe die Absicht, „ausländerfeindliche und rassistische Stimmungen auszunutzen, um von den wirklichen Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und der Sozialmisere abzulenken, die Abwehrkräfte gegen die konservative Wendepolitik auszuschalten und zusätzlich für die Wahl auf Stimmung zu gehen.“ Da die Bundesrepublik Deutschland „mit ihren guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen ihren Beitrag zur Festigung des despotischen Khomeini-Regimes leiste“, könne sie sich der Verantwortung zur Aufnahme Tausender iranischer Flüchtlinge als Asylanten nicht entziehen.

Araber

Auf dem Gebiet des arabischen Extremismus sind die Organisationen ideologisch, ethnisch und glaubensmäßig weiterhin stark zersplittert. Das zeigt sich auch an der PLO, der Dachorganisation der palästinensischen Befreiungsbewegung, die ihre organisatorische und politische Handlungsfähigkeit noch immer nicht wiedergewonnen hat.

Dagegen wurden durch den weltweit operierenden „Staatsterrorismus“, hinter dem insbesondere Syrien und Libyen stehen, auch 1986 Gewaltakte verübt. Dieses Gewaltpotential, das jederzeit losschlagen kann, wenn es politisch zweckmäßig erscheint, wird durch „Mord-Kommandos“ arabisch-palästinensischer und libanesischer Splitterorganisationen verstärkt, die aus dem Vordere Orient einreisen. Sie bedrohen ebenfalls ständig die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

In Niedersachsen waren Anschläge nicht zu verzeichnen. Hier wohnen etwa

FREIHEIT FÜR IRAN

Nr. 10

Nachrichtenbulletin der Volksmodjahedin Iran

Mittwoch, 10. September 1986

21 Jahre Modjahedin

Kampf gegen die Schah- und die Khomeini-Diktatur

Am 6. September 1965, d.h. vor 21 Jahren, als die Schah-Diktatur alle Bereiche der iranischen Gesellschaft überschattete, wurde eine neue Idee geboren: die Volksmodjahedin Organisation Iran. Diese Idee mit ihren zutiefst islamischen, nationalistischen und demokratischen Merkmalen beseitigte alle Schwächen und Unzulänglichkeiten der 100-jährigen Bewegung der iranischen Bevölkerung, die in dem Wunsch nach Freiheit und einem iranischen Nationalismus zusammengefaßt war. Aus diesem Grund fand die Organisation bei der Mehrheit der iranischen Bevölkerung sehr schnell Sympathie und wurde zur Hauptkraft des Widerstandes gegen die Schah-Diktatur.

Die Volksmodjahedin Organisation brachte viele Opfer in ihrem Kampf gegen die Schah-Diktatur und für die Schaffung von Freiheit. Nach der Hinrichtung des Gründers dieser Organisation Mohammad Hanifnejad und mehrerer anderer Mitglieder und Verantwortlichen der Organisation übernahm Massoud Radjavi die Führung der Volksmodjahedin, während er selbst im Gefängnis inhaftiert war. Erst mit dem Massenaufstand der Bevölkerung gegen die Schah-Diktatur wurde Massoud Radjavi im Jahre 1979 aus dem Gefängnis befreit, woraufhin er sich mit dem Wiederaufbau der Volksmodjahedin Organisation befafte, die in der Tat das bedeutendste Kapital und der nationale Schatz der iranischen Bevölkerung in ihrem über hundertjährigen Kampf für die Schaffung von Freiheit und Demokratie ist. So wurde sie schon nach kurzer Zeit zu einer der bestorganisierten, größten und bedeutendsten politischen und demokratischen Organisationen der iranischen Bevölkerung.

Fortsetzung auf Seite 5

Khomeinis Furcht vor dem Zusammenbruch

Der Diktator bedroht seine Funktionäre

Die Konflikte und Widersprüche unter den Cliquen des Khomeini-Regimes — eine Folge der täglich zunehmenden allgemeinen Unzufriedenheit mit der Unterdrückungs- und Kriegshetzepolitik des Regimes sowie der Zunahme und Weiterentwicklung des Widerstandes — haben ein Stadium erreicht, wo niemand mehr in der Lage ist, sie zu lösen, außer Khomeini persönlich. Dies zeugt davon, daß das Regime sich vollständig auf seine Person stützt und welche Rolle er persönlich spielt, um sein schwankendes Regime im Gleichgewicht zu halten.

Auch früher schon hatten die regimeinternen Widersprüche — im Grunde genommen ein Krieg von Wölfen um die Unterdrückung und Ausplünderung der Bevölkerung — zu bestimmten Zeitpunkten ein Stadium erreicht, wo Khomeini gezwungen war, persönlich einzugreifen. Aber bisher hatte er die Agenten und

Funktionäre seines Regimes noch nie mit solcher Heftigkeit und Schärfe bedroht.

Am 30. August hielt Khomeini anläßlich der „Woche der Regierung“ eine Ansprache vor allen hohen Funktionären seines Regimes, wo er auf Artikel hinwies, die gegen den Premierminister Mussavi und sein Kabinett verfaßt worden waren.

Fortsetzung auf Seite 2

Geheime Parlamentsdebatte über die Ankunft Massoud Radjavis nahe der iranischen Grenze

Der Innenminister vor dem Sicherheitsrat Khomeinis: „Nach seiner Ankunft wollen die Modjahedin in den Großstädten des Landes Unruhe stiften.“

Nach Berichten der Volksmodjahedin aus dem Iran fanden drei aufeinanderfolgende Geheim Sitzungen von Khomeinis Parlament unter Rafsandjanis Vorsitz statt. Es wurden die Folgen der Abreise Massoud Radjavis für die Veränderung des politischen, gesellschaftlichen und internationalen Gleichgewichts in bezug auf den Iran und vor allem für die Ausdehnung der Operationen des Widerstandes behandelt.

Fortsetzung auf Seite 3

Iranischer Friedensplan

Ein Artikel aus *LABOUR WEEKLY*,
Organ der britischen Labour-Partei

(Seite 4)

„Vor der Hinrichtung
sollt ihr die Verurteilten
öffentlich verstümmeln!“

Der Mullah Sanei, Freitagsprediger der zentraliranischen Stadt Ghom, machte beim Freitagsgebet vom 22. August in dieser Stadt den Vorschlag, daß Verurteilte erst erhängt werden sollten, nachdem sie öffentlich verstümmelt wurden — dies zum Zwecke der Verbreitung von Furcht und Schrecken in der Gesellschaft.

Fortsetzung auf Seite 8

Weitere Themen:

„Schwierigste Zeiten“ (Seite 2)

Die Welt bemüht sich um Frieden
(Seite 6)

Unermeßliche Preissteigerungen
(Seite 7)

Das Unvermögen des Khomeini-
Regimes bei der Wasser- und
Stromversorgung (Seite 7)

260 extremistische Araber, die verschiedenen Organisationen zuzurechnen sind.

PLO und Einzelorganisationen

Die ungewisse Situation der PLO seit dem „Spaltungskongreß“ des „Palästinensischen Nationalrates“ (Exilparlament der Palästinenser) im November 1984 hatte auch Auswirkungen auf die politische Arbeit der PLO und ihrer Mitgliedsorganisationen in der Bundesrepublik, weil die künftige politische Entwicklung nicht zu erkennen ist. Die Reaktivierungsbemühungen der „AL FATAH“, der größten Einzelorganisation der PLO, bei den von ihr maßgeblich beeinflussten Organisationen „Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin“ (PSV) und „Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin“ (PAV) haben in Niedersachsen noch zu keinem erkennbaren Erfolg geführt.

Bemerkenswert ist das Grußwort des PLO-Vertreters zum 8. Parteitag der DKP in Hamburg. Neben den üblichen Freundschaftsbeteuerungen wurden die internationale Solidarität der DKP gelobt und der gemeinsame Kampf gegen den Imperialismus herausgestellt. Der Vertreter der PLO ging in seiner Grußansprache auf ein aktuelles politisches Problem in Niedersachsen ein. Er führte wörtlich aus:

„Und wenn sich wie heute wieder in der arabischen Welt unübersehbarer Widerstand regt gegen Besatzung und Fremdherrschaft, dann wird die ganze Region zu einem terroristischen Sumpf deklariert, den man quasi nach Belieben „trockenbomben„ darf.

Und sollte doch einmal ein Vorwand fehlen, so kann ja immer noch ein eigener Geheimdienst ein geeignetes Objekt in die Luft sprengen. Es muß ja nicht immer ein Gefängnis sein.“

Terroristische arabische Aktivitäten

Auch in der Bundesrepublik Deutschland muß weiterhin jederzeit mit terroristischen Anschlägen durch arabische Organisationen oder arabische Nachrichtendienste gerechnet werden. Motive dafür sind nach wie vor innerarabische Auseinandersetzungen um die Palästina-Frage, der Kampf gegen Israel, der „Zionismus“ und der „US-Imperialismus“.

War in den letzten Jahren vor allem Libyen Drahtzieher solcher Aktionen, so war bei den letzten spektakulären Anschlägen höchstwahrscheinlich der syrische Nachrichtendienst entscheidend beteiligt. Mit der Ausführung wurden entweder bereits im Lande lebende Araber, wie die Jordanier HASI und SALAMEH, die am 29. März den Sprengstoffanschlag auf die „Deutsch-Arabische Gesellschaft“ in Berlin verübten, oder allem Anschein nach aus dem Nahen Osten einreisende palästinensische Terrorgruppen betraut.

Die ABU-NIDAL-Gruppe verübte die Anschläge auf die EL-AL-Büros auf den Flughäfen in Wien und Rom um die Jahreswende 1985/86 sowie den Anschlag auf die Synagoge in Istanbul am 6. September. Der Bombenanschlag auf den EL-AL-Flugschalter in Madrid am 27. Juni wird den FATAH-Dissidenten um Abu MOUSSA zugerechnet.

Tamilen

Der Transport von 155 Tamilen mit einem deutschen Küstenmotorschiff bis vor die Küste Kanadas im August rückte das „Tamilenproblem“ in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Auseinandersetzungen zwischen den hier lebenden Tamilen wurden immer aggressiver. Dabei tat sich besonders die gewaltorientierte linksextremistische Organisation „LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM“ (LTTE) hervor.

Auslöser des Konflikts ist die Krisensituation in Sri Lanka (früher Ceylon). Die hinduistischen Tamilen fühlen sich von den buddhistischen Singhalesen unterdrückt und diskriminiert. Sie fordern daher einen eigenständigen, „sozialistisch und antiimperialistisch“ ausgerichteten Staat „TAMIL EELAM“. Die LTTE, deren Zentrale sich in Madras/Indien befindet, gründete für die in der Bundesrepublik lebenden Asylanten eine „Deutsche Sektion“ mit Sitz in Reutlingen. Hauptaufgabe der „Sektion“ ist es, die in Sri Lanka kämpfenden LTTE-Anhänger durch Geldspenden und Waffenlieferungen zu unterstützen. Wer nicht spenden wollte, wurde bestraft, und wer Kritik an der LTTE übte, wurde umgehend „diszipliniert“.

Die LTTE ist entschlossen, ihre Vormachtstellung und ihren Anspruch auf die alleinige Vertretung tamilischer Interessen auch mit Gewalt durchzusetzen, wie Übergriffe am 12. und 26. Oktober in Stuttgart gegen Angehörige rivalisierender tamilischer Organisationen erkennen ließen.

Erkenntnisse über einen organisatorischen Aufbau der LTTE in Niedersachsen liegen bisher nicht vor. Es gab jedoch Anzeichen, daß in Goslar, Laatzten und

Osnabrück „Gruppenleiter“ eingesetzt sind, die die monatlichen „Geldsammelaktionen“ organisieren. In Lüneburg, Nordhorn, Osnabrück und Schöningen wurde Propagandamaterial angeboten.

Im Februar/März trat die LTTE in Stade durch wildes Plakatieren in Erscheinung. Sie forderte u.a. dazu auf, keine Touristenreisen nach Sri Lanka durchzuführen. Durch den Besuch werde der Kampf der Regierung gegen die Tamilen unterstützt und gleichzeitig das Leben der Touristen gefährdet, weil die LTTE jederzeit an jedem Ort in Sri Lanka angreifen könne. Herausragende Aktion war eine als „Kulturveranstaltung“ getarnte Versammlung am 15. März in Goslar, auf der für die Ziele der LTTE geworben wurde.

An dieser Veranstaltung nahmen etwa 250 Tamilen teil. Die organisierten Anhänger der LTTE werden in Niedersachsen auf etwa 30 geschätzt.

Sonstige

In Niedersachsen sind auch weiterhin die orthodox-kommunistischen Parteien Chiles, Griechenlands, Italiens, Spaniens, Portugals und Vietnams sowie die sozialrevolutionäre „Pakistanische Volkspartei“ (PPP) vertreten. Eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit stellen sie aber auch in absehbarer Zukunft nicht dar. Spektakuläre Aktivitäten waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen. Bemerkenswert ist allenfalls, daß sich auch zahlreiche Mitglieder der moskautreuen „Kommunistischen Partei Griechenlands“ (KKE-Ausland) an der Friedensdemonstration in Hasselbach beteiligten.

Vorbemerkung

Die Spionageabwehrbehörden des Bundes und der Länder waren bis ins Jahr 1986 hinein von den Auswirkungen des im August 1985 erfolgten Übertritts TIEDGES in die DDR betroffen. TIEDGE war der für die Beobachtung der DDR-Nachrichtendienste zuständige Referatsgruppenleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Da er über 20 Jahre im BfV tätig war — überwiegend in der Abteilung Spionageabwehr — hatte er umfassendes und detailliertes Wissen über personelle und technische Ausstattung, Infrastruktur sowie Methoden und Einzelfallerkenntnisse der Spionageabwehr. Seine Kenntnisse erstreckten sich auch auf die Arbeit der Landesbehörden, da die BfV-Abteilung „Spionageabwehr“ die zentrale Auswertung aller Erkenntnisse für Bund und Länder durchführt.

Die in Niedersachsen dadurch erforderlich gewordenen Veränderungen in der Spionageabwehr sind inzwischen durchgeführt und abgeschlossen.

TIEDGE dürfte in der DDR sein gesamtes Wissen preisgegeben haben. Dies ermöglicht es den kommunistischen Nachrichtendiensten, eigene Fehlerquellen und Schwachpunkte zu reduzieren bzw. ganz auszuschalten und bisher nicht erkannte Methoden zu intensivieren. Die Arbeit der Spionageabwehr ist damit auf absehbare Zeit erschwert worden.

Gleichzeitig haben jedoch nachrichtendienstliche Erkenntnisfälle nach dem TIEDGE-Übertritt bestätigt, daß auch die gegnerischen Nachrichtendienste von bestimmten Grundbedingungen und Zielen abhängig bleiben, die eine durchgreifende Änderung ihrer Arbeitsmethoden nicht zulassen.

Die Bevölkerung reagierte auf die öffentliche Behandlung des Falles TIEDGE mit erhöhter Sensibilität gegenüber Anwerbungsbemühungen der Nachrichtendienste des Ostblocks.

In der Öffentlichkeitsarbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes wird der Aufklärung über die Methoden, Ziele und Gefahren der Spionage entsprechender Raum gegeben. Ebenso erfolgt auf Wunsch jederzeit eine individuelle Beratung. Es werden Möglichkeiten aufgezeigt, sich aus einer nachrichtendienstlichen Verstrickung zu lösen. Auch wird über die gesetzlichen Möglichkeiten einer Strafmilderung oder gänzlicher Straffreiheit bei freiwilligem Rücktritt aufgeklärt. Reisende in den kommunistischen Machtbereich können sich vor Reiseantritt über zweckmäßiges Verhalten im Falle einer nachrichtendienstlichen Ansprache informieren. Auch die Geheimschutz- und Sicherheitsbeauftragten der Behörden und geheimschutzverpflichteten Betriebe werden sich solchen Gesprächswünschen nicht verschließen.

Die Spionageabwehr ist daran interessiert, von jeder Art Werbungsversuch Kenntnis zu erhalten. Die Kenntnis der Taktiken der Ostblock-Nachrichtendienste hilft, Abwehrmaßnahmen zu entwickeln. Wer in Verstrickung geraten ist und sich freiwillig den zuständigen Behörden offenbart, darf auch vor den Gerichten mit Nachsicht rechnen.

Lage- darstellung

Die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere das Bundesland Niedersachsen waren auch 1986 wieder unverminderten Ausspähungsbemühungen der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten ausgesetzt.

1986 wurden den Spionageabwehrbehörden Hunderte von Personen bekannt, die von diesen Nachrichtendiensten zu einer Spionagetätigkeit gegen unser Land aufgefordert worden sind. Dabei kam ein erheblicher Prozentsatz dieser Personen aus Niedersachsen. Gegenüber 1985 ist eine Steigerung festzustellen. Diese Bemühungen dokumentieren den erheblichen Aufwand, den kommunistische Nachrichtendienste aufgrund ihrer Einbindung in die kommunistische Ideologie und der damit verbundenen Aufgabenstellung betreiben müssen. Nicht umsonst unterhält z.B. das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) über 20.000 hauptamtliche Mitarbeiter, von denen ein erheblicher Teil an Spionageaktivitäten gegen die Bundesrepublik beteiligt ist. Zusammen mit dem militärischen Nachrichtendienst entfallen auf die Nachrichtendienste der DDR weit über 50 % der Aktivitäten gegen die Bundesrepublik bzw. gegen Niedersachsen.

Zentrale Zielobjekte der kommunistischen Nachrichtendienste in der Bundesrepublik sind nach wie vor Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft.

Aufgrund der erkannten Ausspähungsbemühungen gegen das Land Niedersachsen ist davon auszugehen, daß das Hauptinteresse der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten im Be-

reich der politischen Spionage den Sicherheitsbehörden — vorrangig Verfassungsschutz und Polizei — und im Bereich der wirtschaftlich/wissenschaftlichen Spionage der Elektronik- und Datenverarbeitungsindustrie gilt.

Die Bemühungen in dem letztgenannten Bereich sind vor allem in der Form intensiviert worden, hochwertige Technologien (Embargogüter) aus Niedersachsen zu beschaffen. Legale Residenturen (Einrichtungen der Ostblock-Nachrichtendienste in den jeweiligen Botschaften und Handelsvertretungen), Niederlassungen östlicher Staatshandelsunternehmen und sog. Gemischte Firmen nehmen hierbei einen besonderen Rang ein.

Anlässe und Methoden der Werbung von Agenten haben sich nicht geändert; skrupellos wird jede sich bietende Möglichkeit genutzt. Bei den Kontaktanlässen spielen in zunehmendem Maße verwandtschaftliche Beziehungen und daraus resultierende Reisen in beide Richtungen eine Rolle. Die Werbemethoden umfassen hauptsächlich Versprechungen aller Art und die Ausübung massiven Drucks.

Ausforschung von Sicherheits- behörden

Seit Jahren stehen bundesdeutsche Verwaltungsbehörden und Sicherheitsdienste im Blickpunkt der Ostblock-Nachrichtendienste. 1986 war das Land Niedersachsen von nachrichtendienstli-

chen Aktivitäten gegen Verfassungsschutz und Polizei in besonderem Maße betroffen. Die erkannten Angriffe auf den Verfassungsschutz verfolgten das Ziel, entweder dort tätige Bedienstete zur Zusammenarbeit zu gewinnen oder Personen in die Behörden mittels Bewerbung einzuschleusen.

Bereits in der Anwerbungsphase in Aussicht gestellte hohe finanzielle Zuwendungen sind Beweis für die große Bedeutung dieser Aufklärungsrichtung.

Schaden konnte in den bekanntgewordenen Fällen von dem Land Niedersachsen durch Offenbarung der Angesprochenen oder durch die Tätigkeit der Spionageabwehr abgewendet werden.

Illegaler Technologie- transfer

Aus den Aussagen des ehemaligen MfS-Oberleutnants STILLER ist der für Technologiebeschaffung eingerichtete Bereich „Sektor Wissenschaft und Technik“ mit seiner Verflechtung zur Wirtschaft und Wissenschaft der DDR hinreichend bekannt (vgl. Verfassungsschutzbericht 1985).

Noch weitgehend unbekannt ist die enge Verflechtung zwischen den Geheimdiensten der Sowjetunion, Komitee für Staatssicherheit (KGB) und Hauptverwaltung Aufklärung beim sowjetischen Generalstab (GRU), des Polnischen Geheimdienstes (SB) und den industriellen und wissenschaftlichen Bedarfsträgern.

In den RGW-Staaten (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, COMECON)

und damit auch in der DDR bestehen in vielen Bereichen der Forschung und Technik weiterhin erhebliche Rückstände gegenüber den westlichen Industrienationen. Dies gilt besonders für die zukunftsweisenden Gebieten der Kommunikationstechnologie, der Herstellung mikroelektronischer Bauelemente, der Lasertechnik und der Funk-, Meß- und Peiltechnik. Die Defizite haben dazu geführt, daß sowohl die militärische Ausrüstung als auch Qualität und Quantität der Konsumgüter in vielen Bereichen hinter dem technischen Standard der westlichen Staaten zurückgefallen sind. Der Vorsprung des Westens kann mit eigenen Mitteln offenbar nicht aufgeholt werden. Entwicklungsrückstände auf dem Rüstungssektor werden von den RGW-Staaten als Bedrohung der eigenen Sicherheit empfunden. Weil intensivere Rüstungsforschung aber zu mangelhafter Versorgung im Konsumgüterbereich führen und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und damit die Wirtschaft gefährden würde, sind die RGW-Staaten daran interessiert, westliche Technologie und Knowhow zu beschaffen. Ziel ist, den Vorsprung des Westens zu verringern, Fehlplanungen zu vermeiden und unter Kenntnis westlicher Forschungsvorhaben und technischer Entwicklungen eigene Projekte voranzubringen.

Um diesen umfangreichen Wünschen der industriellen Bedarfsträger nachkommen zu können, haben das sowjetische KGB und polnische SB hochspezialisierte Organisationseinheiten mit hervorragend ausgebildeten Fachleuten geschaffen. Für die Technologie-Beschaffung bestehen z. B. in der UdSSR zwei Programme:

Das erste „Moskauer Programm“ steht unter der Federführung der Militä-

risch-Industriellen-Kommission des Ministerratspräsidiums (VPK), die mit den Spitzen der rüstungsherstellenden Schlüsselindustrie besetzt ist und das Ziel hat, den technologischen und militärischen Standard zu erhöhen.

Das zweite „Moskauer Programm“ steht unter der Leitung des Außenhandelsministeriums und konzentriert sich auf die Beschaffung von Technologie, die direkt für die industrielle Fertigung eingesetzt werden kann. Mit diesem Programm werden ebenfalls gezielt Güter beschafft, die im Westen den Ausfuhrkontrollbestimmungen unterliegen.

Beide Programme laufen parallel und sind teilweise in der Zielrichtung identisch.

Einzelfälle

Fall Horst M.

Im Januar 1986 wurde in Hannover der 33-jährige Bremer Kriminalbeamte Horst M. festgenommen. Gegenüber der niedersächsischen Spionageabwehr hatte er eingeräumt, seit April 1982 im Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR zu stehen und bei zahlreichen Treffs in Ostberlin umfangreiche Informationen geliefert zu haben, die jeweils mit größeren Geldbeträgen (meist drei- bis vierstelligen Summen) und Spesenersatz honoriert worden waren.

Zum Verhängnis geworden waren ihm Spieleidenschaft und ein in mehreren Jahren aufgetürmter Schuldenberg — hervorragende Ausgangslage für eine nachrichtendienstliche Anwerbung.

Durch seine Tätigkeit in einer Sicherheitsbehörde — zeitweilig sogar im poli-

zeilichen Staatsschutz — und durch sein besonderes politisches Engagement — zuletzt als Vorsitzender eines Bremer CDU-Ortsverbandes verfügte M. über die vom MfS gesuchten Zugangsmöglichkeiten.

Gegenstand seiner nachrichtendienstlichen Aufträge waren dementsprechend u.a.

- Namen von Kollegen
- Namen von Beschuldigten aus alten Staatsschutzstrafverfahren
- Abklärung von MfS-benannten Personen
- Erkenntnisse aus dem polizeilichen Fernschreibverkehr in Landesverratssachen
- Fernsprechverzeichnisse der Polizei
- Halterfeststellungen/-erkenntnisse von MfS-genannten Kfz.-Kennzeichen
- Veranstaltungen und interne Angelegenheiten der CDU Bremen sowie politische Stimmungslagen der Bevölkerung

Im Januar 1986 erhielt er vom MfS den Auftrag, zur niedersächsischen Polizei zu wechseln und sich über dieses „Sprungbrett“ später bei der Verfassungsschutzbehörde in Niedersachsen zu bewerben.

Horst M. ist im November 1986 durch das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Fall Maria S.

In zunehmender Zahl nutzt das MfS verwandtschaftliche Beziehungen zwi-

schen Ost und West zur Abklärung, Anwerbung und Führung seiner Agenten.

So wurde im Interesse und unter Mitwirkung des MfS der 32-jährigen DDR-Bürgerin Maria S. mehrfach Gelegenheit gegeben, Verwandte im Bundesgebiet zu besuchen. Bei vorgeschobenen Besuchsanlässen — u.a. hoher Geburtstag, Konfirmation — bestand der inoffizielle Teil ihrer Reisen in der Kontaktaufnahme zu dem etwa gleichaltrigen Cousin Wolfgang B. Dieser war nach einer gemeinsam verlebten Jugend ca. 10 Jahre zuvor aus der DDR übersiedelt und sollte nach Erkenntnissen des MfS mittlerweile in einer niedersächsischen Sicherheitsbehörde tätig sein.

Dem anfänglichen Abklärungsbesuch folgte anlässlich einer weiteren Westreise die gezielte Ansprache zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit mit dem MfS.

Entgegen den Erwartungen des MfS, daß eine beiderseitige besondere Beziehung Gewähr für eine erfolgreiche Werbung bieten könnte, lehnte B. jegliche Mitarbeit ab und offenbarte sich seinem Dienstherrn.

Anbahnungsversuch des MfS vereitelt

Am 23. April wurde in Berlin (West) in unmittelbarer Nähe der Grenze zur DDR eine männliche Person, die sich mit einem DDR-Reisepaß auswies, von der Berliner Polizei festgenommen.

Der Festnahme vorausgegangen war der Versuch des MfS, einen Angehörigen des Niedersächsischen Verfassungs-

schutzes zur Mitarbeit zu bewegen. Im Anbahnungsschreiben heißt es u.a. wörtlich:

„Wir bieten Ihnen bei Beschaffung und Zurverfügungstellung von Informationen aus Ihrem Tätigkeitsbereich, wie anfangs erwähnt, einen guten Nebenverdienst bei relativ geringem Aufwand. Wie Sie mit Bestimmtheit selbst wissen, sind wir auf beiderseitige Sicherheit bedacht. Wir können uns gut vorstellen, daß Sie für uns wichtige Informationen liefern könnten...“

Wir wären vorerst an für Sie sicherlich leicht zu beschaffenden Informationen aus Ihrem direkten Tätigkeitsbereich interessiert. Eine Möglichkeit zur Übergabe dieser Informationen sehen wir darin, daß wir uns an einem neutralen Ort treffen.

Bei dieser Gelegenheit könnten wir auch über unsere Zusammenarbeit sprechen.“

Da sich der Bedienstete sofort seinem Dienstherrn offenbart hatte, konnten entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden. Zwischen dem Mitarbeiter und dem MfS-Agenten wurde telefonisch eine weitere telefonische Kontaktaufnahme in Berlin/West vereinbart. Dabei wurde der Mitarbeiter zu einem Postamt in Berlin-Frohnau weitergeleitet, wo er einen postlagernden Brief erhielt, der einen Treffpunkt in einem baumreichen Gebiet an der Sektorengrenze benannte. Dem Brief waren Geldscheine über einen vierstelligen Betrag beigelegt. Am Treffort konnte der gegnerische Agent überrascht und festgenommen werden. Der Treffort lag in unmittelbarer Nähe zur Demarkationslinie. Er war vom MfS so gewählt, daß mögliche Abwehroperationen vom MfS-Treffpartner hätten er-

kannt werden können. Um diesem die Flucht zu ermöglichen, war im dort vorhandenen Metallgitterzaun ein sogen. „Durchlaß“ geöffnet. Die Vorsichtsmaßnahme des gegnerischen Nachrichtendienstes blieb aufgrund sorgfältiger Vorkehrungen der Sicherheitsbehörden ohne Erfolg. Der Festgenommene wies sich als 36-jähriger Diplom-Ingenieur aus Potsdam aus. Die Beweise gegen ihn waren erdrückend. Er wurde vom 1. Strafse-nat des Berliner Kammergerichts zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig.

Fall Hans J.

Das Vorgehen im Bereich Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage wird im Fall des Dipl.Ing. Hans J. deutlich, der im Februar 1986 vom Oberlandesgericht Celle wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu drei Jahren und vier Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

Im Gegensatz zu vielen anderen Personen, die durch persönliche Bindungen in die DDR oder andere kommunistische Staaten in den Blickwinkel östlicher Nachrichtendienste gerieten, erregte J. die Aufmerksamkeit des MfS in den fünfziger Jahren durch die von ihm aufgebauten geschäftlichen Kontakte in die DDR.

J. wurde 1919 in Hagen/Westfalen geboren, machte nach Abbruch des Schulbesuches in den Jahren 1935 bis 1939 eine Technikerlehre in Hagen und besuchte später eine Ingenieur-Schule. Nach dem Reichsarbeitsdienst wurde er kriegsuntauglich eingestuft, legte 1943

das IngenieurExamen ab und wurde in der Waffenforschung eingesetzt. Angeblich wurde er 1944 diplomiert.

Nach Abbruch einer Promotion an der Technischen Hochschule Braunschweig erhielt er u.a. Arbeitsangebote aus Schweden, wo er bis 1948 tätig war. 1948 verlegte er seinen Wohnsitz nach Schweden und kam dort auf ungeklärte Weise in den Besitz einer Geburtsurkunde, die ihn als Schweden auswies. Bei seinen Geschäftspartnern erhielt er diesen für ihn günstigen Eindruck aufrecht. Auch nach der Scheidung der ersten Ehe 1963 behielt er seinen Hauptwohnsitz in Schweden bei.

J. stand seit Ende der fünfziger Jahre u.a. mit der DDR in Geschäftsbeziehungen, die er nach Firmengründung im Jahre 1972 noch intensivierete. Neben seiner Einmann-Handelsfirma mit Sitz in Schweden führte er in Hannover ein Einkaufsbüro, über das er Geschäfte abwickelte, ohne in das Handelsregister eingetragen zu sein.

Seine Geschäftsbeziehungen zur DDR wurden angeblich von ihm unbenutzt durch das MfS ausgenutzt. Spätestens seit 1980 war ihm der nachrichtendienstliche Hintergrund aber deutlich. In Erwartung weiterer lukrativer geschäftlicher Aufträge hielt er an den Kontakten fest.

J. ließ Waren von z.T. hohem technologischen Stand an sein Einkaufsbüro in Hannover liefern und brachte sie unter Vortäuschung des Bestimmungslandes Schweden im Auftrage des MfS über die innerdeutsche Grenze in den kommunistischen Machtbereich. Der Transport erfolgte über den Grenzübergang Helmstedt/Marienborn, obwohl dieser nicht für den Warentransit nach Skandinavien zugelassen ist.

Neben technischem Gerät lieferte J. Ausarbeitungen über

- graphische Computerprogramme
- Cryptographie
- EDV-Sicherheitsbestimmungen sowie
- Veröffentlichungen auf den Gebieten der Luft- und Raumfahrt.

Den Wert seiner Tätigkeit für das MfS belegt die Tatsache, daß bei der Durchsuchung seiner Geschäftsräume 234.000 DM in bar gefunden wurden. Daneben wurden Gerätschaften sichergestellt, die für einen ebenfalls der geheimdienstlichen Tätigkeit Verdächtigen bestimmt waren, der unter Umgehung der Embargo-Bestimmungen Hochtechnologie im Auftrag des KGB in den kommunistischen Machtbereich geliefert haben soll.

Fall Peter M.

Wie schon früher sind die östlichen Nachrichtendienste (nicht nur die der DDR) bemüht, Kontakte zu West-Besuchern mit interessanter beruflicher Perspektive zu knüpfen. Die Vorgehensweise wird dabei auf das konkrete Lebensumfeld der „Zielperson“ abgestimmt. Folgendes Beispiel soll dies verdeutlichen:

Die Eltern des Studenten Peter M. aus H. reisten seit vielen Jahren regelmäßig in die DDR zu ihren Verwandten. Aus dieser Beziehung hatten sich eigenständige Verbindungen des Studenten Peter M. entwickelt, der nun seinerseits die Verwandten etwa einmal im Jahr besuchte. Wenige Tage vor einem dieser Aufenthalte erschien bei den Besuchsempfängern in der DDR ein junger Mann, der sich als Student Ulrich W. ausgab. Er erklärte, daß er mit Peter M.

nach dessen Ankunft gerne über „studentische Probleme“ sprechen würde. Nach dem Eintreffen von Peter M. tauchte der angebliche Ulrich W. tatsächlich wieder auf. Als Begründung für seinen Gesprächswunsch gab er an, daß er an einer Diplomarbeit über das Freizeitverhalten der Studenten in der Bundesrepublik arbeiten würde und sich daher gerne bei dem Kommilitonen aus dem Westen entsprechend informieren wolle. Im Verlauf der anschließend zwanglos geführten Unterhaltung bat er Peter M. um die Zusendung von unverfänglichem schriftlichen Material.

Einige Monate nach seiner Rückkehr erhielt Peter M. (er hatte das Gespräch schon wieder vergessen) einen Brief des Ulrich W. Dieser erinnerte daran, daß er seine Diplomarbeit ohne das seinerzeit gewünschte Material nicht fertigstellen könne. Im Gegenzug bot er an, Peter M. bei seinen künftigen Einreisen in die DDR behilflich zu sein.

Peter M., der aufgrund dieses für einen Studenten etwas ungewöhnlichen Angebotes mißtrauisch wurde, wandte sich nunmehr an die Spionageabwehr. Diese konnte den angeblichen Ulrich W. aus einer Reihe ähnlicher Fälle als einen Angehörigen des MfS identifizieren.

Fall Rolf T.

Der Nachrichtendienst der DDR bedient sich bei der Ansprache von Bundesbürgern als Druckmittel auch offensichtlich gefälschten Belastungsmaterials, wie das folgende Beispiel zeigt:

Rolf T. reiste regelmäßig zu seinem Bruder und dessen Familie in die DDR. Bei einem Besuch wurde er von einem uniformierten Volkspolizisten in der Wohnung seines Bruders aufgesucht und

aufgefordert, am nächsten Tag beim zuständigen Rat des Kreises, Abt. Inneres, „zur Klärung einer Angelegenheit“ vorzusprechen. Dort wurde Rolf T. dann von einem Mann in Zivil empfangen, der sich zwar namentlich nicht vorstellte, jedoch angab, Angehöriger der „Staatssicherheit“ zu sein. Er hielt Rolf T. einen anonymen — angeblich in der Bundesrepublik aufgegebenen — Brief vor und behauptete, daß Rolf T. in diesem Brief (der ihm allerdings nicht ausgehändigt wurde) beschuldigt würde, zu der minderjährigen Tochter seines Bruders intime Beziehungen zu unterhalten. Rolf T., der stark verunsichert war, bestritt den Vorwurf. Unbeeindruckt davon hielt ihm sein Gegenüber nun die Folgen einer etwaigen Verurteilung in der DDR vor Augen. Rolf T. könne sich aus seiner Lage selbst befreien, wenn er zu einigen „Gefälligkeiten“ bereit sei. Weil sich für ihn kein anderer Ausweg bot, ging Rolf T. zum Schein auf das Angebot ein. Er erhielt daraufhin gezielte nachrichtendienstliche Aufträge, verbunden mit der Ankündigung, daß man bei einem erneuten Besuch wieder mit ihm in Verbindung treten werde. Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik offenbarte sich Rolf T. den Spionageabwehrbehörden.

Schleusung über die innerdeutsche Grenze

Auch die innerdeutsche Grenze ist von nachrichtendienstlichen Aktivitäten nicht unberührt. Sie ist in der Vergangenheit nicht nur als Fluchtweg erkann-

ter DDR-Agenten genutzt worden, sondern auch als verdeckter Übertrittspunkt von DDR-Kurieren auf dem Weg zu ihren Agenten in der Bundesrepublik. Das nachfolgende Beispiel hatte möglicherweise einen derartigen Hintergrund:

An einem Freitag gegen 10.30 Uhr befuhr eine Streife des Bundesgrenzschutzes (BGS) die Bundesstraße 1 in der Nähe der Stadt Helmstedt in Richtung „Magdeburger Warte“. Auf dem dortigen Parkplatz wendete das Dienstfahrzeug und fuhr in entgegengesetzter Richtung zurück. Dabei entdeckten die BGS-Beamten eine männliche Person, die im Straßengraben stand und die Straße entlangblickte. Als sich das Fahrzeug näherte, zog sie sich in das angrenzende Gehölz in Richtung Grenze zur DDR zurück. Bei Annäherung stellten die Beamten fest, daß der Mann nunmehr in Begleitung eines weiteren Mannes sowie einer Frau war (alle ca. 30 Jahre alt), die in der Deckung des Unterholzes gewartet hatten. Die drei verließen trotz Anrufes unverzüglich die Bundesrepublik und verschwanden auf DDR-Gebiet. Sie wurden danach noch einmal kurz zusammen mit einer weiteren — ebenfalls zivilgekleideten — Person gesichtet, als sie sich auf DDR-Gebiet in nördlicher Richtung vor dem Metallgitterzaun in einen Bereich bewegten, der nicht mehr vom Bundesgebiet aus einsehbar ist. An dieser Stelle wurde wenige Minuten später auf dem durch DDR-Grenzstreifen genutzten Kolonnenweg durch Luftaufklärung ein ziviler Kleinbus festgestellt. Das Fahrzeug konnte später im Kasernenbereich des 1. Grenzbataillons der DDR-Grenztruppe beobachtet werden. Die Abfahrt aus dem Grenzbereich selbst wurde nicht festgestellt.

Geheimer Melde- und Führungsweg

Nachrichtendienste müssen sicherstellen, daß sie mit ihren Agenten auf sicherem Wege (Geheimschriftverfahren/Funk) Verbindung aufnehmen können und von ihm erreichbar sind.

Auf sicherem Wege bedeutet, daß selbst dann, wenn der Spionageabwehr eine für einen Agenten gedachte oder von ihm stammende Mitteilung in die Hände fällt, sie noch nicht in der Lage ist, die Identität des Agenten zu ermitteln.

Aus diesem Grunde werden wie zu allen Zeiten Verschlüsselungsmethoden verwendet. Dabei muß eine Verschlüsselungsart eingesetzt werden, die keinen technischen — noch dazu verdächtigen — Aufwand erfordert, sondern mit alltäglichen Hilfsmitteln bewältigt werden kann. Eine einfache, aber absolut gegen Entschlüsselung geschulte Methode besteht darin, daß Buchstaben in Zahlen umgesetzt werden. Die in der deutschen Sprache am häufigsten verwendeten Buchstaben AEINRS werden z. B. in dem Schlüsselsystem des MfS mit den Ziffern 0—5 belegt. Die übrigen Buchstaben einschließlich weniger Symbole werden von 70—99 fortlaufend in alphabetischer Reihenfolge mit Zahlen belegt.

Das Verschlüsseln geschieht dadurch, daß die Buchstaben einer Mitteilung in Ziffern umgesetzt werden, wobei Gruppen mit maximal 5 Ziffern gebildet werden. Das Wort „alle“ hat die Ziffernfolge:

A L L E
0 7979 1

Diese einfache Umsetzung von Buchstaben in Ziffern wäre aber mit den heutigen Hilfsmitteln leicht zu „knacken“ und würde den Agenten gefährden. Deshalb werden die Zifferngruppen noch einmal mit anderen Ziffern verschlüsselt. Diese Ziffernfolgen — ebenfalls in Fünfergruppen unterteilt — werden maschinell mit Hilfe eines Zufallgenerators erstellt. Einen besonders hohen Schutzfaktor erhält dieses Verschlüsselungsverfahren dadurch, daß nur der Führungsoffizier und sein Agent diesen sogenannten „individuellen Zahlenwurm“ — jeweils einen für Ver- und Entschlüsselung — besitzen. Dadurch ist sichergestellt, daß im Falle der Enttarnung eines Agenten nicht das Schlüsselverfahren insgesamt geändert werden muß.

Zur Veranschaulichung soll folgendes Beispiel dienen:

Oberleutnant Klam, Führungsoffizier des MfS, will sich mit seinem Agenten Paul wie vorgeplant treffen und will ihm mitteilen, daß der von Paul vorgeschlagene Zeitpunkt akzeptiert ist. Nachrichtendienstliche Anweisungen sind so knapp wie möglich und eindeutig abzufassen.

Die Nachricht lautet:

TERMIN BESTÄTIGT. KLAUS

1. Schritt: Umsetzung Buchstaben in Zahlen

TERMIN BESTÄTIGT.
86 1 4 8 0237 1 1 5 8 7 08627 58690
K L A U S
78790 87500 = unvollständige
Gruppen werden mit Nullen aufgefüllt.

Nunmehr ist der Zwischentext erstellt.

2. Schritt: Verschlüsselung mit dem „individuellen Zahlenwurm“ (IZW)
Hierzu werden unter den Zwischentext

die Zahlen des IZW geschrieben und addiert ohne Berücksichtigung des Zehners.

fünf und sechs = 5
 6 ergeben daher nur
 1

eine eins.

86148 02371 15867 08627 58690
 98346 55797 97455 08650 42250

74484 57068 02212 06277 90840

78790 87500

43188 04604

11878 81104

Diese Zifferngruppe ist die verschlüsselte Mitteilung.

Nach Übermittlung an den Agenten Paul per Funk oder Geheimschriftverfahren schreibt Paul seine Zifferngruppen unter die übermittelten Zahlen und

subtrahiert wiederum ohne Berücksichtigung des Zehners

84 - 46 z. B. sind für einen Nachrichtendienstler nicht 38 sondern 48.

74484 57068 02212 06277 90840
 - 98346 55797 97455 08650 42250

86148 02371 15867 08627 58690

T E R M I N B E S T Ä T I G T

11878 81104

- 43188 04604

78790 87500

K L A U S

Danach erfolgt die Umsetzung dieser Zifferngruppe in Buchstaben und die Mitteilung des Führungsoffiziers ist erstellt.

Anschließend werden die verbrauchten oder angebrochenen Zeilen der Zifferngruppen abgeschnitten und vernichtet.

0 1
 98346 55797 97455 08650 42250
 43188 04604 76681 91428 48763
 03099 74129 17591 89517 33258
 55728 09817 82812 60173 67048
 81231 54629 60470 13239 15358
 23183 01608 71568 26690 22315
 33051 56356 54893 36406 91172
 09704 25291 90849 20292 13369
 95348 47000 73967 75142 95417
 75834 55502 12574 32945 10529

A	E	I	N	R	S	Code			
0	1	2	3	4	5	6			
X	B	C	D	F	G	H	J	K	L
70	71	72	73	74	75	76	77	78	79
M	O	ö	P	Q	R	T	U	Ü	Zahl
80	81	82	83	84	85	86	87	88	89
.	≠	--	:	()	V	W	X	Y	Z
90	91	92	93	94	95	96	97	98	99

- 028 = Änder-n/ung
- 031 = Anlew-en/ung
- 046 = Antwort-en
- 055 = Anweis-en/ung
- 064 = Arbeit-en
- 073 = Arbeitsstelle
- 082 = Aufenthalt
- 091 = Aufgabe, aufgeben
- 109 = Aufklär-en/ung
- = Aufnahme, aufnehmen
- 200 = Einweiss, einweisen
- 299 = Einschüts-en/ung
- 307 = Empfang-en
- 316 = Entleer-en/ung
- 325 = Entleert
- 334 = Ergebnis
- 343 = Erhalt-en/ung
- 352 = Ermittl-en/ung
- 361 = Erwar-t-en/ung
- 370 = Feststell-en/ung
- 389 = Feststell-en/ung

- 758 = Stimmung
- 767 = ZBK
- 776 = Termin
- 785 = Treff
- 794 = Treff wie vereinb.
- 02 = Treffort
- 1 = Trefftermin
- 1 = Über
- = Übergabe, Übergeben
- = Überprüf-en/ung
- unbedingt
- Durchschüts-en/ung
- schüts-en/funk

Allgemeines

Die zahlreichen Spionagefälle der Jahre 1985 und 1986 zeigen eindeutiger denn je zuvor, daß seitens der Sicherheitsbehörden alles getan werden muß, um Behörden und Wirtschaftsunternehmen vor Ausspähungsaktionen gegnerischer Nachrichtendienste zu schützen. Ein wirksamer Schutz kann dabei nur gewährleistet werden, wenn neben technischen und organisatorischen Sicherheitsvorkehrungen auch solche personeller Art, d.h. Überprüfung von Personen, denen geheimhaltungsbedürftiges Wissen anvertraut werden muß, getroffen werden. Die Auswertung aller Spionagefälle der letzten Jahre zeigt eindeutig, daß insbesondere auch Angehörige des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland zur Mitarbeit für einen gegnerischen Nachrichtendienst gewonnen werden sollen.

Geheimschutz

Die Erfahrungen aus den Spionagefällen der vergangenen Jahre haben die Notwendigkeit eines umfassenden materiellen und personellen Geheimsschutzes deutlich werden lassen. Leider werden jedoch die Lehren aus konkreten Spionage- und Sicherheitsfällen immer wieder zu schnell vergessen. Geheimsschutz heißt, erforderliche vorbeugende Maßnahmen zum Schutz gegen Ausspähung zu treffen. Das erfordert detaillierte Kenntnisse über die Methodik gegnerischer Spionagetätigkeit sowie die Art und Weise, wie Agenten für diese Zwecke angeworben und eingesetzt werden.

Rechtsgrundlagen für den Geheimsschutz sind § 3 Abs. 2 NVerfSchG i.V. mit der Verschlusssachenanweisung

(VSA) sowie den Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung künftiger Geheimnissträger (SRi). In diesen Vorschriften sind Regelungen zur Einstufung, Herstellung und Kennzeichnung von Verschlusssachen, deren geschäftsmäßiger Behandlung und Aufbewahrung sowie zur Feststellung von Sicherheitsrisiken bei künftigen Geheimnissträgern durch Sicherheitsüberprüfungen und die Bewertung ggf. anfallender Tatsachen und Umstände enthalten.

Die Verschlusssachenanweisung, die 1982 neu erlassen wurde, ist zwischenzeitlich durch Richtlinien ergänzt worden, in denen technische Maßnahmen gegen die Kenntnisnahme von Verschlusssachen durch Unbefugte sowie Kontrollmaßnahmen zum Schutz von Verschlusssachen geregelt sind.

Die Auswertung der Sicherheitsfälle der vergangenen Jahre hat gezeigt, daß die gegenwärtig gültigen Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung Lücken aufweisen und verbesserungsbedürftig sind.

Bei der Durchführung der Verschlusssachenanweisung hat die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde wichtige und umfassende Mitwirkungsaufgaben. Sie berät Dienststellen, die Verschlusssachen verwalten und zu sichern haben, in allen Fragen der sachgerechten Handhabung. Außerdem führt sie die Sicherheitsüberprüfungen durch, die gewährleisten sollen, daß nur zuverlässiges Personal Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Angelegenheiten bekommt.

Die Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörde erstreckt sich auch auf den Bereich der Wirtschaft, wenn und soweit geheimhaltungsbedürftige Forschungs-, Entwicklungs- und Fertigungsaufträge zu vergeben sind, z.B. in Rüstungsangelegenheiten. In diesen Fällen werden Wirtschaftsunternehmen, For-

schungseinrichtungen, Körperschaften oder Einzelpersonen vom Bundesminister für Wirtschaft überprüft und ermächtigt. Nach intensiven Beratungen auf Bundes- und Länderebene trat ein verbessertes Geheimschutzverfahren in Kraft, das in einem neuen Handbuch für den Geheimschutz in der Wirtschaft seinen Niederschlag gefunden hat.

Dem vorbeugenden Charakter des Geheimschutzes dienen auch die Beratungstätigkeit und die Geheimschutzschulung für die Sicherheitsbevollmächtigten der sog. geheimschutzbetreuten Industrie. So werden diese für die Sicherheit verantwortlichen Personen auf Sicherheitstagungen mit neuesten Erkenntnissen aus dem Bereich des politischen Extremismus und auf dem Gebiet der Spionageabwehr vertraut gemacht. Die zur Bearbeitung von Verschlusssachen ermächtigten Personen werden in Vorträgen, persönlichen Gesprächen und durch Geheimschutzlehrfilme in regelmäßigen Abständen auf Methoden und Ziele gegnerischer Nachrichtendienste hingewiesen. Sie sollen dadurch bei ihrem Umgang mit Verschlusssachen immer wieder daran erinnert werden, die im Interesse eines wirksamen Geheimschutzes erlassenen Vorschriften zu beachten. Am wirkungsvollsten ist der Geheimschutz dann, wenn bei allen Betroffenen ein ausgeprägtes Sicherheitsbewußtsein vorhanden ist.

Sabotage- schutz

Sabotage zielt auf Vernichtung oder Funktionsstörung gemeinschaftsbezogener Einrichtungen. Als ein dichtbesiedeltes und technisch hochentwickeltes In-

dustrieland bietet die Bundesrepublik Deutschland vielfältige Möglichkeiten für Sabotageakte. Dies gilt auch für Niedersachsen. Hier können Sabotageakte gegen Versorgungseinrichtungen für Erdöl, Erdgas, Elektrizität oder Wasser, gegen das Verkehrs- oder Fernmeldenetz zu schwerwiegenden Folgen für die Wirtschaft und zu Katastrophen für die Bevölkerung führen.

Vorbeugende Maßnahmen zum Schutz vor Sabotage in Krisenzeiten gehören heute zur staatlichen Daseinsvorsorge für die Bevölkerung. Sie können nicht erst in Spannungszeiten eingeleitet werden, denn sie sollen die lebenswichtigen Bedürfnisse der Bevölkerung sichern und zur Einsatzbereitschaft der Streitkräfte beitragen.

Obwohl in Bund und Ländern der Grundsatz unbestritten ist, daß die Wirtschaft ihre Produktions- und Betriebsstätten eigenverantwortlich sichern muß, hat der Staat eine gesetzliche Verpflichtung, gefährdete Unternehmen des lebens- und verteidigungswichtigen Bereiches zu beraten. In der Regel können den betroffenen Betrieben Wege aufgezeigt werden, Sicherungsanlagen einzurichten oder bestehende Vorrichtungen zu verbessern.

So erstellt die beim Niedersächsischen Minister des Innern 1980 eingerichtete Beratungsstelle für den vorbeugenden Sabotageschutz auf Ersuchen „Schwachstellenanalysen“, um die in Frage kommenden Betriebe und Dienststellen auf besonders sicherheitsempfindliche und damit sabotagegefährdete Bereiche hinzuweisen und Verbesserungsvorschläge zu deren Sicherung abzugeben.

Einstellungen in den öffentlichen Dienst

Beamten obliegt eine besondere politische Treuepflicht. Diese besondere Verpflichtung des Beamten gegenüber dem Staat und seiner Verfassung folgt als hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums aus Art. 33 Abs. 5 GG und gilt für alle Beamtenverhältnisse. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß vom 22.05.1975 eindeutig klargestellt.

Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sieht es als persönliche Zugangsvoraussetzung zum öffentlichen Dienst an, daß Beamte die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. Bieten Beamte diese Gewähr nicht und werden sie deshalb aus dem Probebeamtenverhältnis entlassen, so liege darin kein Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention, insbesondere deren Art. 10 (vgl. Urteil vom 28.08.1986).

Beamtenrechtliche Vorschriften des Bundes und der Länder (für Niedersachsen § 9 NBG) haben die aus der Verfassung herzuleitende Verpflichtung zur politischen Treuepflicht konkretisiert und fordern vom (zukünftigen) Beamten, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.

Vor diesem Hintergrund ist die gesetzlich geregelte Beteiligung der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde bei

der Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst (§ 3 Abs. 3 NVerfSchG) zu sehen, die sich an der inzwischen durch eine Vielzahl von Entscheidungen gefestigten Rechtsprechung oberster Gerichte orientiert. Es gelten u.a. folgende Grundsätze:

- Den Einstellungsbehörden werden nur solche Erkenntnisse mitgeteilt, die vor Gericht beweisbar sind.
- Diese Erkenntnisse müssen für sich oder in ihrer Gesamtheit von solchem Gewicht sein, daß sie Zweifel an der Verfassungstreue begründen können.
- Liegen Erkenntnisse mehr als 3 Jahre zurück und sind sie im Hinblick auf den Zeitablauf nicht mehr bedeutsam, wird in der Regel von einer Mitteilung abgesehen.
- „Jugendsünden“ werden nicht weitergegeben.
- Die Verfassungsschutzbehörde leitet bei einer Anfrage keine neuen Ermittlungen ein, sondern stützt sich ausschließlich auf vorhandene Unterlagen.
- Bei Bewerbern für einfache und mittlere Funktionen wird beim Verfassungsschutz nicht angefragt; Ausnahmen gelten für bestimmte Sicherheitsbereiche.

Von 1972 bis zum 31.12.1986 wurden in Niedersachsen insgesamt 155.676 Anfragen geprüft. In 715 Fällen wurden Bedenken mitgeteilt. Hiervon wurden bisher 139 Bewerber endgültig abgelehnt. 102 zogen ihre Bewerbungen zurück. 81 Bewerber, deren Einstellung abgelehnt worden ist, haben dagegen geklagt. Acht von ihnen haben sowohl Verwaltungs- als auch Arbeitsgerichte angerufen. Zwei Bewerber haben wegen Änderungen der Laufbahnvorschriften jeweils zwei Verwaltungsstreitverfahren geführt. Bis zum

31.12.1986 wurden insgesamt 82 Verfahren rechtskräftig abgeschlossen. Nur in 14 Fällen entschieden die Gerichte gegen die Einstellungsbehörden.

Bedienstete wegen rechtsextremistischer und 58 wegen linksextremistischer Bestrebungen.

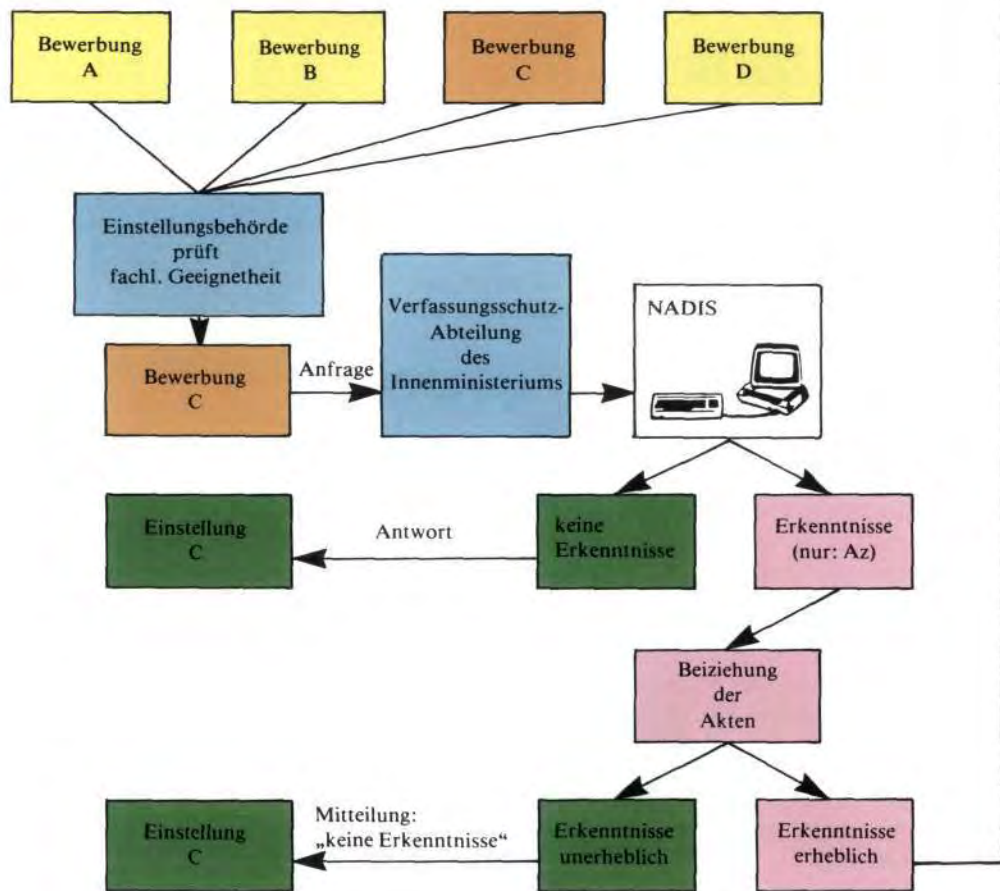
Dienstpflichtverletzungen

Verfassungstreue ist nicht nur Einstellungsvoraussetzung, sondern Dienstpflicht aller öffentlich Bediensteten. Die Verfassungsschutzbehörde wird daher auch bei disziplinar- oder arbeitsrechtlichen Vorermittlungen in Anspruch genommen, wenn verfassungsfeindliche Aktivitäten einen Pflichtverstoß möglich erscheinen lassen. Auch hier werden ausschließlich bereits vorhandene und beweisbare Erkenntnisse über Handlungen weitergegeben, die den Verdacht begründen können, daß der öffentlich Bedienstete sich nicht durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennt und für deren Erhaltung eintritt. Der Niedersächsische Disziplinarhof hat in zwei Entscheidungen vom 18.04.1985 und 26.06.1985 noch einmal klargestellt, daß extremistische Aktivitäten der Treuepflicht zuwiderlaufen und Kandidaturen für extremistische Parteien wie NPD und DKP die Dienstvorgesetzten zur Einleitung von disziplinarrechtlichen Vorermittlungen verpflichten (Nds. MinBl. 1985, S. 1047).

Auch in diesem Bereich ist der Rechtsweg eröffnet. Insgesamt war die Verfassungsschutzbehörde seit 1972 in 269 Verfahren beteiligt. 60 Bedienstete (33 Beamte und 27 Angestellte) mußten nach zum Teil langjährigen Verfahren aus dem Dienst ausscheiden, davon zwei

Mitwirkung des Verfassungsschutzes bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst

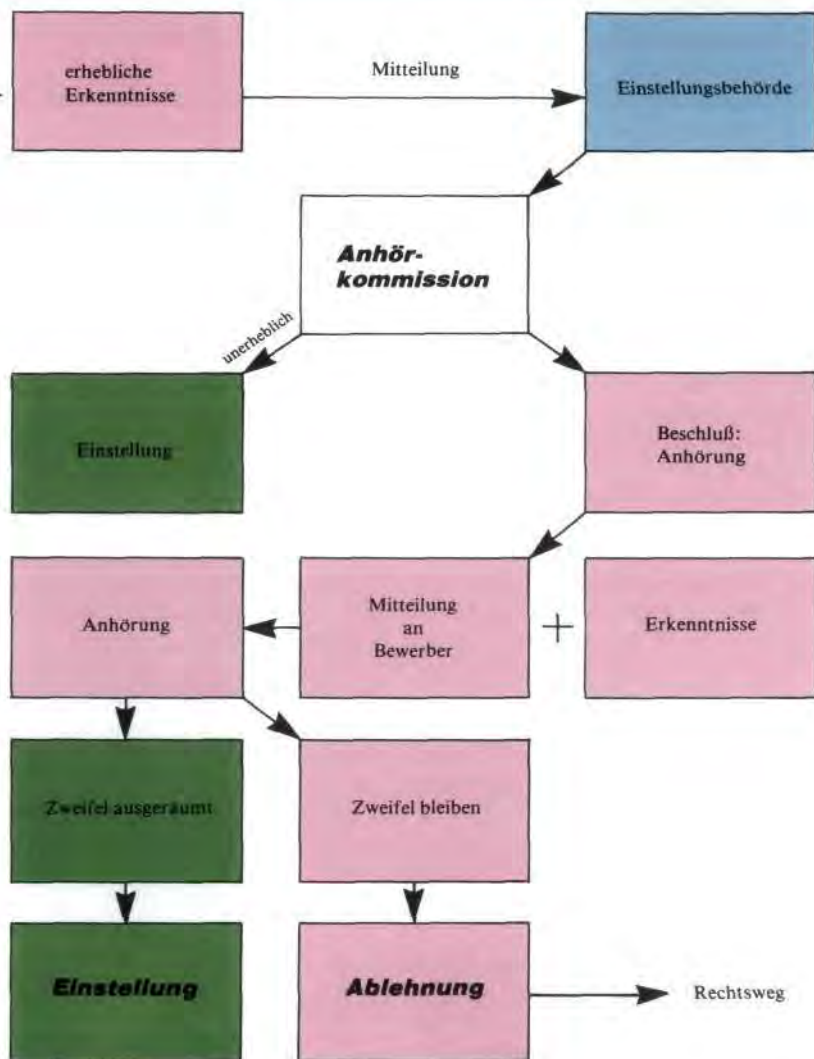
(§ 3 Abs. 3 Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz)



Die Einstellungsbehörde prüft alle Bewerbungen und entscheidet sich für den geeignetsten Kandidaten. Nur zu dieser Person wird dann bei der Verfassungsschutzbehörde angefragt. Diese befragt NADIS, das „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. Im NADIS sind nur die wichtigsten Personendaten einer Person (Name, Vorname, Geburtsdatum pp.) sowie die entsprechenden Aktenzeichen gespeichert.

In den meisten Fällen liegen keine Erkenntnisse über den betreffenden Bewerber vor. Dann erhält die anfragende Dienststelle entsprechende Mitteilung und stellt den Kandidaten ein.

Verweist NADIS auf Vorgänge, werden diese angefordert und geprüft. Unerhebliche Erkenntnisse bleiben unberücksichtigt; der Bewerber kann ebenfalls eingestellt werden. Damit sind mehr als 99% aller Anfragen positiv für die Bewerber erledigt.



Wenn gewichtige und gerichtsverwertbare Erkenntnisse vorhanden sind, die ernsthafte Zweifel an der künftigen Verfassungstreue des Bewerbers begründen, ergeht eine detaillierte Mitteilung an die Einstellungsbehörde. Der Bewerber wird darüber unterrichtet. Die Einstellungsbehörde entscheidet nicht selbst, sondern ruft die Interministerielle Anhörkommission an. Die Mitglieder dieser Kommission sind höhere Beamte verschiedener Ministerien. Die Kommission ist mit richterlicher Unabhängigkeit ausgestattet. Sie prüft die Akten und lädt den Bewerber ggf. zu einer persönlichen Erörterung. Ein Rechtsbeistand ist zugelassen. In einer ausführlichen schriftlichen Entscheidung begründet die Kommission schließlich, ob der Bewerber ungeachtet der ursprünglichen Zweifel eingestellt werden kann oder wegen fortbestehender Zweifel an der Verfassungstreue abgelehnt werden muß. Nunmehr steht dem Betroffenen noch der Weg zu den Verwaltungsgerichten offen.

Verfassungsschutz durch Aufklärung

Der gesetzliche Auftrag und die Tätigkeit des Verfassungsschutzes sind in den letzten Jahren zunehmend in die öffentliche Diskussion geraten. Eine sachliche Auseinandersetzung über diese Themen ist in einem demokratischen Rechtsstaat legitim und sogar erwünscht. Der Verfassungsschutz muß sich, wie jede andere Behörde auch, sachlicher Kritik stellen. Soweit Geheimhaltung nicht zwingend geboten ist, sollte die Arbeit des Verfassungsschutzes so transparent wie möglich gemacht werden. Allerdings hat auch eine zunehmende, zum Teil gezielt und systematisch betriebene Polemik manche Bürger, gerade auch solche der jüngeren Generation, verunsichert. Hier fehlt es häufig an den notwendigen Informationen, um sachliche Kritik von irreführender Agitation unterscheiden zu können. Auch die konkreten geschichtlichen Erfahrungen aus der Weimarer Republik, der nationalsozialistischen Diktatur und den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch von 1945, die zum Prinzip der wehrhaften Demokratie im Grundgesetz und damit auch zur Einführung des Verfassungsschutzes geführt haben, sind der jüngeren Generation inzwischen weitgehend unbekannt.

Dies ist nach den Erkenntnissen soziologischer Untersuchungen einer der gewichtigsten Gründe dafür, daß die demokratiefeindlichen Weltbilder links- und rechtsextremistischer Ideologien gerade auf junge Menschen Anziehungskraft haben.

Aus diesen Gründen hat die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder schon vor einigen Jahren beschlossen, die Bemühungen um entsprechende Unterrichtung der Öffentlichkeit (Verfassungsschutz durch

Aufklärung) zu verstärken und dafür eigene Organisationseinheiten bei den Verfassungsschutzbehörden zu errichten. In Niedersachsen ist von jeher großes Gewicht auf die Erfüllung dieser Aufgabe gelegt worden. Auch im Berichtszeitraum haben Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in zahlreichen Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen und Seminaren einige tausend Zuhörer über Notwendigkeit, gesetzlichen Auftrag und Arbeit des Verfassungsschutzes sowie über die Ideologien und die verfassungsfeindlichen Zielsetzungen des Rechts- und Linksextremismus informiert. Im Vordergrund stand dabei das Bestreben, junge Menschen (in Schulen, Ausbildungsstätten und Einrichtungen für staatsbürgerliche Bildung) und wichtige Multiplikatoren (u. a. Auszubildende und Führungskräfte) zu erreichen.

Auch dieser Jahresbericht ist ein Stück Öffentlichkeitsarbeit. Die Erfahrung der Weimarer Republik lehrt, daß Feinde der Demokratie die auch ihnen gewährte Freiheit und Toleranz dazu mißbrauchen, ein System der Unfreiheit und Intoleranz zu errichten. Darüber gilt es aufzuklären. Intoleranz ist von einer freiheitlichen Demokratie nicht hinzunehmen.

„In der Tat, hier hat die Toleranz ihre Grenzen. Wenn wir der Intoleranz den Rechtsanspruch zugestehen, toleriert zu werden, dann zerstören wir die Toleranz und den Rechtsstaat. Das war das Schicksal der Weimarer Republik.“ (Karl POPPER: Duldsamkeit und intellektuelle Verantwortlichkeit, in: Auf der Suche nach einer besseren Welt, München 1984, S. 250)



Teil der Öffentlichkeitsarbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes:
Ausstellung zu Extremismus, Terrorismus und Spionage



Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Niedersachsen (Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz - NVerfSchG -)

Vom 12. Juli 1976

(Nieders. GVBl. S. 181)

in der Fassung vom 24. März 1980

(Nieders. GVBl. S. 67)

§ 1

Zweck des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder.

§ 2

Zuständigkeit

(1) Für die Aufgaben des Verfassungsschutzes ist ausschließlich die Verfassungsschutzbehörde zuständig. Verfassungsschutzbehörde ist der Minister des Innern.

(2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Minister des Innern tätig werden.

§ 3

Aufgaben der Verfassungsschutzbehörde

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (Bundesgesetzbl. I S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1382), für eine fremde Macht,

3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde wirkt mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,

3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde erteilt auf Anfrage von Behörden, denen die Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst obliegt, nach pflichtgemäßem Ermessen Auskunft aus vorhandenen Unterlagen gemäß

Absatz 1. Die Auskunft ist auf solche gerichtsverwertbaren Tatsachen zu beschränken, die Zweifel daran begründen können, daß der Bewerber jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird.

§ 4 Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1, so ist die Verfassungsschutzbehörde befugt, bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Bei der Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel ist die Verfassungsschutzbehörde an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden.

(2) Der Verfassungsbehörde stehen polizeiliche Befugnisse nicht zu.

§ 5 Amtshilfe und Auskunfts- erteilung

(1) Die Behörden des Landes, die Gemeinden, die Landkreise, die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die Gerichte des Landes und die Verfassungsschutzbehörde leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, von den in Absatz 1 genannten Stellen Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(3) Die in Absatz 1 genannten Stellen unterrichten von sich aus die Verfassungsschutzbehörde über alle Tatsachen, die geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen erkennen

lassen, die durch Anwendung von Gewalt oder dahingehende Vorbereitungshandlungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind.

§ 6 Weitergabe von Erkenntnissen an Dritte

Die Verfassungsschutzbehörde darf ihre Erkenntnisse grundsätzlich nicht an andere als staatliche Stellen weitergeben. Über Ausnahmen entscheidet im Einzelfall der Minister oder sein ständiger Vertreter, soweit dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist.

§ 7 Parlamentarische Kontrolle

Unbeschadet der Rechte des Landtages und seiner Ausschüsse unterliegt die Landesregierung hinsichtlich der Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde der besonderen Kontrolle durch die vom Landtag zu bildende Parlamentarische Kontrollkommission.

§ 8 Mitgliedschaft in der Parlamen- tarischen Kontrollkommission

(1) Der Landtag wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte.

(2) Er bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(3) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigt.

(4) Scheidet ein Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission aus dem

Landtag oder seiner Fraktion aus oder wird es Mitglied der Landesregierung, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission; § 9 Abs. 4 bleibt unberührt. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

§ 9

Verfahrensweise

(1) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekanntgeworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen.

(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch über das Ende einer Wahlperiode des Landtages solange aus, bis der nachfolgende Landtag die Parlamentarische Kontrollkommission nach § 8 gebildet hat.

§ 10

Umfang der Kontrolle

(1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission nach Maßgabe des Absatzes 2 umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Parlamentarische Kontrollkommission hat Anspruch auf entsprechende Unterrichtung.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz bleibt den auf Grund von Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes von der Volksvertretung bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

§ 11

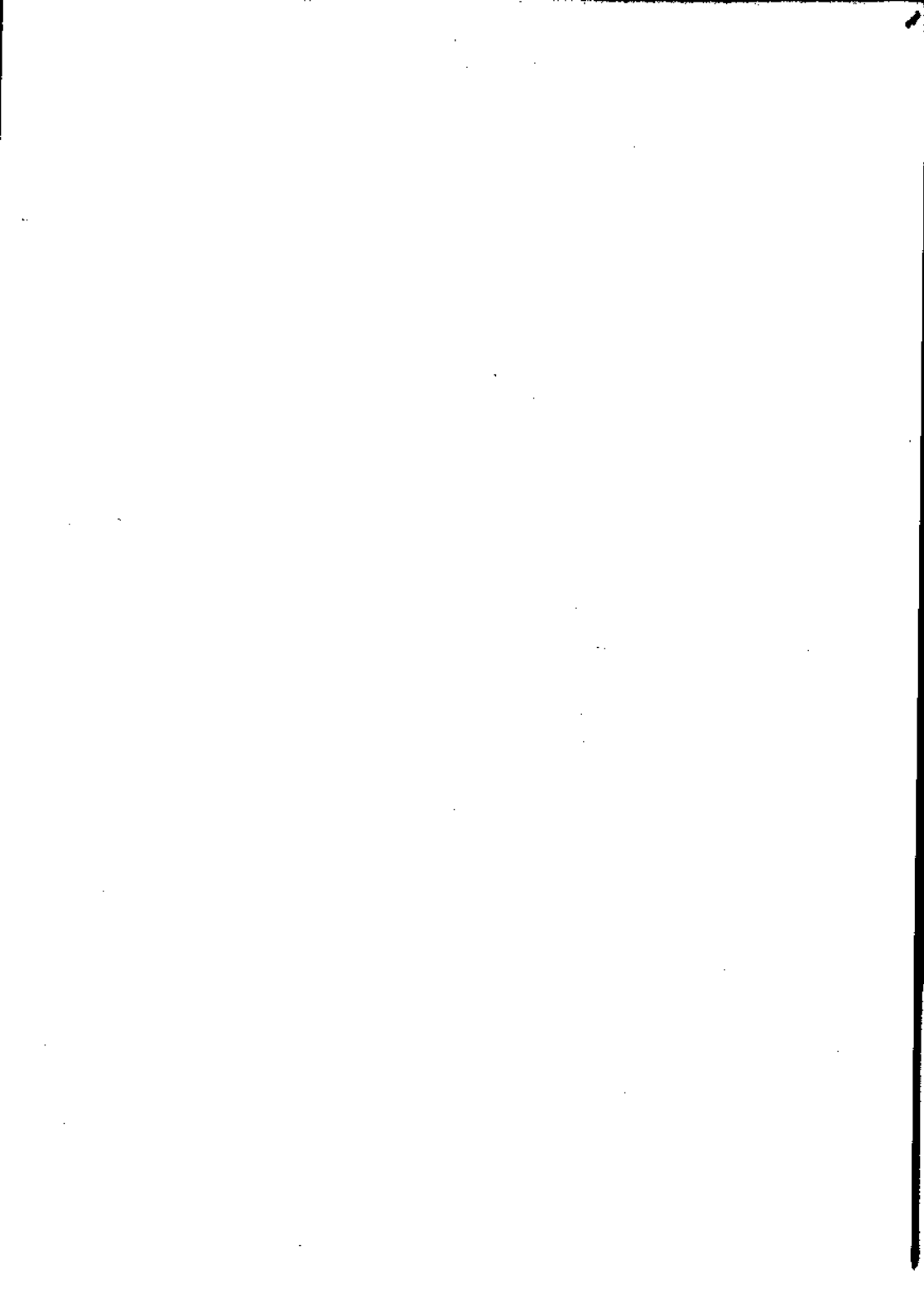
Verantwortung der Landesregierung

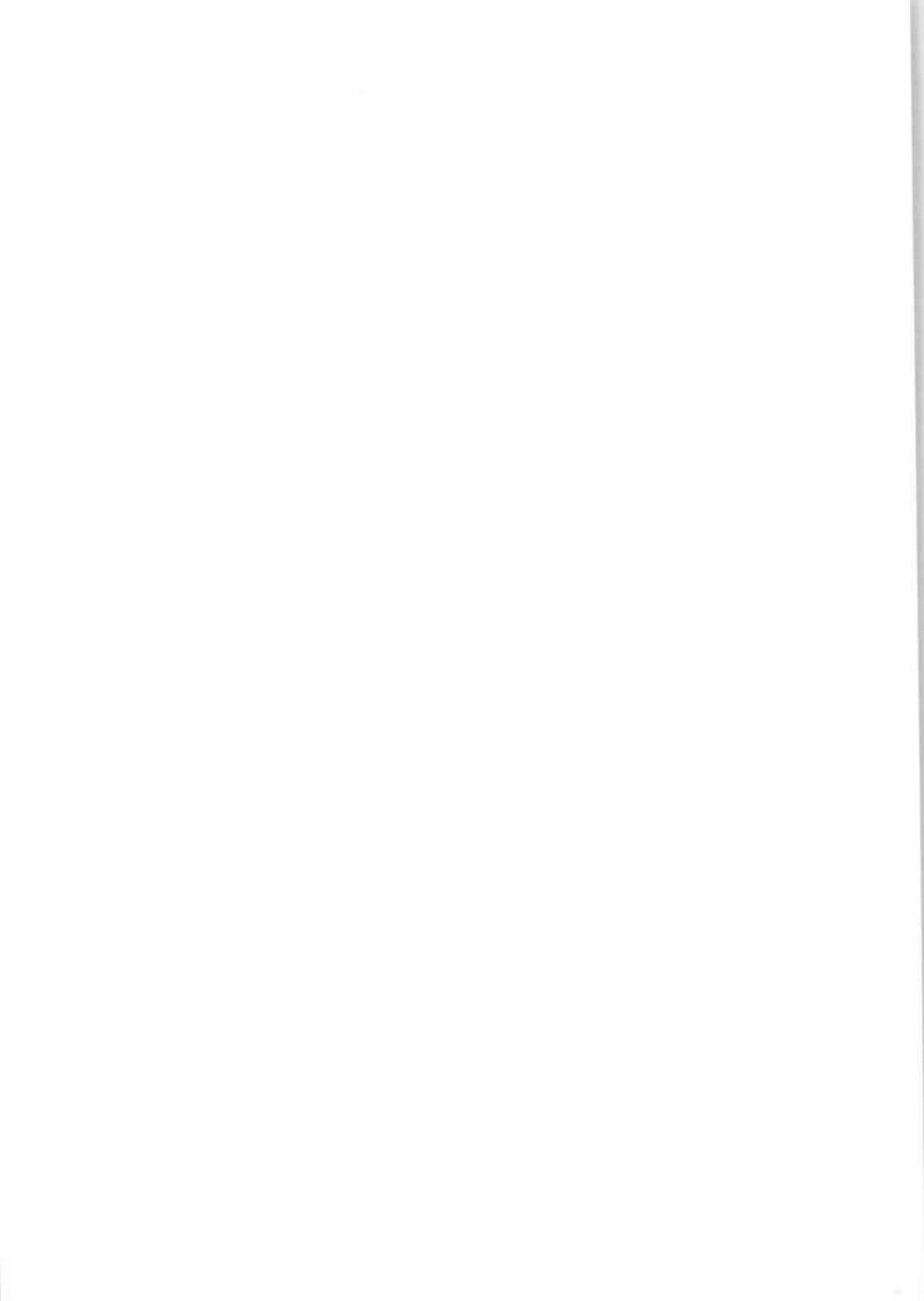
Die politische Verantwortung der Landesregierung für die Verfassungsschutzbehörde bleibt unberührt.

§ 12

Inkrafttreten

Dies Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.





Senden Sie mir bitte _____ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 1986 an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über _____

- Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen, Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)
- Extremismus (Links- oder Rechtsextremismus, Terrorismus)
- Spionageabwehr

interessiert (Veranstalter: _____).

Tel.: ()

Senden Sie mir bitte _____ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 1986 an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über _____

- Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen, Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)
- Extremismus (Links- oder Rechtsextremismus, Terrorismus)
- Spionageabwehr

interessiert (Veranstalter: _____).

Tel.: ()

Absender:



Der
Niedersächsische
Minister des Innern
Postfach 44 20

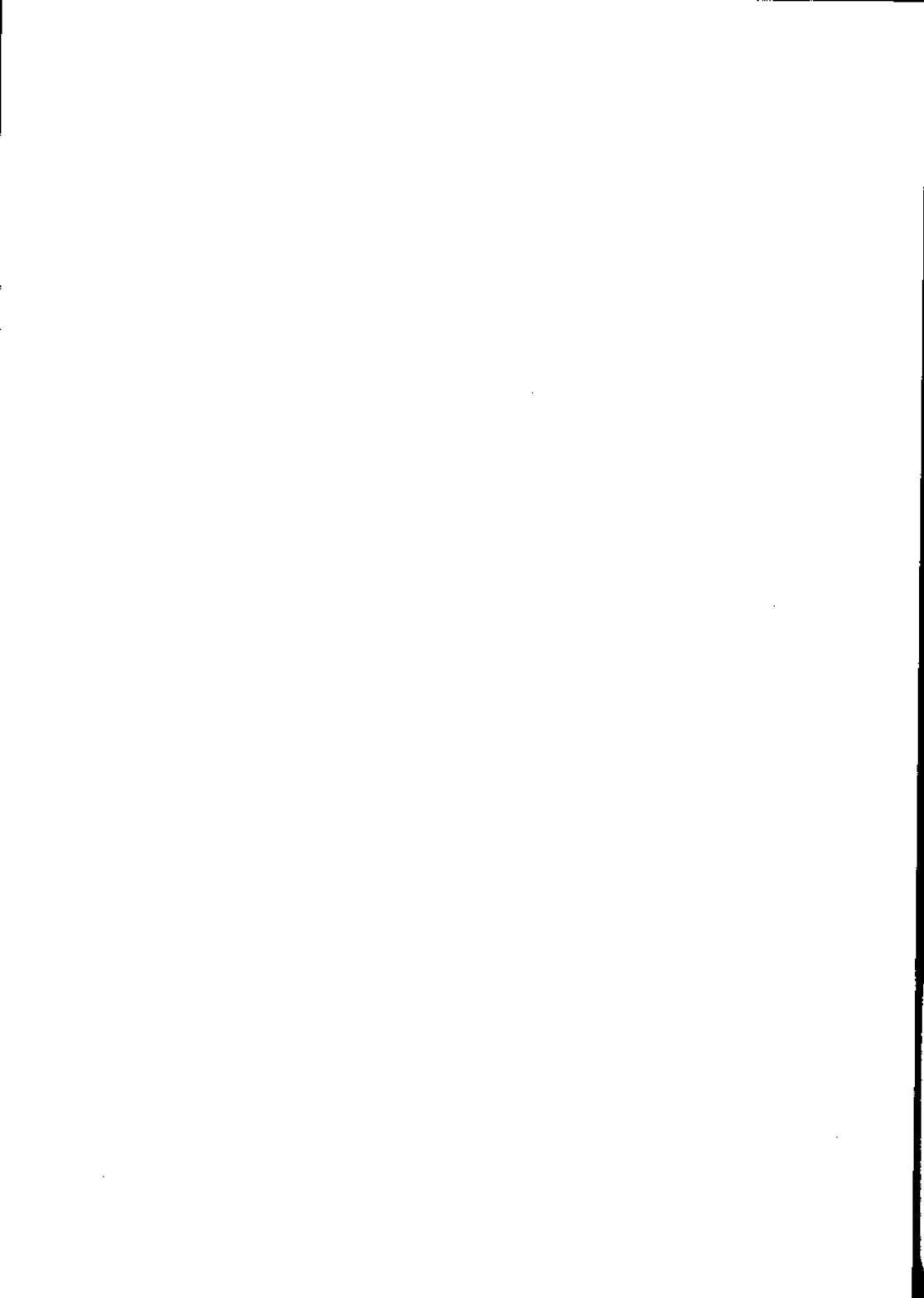
3000 Hannover 1

Absender:



Der
Niedersächsische
Minister des Innern
Postfach 44 20

3000 Hannover 1



- **Linksextremismus**
- **Rechtsextremismus**
- **Ausländerextremismus**
- **Spionage**